



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

27. Sitzung

5. Wahlperiode

Donnerstag, 18. Oktober 2007, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel, Vizepräsident Andreas Bluhm und Vizepräsident Hans Kreher

Inhalt**Fragestunde**

– Drucksache 5/926(neu) –	4, 101
Michael Andrejewski, NPD	4
Minister Lorenz Caffier	4, 5, 6
Torsten Koplín, DIE LINKE	4, 5, 8
Udo Pastörs, NPD	5, 6, 8, 9
Tino Müller, NPD	5, 6
Raimund Borrmann, NPD	6, 7, 8
Minister Jürgen Seidel	6, 7
Gino Leonhard, FDP	6, 7, 10
Birger Lüssow, NPD	7
Minister Dr. Till Backhaus	8, 9, 10
Birgit Schwebs, DIE LINKE	9, 10
Stefan Köster, NPD	10, 11
Minister Erwin Sellering	10, 11, 12

Erweiterung der Tagesordnung

gemäß § 74 GO LT	12
Gino Leonhard, FDP (zur Geschäftsordnung)	12
Beschluss	12

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD:

Demokratie schützen – NPD-Verbotsverfahren auf den Weg bringen – Drucksache 5/903 –	12
---	----

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

– Drucksache 5/937 –	12
Dr. Armin Jäger, CDU	12, 30
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE	16
Volker Schlotmann, SPD	18
Minister Lorenz Caffier	23
Michael Roolf, FDP	26
Michael Andrejewski, NPD	28
Peter Ritter, DIE LINKE	34
Mathias Brodkorb, SPD	35

Beschluss 36

Erklärung zur Abstimmung durch den Abgeordneten Volker Schlotmann, SPD, gemäß § 96 GO LT	36
---	-----------

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

G8-Gipfel – unverzüglich Konsequenzen ziehen – Drucksache 5/912 –	36
---	----

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

– Drucksache 5/940 –	36
Peter Ritter, DIE LINKE	36, 45
Minister Lorenz Caffier	38, 44
Heinz Müller, SPD	40
Gino Leonhard, FDP	42

Matthias Lietz, CDU	43	Antrag der Fraktion der NPD: SGB II ändern und „Job-Nomadentum“ für unzumutbar erklären	
Udo Pastörs, NPD	44	– Drucksache 5/914 –	68
Beschluss	46	Michael Andrejewski, NPD	69, 71
		Jörg Heydorn, SPD	70
Antrag der Fraktion der FDP: Einrichtung eines Tages behinderter Menschen im Landtag Mecklenburg-Vorpommern		Beschluss	72
– Drucksache 5/882 –	46		
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE		Antrag der Fraktionen der CDU und SPD: Managementpläne und Monitoringprogramme in „Natura 2000-Gebieten“ umsetzen	
– Drucksache 5/943 –	46	– Drucksache 5/905 –	72
Ralf Grabow, FDP	46, 52	Änderungsantrag der Fraktion der FDP	
Minister Erwin Sellering	47	– Drucksache 5/941 –	72
Jörg Heydorn, SPD	48, 53	Renate Holznagel, CDU	72
Irene Müller, DIE LINKE	49	Minister Dr. Till Backhaus	73
Renate Holznagel, CDU	50	Birgit Schwebs, DIE LINKE	75
Stefan Köster, NPD	51	Ute Schildt, SPD	76
Beschluss	53	Sigrun Reese, FDP	76
		Matthias Lietz, CDU	77
Antrag der Fraktion der NPD: Ausbildungsoffensive statt „Blue-Card“		Raimund Borrmann, NPD	77
– Drucksache 5/913 –	53	Beschluss	78
Udo Pastörs, NPD	53, 56		
Wolfgang Waldmüller, CDU	55	Antrag der Fraktion DIE LINKE: Kinderarmut erfassen, analysieren und bekämpfen – Chancengleiche Entwicklung für alle Kinder	
Beschluss	57	– Drucksache 5/910 –	78
		Änderungsantrag der Fraktion der FDP	
Antrag der Fraktionen der CDU und SPD: Sicherung qualifizierten Personalnachwuchses		– Drucksache 5/942 –	78
– Drucksache 5/904 –	57	Dr. Marianne Linke, DIE LINKE	78
Marc Reinhardt, CDU	57	Minister Erwin Sellering	80
Angelika Gramkow, DIE LINKE	58	Martina Tegtmeier, SPD	80
Rudolf Borchert, SPD	59	Ralf Grabow, FDP	82
Hans Kreher, FDP	61	Harry Glawe, CDU	82
Tino Müller, NPD	62	Tino Müller, NPD	83
Mathias Löttge, CDU	62	Irene Müller, DIE LINKE	84
Beschluss	63	Beschluss	86
Antrag der Fraktion DIE LINKE: Rundfunkgebührenurteil des Bundesverfassungsgerichtes		Antrag der Fraktion der NPD: Opfer des DDR-Unrechtsregimes aufklären – Licht in die dunkle Vergangenheit bringen	
– Drucksache 5/909 –	63	– Drucksache 5/915 –	86
Andreas Bluhm, DIE LINKE	63, 67	Raimund Borrmann, NPD	86
Minister Jürgen Seidel	65	Stefan Köster, NPD	86
Heike Polzin, SPD	66		
Michael Andrejewski, NPD	66		
Dr. Armin Jäger, CDU	67		
Beschluss	68		

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

**Entschließung „Grünbuch – Ein modernes
Arbeitsrecht für die Herausforderungen
des 21. Jahrhunderts – Keine Aufweichung
des Kündigungsschutzes“**

– Drucksache 5/911 –	87
Barbara Borchardt, DIE LINKE	87
Minister Jürgen Seidel	89
Jochen Schulte, SPD	90
Toralf Schnur, FDP	91
Günter Rühs, CDU	92
Tino Müller, NPD	93
Regine Lück, DIE LINKE	94
B e s c h l u s s	95

Antrag der Fraktion der NPD:

**Öffentlichkeit und Opfer des Kommunismus
über Opferrente aufklären**

– Drucksache 5/917 –	95
Tino Müller, NPD	95, 99
Hans Kreher, FDP	97
B e s c h l u s s	100

Nächste Sitzung

Mittwoch, 14. November 2007	100
-----------------------------------	-----

Beginn: 9.01 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich begrüße Sie zur 27. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor und wir werden sie wie vereinbart abarbeiten.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich ganz herzlich unserem Kollegen und Minister Herrn Sellering zu seinem heutigen Geburtstag gratulieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Wir werden ihm nur Freude bereiten.)

Ich wünsche ihm alle Gute, viel Erfolg und besonders einen guten Geburtstag an diesem Tag in diesem Hohen Hause.

(Gratulationen)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17:** Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 5/926(neu) vor.

Fragestunde**– Drucksache 5/926(neu) –**

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Innenministers. Hierzu bitte ich zunächst den Abgeordneten Michael Andrejewski, Fraktion der NPD, die **Fragen 1 und 2** zu stellen.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Herr Minister! Vorbemerkung:

Im Haushalt sind Mittel eingestellt, um die Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz zu entrichten, die fällig wird, wenn nicht die gesetzlich vorgeschriebene Anzahl von Schwerbehinderten in der Landesverwaltung beschäftigt wird.

Ich stelle gleich beide Fragen:

1. Warum gelingt es der Landesregierung nicht, die Pflichtplätze in der Landesverwaltung kontinuierlich mit Schwerbehinderten zu besetzen?
2. Durch welche Maßnahmen versucht die Landesregierung sicherzustellen, dass immer genug qualifizierte Schwerbehinderte bereit stehen, damit frei werdende Pflichtplätze nicht lange vakant bleiben?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter, zur Frage Nummer 1: Die Landesregierung hat im Rahmen des zum Personalkonzept durchgeführten Vergleichs der Stellenausstattung anderer Bundesländer beschlossen, in der Landesverwaltung rund 10.000 Stellen abzubauen, davon fast 5.200 Stellen in der Verwaltung. Freie Stellen werden in der Landesverwaltung grundsätzlich nur noch mit unbefristeten Beschäftigten nachbesetzt. Bewerber von außen werden nur in begrenzten engen Ausnahmefällen zugelassen. Im Übrigen wird bei jeder von dieser engen Stellenausschreibung von außen darauf hingewiesen, dass schwerbehinderte Bewerber bei gleicher Eignung bevorzugt werden.

Zur Frage Nummer 2: Es ist nicht Ziel der Landesregierung, schwerbehinderte Menschen bereitstehen zu lassen, sondern vielmehr kontinuierlich dafür Sorge zu tragen, dass sich private wie öffentliche Arbeitgeber aktiv um

die Integration von Menschen mit Behinderungen in den Beruf bemühen und die auf der Grundlage des SGB IX geschaffenen finanziellen Förderungsmöglichkeiten für behinderte Menschen schaffen, sowohl im Rahmen der Berufsausbildung als auch bei der Berufsförderung als Grundlage für eine dauerhafte Eingliederung.

Michael Andrejewski, NPD: Eine Zusatzfrage: Es hat also haushaltstechnische Gründe dergestalt, dass die Schwerbehindertenabgabe günstiger ist oder weniger Aufwendung erfordert als die Anstellung von Schwerbehinderten angesichts des Stellenabbaus?

Minister Lorenz Caffier: Herr Kollege Andrejewski, ob es günstiger ist oder nicht, wir haben ein Personalentwicklungskonzept beschlossen als Landesregierung vor einigen Jahren auf der Grundlage, auf der auch der Stellenabbau erfolgt. Dieses hat in keiner Form etwas zu tun mit der Schwerbehindertenabgabe, sondern einfach mit der Situation, auf welcher Grundlage die Landesregierung derzeit das Personalentwicklungskonzept fortentwickelt. Bei Neueinstellungen außerhalb des Stellenpools der sogenannten PeM erfolgt eine Stellenausschreibung, bei der gleichwertig schwerbehinderte Bewerber bevorzugt eingestellt werden.

Michael Andrejewski, NPD: Okay. Danke.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön.

Ich bitte nun den Abgeordneten Torsten Koplín, Fraktion DIE LINKE, die **Frage 3** zu stellen.

Torsten Koplín, DIE LINKE: Meine Damen und Herren! Herr Minister! Vorweg eine Bemerkung:

3. Der Landesrechnungshof (LRH) beauftragte die Unternehmensberatung VEBERAS Consulting GmbH (Berlin) mit der Überprüfung der kommunalen Finanzen der Hansestadt Rostock.

Meine Frage nunmehr:

Nach welchen Kriterien wurde die Auswahl unter wie vielen weiteren Bewerbungen zugunsten der Unternehmensberatung VEBERAS Consulting GmbH (Berlin) getroffen und was qualifizierte dieses Unternehmen unter Zugrundelegung welches konkreten und in sich differenzierten Auftrages für die vorgenommenen Untersuchungen unter anderem im Kulturbereich der Hansestadt Rostock?

Minister Lorenz Caffier: Sehr geehrter Herr Abgeordneter Koplín! Der Landesrechnungshof ist eine der Landesregierung gegenüber unabhängige oberste Landesbehörde. Auf diese Feststellung legen alle gemeinsam Wert. Deswegen ist diese Frage nicht durch das Innenministerium zu beantworten. Ich bitte Sie daher höflich, die Frage an den Präsidenten des Landesrechnungshofes schriftlich zu stellen.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Nachfrage.)

Torsten Koplín, DIE LINKE: Frau Präsidentin, darf ich dennoch eine Nachfrage stellen? (Zustimmung)

Herr Innenminister, ich habe mit dieser Antwort rechnen müssen. Nun ergibt sich für mich folgende ergänzende Frage. Die Forderungen Ihres Hauses, des Innenministeriums, zur Haushaltskonsolidierung der Hansestadt Rostock stützen sich jedoch auf ein Gutachten, deren Autoren hierfür offenbar weder ein rechtlich korrektes Verfahren durchlaufen haben noch über jeden Zweifel

erhabene Kompetenzen verfügen. Inwiefern sind die Forderungen des Innenministeriums gegenüber der Hansestadt Rostock somit noch rechtlich haltbar und inhaltlich begründet?

Minister Lorenz Caffier: Herr Kollege Abgeordneter, die Forderungen unseres Hauses stützen sich eben nicht auf das Gutachten von VEBERAS,

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Das ist falsch, Herr Innenminister.)

sondern das ist ein Baustein von mehreren Bausteinen. Wir haben unsere eigenen Ermittlungen oder Feststellungen zur Haushaltserstellung der Hansestadt Rostock gemeinsam durchgeführt in Absprache mit den auch davon betroffenen Ministerien. Deswegen ist VEBERAS nicht ausschließlich Grundlage für Forderungen, die durch unser Haus gemacht werden, sondern dieser Prüfbericht ist ausschließlich durch den Landesrechnungshof erstellt worden, der auch in seinem Zusammenhang auf dieser Grundlage die Hansestadt Rostock prüft. Das ist eine autarke Einrichtung. Ich würde wirklich darum bitten, mit dem Landesrechnungshof die Frage zu klären.

Torsten Koplín, DIE LINKE: Frau Präsidentin, darf ich noch eine zweite Zusatzfrage stellen? (Zustimmung)

Herr Innenminister, für mich ergibt sich eine widersprüchliche Situation. Die können Sie sicherlich auflösen. Sie bezieht sich nicht nur auf Rostock, sondern zum Beispiel auch auf Neubrandenburg, wo die Unternehmensberatung Kienbaum Untersuchungen durchgeführt hat.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Ja, in Schwerin gibt es auch so was.)

Schwerin wohl auch VEBERAS.

Es ist nun Folgendes: Die Unternehmensberatungen geben Empfehlungen ab, auf deren Grundlage zum Teil – Sie haben das eben auch eingeschränkt – wiederum das Innenministerium Forderungen erhebt. Die Abgeordneten haben zu entscheiden, ob sie diesen Empfehlungen beitreten oder nicht. Wenn sie denen nicht beitreten, wird unter Umständen der Haushalt durch Ihr Haus nicht genehmigt. Inwiefern sehen Sie kommunale Selbstverwaltung dann noch gewährleistet, wenn sich der Eindruck somit erhärten könnte, dass die Unternehmensberatung die Regie in den Kommunen führt und nicht mehr selbstbestimmt die kommunalen Abgeordneten?

Minister Lorenz Caffier: Herr Kollege Abgeordneter, Aufgabe der Abgeordneten ist es nicht ausschließlich, die freiwilligen Leistungen und die Kreisumlage festzulegen, sondern sich mit dem Haushalt als Ganzes zu beschäftigen und auch zu befassen. Insofern ist es kein Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung, sondern das Innenministerium ist als obere Rechtsaufsichtsbehörde für die Genehmigung der Haushalte zuständig. Wir genehmigen beziehungsweise genehmigen nicht und geben Hinweise, denn festlegen müssen das die Abgeordneten in den jeweiligen Ebenen, welche Maßnahmen sie durchführen. Wir geben nur Empfehlungen. Richtig ist aber auch, dass die Landesregierung festgelegt hat, dass an der Konsolidierung der Haushalte, egal ob auf Landkreisebene oder Gemeindeebene, derzeit kein Weg vorbeigeht. Deswegen werden solange von den Abgeordneten die Schwerpunkte nicht festgelegt werden, der Beschluss eines Haushaltes, wie es den Maßnahmen entspricht, keine Genehmigung des Haushaltes erteilt.

Torsten Koplín, DIE LINKE: Danke schön.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Pastörs, Sie dürfen eine Zusatzfrage stellen, die in diesem Zusammenhang steht.

Udo Pastörs, NPD: Herr Minister, Sie sprachen davon, dass es eigene Ermittlungen als ergänzende Maßnahme zu dem gegeben hat, was wir gerade gehört haben. Uns würde interessieren: Welcher Gestalt waren diese eigenen Ermittlungen, wie Sie es nannten?

Minister Lorenz Caffier: Die eigenen Ermittlungen sind die Prüfungen der von den jeweiligen Kommunen eingereichten Unterlagen, auf deren Grundlage die Prüfung innerhalb unseres Hauses erstellt und auch durchgeführt wird und von wo dementsprechend dann die Haushaltsgenehmigung oder gegebenenfalls der mit Auflagen erteilte Haushaltserlass an die jeweils betreffende Kommune wieder ausgeht.

Udo Pastörs, NPD: Danke schön.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke.

Ich bitte nun den Abgeordneten Tino Müller, Fraktion der NPD, die **Fragen 4 und 5** zu stellen.

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Herr Minister!

Am 05.10.2007 führte der NPD-Kreisverband Uecker-Randow auf dem Pasewalker Marktplatz einen Informationsstand durch. Zwischen 13.30 und 15.30 Uhr kreiste über Pasewalk und speziell über dem Marktplatz ein Polizeihubschrauber.

4. Welchen Anlass gab es für den Einsatz eines Polizeihubschraubers zu diesem Zeitpunkt?
5. Welche Kosten entstanden durch den Einsatz des Hubschraubers?

Minister Lorenz Caffier: Verehrter Herr Kollege Müller, am 06.10.2007 fanden in Pasewalk zeitgleich mehrere Veranstaltungen statt. In diesem Zusammenhang erfolgte am 05.10.2007 ein Hubschrauberflug zur Vorbereitung der polizeilichen Maßnahmen für den 06.10.2007. Personal- und Sachkosten werden bei derartigen Polizeieinsätzen nicht gesondert erhoben. Als Richtwert für eine Flugstunde des Hubschraubers kann derzeit ein Betrag von knapp 4.000 Euro angesetzt werden.

Tino Müller, NPD: Gestatten Sie eine Nachfrage? (Zustimmung)

Am 06.10. kam es auch zu Ordnungswidrigkeiten und Straftaten der linken Szene. Wie beurteilt das Innenministerium die linksautonome Szene in Pasewalk?

Minister Lorenz Caffier: Herr Kollege Abgeordneter, wenn ich mich recht entsinne, haben Sie dazu eine Kleine Anfrage an das Innenministerium gestellt. Die Beantwortung ist Ihnen zugegangen oder derzeit auf dem Weg. Wir haben derzeit keine Beurteilungslage für die linksautonome oder linksextremistische wie für die rechts-extremistische Szene im Einzelnen für Pasewalk erstellt, sondern wir haben in der Form – und darauf bezieht sich derzeit Ihre Frage – nur einen Auftrag für den 07.10. beziehungsweise den 06.10. gehabt, die Veranstaltungen, die in vielfältiger Art in Pasewalk stattgefunden haben, umzusetzen. Was den ganz konkreten Teil Ihrer Frage betrifft, wissen Sie, dass es dort noch Ermittlungen gibt und ich aus diesem Grunde auch derzeit nicht auf die einzelnen Sachverhalte eingehen kann.

Tino Müller, NPD: Eine weitere Zusatzfrage: Auf meine Kleine Anfrage antworteten Sie, dass gegenwärtig keine Hinweise vorliegen. Das heißt aber doch nicht, dass es diese linksautonome Szene in Pasewalk nicht gibt, oder?

Minister Lorenz Caffier: Sie haben mich richtig zitiert. Gegenwärtig heißt, nach gegenwärtigem Kenntnisstand. Das heißt nicht, dass ich das ausschließe.

Tino Müller, NPD: Gut, danke.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Der Abgeordnete Pastörs möchte noch eine Zusatzfrage in dem Zusammenhang stellen.

Udo Pastörs, NPD: Ja, danke schön.

Es ist doch eher ungewöhnlich, dass vor Veranstaltungen Hubschrauber aufsteigen, sondern wir kennen das eher,

(Jörg Heydorn, SPD: Frage!)

wenn Veranstaltungen sich so entwickeln, dass es erforderlich wird, Hubschrauber einzusetzen. Wie kam es dazu, dass Sie sich veranlasst sahen, Herr Innenminister, schon vorher einen Hubschrauber zu beauftragen, das Gelände abzufliegen, und was war der konkrete Auftrag dieses Fluges, um dort Aufklärung zu betreiben?

Minister Lorenz Caffier: Herr Kollege Pastörs, ich erkläre das gern noch einmal. Die gleiche Frage hatte ich im Zusammenhang mit G 8, was den Einsatz betrifft. Es gibt für den Einsatz von Fluggeräten keinen Ministervorbehalt, sondern es wird auf der Grundlage von polizeitaktischen Einschätzungen die Entscheidung getroffen, ob man Fluggeräte zum Einsatz bringt oder nicht. Die Polizei ruft auch den Minister nicht an, falls jemand in Seenot gerät, ob der Hubschrauber oder ein Motorboot zu verwenden ist, sondern sie handelt im eigenen Entscheiden. Das ist über das SOG so gedeckt und das ist auch gut so. Da es keinen Ministervorbehalt betrifft, wird auf den entsprechenden Ebenen die Entscheidung getroffen. Die Entscheidung hat die Polizei im Fall Pasewalk aus polizeitaktischen Sicherungsmaßnahmen in Vorbereitung der Durchführung am 06./07.10. getroffen. Es ist auch eine grundsätzlich richtige Entscheidung. So konnten die Veranstaltungen an den entsprechenden Tagen ordnungsgemäß abgesichert werden.

Udo Pastörs, NPD: Ich hatte nach dem Auftrag gefragt.

Minister Lorenz Caffier: Den Auftrag habe ich Ihnen gerade erläutert.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Herrn Borrmann, Fraktion der NPD, die **Frage 6** zu stellen.

Raimund Borrmann, NPD: Herr Minister!

6. Beim Bau des neuen Stadthafens in der Stadt Malchow sollen Probleme auftreten. Der Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung führte in der letzten Fragestunde aus – wenn ich mich recht erinnere, nein ...

Minister Jürgen Seidel: Das war ich, glaube ich.

Raimund Borrmann, NPD: Dann waren Sie das, ich bitte um Entschuldigung.

... –, dass das Ministerium hier um eine Stellungnahme bei den örtlichen Behörden nachgesucht habe, die über die Situation Auskunft geben sollen. Eine behördliche Antwort sei in der Regel in vier Wochen zu erwarten.

Dazu meine Frage:

Welche aktuelle Kenntnis hat das Ministerium zum Baugeschehen am Yachthafen Malchow?

Minister Jürgen Seidel: Herr Abgeordneter Borrmann, das Wirtschaftsministerium unterstützt das Vorhaben aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur. Die Bauarbeiten zur Realisierung des Stadthafens Malchow gehen voran. In Kürze stehen die Flutung des Hafenbeckens und auch die Grundsteinlegung für das Hafenmeistergebäude an. Auf telefonische Nachfrage aus meinem Hause teilte die Stadt mit, dass ein Realisierungsstand von circa 70 Prozent erreicht ist. Die Fertigstellung ist für Mai geplant. Durch die Stadt Malchow wurden gegenüber dem Landesförderinstitut Mehrkosten für das Vorhaben angezeigt.

Zur Erläuterung dieses Sachverhaltes hatte im September unter Beteiligung des Wirtschaftsministeriums ein abschließendes Gespräch mit allen Beteiligten, also mit der Stadt, dem Wirtschaftsministerium und dem Landesförderinstitut stattgefunden. Wie im Regelfall bei solchen Gesprächen ist festgelegt worden, dass die Stadt Malchow prüffähige Unterlagen und eine erneute baufachliche Prüfung vorlegen muss, um eine Entscheidung über eine mögliche Finanzierung der Mehrkosten treffen zu können. Gegenüber dem Wirtschaftsministerium teilte die Stadt mit, dass diese Unterlagen voraussichtlich bis Ende Oktober vorgelegt werden.

Raimund Borrmann, NPD: Danke.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön.

Ich bitte nun den Abgeordneten Gino Leonhard von der Fraktion der FDP, die **Fragen 7 und 8** zu stellen.

Gino Leonhard, FDP: Frau Präsidentin! Herr Minister!

Das Unternehmen Nature Projekt GmbH beabsichtigt, durch einen Beschluss der Gemeindevertretung Glowe gestützt, die Errichtung eines Meeressparkes zur Anwendung von Delphintherapien, ein Amphitheater sowie einen Hof mit Reithalle. Die Tourismusbranche auf Rügen hat sich bereits prinzipiell dafür ausgesprochen. Seit mehreren Monaten wartet die Gemeinde auf die Genehmigung der Änderung des Flächennutzungsplanes durch das Amt für Raumordnung.

7. Wie wird die Realisierung des Investitionsvorhabens durch die Landesregierung verfahrenstechnisch begleitet und unterstützt?

Minister Jürgen Seidel: Herr Abgeordneter, wie Sie auch schon betonten, für die Realisierung dieses Investitionsvorhabens sind die Raumverträglichkeit des Vorhabens, die Einhaltung gültiger Rechtsnormen, also inklusive Tierartenschutz, sowie die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Vorhabens Voraussetzung. Zu diesem geplanten Delphinarium in der Gemeinde Glowe fand bereits am 01.03.2006 eine Beratung der betroffenen Ministerien auf der Staatssekretärssebene unter Federführung sogar der

Staatskanzlei statt. Im Ergebnis dieser Beratung wurde festgestellt, dass die bisher durch den Vorhabensträger vorgelegte Einschätzung zur Wirtschaftlichkeit des Vorhabens und zu seiner Vereinbarkeit mit dem im Bau befindlichen Ozeaneum in Stralsund nicht ausreichend ist.

Der Vorhabensträger ist inzwischen mehrfach vonseiten der Staatskanzlei gebeten worden, diese Vereinbarkeit seines Vorhabens mit dem Ozeaneum in Form eines Gutachtens zur Marktsituation und Besuchernachfrage zu untersetzen. Dieses Gutachten ist allerdings bis jetzt nicht vorgelegt worden. Stattdessen arbeitet die Gemeinde Glowe an einer Änderung des Flächennutzungsplanes, die diese Veränderung, also das Delphinarium zum Inhalt hat. Das Amt für Raumordnung und Landesplanung hat zum vorgelegten Entwurf dieser Flächennutzungsplanänderung eine Stellungnahme abgegeben und darin deutlich gemacht, dass bei diesem Vorgehen auf der Ebene des Flächennutzungsplanes die bestehenden raumordnerischen Fragestellungen abgearbeitet werden müssen. Hierzu zählt dann auch der Nachweis der Vereinbarkeit mit anderen relevanten Vorhaben. Ich nannte das Ozeaneum.

Dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus liegen Anträge auf Förderung vor, aber ich muss klar sagen, diese haben erst Aussicht auf Erfolg, wenn die rechtliche Zulässigkeit und die wirtschaftliche Tragfähigkeit nachgewiesen sind.

Gino Leonhard, FDP:

8. Sieht die Landesregierung einen Wettbewerbsnachteil – Sie haben es angesprochen – durch eine bereits zugesagte finanzielle Unterstützung für den Bau des Ozeaneums in der Hansestadt Stralsund?

Minister Jürgen Seidel: Wir gehen davon aus, dass beide Projekte aufeinander abgestimmt werden müssen. Deswegen wie gesagt die dargestellte Forderung.

Gino Leonhard, FDP: Vielen Dank.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke.

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Herrn Lüssow, Fraktion der NPD, die **Fragen 9 und 10** zu stellen.

Birger Lüssow, NPD: Frau Präsidentin! Herr Minister!

Medienberichten der vergangenen Tage zufolge ist das Dassower Werk der ODS-Gruppe insolvent. ODS habe beim Amtsgericht Schwerin einen entsprechenden Antrag gestellt. Laut Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus seien die vorgesehenen Förderinvestitionen noch nicht vollständig ausgezahlt worden; es handele sich dabei um einen (nicht näher bezifferten) siebenstelligen Betrag. Die Schwierigkeiten, in denen das Werk sich befindet, werden u. a. mit der Lage auf dem CD- und DVD-Markt erklärt. Andererseits spricht der Chef der ODS-Gruppe von „vollen Auftragsbüchern“.

Ich fasse beide Fragen zusammen:

9. Wie hoch ist der noch ausstehende und für 2008 vorgesehene Betrag an Landessubventionen für das Dassower Werk der ODS-Gruppe genau?
10. Wie ist der offensichtliche Widerspruch zu erklären, wonach die Insolvenz des Dassower Werkes u. a. aus der allgemeinen Lage auf dem

CD-, DVD-Markt resultiert, die Führung der ODS-Gruppe jedoch andererseits von „vollen Auftragsbüchern“ spricht?

Minister Jürgen Seidel: Herr Abgeordneter! Für beantragte Investitionen des Werkes in Höhe von circa 179 Millionen Euro wurden im Zeitraum 1998 bis 2005 GAZuschüsse in Höhe von insgesamt 43,6 Millionen Euro bewilligt. Aus der letzten Bewilligung von 2005, die insgesamt 10,8 Millionen Euro betraf, steht noch ein Betrag in Höhe von genau 10 Millionen Euro zur Auszahlung offen. Das ist das, was Sie zitierten. Bis heute hat das Unternehmen beziehungsweise der Unternehmer in das Werk circa 173 Millionen Euro investiert. Die Arbeitsplatzaufgaben, also die Schaffung von mindestens 600 Arbeitsplätzen, sind, das wissen Sie, glaube ich, weit übererfüllt. Zum Zeitpunkt der Insolvenzanmeldung beschäftigte das Unternehmen in Dassow circa 1.200 Mitarbeiter. Über den noch offenen Auszahlungsbetrag ist zurzeit ein Auszahlungsstopp verfügt. Sollte im Insolvenzverfahren eine dauerhafte Fortführungslösung gefunden werden und eine Gesellschaft beziehungsweise ein neuer Investor in die Rechte und Pflichten des Zuwendungsbescheides in vollem Umfang eintreten, dann kann auch dieser Betrag natürlich zur Auszahlung gelangen. Man muss das so verstehen, wir haben immer das Förderziel im Blick.

Zum zweiten Teil Ihrer Frage: Mit der vorläufigen Insolvenzverwaltung des Unternehmens wurde die Kanzlei Brinkmann & Partner beauftragt. Aufgabe des Insolvenzverwalters ist es gerade, einerseits den aktuellen Unternehmensstatus zu erfassen und andererseits Lösungen für zukünftige Entwicklungen vorzubereiten oder einzuleiten, wie Sie wollen. Der Insolvenzverwalter hat erklärt, eine Sanierungslösung bis zum Jahresende anzustreben. Deshalb ist damit zu rechnen, dass es zeitnah eine Aufklärung aller Fragen, auch der von Ihnen genannten Frage, im Zusammenhang mit dem Insolvenzverfahren, was die gegenwärtig anstehenden Sachfragen betrifft, geben wird. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind weitergehende Aussagen seitens der Landesregierung jedenfalls nicht möglich.

Ergänzend will ich darauf hinweisen, dass am 14.10. auf Einladung des Insolvenzverwalters der Gläubigerversammlung erstmalig getagt hat. Wir sind mit in diesem Ausschuss. Auch hier wurde bestätigt, und das, glaube ich, ist zunächst einmal besonders wichtig, dass die Bezahlung der Mitarbeiter sowie die Fortführung der Fertigung derzeit durchgeführt wird.

Birger Lüssow, NPD: Danke.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz.

Hierzu bitte ich den Abgeordneten Herrn Borrmann, Fraktion der NPD, die **Frage 11** zu stellen.

Raimund Borrmann, NPD: Herr Minister!

11. Schwerbehinderten sind nach dem Schwerbehindertengesetz auch in öffentlichen Einrichtungen Arbeitsplätze anzubieten bzw. vorzuhalten. Wird nicht die gesetzlich vorgeschriebene Quote von Schwerbehinderten beschäftigt, dann ist eine Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz zu entrichten.

Frage:

Wie hoch ist im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz die Differenz zwischen der gesetzlich vorgeschriebenen Zahl schwerbehinderter Beschäftigter und der tatsächlich im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz tätigen Schwerbehinderten, sodass das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz die gesetzlich vorgesehene Ausgleichsabgabe entrichten muss?

Minister Dr. Till Backhaus: Zur Beantwortung dieser Frage: Die Berechnung des Umfangs der Beschäftigungspflicht und einer gegebenenfalls zu leistenden Ausgleichsabgabe wegen Nichterfüllung der Pflichtquote erfolgt jährlich jeweils für das vorangegangene Kalenderjahr. Im Geschäftsbereich des neu gebildeten Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz waren im Jahresdurchschnitt 185 Arbeitsplätze mit schwerbehinderten Menschen besetzt. Das entspricht einer Beschäftigungsquote von 7,66 Prozent. Das heißt, im Zusammenhang mit den Vorgaben des Paragraphen 71 Absatz 1 SGB IX wurde demzufolge eine Abgabe nicht gezahlt und ist auch nicht notwendig.

Raimund Borrmann, NPD: Zusatzfrage: Können Sie sich vorstellen – Ihr Kollege hatte bereits geäußert, dass es einen Personalabbau gibt –, dass es dahin gehend zu keinen Neueinstellungen kommt? Können Sie sich aber trotzdem vorstellen, dass das Ministerium zusätzlich schwerbehinderte Kräfte einstellen könnte?

Minister Dr. Till Backhaus: Wir gehen davon aus, dass für uns klar ist, dass die Integration von Behinderten klare Aufgabe des Hauses ist und damit auch wir unserer Verpflichtung nachkommen.

Raimund Borrmann, NPD: Danke.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön.

Ich darf nun den Abgeordneten Herrn Koplín von der Fraktion DIE LINKE bitten, die **Frage 12** zu stellen.

Torsten Koplín, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Herr Minister!

12. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, die notwendige Rekonstruktion der Brücke über die Drosedower Bek im Landkreis Mecklenburg-Strelitz zu fördern und so den drohenden Abriss der Brücke und die damit verbundene Zerstörung eines stark frequentierten Radfernweges – ich muss das präzisieren, das ist ein Radweg – zu verhindern?

Minister Dr. Till Backhaus: Zur Beantwortung: Der Landesregierung ist das Problem bekannt. Wir arbeiten zusammen mit der Gemeinde seit Längerem daran, für dieses Problem eine Lösung zu finden. Das besagte Brückenbauwerk besteht aus einem circa 300 Meter langen Zugangssteg, Sie kennen das vor Ort wahrscheinlich, sowie der eigentlichen Brücke über die Wasserfläche von circa 250 Meter Höhe und 35 Meter Länge. Die Kostenschätzung, von einem ortsansässigen Unternehmen erstellt, beläuft sich auf circa 300.000 Euro. Die Förderung über das Verkehrsministerium oder auch das Wirtschaftsministerium ist nicht möglich. Aus finanziellen Mitteln der Wasserwirtschaft können Maßnahmen zum Erhalt beziehungsweise zur Sanierung der Brücke nicht in Anwendung kommen.

Einzigste Möglichkeit, an der wir auch arbeiten, verbleibt insofern, dass die Gemeinde, sofern es ihr gelingt, das Eigentum an dem Brückenbauwerk insgesamt zu erlangen, einen Antrag auf Fördermittel für die Brückensanierung nach der Richtlinie zur Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung stellt. Über diese Richtlinie wäre im Übrigen eine finanzielle Förderung von bis zu 95 Prozent des förderfähigen Gesamtansatzes möglich.

Darüber hinaus ist zurzeit auch in Prüfung, ob und inwieweit über LEADER dieses Projekt gefördert werden kann. Nach dem vorliegenden Sachstand wäre als nächster Schritt durch die Gemeinde in Abstimmung mit dem Staatlichen Amt für Umwelt und Natur in Neubrandenburg die Voraussetzung zu schaffen, um einen belastbaren Förderantrag zu stellen. Also wir stehen da Gewähr bei Fuß. Wenn die Rahmenbedingungen erfüllt sind, sind wir auch bereit, hier zu helfen.

Torsten Koplín, DIE LINKE: Danke schön für die Ausführungen.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke.

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Herrn Pastörs, Fraktion der NPD, die **Fragen 13 und 14** zu stellen.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Herr Minister Backhaus!

Laut einem Bericht „Der Zeit“ mit dem Titel „Polen räubert Dorsch“ wird von polnischen Fischern die Ostsee überfischt. Insbesondere der Dorschbestand sei massiv gefährdet. Das Land Mecklenburg-Vorpommern steht in vielfältiger Weise mit polnischen Behörden in Kontakt.

13. Was hat die Landesregierung bisher unternommen, um der Überfischung der Ostsee durch polnische Fischer entgegenzutreten?

Minister Dr. Till Backhaus: Im Rahmen einer gemeinsamen Initiative haben die norddeutschen Länder, nämlich Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, maßgeblich von uns auch in dem Zusammenhang beeinflusst, bereits im vergangenen Jahr in Berlin und in Brüssel eingefordert, dass die generelle illegale Fischerei und Quotenüberfischung stärker als bisher unterbunden werden muss. Darüber hinaus hat die Landesregierung die Bundesregierung im Zusammenhang mit der jährlichen Festsetzung der Fangmöglichkeiten für bestimmte Fischartbestände, und das gilt nicht nur für den Dorsch, sondern auch für den Hering, aufgefordert, dass im Sinne einer verantwortungsbewussten Fischereipolitik die Schwarzanlandungen in allen, ich betone, in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wirkungsvoll unterbunden werden müssen. Der gegen Polen im Sommer des Jahres durch die Europäische Union verhängte Dorschfangstopp ist auch ein Erfolg unserer Intervention in Brüssel und ein wichtiger und richtiger Schritt in die richtige Richtung.

Udo Pastörs, NPD: Zusatzfrage: Die Forderung ist eine Sache, das, was Sie vortragen, ist die andere. Welche konkreten Maßnahmen über das hinausgehend, dass Sie fordern, dass die EU tätig wird, haben Sie bisher veranlasst und wie sind die Sanktionsmaßnahmen gegen das Verhalten der Polen für die EU überhaupt praktikabel umzusetzen, um die Schwarzfischerei zu beenden?

Minister Dr. Till Backhaus: Ich habe Ihnen doch gesagt, Herr Pastörs, dass wir interveniert haben gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Union – und ich bin froh darüber, dass die Europäische Union zum einen gegenüber Polen einen Fangstopp für den Dorsch erlassen hat – und zum Zweiten, dass wir generell in Deutschland und in Europa die Schwarzfischerei ablehnen. Im Übrigen hat es mehrere Gespräche auch auf höchster Ebene zu dem Thema gegeben.

Udo Pastörs, NPD: Zusatzfrage: Welche konkreten Bestrafungsmöglichkeiten hält die EU bereit, um der Forderung auch den notwendigen Nachdruck zu geben, Herr Minister?

Minister Dr. Till Backhaus: Es gibt nach den einschlägigen Verordnungen ganz klare Sanktionsmöglichkeiten, zum einen das Festsetzen der Fischereifahrzeuge und es hört auf bei massiven finanziellen Bestrafungen gegenüber den Schwarzfischern.

Udo Pastörs, NPD: Nächste Frage:

14. Wie bewertet die Landesregierung das polnische Verhalten in dieser Angelegenheit?

Minister Dr. Till Backhaus: Ich will die Frage insofern beantworten: Trotz der seit Jahren rückläufigen Dorschbestände in der Ostsee wurden auch im ersten Halbjahr 2007 wieder in erheblichem Umfang nicht gemeldete Dorschfänge eingeholt, insbesondere von polnischen Fischern. Das konterkariert sämtliche auf Bestandserhaltung und Wiederauffüllung gerichtete Maßnahmen – ein Zustand, der aus meiner Sicht völlig undiskutabel und unakzeptabel ist. In der aktuellen Entscheidungsphase über erneute Kürzungen der Fangquoten müssen daher nach meiner Überzeugung mit dem notwendigen Augenmaß jedenfalls die einbezogen werden, wo klar wird, wer was zu verantworten hat, und damit muss auch eine Verschärfung der Sanktionen gegenüber den Regionen Europas erfolgen, die sich an diese Quotenfestsetzung nicht halten.

Udo Pastörs, NPD: Ich bedanke mich bei Ihnen.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke.

Ich bitte nun die Abgeordnete Frau Schwebs von der Fraktion DIE LINKE, die **Fragen 15 und 16** zu stellen.

Birgit Schwebs, DIE LINKE:

Eine Million Tonnen Stickstoff und 35.000 Tonnen Phosphor gelangen jährlich über verschiedene Eintragspfade in die Ostsee. Um diese Einträge zu begrenzen, soll auf der Ostseeschutz-Konferenz der HELCOM in Krakow ein unter den Anrainerländern verhandelter Rettungsplan für die Ostsee beschlossen werden. Dieser sieht u. a. vor, die jährlichen Einträge von Phosphor und Stickstoff schrittweise bis zum Jahr 2016 zu senken. Polen, Russland, Schweden und Dänemark haben bereits signalisiert, einer festen Quotenregelung für Nährstoffeinträge zuzustimmen.

Herr Minister!

15. Wie bewertet die Landesregierung die Festlegung verbindlicher Quoten für die Nährstoffeinträge durch die Anrainerländer?

Minister Dr. Till Backhaus: Vielen Dank für die Frage.

In der letzten Woche wurde dieses Thema in der Sendung „Kontraste“ derart thematisiert. In dieser Sendung hat man versucht, uns, das heißt mir den Schwarzen Peter zuzuschieben. Ich wäre derjenige, der angeblich die HELCOM-Aktivitäten sprengt. Ich möchte an dieser Stelle mit Nachdruck verdeutlichen – und das gilt auch für die gesamte Landesregierung –, ich habe mich nicht gegen Quoten oder Quotierungen ausgesprochen und schon gar nicht, wenn sie verbindlich sind und wenn klar wird, dass es einen einheitlichen, innerhalb der HELCOM abgestimmten Modus der Bewertung der Nährstoffeinträge gibt.

Sie haben eben zu Recht auf eine Million Tonnen Nährstoffeinträge hingewiesen. Es gibt unterschiedliche Zahlen, die werden Sie wahrscheinlich auch kennen. Die einen reden von 750.000 Tonnen, die anderen von über 1,2 Millionen Tonnen. Wir wollen ausdrücklich – und ich glaube, dafür sprechen die Maßnahmen, die das Land Mecklenburg-Vorpommern in den letzten Jahren eingeleitet hat – den Nährstoffeintrag in die Ostsee weiter verringern und damit die Eutrophierung der Ostsee eindämmen. Auch die Bundesregierung befürwortet im Übrigen diese Entscheidung. Es herrscht aber inzwischen Einigkeit auch zwischen der Bundesregierung und der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern, dass eine derartige Quotenregelung auf einem eindeutig belastbaren Datenfundament erarbeitet werden muss, um damit ganz klar alle, ich betone, alle Anrainerstaaten, die in der Europäischen Union und darüber hinaus insbesondere Russland, hier einzubinden.

Am 15.11. wollen und werden die Umweltminister der Ostseeanrainerstaaten in Krakow den sogenannten HELCOM Baltic Sea Action Plan verabschieden. Wesentlicher Bestandteil dieses Planes ist die Reduzierung der Nährstoffeinträge. Das soll erreicht werden, indem jedem einzelnen Ostseeanrainer- und -anliegerland Reduktionsquoten für die Einleitung von Pflanzennährstoffen verbindlich auferlegt werden. Grundsätzlich ist dieses vernünftig und auch richtig. Das entscheidende Problem ist, die Grundlagen für die errechneten Reduktionsquoten sind aus dem HELCOM-Dokument entnommen und basieren auf der Grundlage von 736.000 Tonnen Stickstoff und 36.000 Tonnen Phosphor. Diese Zahlen differieren zum Teil erheblich mit den Angaben anderer Dokumente der Helsinkikommission. Wir – ich betone das noch einmal ausdrücklich – lehnen verbindliche Quoten nicht ab, aber diese Quoten müssen, wie bereits von mir angedeutet, von einer gesicherten Datenbasis abgeleitet sein, denn nur dann besteht die Chance, dass sie auch eingehalten werden und überprüfbar sind. Über diese Vorgehensweise besteht zwischen der Bundesregierung und unserem Haus absoluter Konsens.

Die zurzeit diskutierten Einsparquoten beinhalten im Grunde nichts anderes als die Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie. Das heißt, sie müssen ohnehin von allen Ostseeanrainerstaaten, die Mitglieder der Europäischen Union sind, durchgeführt werden. Und es gilt dann auch, die Überwachung vorzunehmen, außer Russland. Deswegen befürworte ich ausdrücklich ein solches Verfahren mit einer Datenbelastung, das dann auch wirklich zu Quoten führt, die überprüfbar sind, und zum Zweiten, das möglichst unbürokratisch überprüft und verwaltet werden kann.

(Minister Dr. Till Backhaus zeigt eine Grafik.)

Ich will an dieser Stelle auch betonen, Frau Schwebs – ich weiß nicht, ob das hinten zu sehen ist –, wenn man sich anschaut, was in Deutschland und insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern in den letzten Jahren geleistet worden ist, dann erkennt man, dass wir ein deutliches Absinken insbesondere beim Stickstoff, aber auch beim Phosphor an Einträgen zu verzeichnen haben. Deutschland wäre mit 5.200 Tonnen Reduzierungspotenzial dabei. Und wenn Sie diese Zahlen jetzt hier gesehen haben – 2003 und 2004 haben wir eine Belastung unter 5.400 Tonnen erreicht. Wenn wir jetzt quasi eine Reduktion von 5.400 Tonnen erreichen sollen, ist das unter den Maßgaben, wie jetzt vorgeschlagen worden ist, nicht möglich. Wir brauchen da eine solide Datengrundlage und dann werden wir uns auch darauf verständigen können.

Birgit Schwebs, DIE LINKE: Meine zweite Frage:

16. Wie wird die Landesregierung ihren Einfluss nutzen, damit die Bundesregierung dieser festen Quotenregelung zustimmt – und ich ergänze jetzt –, also auf festen belastbaren Daten, wie Sie das eben hier ausgeführt haben?

Minister Dr. Till Backhaus: Ja, die Arbeitsgruppe hat in dieser Woche getagt – das haben Sie wahrscheinlich auch aufgenommen – und es ist ja sehr klar auch vom WWF im Übrigen sehr positiv beurteilt worden, was Deutschland und insbesondere in dem Zusammenhang Mecklenburg-Vorpommern in den letzten Jahren geleistet hat. Ich betone nochmals: Wenn wir eine Datenbasis vorgelegt bekommen, die belastbar ist und die auch den Helsinkibeschlüssen und der Nitratrichtlinie entsprechen, werden wir uns einem Quotensystem nicht widersetzen.

Birgit Schwebs, DIE LINKE: Eine Zusatzfrage hätte ich: Wie schätzen Sie, Herr Minister, die Situation ein, wird es bis zum 15. November, haben Sie gesagt, da wird die Konferenz in Krakow sein, diese belastbare Datenbasis geben und wird sie von anderen Ländern auch so akzeptiert werden?

Minister Dr. Till Backhaus: Also ich gehe davon aus, dass die Helsinkikommission in Bezug auf die Daten, die wir ja alle kennen, die belastbar sind, dass wir hier zu einem Kompromiss kommen. Ich wünsche mir sehr, dass dieser Kompromiss in der HELCOM-Konferenz tatsächlich zu einem Quotensystem dann kommt, das auf einer Grundlage von belastbaren Daten auch umgesetzt wird und das letzten Endes auch dazu führt, dass erstmalig in den Ostseeanrainerstaaten wir zu einer verbindlichen und damit festgelegten Reduktion der Nährstoffeinträge kommen. Das gilt dann nicht nur für die europäischen Mitgliedsländer, sondern das gilt dann auch für Russland.

Birgit Schwebs, DIE LINKE: Danke.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön. Danke, Herr Minister.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Verkehr, Bau und Landesentwicklung. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Herrn Ratjen, Fraktion der FDP, die **Frage 17** zu stellen.

Gino Leonhard, FDP: Frau Präsidentin, wir hatten eigentlich gestern schon bekannt gegeben, Herr Ratjen ist nach wie vor schwer krank, und ich bitte den Minister, dass er uns das schriftlich beantwortet.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte.

Gino Leonhard, FDP: Wir können das auch anders handhaben. Ich hatte gestern die Information, dass wir das lieber auf dem schriftlichen Weg machen können. Ansonsten, wenn Sie die Frage hier beantworten wollen, Herr Minister, ich kann sie auch gerne vortragen.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Also vom Verfahren her ist es nicht üblich. Ich denke, wir sollten dann die Möglichkeit der schriftlichen Beantwortung hier nutzen. Das ist vom Verfahren auch abgesichert.

Gino Leonhard, FDP: Vielen Dank.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Ich rufe dann auf den Geschäftsbereich des Ministers für Soziales und Gesundheit. Ich bitte den Abgeordneten Herrn Köster von der Fraktion der NPD, die **Fragen 18 und 19** zu stellen.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Herr Minister!

18. In Mecklenburg-Vorpommern ist jeder vierte Mediziner älter als 59 Jahre. Ein akuter Nachwuchsmangel ist offensichtlich. Mehr als 80 Prozent der Ärzte, die im Herbst 2005 an einer Umfrage der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg teilnahmen, beklagen die immense Bürokratie, die sie beim Dienst am Patienten immer mehr behindert. Auch aus diesen Gründen kehren immer mehr junge und gut ausgebildete deutsche Ärzte Deutschland den Rücken. Die Attraktivität des ärztlichen Berufsstandes in Deutschland nimmt spürbar ab. Vor allem in den ländlichen Regionen unseres Landes gibt es einen sichtbaren Ärztemangel, vor allem von Fachärzten. Für Patienten in sehr abgelegenen Orten sind weite Wege zu Fachärzten mittlerweile die Regel, verbunden mit langen Wartezeiten. Immer mehr Mediziner schließen ihre Praxen, ohne einen Nachfolger zu haben. Versorgungsprobleme sind absehbar. Die kassenärztliche Vereinigung hat beispielsweise deshalb nun eine Stiftungsprofessur gegründet.

Meine Frage:

Welche Maßnahmen hat die Landesregierung eingeleitet, um die Jungmediziner im Land zu halten?

Minister Erwin Sellering: Ja, Ihre Frage ist ja ziemlich kurz, der Vortext sehr lang. Dazu möchte ich eine Vorbemerkung machen. Dieser sehr lange Vortext gibt eine Lagebeschreibung, die ich so nicht teile. Wir müssen Vorsorge treffen für die medizinische Versorgung, aber zurzeit sind wir gut mit Ärzten versorgt. Es gibt eine Studie, die sich mit Stärken und Schwächen des Landes beschäftigt, und da ist ausdrücklich hervorgehoben unsere gute ärztliche Versorgung. Aber in der Tat, wir müssen Vorsorge treffen.

Nun zu Ihrer Frage: Staatliche Maßnahmen, die dazu führen, dass Jungmediziner das Land nicht verlassen können, sondern dass sie hierbleiben müssen, die gibt es selbstverständlich nicht. Das ist eine freie Entscheidung der Jungmediziner. Deshalb muss es darum gehen, wenn die hierbleiben sollen, dass das für sie attraktiver gemacht wird. Das sind in erster Linie, wenn es um die Kliniken geht, privatrechtliche Entscheidungen. Das ist,

wenn es um die kassenärztliche Vereinigung geht, eine Frage der Selbstversorgung. Und wenn es zum Beispiel um Kommunen geht, die sagen, wir brauchen dringend Ärzte und wollen dafür etwas tun, dann können auch die etwas tun, dass das für Mediziner attraktiver ist, genau in dieser Kommune tätig zu werden.

Die Landesregierung unterstützt alle Anstrengungen in dieser Richtung, um attraktiver zu werden. Ganz wichtig ist, dass wir ein gemeinsames Vorgehen aller Akteure, die dazu beitragen müssen, dass das passiert, von uns aus organisieren. Wir unterstützen Sicherstellungszuschläge, die also dazu führen, dass man in Regionen, wo die Versorgung vielleicht besonders schwierig werden könnte, die Möglichkeit schafft, Ärzten mehr Geld zu zahlen.

Ganz wichtig ist, das Hauptproblem wird im Hausarztbereich und im ländlichen Bereich bestehen. Deshalb unterstützen wir, dass wir die Ausbildung der Hausärzte stärken, dass wir die Ausbildung der Hausärzte auch angemessener vergüten, als das jetzt der Fall ist. Und wir müssen bei den Studentinnen und Studenten dafür werben, dass der Beruf des Hausarztes attraktiv und interessant ist. Dazu müssen sie ihn auch während der Ausbildung gut kennenlernen können. Da haben wir ein neues System, dass wir jedem, der in diesem Bereich tätig wird, während der Ausbildung als Mentor einen praktizierenden Hausarzt zur Seite stellen.

Das sind alles Punkte, um das attraktiver zu machen. Wir arbeiten aktiv in einer Arbeitsgruppe auf Bundesebene mit, um da bessere Voraussetzungen zu schaffen. Es wird aber unter dem Strich sicherlich in einem Land wie Mecklenburg-Vorpommern auf Dauer auch andere Maßnahmen geben müssen, um die ärztliche Versorgung auf dem gleichen hohen Niveau zu halten, wie wir sie haben. Deshalb ergreifen wir als weitere Maßnahmen zum Beispiel arztentlastende Maßnahmen wie AGnES. Das werden wir weiterführen. Und wir werden sicherlich zukünftig mehr auf Unterstützung durch die Telemedizin setzen.

Stefan Köster, NPD: Eine Zusatzfrage: Vor dem Hintergrund, dass die kassenärztliche Vereinigung des Landes damit rechnet, dass 2010 etwa 450 Hausärzte fehlen werden, reichen Ihre Maßnahmen aus, den Mangel zu beheben?

Minister Erwin Sellering: Also die Zahl 450 kenne ich so nicht, sondern meine ist etwas niedriger. Aber in der Tat sind die Zahlen hoch für Hausärzte. Deshalb ist es sehr wichtig, dass wir gemeinsam etwas tun, damit möglichst viele hierher kommen, hier bleiben. Aber nochmals die Wiederholung: Wir werden auch arztentlastende Maßnahmen brauchen wie zum Beispiel AGnES, wie zum Beispiel klug eingesetzte Telemedizin. Ich sehe für dieses Land nicht nur eine Herausforderung darin, das zu lösen, sondern wir werden das Land sein, das mit dieser Situation am ehesten konfrontiert sein wird. Und wenn wir da positive und gute Lösungen entwickeln, wird das eine Möglichkeit sein, um auch so eine gute Lösung dann in andere Länder sozusagen zu exportieren. Ich könnte mir vorstellen, dass das auch eine Stärke des Landes werden kann.

Stefan Köster, NPD: Eine zweite Zusatzfrage: Gerade im Bereich Uecker-Randow lassen sich polnische Ärzte nieder. Ist denn die Situation zum Beispiel in Polen so, gibt es da so einen Ärzteüberschuss, dass dies möglich ist, oder veranlassen wir dadurch nicht vielleicht zusätzlichen Ärztemangel in Polen?

Minister Erwin Sellering: Also noch einmal: Wir veranlassen in diesem Bereich nichts. In Ihrem langen Fragetext ist ein Punkt, wo Sie sagen, dass die Attraktivität des ärztlichen Berufsstandes in Deutschland spürbar abnimmt. Das wird sicherlich vom Berufsstand der Ärzte in mancherlei Hinsicht so vertreten. Es ist sicherlich auch eine Frage der Vergütung von Ärzten und somit dann auch eine marktwirtschaftliche Frage, wo können Ärzte viel Geld verdienen. Es zeichnet sich ab, dass aus dem Osten Ärzte zu uns kommen, weil sie sagen, sie können bei uns mehr verdienen. Das ist ein Problem und ich sehe nicht, dass wir durch staatliche Maßnahmen dieses Problem lösen können, sondern wir müssen versuchen, die ärztliche Versorgung bei uns sicherzustellen. Wir werben zum Beispiel ausdrücklich in Österreich, wo es eher einen Überschuss an Ärzten gibt.

Stefan Köster, NPD: Meine zweite Frage, die Einleitung:

19. Auf Bundesebene wird gegenwärtig eine Diskussion um Korrekturen am Arbeitsmarkt geführt. Wesentliche Punkte der Agenda 2010 sollen auf dem Prüfstand stehen. Neben der Verlängerung des Arbeitslosengeldes I wird auch eine Anhebung des Arbeitslosengeldes II gefordert. Die Anhebung von Hartz IV soll vor allem den Preissteigerungen in den letzten zwei Jahren Rechnung tragen. Der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert beispielsweise Bundesarbeitsminister Müntefering in einem Brief auf, den Regelsatz auf 364 EUR zu erhöhen und die Regelsätze an die Teuerungsrate zu koppeln.

Meine Frage:

Welchen Standpunkt hat die Landesregierung in Bezug auf die Anhebung der Regelsätze von Hartz IV und Koppelung an die Teuerungsrate?

Minister Erwin Sellering: Ich will jetzt nicht als Vorbemerkung auf die interessante Diskussion eingehen, die im Moment auch in meiner Partei auf Bundesebene geführt wird, sondern wirklich nur Ihre Frage beantworten. Und dazu sage ich, dass derzeit ja eine Anpassung der Regelsätze im Bundesministerium geprüft wird. Die Landesregierung unterstützt alle Bestrebungen, die dazu dienen sicherzustellen, dass die Regelsätze tatsächlich existenzsichernd sind. Darum muss es gehen. Besonders liegt mir daran, dass die Regelsätze für Kinder konkret bedarfsgerecht ermittelt werden. Dazu habe ich am 20. September hier im Landtag, ich denke, ziemlich weitgehende Ausführungen gemacht. Darauf würde ich Sie dann verweisen.

Was die Anpassung angeht, muss es sicherlich möglich sein, dass drastische Preissteigerungen zeitnah eingearbeitet werden.

Stefan Köster, NPD: Eine Zusatzfrage: Welche konkreten Maßnahmen will die Landesregierung denn von hier aus anstoßen, damit es zu Änderungen kommt?

Minister Erwin Sellering: Wir werden in den entsprechenden Gremien mitarbeiten, wir werden vor allem auf der Arbeitsebene Vorschläge machen. Wir überlegen auch, hier im Lande zum Beispiel eine Konferenz durchzuführen, wo wir uns mit den Fragen beschäftigen, wie sollen die bedarfsgerechten Regelsätze am besten ermittelt werden.

Stefan Köster, NPD: Plant die Landesregierung eine Bundesratsinitiative?

Minister Erwin Selling: Zurzeit noch nicht.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön. Danke, Herr Minister.

Damit sind wir am Ende der heutigen Fragestunde. Ich schließe den Tagesordnungspunkt 17.

Meine Damen und Herren, wie in der gestrigen Sitzung vereinbart, kommen wir nun zu dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag. Von der Fraktion der FDP liegt Ihnen auf Drucksache 5/939 ein Antrag zum Thema „Nothafen Darßer Ort“ vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraf 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden.

Wird das Wort zur Begründung der Dringlichkeit gewünscht? – Bitte.

Gino Leonhard, FDP (zur Geschäftsordnung): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Angesichts der Debatte, die ja am gestrigen Tage zu diesem Thema geführt wurde, und das offensichtlich – und nicht nur ich habe es so verstanden – am eigentlichen Thema vorbei, das, was wir als FDP-Fraktion beantragt haben, haben wir heute noch mal einen Dringlichkeitsantrag formuliert, der ganz klar feststellt, zu welchem Thema wir sprechen wollen, nämlich zum Thema Seenotrettung und, ich will es noch mal betonen, zum Thema Menschenlebenrettung, der Menschen, die in Seenot geraten sind. Ich sehe die Dringlichkeit nach wie vor gegeben angesichts dessen, dass wir gestern zu keiner Einigung gefunden haben. Und ich will vorwegschicken, sollten Sie diese Dringlichkeit hier ablehnen im Plenum, werden wir diesen Tagesordnungspunkt im November noch mal auf der Tagesordnung haben.

(Zurufe von Gabriele Měšťan, DIE LINKE,
und Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

So ist die Geschäftsordnung.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Automatisch läuft der Tagesordnungspunkt.

(Heiterkeit bei
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Gino Leonhard, FDP (zur Geschäftsordnung): Gestatten Sie mir wenigstens, dass ich ausreden darf, ja?

Und wir werden die Situation haben, dass dann spätestens der Seenotrettungskreuzer verlegt wurde nach Barhöft, und wir nehmen möglicherweise hier Menschenleben in Kauf. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Ich lasse über die Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage abstimmen. Wer der Erweiterung der Tagesordnung zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Der Erweiterung der Tagesordnung ist mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU bei drei Stimmenthaltungen, der Fraktion DIE LINKE nicht zugestimmt worden bei Zustimmung der Fraktion der FDP und der Fraktion der NPD. Die Zweidrittelmehrheit wurde damit nicht erreicht.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Demokratie schützen – NPD-Verbotsverfahren auf den Weg bringen, Drucksache 5/903. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/937 vor.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD:
Demokratie schützen –
NPD-Verbotsverfahren auf den Weg bringen
– Drucksache 5/903 –**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 5/937 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Herr Dr. Jäger von der Fraktion der CDU.

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. ... Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“ Das soll keine Lesung werden, aber ich glaube, am Anfang unserer Debatte sollte stehen, was unser Grundgesetz als Mahnspruch, als Auftrag für unser Handeln uns gegeben hat. Und diese Verfassung, dieses Grundgesetz verdient, dass es mit den Möglichkeiten geschützt wird, die es selber aus der Erfahrung einer Geschichte der Deutschen vorgesehen hat.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Und damit ist gemeint, dass alle Menschen unabhängig vom Aussehen, von der Rasse, von Religion, Ausbildung, Herkunft und Wohnort diese Würde haben und wir sie zu schützen haben.

(Michael Andrejewski, NPD: Außer uns.)

An dieser Maxime halten wir fest, wir werden sie verteidigen und wir werden auch nicht zulassen, dass jemand daran rüttelt,

(Udo Pastörs, NPD: Wir auch nicht.)

es auch nur versucht, und deshalb unser Antrag. Wir wollen, dass im Ergebnis das Bundesverfassungsgericht bestätigt, was wir glauben, von dem wir überzeugt sind, nämlich die NPD ist nach unserer Auffassung eine verfassungswidrige Partei.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Michael Andrejewski, NPD:

Und Sie nach unserer Auffassung. –

Udo Pastörs, NPD: Das darf man nicht zur

Glaubensfrage machen, Herr Dr. Jäger. –

Michael Andrejewski, NPD:

Das scheint nur so zu sein.)

Herr Pastörs, meine Herren von der NPD, Sie werden jetzt wieder mit Klagen drohen. Wir haben das gerade hinter uns. Ich sage Ihnen, auch dort werden Sie den Kürzeren ziehen,

(Udo Pastörs, NPD: Das warten wir erst mal ab. – Michael Andrejewski, NPD:

Wenn Sie die Richterstellen besetzt haben, ja? – Heiterkeit bei Raimund Borrmann, NPD)

und ich will meine Behauptung auch belegen. In der „Deutschen Stimme“, dem Parteiorgan der NPD, heißt es in Nummer 3 aus dem Jahr 2006 auf Seite 22 – dazu

brauche ich keine V-Leute, das ist offenes Material –: „Sage mir,“; so heißt es, „was du von den sogenannten Menschenrechten hältst, und ich sage dir, was du von modernem Imperialismus verstehst.“

(Udo Pastörs, NPD: Das ist eine gute Frage.)

Meine Damen und Herren, einen deutlicheren Angriff auf die Werte unseres Grundgesetzes muss man erst mal wieder suchen.

(Stefan Köster, NPD: Sie haben doch Fantasie, Herr Jäger. – Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Raimund Borrmann, NPD – Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, die menschenverachtende Einstellung der NPD

(Michael Andrejewski, NPD: Was Besseres haben Sie nicht?)

wird auch im folgenden Zitat aus einer Broschüre – ebenfalls frei zugängliches Material – des NPD-Parteivorstandes für Kandidaten und Funktionsträger deutlich. Ich zitiere auch hier mit Genehmigung der Präsidentin: „Die Grundrechtsbestimmungen tiefen vor Menschenrechtstümelei und stellen Deutsche im eigenen Land de facto mit Ausländern gleich und das Grundgesetz hat einem gemeinwohl-schädigenden Individualismus und Parteienregime den Weg geebnet.“

(Udo Pastörs, NPD: Das hat es.)

Muss man eigentlich deutlicher werden, um zu sagen,

(Michael Andrejewski, NPD: Weil es missbraucht wurde.)

dass hier eine Bestrebung vorliegt, wie das Grundgesetz es fordert in Artikel 21, die darauf gerichtet ist, die Grundwerte dieses Grundgesetzes auszuhöhlen und abzuschaffen.

(Raimund Borrmann, NPD: Das machen Sie doch selbst zu Ihrer eigenen Politik.)

Meine Damen und Herren, darüber gibt es sicher keine Zweifel.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wir brauchen nicht weiter zu suchen. Die Äußerungen des verfassungswidrigen Gedankengutes der NPD liegen auf der Hand.

(Udo Pastörs, NPD: Das reicht! NPD verbieten! – Raimund Borrmann, NPD: Fragen Sie doch mal Ihren Innenminister!)

Ich zitiere aus der Rede des Fraktionsvorsitzenden der NPD-Fraktion in diesem Landtag am 31. Januar 2007 – öffentlich zugängliches Material, ohne nachrichtendienstliche Mittel einsehbar –: „Unser erstes Augenmerk“ – so hieß es da von Ihnen, Herr Pastörs –

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

„hat dem Gesunden und Starken zu gelten. Dieses ist zuallererst zu fördern und zu unterstützen.“

Meine Damen und Herren, ich bin Jahrgang 1941.

(Udo Pastörs, NPD: Und Sie verschweigen, dass ich gesagt habe, dass das Voraussetzung ist, den Schwachen zu helfen. Das ist das Perfide.)

Mir kommt das Grausen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das haben Sie nicht gesagt.)

Mir kommt das Grausen, wenn ich an die damit immerhin mögliche Verbindung zum Euthanasieprogramm in Deutschland denke.

(Heiterkeit und Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Dies erinnert mich sehr, sehr deutlich.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Meine Damen und Herren, die NPD provoziert ganz bewusst und sie meint es damit ernst.

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist alles ganz dünn, was Sie sagen. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die veröffentlichten Zitate, immerhin aus unserem Protokoll, sind Beispiel dafür,

(Udo Pastörs, NPD: Selektive Wahrnehmung!)

dass die NPD die freiheitlich-demokratische Grundordnung – das ist die Kernstruktur unseres Grundgesetzes –

(Stefan Köster, NPD: Die Sie kippen.)

unseres Gemeinwesens mit Füßen tritt.

(Michael Andrejewski, NPD: Dagegen können wir Hundert andere Äußerungen setzen.)

Es gibt darüber hinaus Mitschnitte, die viele von uns auch kennen, von Reden auf Parteiveranstaltungen überall im Land – alles dies ohne nachrichtendienstliche Mittel gewonnen –, die wesentlich konkreter werden und die Ziele noch sehr viel deutlicher aufdecken.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Dr. Jäger, gestatten Sie einen Moment.

Herr Fraktionsvorsitzender Pastörs, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf, weil Sie Herrn Jäger hier als Lügner dargestellt haben.

(Michael Andrejewski, NPD: Er stellt uns als Feinde der Menschenwürde dar. Das ist viel schlimmer.)

Dr. Armin Jäger, CDU: Meine Damen und Herren, das Bundesverfassungsgericht definiert die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Artikels 21 Absatz 2 –

(Zurufe von Raimund Borrmann, NPD, und Stefan Köster, NPD)

das ist hier das Material für ein Verbotsverfahren – mit einer Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt und Willkürherrschaft eine rechtstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt.

(Stefan Köster, NPD: Wer stimmt denn für verfassungswidrige Einsätze der Bundeswehr? Das ist doch Ihre Partei, Herr Jäger!)

Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung gehören vor allem die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten,

(Michael Andrejewski, NPD:
Machen Sie das mal alles!)

insbesondere das Recht der Person auf Leben und freie Entfaltung.

Sie, meine Damen und Herren von der NPD, bekämpfen aggressiv die freiheitlich-demokratische Grundordnung und Sie haben es immer getan.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Michael Andrejewski, NPD: Und
Sie beseitigen die Grundordnung. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Meine Damen und Herren, Sie stehen zu Recht unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes. Und dass Sie niemals dagegen rechtliche Möglichkeiten ergriffen haben, zeigt, dass Sie wissen, dass dies zu Recht geschieht.

(Stefan Köster, NPD: Das zeigt,
dass wir nichts zu verbergen haben. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine Damen und Herren, nach Auffassung der Verfassungsschützer – und das lässt sich in jedem Verfassungsschutzbericht der letzten Jahre deutlich nachvollziehen – ist die NPD eindeutig auf autoritär gelenkte Systeme eingestellt. Sie erteilt liberalen und demokratischen politischen Systemen eine klare Absage. Und wir haben alle im Ohr, was Sie immer wieder an Ausdrücken neu kreieren von diesem Pult aus, wo sich einem der Magen umdreht.

(Stefan Köster, NPD: Wir sind sehr kreativ.)

Meine Damen und Herren, das Bundesamt für Verfassungsschutz hat dies alles noch einmal in seinem Bericht öffentlich zugänglich, ohne geheimdienstliche Mittel zu beziehen, dargestellt.

(Michael Andrejewski, NPD: Und der Chef
ist gegen ein Verbot. Wissen Sie das?)

Er konstatiert Ihnen die aggressive Agitation. Er konstatiert, Sie zielen unverholen auf die Beseitigung der parlamentarischen Demokratien und des demokratischen Rechtsstaates.

(Stefan Köster, NPD: Belege dafür bitte.)

Die Verlautbarungen Ihrer Partei belegten, so sagt das Bundesamt für Verfassungsschutz unbestritten,

(Stefan Köster, NPD: Na, das ist ja eine
Institution von Ihnen. Das ist ja lächerlich.)

eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus.

(Michael Andrejewski, NPD: Aber es lehnt
ein Verbot ab. Dann folgen Sie dem doch!)

Ihre Agitation, so das Bundesamt unwidersprochen, sei antisemitisch, rassistisch, revisionistisch und verunglimpfe die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung des Grundgesetzes.

(Udo Pastörs, NPD:
Was ist an Revision schlecht?)

Letzteres können wir hier als Augenzeugen in diesem Haus immer wieder bestätigen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, angesichts dieser Diskussion, angesichts dieser Faktenlage brauchen wir keine weitere Beweiserhebung.

(Stefan Köster, NPD: Wo sind
denn die Fakten, Herr Dr. Jäger?
Sie haben sie noch nicht genannt.)

Wir, meine Damen und Herren, sehen ...

(Udo Pastörs, NPD: Sie brauchen keine
weitere Beweiserhebung, Sie sind der Richter.)

Wir brauchen keine weitere Beweiserhebung für unsere Überzeugung – das sage ich für mich persönlich und meine Fraktion –,

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

dass Sie mit kämpferischen Mitteln die Grundwerte des Grundgesetzes bekämpfen. Das sage ich Ihnen und dazu stehe ich auch.

(Stefan Köster, NPD: Was ist das für ein
Regime, dass Parteien darüber richten, dass
andere Parteien verboten werden sollen?)

Meine Damen und Herren, was uns wütend macht, mich persönlich auch,

(Michael Andrejewski, NPD: Was
haben Ihre Blockflöten gemacht? –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

ist, dass eine Fraktion, die diesen Staat bekämpft, die diese Demokratie bekämpft,

(Udo Pastörs, NPD: Nein, wir
bekämpfen die Parteien, auch Ihre.)

von diesem Staat auch noch Unterstützung aus Steuermitteln erhält.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Zurufe von Raimund Borrmann, NPD,
und Stefan Köster, NPD)

Auch diese Zahl ist öffentlich zugänglich. Wenn Sie in unseren Haushalt sehen, dann sehen Sie 620.000 Euro dafür, dass Ihnen ermöglicht wird,

(Michael Andrejewski, NPD:
Das wollten die Steuerzahler so.)

den Staat zu unterminieren.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist gut angelegt
bei der NPD, das Geld. Da Sorge ich für.)

Das, meine Damen und Herren, kann auf Dauer nicht richtig sein.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine Damen und Herren, hier finanzieren aus dem Steuertopf Mitbürger und Mitbürgerinnen

(Udo Pastörs, NPD: Ja. –
Raimund Borrmann, NPD: Denken Sie
doch nur mal an die schwarzen Kassen von
Helmut Kohl, was der alles unterschlagen hat!)

aus allen Nationen, die bei uns leben,

(Raimund Borrmann, NPD:
Ist der bestraft worden?)

die bei uns als Steuerpflichtige Steuern zahlen – mit unterschiedlicher Hautfarbe, mit unterschiedlicher Rasse und Religion –, Ihren Kampf gegen die Demokratie.

(Zurufe von Jörg Heydorn, SPD,
und Raimund Borrmann, NPD)

Das will ich auf Dauer nicht hinnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Deswegen – und das ist sicher ein bitterer Satz von diesem Pult: Es ist nicht hinnehmbar, dass die Strukturen dieser Partei, die überwiegend aus Steuermitteln bezahlt wird,

(Udo Pastörs, NPD: Genau wie Ihre Partei.)

nur deswegen am Leben erhalten werden, weil der Staat, den sie selber bekämpft, den sie kaputt machen will, sie großzügig finanziert.

(Raimund Borrmann, NPD: Ihr habt
ihn doch schon kaputt gemacht. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Meine Damen und Herren, denjenigen, die an dieser Initiative nach wie vor Zweifel hegen,

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

weil im Jahr 2003 ein Ereignis war,

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Stefan Köster, NPD)

das uns alle ein Stück auch die Schamröte ins Gesicht getrieben hat, das uns geärgert hat, das ein ärgerlicher Missgriff war,

(Udo Pastörs, NPD: Sie sind
doch auch so schon rot, Herr Jäger. –
Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

denen möchte ich sagen:

(Stefan Köster, NPD: Wann
werden Sie eigentlich SPD-Mitglied?)

Schauen Sie sich den Artikel an, den Herr Professor Buchstein am 17.10. in der SVZ, also in diesen Tagen veröffentlicht hat.

(Stefan Köster, NPD: War sehr überzeugend.)

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei Abgeordneten der
Fraktionen der SPD und CDU –
Udo Pastörs, NPD: Nein.)

Und Herr Professor Buchstein ist sicher nicht verdächtig, dass er auf dem einen oder anderen Auge blind ist. Er besitzt einen sehr hohen Ruf auch in der gesamten objektiven Wissenschaft.

(Stefan Köster, NPD: Und weiß,
woher er sein Geld bekommt. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, es darf uns nicht die Angst vor einem Scheitern daran hindern, unsere Demokratie zu schützen.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist auch unsere.
Das ist nicht nur Ihre, Herr Dr. Jäger.)

Diese Demokratie ist aus den Erfahrungen der Weimarer Reichsverfassung und der finsternen Zeit des Nationalsozialismus

(Michael Andrejewski, NPD:
Und der Blockflöten.)

eine wehrhafte Demokratie.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Der Artikel 21 ist Ausdruck dessen, dass Demokraten aufgerufen sind, für ihren demokratischen Rechtsstaat zu kämpfen.

(Michael Andrejewski, NPD:
Das machen wir doch.)

Und dazu gehört auch ein Verbotsverfahren. Dies sieht das Grundgesetz ausdrücklich vor und, meine Damen und Herren, wir werden uns dafür einsetzen, dass dieses Verbotsverfahren nach sorgfältiger Prüfung auch eingeleitet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Und, meine Damen und Herren, keiner von uns,

(Stefan Köster, NPD: Kommen Sie
doch jetzt bitte mal zu den Fakten.)

die wir zu diesem Antrag stehen, ist naiv genug zu glauben, mit einem Verbotsverfahren und mit einem Verbot sei die Problematik Rechtsextremismus gelöst.

(Stefan Köster, NPD: Sie können
das deutsche Volk nicht abschaffen.)

Dem ist nicht so.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Dem ist nicht so. Das deutsche Volk, Herr Pastörs, ist nicht rechtsextremistisch.

(Jörg Heydorn, SPD: Aber das Geld
mitnehmen! – Raimund Borrmann, NPD:
Wir kommen mit weniger aus.)

Das ist die Fehleinschätzung, die Sie haben, und ich weiß, dass Sie da nicht beratungsfähig sind.

(Udo Pastörs, NPD: Von Ihnen
gewiss nicht, Herr Dr. Jäger.)

Meine Damen und Herren, wir wollen nicht, dass Menschen in unserem Lande gesagt wird, die sind ja in einem Parlament, die sind ja gewählt und deswegen ist das, was sie sagen, das, was sie tun, und das, was sie tun wollen, auch rechtsstaatsgemäß.

(Raimund Borrmann, NPD: Ihr wollt nur
keine Alternative zulassen. So ist das. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Meine Damen und Herren, dieser Anschein trägt. Das Grundgesetz sagt, wann eine Partei verfassungswidrig ist. Das sind Sie nach meiner Auffassung.

(Udo Pastörs, NPD: Das sagt das Grundgesetz
nicht. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Das Grundgesetz ist ein Rechtsstaatsgrundgesetz und lässt nur ein Verbot durch das Bundesverfassungsgericht zu.

(Udo Pastörs, NPD: Das sagt das Grundgesetz nicht. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das Bundesverfassungsgericht kann nur auf Antrag tätig werden. Und deswegen stehe ich heute hier, um dafür zu werben,

(Udo Pastörs, NPD: Machen Sie Ihren Antrag! Wir freuen uns drauf.)

dass wir die Voraussetzungen prüfen

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

und dass wir, wenn die Voraussetzungen nach unserer Überzeugung da sind, auch tatkräftig und überzeugt handeln. Das heißt auch, dass wir werben müssen. Die Demokratie setzt voraus, dass derartige Entscheidungen von einer Mehrheit, in diesem Fall hoffentlich von einer sehr breiten Mehrheit getragen werden.

(Michael Andrejewski, NPD:
Sie haben ja nicht mal das Bundesamt für Verfassungsschutz überzeugt.)

Das ist Demokratie, meine Damen und Herren. Da haben Sie erhebliche Nachhilfebedürfnisse. Die gilt auch dann, wenn sie sich wehrt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Auch dort bedarf es Mehrheitsentscheidungen.

(Udo Pastörs, NPD: Mit 50 Prozent Wahlbeteiligung, da sprechen Sie von Mehrheiten! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine Damen und Herren, meine Aufgabe heute Morgen in dieser Stunde war nur einzubringen. Ich werde mir erlauben, in der Aussprache noch zu dem Änderungsantrag der Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion DIE LINKE zu sprechen.

(Michael Andrejewski, NPD:
Sie haben ja genug Redezeit.)

Und ich werde mir auch erlauben, ein hoffentlich verbindliches Wort dazu zu finden, warum in diesem Falle ein Antrag der Koalition vorliegt und nicht ein Viererantrag.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Da bin ich ja gespannt, sehr gespannt.)

Ich bitte um Geduld. Ich werde dazu noch sprechen.

(Stefan Köster, NPD: Na weil Sie sich von den LINKEN distanzieren. Das ist doch gut. – Udo Pastörs, NPD: Aber nur scheinbar.)

Ich glaube, ich werde es Ihnen erklären können.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Was ich an dieser Stelle tun möchte, ist, dass ich dafür werbe, dass wir nicht den Kopf in den Sand stecken,

(Heiterkeit bei Raimund Borrmann, NPD:
Sondern ins Wasser.)

dass wir bei allen Schwierigkeiten eines sehr komplizierten Verfahrens nicht vor lauter Ängstlichkeit uns davor bewahren,

(Michael Andrejewski, NPD: Wie wäre es denn mit Schnellverfahren?)

dass wir uns die Mühe machen, denn dieses Grundgesetz hat die Mühe verdient,

(Raimund Borrmann, NPD: Unter Führung der Präsidentin des Landtages.)

dieses Grundgesetz, diese freiheitliche Grundordnung hat es verdient, dass wir mit aller Kraft dafür eintreten, dafür kämpfen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Meine Damen und Herren, wenn es diese Möglichkeit gegeben hätte in der Weimarer Reichsverfassung, wäre uns möglicherweise vieles erspart geblieben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Ich bin kein Mensch, der sich anmaßt zu sagen, es hätte und wäre. Aber, meine Damen und Herren, wer im berühmten Drama „Biedermann und die Brandstifter“ von Max Frisch gelesen hat, weiß,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

dass am Anfang die Fehler gemacht werden. Lassen Sie uns die nicht machen, lassen Sie unser Grundgesetz auch wirklich verteidigen. Wir können hier in diesem Landtag ein Zeichen setzen und ich bitte Sie darum. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Jäger.

Herr Abgeordneter Borrmann, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf. Nein, nicht Herr Borrmann, Herr Andrejewski war es. Ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf, weil Sie Herrn Jäger und die anderen Mitglieder des Hauses offensichtlich auch als Blockflöten bezeichnet haben.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Herr Andrejewski, Sie haben meine Bewertung hier vorne nicht zu kommentieren. Ich mache Sie noch mal darauf aufmerksam.

(Heiterkeit bei Stefan Köster, NPD)

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE Herr Professor Dr. Methling.

Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was ist der Demokratie förderlicher –

(Stefan Köster, NPD: Die SED.)

abermals ein Verbot der NPD anzustrengen oder ein abermaliges Scheitern vor den Richtern in Karlsruhe zu riskieren? Oder gibt es effektivere und wirksamere Methoden, Rechtsextremisten in die Schranken zu weisen?

(Udo Pastörs, NPD: Setzen Sie sich mit unseren Argumenten auseinander!)

Die Debatte darüber bestimmt zurzeit einen Gutteil der innenpolitischen Diskussion in Deutschland. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Dieter Wiefelspütz fordert zunächst, wie auch der vorliegende Antrag der Fraktionen der CDU und SPD, eine genaue

Prüfung, hofft aber dann auf Erfolg in Karlsruhe. Dagegen warnen CDU-Politiker wie Wolfgang Bosbach und Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble vor einem zu hohen Verfahrensrisiko.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ohne jeden Zweifel würde ein Verbot einer oder auch aller rechtsextremen Parteien das Problem rechtsextremistischer Entwicklungen nicht wirklich lösen. Kollege Jäger hat auch darauf hingewiesen.

(Udo Pastörs, NPD: Sie sind das Problem, nicht die Nationalisten.)

Stimmungen lassen sich nicht verbieten und Parteienverbote machen aus von Demokratie und neoliberaler Politik enttäuschten NPD-Wählerinnen und -Wählern keine Demokraten.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Neulich sagte jemand: Der Goldesel für die extremen Rechten ist die soziale Frage. Richtig.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr richtig. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Deshalb brauchen wir sowohl eine Abkehr von Politik, die zu immer höheren Armutszahlen, stetig wachsender Perspektivlosigkeit und so weiter führt.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, richtig.)

Wir brauchen aber auch eine aktive Gesellschaft, die NPD-Bürgerinitiativen, -Kinderfeste und -Jugendabende als das entlarvt, was sie sind, nämlich Einführungsveranstaltungen in die faschistische Vorstellungswelt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE –
Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Raimund Borrmann, NPD)

Dennoch, liebe Kolleginnen und Kollegen, stehen wir gemeinsam in der Verantwortung, darauf zu drängen, dass kein Instrument des Rechtsstaates bei der Bekämpfung von Nazis ungenutzt bleibt. Das Verbot dieser rassistischen, antisemitischen, demokratiefeindlichen und völkischen Partei würde deren Wirksamkeit in der Öffentlichkeit wesentlich behindern. Und das wäre gut so. Es wäre der Ausdruck staatlicher und gesellschaftlicher Ächtung aller rechtsextremen und neofaschistischen Kräfte. Und auch das wäre gut so.

(Michael Andrejewski, NPD:
Weil Sie auf unsere Wähler spekulieren.)

Es würde Sie von der notwendigen finanziellen Quelle abschneiden, mit der Sie Ihre Strukturen festigen und erweitern. Und auch das wäre gut so,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Udo Pastörs, NPD:
Damit Sie alleine absahnen, Herr Professor von der SED-Nachfolgeorganisation. –
Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

denn zu 42 Prozent füllten schon 2005 Steuergelder Ihre Parteikasse.

(Raimund Borrmann, NPD:
Und wie sieht es bei den LINKEN aus? –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Hinzu kommt,

(Udo Pastörs, NPD:
Wo ist das SED-Vermögen? –
Heiterkeit bei Irene Müller, DIE LINKE)

dass Ihnen Versammlungen in öffentlichen Einrichtungen untersagt werden könnten. Und auch das wäre gut so, damit Bürgermeister nicht hilflos sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE –
Raimund Borrmann, NPD: Haben Sie etwa Angst vor dem Mandatsverlust? –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Meine Damen und Herren, der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes Winfried Hassemer hatte bereits im Januar 2006 deutlich gemacht, dass die Einstellung des Verbotsverfahrens gegen die NPD – und das wird ja in der Begründung des CDU-SPD-Antrages richtig skizziert – im März 2003 kein Persilschein für die NPD sei.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE –
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Der damalige Beschluss habe – ich zitierte aus dem „Spiegel“ 5/2005 – „nichts mit einer tatsächlichen Verfassungswidrigkeit der Partei“ zu tun gehabt. Ein Parteiverbot ist nach Meinung von Hassemer nach wie vor – und hier zitiere ich ihn wörtlich – „durchführbar.“

Die Begründung des Bundesverfassungsgerichtes zur Einstellung des Verfahrens ist ganz deutlich. Ich zitiere: „Das Gericht kann seine Aufgabe der Gewährleistung eines rechtsstaatlichen Verfahrens nur dann wahrnehmen,“

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

„wenn auch die zur Antragstellung berechtigten Verfassungsorgane die ihnen zugewiesene Verfahrensverantwortung erkennen und wahrnehmen. Es ist zunächst die Pflicht der Antragsteller, durch sorgfältige Vorbereitung ihrer Anträge die notwendigen Voraussetzungen für die Durchführung eines Verbotsverfahrens zu schaffen. Deshalb“ – so weiter das Verfassungsgericht – „müssen die staatlichen Stellen rechtzeitig vor dem Eingang des Verbotsantrages beim Bundesverfassungsgericht spätestens mit der öffentlichen Bekanntmachung der Absicht, einen Antrag zu stellen, ihre Quellen in den Vorständen einer politischen Partei abgeschaltet haben.“

(Udo Pastörs, NPD: Sehr richtig.)

„Sie dürfen nach diesem Zeitpunkt keine die Abschaltung umgehende Nachsorge betreiben, die mit weiterer Informationsgewinnung verbunden sein kann, und müssen eingeschleuste V-Leute zurückgezogen haben.“

(Udo Pastörs, NPD: Die vorher Straftaten begangen haben.)

Ende des Zitats des Bundesverfassungsgerichtes.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und wir haben vor wenigen Monaten eine Debatte gehabt, wo wir alle bekundet haben, wie wichtig uns der Spruch eines Verfassungsgerichtes ist, an den wir uns zu halten haben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Deshalb ist die Beseitigung dieser vom Bundesverfassungsgericht genannten Hindernisse die erste Voraussetzung.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Genau darauf zielt unser Änderungsantrag. Außerdem erscheint meiner Fraktion die Durchdringung der NPD mit V-Leuten, wie die Geschehnisse bewiesen haben, nicht zielführend.

(Michael Andrejewski, NPD: Sollen die IMs auch abgezogen werden? – Heiterkeit bei Raimund Borrman, NPD: Ja.)

Weder ist eine Schwächung der Partei noch die Aufdeckung verborgener Aktivitäten und Strukturen durch diese V-Leute erkennbar.

(Udo Pastörs, NPD: Da kennen Sie sich ja aus, mit solchen Spitzelmethoden. – Zuruf von Raimund Borrman, NPD)

Wer sich die Antworten der Bundesregierung auf Fragen der Linksfraktion im Bundestag ansieht, wird zumindest erstaunt sein über so viel Oberflächlichkeiten, Ignoranz und Verharmlosungen. Da weiß im Grunde genommen jede Antifa-Gruppe, jede engagierte Initiative vor Ort, auch in Mecklenburg-Vorpommern,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

mehr über Entwicklungen und Tun der NPD und der rechtsextremen Szene als das, was dort geschrieben steht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion
DIE LINKE – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

In vielen Fällen sind sie es auch, die mit ihren Aktivitäten öffentlich machen, was Anliegen der NPD ist und was sie vorhaben in den jeweiligen Kommunen in den Regionen. Und sie mobilisieren dagegen. Und das ist gut so, dass es dieses auch außerhalb der Parlamente gibt und nicht nur Debatten in den Parlamenten.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD, DIE LINKE,
Harry Glawe, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Es bedarf der V-Leute innerhalb der NPD also gar nicht, wenn ich das so übersetzen darf.

Sorgen wir gemeinsam dafür, dass ein neuerliches Verbotsverfahren nicht bereits im Ansatz scheitert. Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu. Die Ausführungen von Kollegen Jäger verstehe ich eigentlich als Argumentation für unseren Änderungsantrag.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Wenn das anders sein sollte – er hat das ja angekündigt, wozu er auch noch sprechen will –, dann erlauben Sie mir dazu noch eine Bemerkung. Ich hätte es für zielführender gehalten,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Glaubwürdiger.)

wenn die Koalitionsfraktionen unsere Fraktion an der Antragserarbeitung und -einbringung beteiligt hätten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion
DIE LINKE – Udo Pastörs, NPD:
Sie werden ja selbst durch den
Verfassungsschutz beobachtet, Ihre Partei.)

Das war nicht ihr Wunsch. Ich werde sehr gespannt darauf hören, wie Sie dieses begründen können,

(Udo Pastörs, NPD: Sie stehen doch selbst unter Beobachtung, Herr Professor Methling.)

denn an dieser Zusammenarbeit hat mir in der Vergangenheit sehr viel gelegen. Und ich bin sehr berührt durch das, was Sie nicht wollen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion
DIE LINKE und Heike Polzin, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Professor Methling.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion Herr Volker Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Sollte es in Deutschland zu einem Verbot der NPD kommen, würde ich dies klar und deutlich begrüßen.“

(Udo Pastörs, NPD: Welch Wunder! –
Raimund Borrman, NPD: Und wenn nicht?)

Dies ist, meine Damen und Herren, nicht meine Wunschvorstellung und keine Wunschvorstellung. Nein, an den Beginn meiner Rede habe ich ein Zitat des Vizepräsidenten der EU-Kommission und des Kommissars für Justiz, Freiheit und Sicherheit Franco Frattini gestellt. Dies hatte er kürzlich zu einem Verbot der NPD in Deutschland ausgeführt.

Meine Damen und Herren, Frattinis Äußerung zeigt sehr deutlich, dass, wenn wir über das Thema NPD-Verbot reden, wir eben nicht allein ein regionales Thema in Mecklenburg-Vorpommern diskutieren,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass wir nicht allein über ein nationales Problem Deutschlands reden.

(Stefan Köster, NPD: Wir haben eine
Verantwortung gegenüber Europa.)

Nein, Frattinis Äußerungen zeigen, dass sogar die Europäische Kommission, dass Europa sehr aufmerksam das Treiben der NPD in diesem Land beobachtet,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und ich sage, zu Recht, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Raimund Borrman, NPD)

Aus meiner Sicht und aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion kann kein ernsthafter Zweifel daran bestehen, dass die NPD eine ernste Gefahr für unsere Demokratie in Deutschland darstellt

(Michael Andrejewski, NPD:
Nur nicht so ängstlich!)

und dass wir in möglichst breiter Geschlossenheit gegen sie vorgehen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Die Parteiprogrammatik und die Äußerungen führender Funktionäre der NPD – auch wenn hier immer wieder dazwischengerufen wird, man kann das ja leider hinten nicht verstehen, aber vielleicht kriegen wir das irgendwann mal technisch geregelt, damit man auch das mal dokumentieren kann, was hier eigentlich so abgeht –

(Heiterkeit bei Raimund Borrmann, NPD –
Michael Andrejewski, NPD:
Das würden wir begrüßen.)

sowie die Veröffentlichungen in den Parteiorganen und sonstigen NPD-Publikationen zeigen uns allen deutlich, dass die NPD darauf aus ist, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beseitigen.

Meine Damen und Herren, der völkische Kollektivismus, der dem Primat der individuellen Grundrechte im Grundgesetz diametral entgegensteht, die Programmatik und Agitation, die von Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit geprägt sind,

(Michael Andrejewski, NPD:
Was soll das denn sein?)

Ihr Primat der Volksgemeinschaft vor dem Individuum

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und Ihre deutliche Wesensverwandtschaft zur Ideologie des Nationalsozialismus, meine Damen und Herren, sind genügend Gründe für ein Verbot dieser Partei.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
So ist das. – Stefan Köster, NPD:
Jetzt kommen Sie mal mit Fakten!)

Meine Damen und Herren, es kann keinen Zweifel daran geben, dass die Programmatik der NPD im Widerspruch zum pluralen Mehrparteiensystem Deutschlands steht. Aus meiner Sicht wird der Prüfauftrag zu dem Ergebnis kommen, dass die NPD eindeutig verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, und zwar in aktiv kämpferischer aggressiver Weise, und damit den Tatbestand für ein Parteienverbot erfüllt. In diesem Sinne übrigens verstehe ich auch die jüngsten Äußerungen des Innenministers dieses Landes und des Ministerpräsidenten.

Das Parteienverbot ist nach unserem Grundgesetz und auch aus unserem Selbstverständnis heraus aus gutem Grund die absolute Ultima Ratio.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Diese Entscheidung ist aus ebenso gutem Grunde in letzter Konsequenz den Parlamenten zur Entscheidung entzogen und obliegt ausschließlich dem Bundesverfassungsgericht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. –
Michael Andrejewski, NPD:
Tja, das wäre schön.)

Und es ist auch richtig, dass das Bundesverfassungsgericht bei einer solchen Entscheidung einen sehr strengen Maßstab anlegt.

(Udo Pastörs, NPD: Stellen Sie sich vor,
das läge in Ihrer Hand, Herr Schlotmann!)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das erste Verbotsverfahren gegen die NPD kann und darf für jeden wehrhaften Demokraten eben kein Hindernis sein, es noch einmal, diesmal besser vorbereitet und vor allen Dingen diesmal erfolgreich, zu bestreiten.

Ich möchte hier auch mal mit einer Mär, einem weitverbreiteten Irrglauben aufräumen und das bekräftigen, was der Kollege Jäger hier ausgeführt hat: Das Bundesverfassungsgericht hat mit dem Beschluss vom 18. März 2003 das von Bundesrat, Deutschem Bundestag und Bundesregierung im Jahr 2001 angestrebte NPD-Verbotsverfahren eingestellt.

(Udo Pastörs, NPD: Weil es getürkt war.)

Nur drei der acht Richter waren dieser Auffassung, nämlich dass ein Verfahrenshindernis vorläge. Drei von acht!

(Michael Andrejewski, NPD: Und wie kriegt man die jetzt weg? Das ist das Problem.)

Das bringt die Geschäftsordnung des Bundesverfassungsgerichtes so mit sich.

(Udo Pastörs, NPD: Jetzt nennen Sie mal die Gründe!)

Das heißt also, das Bundesverfassungsgericht hat damit der NPD seinerzeit keinen Persilschein ausgestellt,

(Raimund Borrmann, NPD:
Das ist es ja auch gar nicht.)

sondern das Verbotsverfahren rein aus verfahrensrechtlichen Gründen eingestellt.

(Raimund Borrmann, NPD:
Es gilt die Unschuldsvermutung. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ganz so cool wie die Jungs hier auf der Seite immer tun, sind sie nicht, denn sie bellen ständig dazwischen.

(Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

Meine Damen und Herren, der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Jürgen Papier hat bereits 2003 öffentlich darauf hingewiesen, dass die damalige Entscheidung keine Vorentscheidung über künftige Verbotsträge darstellt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. So ist das.)

Er verwies darauf, dass die Erfahrungen der Weimarer Republik gezeigt haben, dass sich eine Demokratie selbst zerstören könne,

(Udo Pastörs, NPD: Aha!)

indem sie sich ihren Feinden ausliefere.

(Udo Pastörs, NPD: Indem sie die Bevölkerung verhungern lässt. Das war in Weimar genauso. –
Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Er stellte klar, wir wollen nicht die Bevölkerung verbieten, wir wollen Sie verbieten. Und das wurmt Sie.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Zurufe von Raimund Borrmann, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Weiter Professor Papier: Er stellte klar, dass eine Partei, die darauf ausgerichtet ist, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen, oder den Bestand des Staates gefährdet, verfassungswidrig ist.

(Michael Andrejewski, NPD:
Dann müssen Sie aufpassen.)

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit dem hier vorliegenden Antrag der Koalitionsfraktionen ist in der Öffentlichkeit darüber diskutiert worden, ob ein neues Verbotsverfahren sinnvoll sei, ob man es nicht besser sein lassen sollte

(Udo Pastörs, NPD: Ja, lassen Sie es mal sein! Es hat eh keinen Zweck.)

und stattdessen die NPD weiter mit V-Leuten beobachten sollte, weil man doch so mehr über die Strukturen der NPD herausbekommen könne. Ich will dazu Folgendes sagen. Letztlich beinhalten solche Bedenken eine Grundaussage: Man hält die NPD für verfassungswidrig, will sie aber nicht verbieten, sondern lieber weiterhin beobachten. Und das halte ich für ein interessantes/merkwürdiges Phänomen.

(Udo Pastörs, NPD: Man hält sie! Das muss höchstrichterlich untersucht werden, ob das so ist. Das ist ein kleiner Unterschied, Herr Schlotmann.)

Mir ist in den zurückliegenden Monaten grundsätzlich niemand begegnet, der die Verfassungswidrigkeit der NPD ernsthaft bezweifelt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. – Udo Pastörs, NPD: Aber darum geht es gar nicht. – Michael Andrejewski, NPD: In welchen Kreisen bewegen Sie sich? – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Deshalb sage ich noch mal unter Rückgriff darauf, was ich zuvor vom Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes und seinen Ausführungen zur Weimarer Republik ausgeführt habe: Ich fordere schlicht und einfach mehr politischen Mut, mehr Entschiedenheit und Entschlossenheit im Kampf um und für unsere Demokratie.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, Michael Roof, FDP, und Stefan Köster, NPD)

Meine Damen und Herren, ich meine, dass wir als Demokraten bei Überzeugung der Verfassungswidrigkeit einer Partei nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht haben, ein Verbotsverfahren einzuleiten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Udo Pastörs, NPD: Pflichten kennen Sie doch gar nicht. Sie kennen nur absahnen.)

Und genau deshalb ist ein Verbotsantrag notwendig und richtig und zum jetzigen Zeitpunkt genau das Richtige.

(Stefan Köster, NPD: Sie sind politisch bisher immer gescheitert.)

Ein Verbotsverfahren ist gerade keine Kapitulation des Rechtsstaates,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

sondern ein Zeichen der Entschlossenheit unserer wehrhaften Demokratie. Die Gemeinsamkeit aller demokratischen Kräfte ist dabei gefordert.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich wiederhole mich aus der letzten Landtagssitzung: Gelassenheit gegenüber der NPD und ihren Aktivitäten oder eine Herangehensweise mit „Das wird sich schon allein erledigen“ ist absolut und grundfalsch.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Udo Pastörs, NPD: Da haben Sie recht.)

Und deshalb lasse ich mich, meine Fraktion nicht von angeblich zurzeit nicht vorhandenen Mehrheiten im Bundesrat schrecken.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Zur Erinnerung: Als wir vor zwei Jahren dieses Thema immer wieder angesprochen haben, auf den Weg gebracht haben, hier in Rostock, waren wir praktisch alleine. Wir sind belächelt worden.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich kann mich gut entsinnen, als wir auf unserer damaligen Fraktionsklausur zusammen mit Peter Struck als Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag über dieses Thema auch mit der Presse gesprochen haben. Wir wurden milde belächelt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das ist so.)

Ich will das ganz nüchtern und deutlich so sagen. Mittlerweile sehen immer mehr Landesregierungen und Bundespolitiker die Notwendigkeit eines solchen Verfahrens.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Ja, es wird heiß für euch, deswegen.)

Der Berliner Innensenator zum Beispiel spricht sich dafür aus, der Ministerpräsident aus Rheinland-Pfalz und sein Innenminister

(Michael Andrejewski, NPD: Der zufällig in Ihrer Partei ist.)

sprechen sich dafür aus.

(Michael Andrejewski, NPD: So was!)

Der SPD-Bundesparteitag wird Ende dieses Monats dieses ebenfalls fordern. Also auf der SPD-Seite gibt es große und breite Unterstützung. DIE LINKE hat sich ebenfalls, obwohl sie das auch lange Zeit sehr kritisch gesehen hat, entschieden, diesen Weg mitzugehen.

(Udo Pastörs, NPD: Die wird selbst beobachtet vom VS.)

Die CDU, repräsentiert durch Innenminister Caffier und ihren Fraktionsvorsitzenden Kollegen Jäger, sowie auch die Landes-CDU sind jetzt ebenfalls dabei. Ich kann Ihnen sagen aus tiefstem Herzen, ich finde das großartig, ich finde das toll, dass das endlich so weit ist, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD – Beifall Udo Pastörs, NPD)

Das zeigt nämlich auch, meine Damen und Herren, wir arbeiten hier nicht im luftleeren Raum, sondern machen etwas, was der übergroße Teil unserer Bevölkerung von uns erwartet.

(Udo Pastörs, NPD: Oh, das wissen Sie aber ganz genau! – Stefan Köster, NPD: Zum ersten Mal machen Sie etwas, was erwartet wird. – Udo Pastörs, NPD: Es gehen doch nicht mal mehr 50 Prozent zur Wahl.)

Und, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, auch zu einem weiteren vermeintlichen Gegenargument, dass mit einem Verbotsverfahren die rechte Ideologie nicht beseitigt werde, möchte ich hier etwas sagen. Es klingt im Grunde genommen – und das dürfte keinen verwundern – fast identisch mit dem, was Professor Methling und der Kollege Jäger hier gesagt haben.

(Michael Andrejewski, NPD: Das wundert uns nicht. – Udo Pastörs, NPD: Das ist bei Blockparteien so. Da ist immer alles gleich.)

Niemand, niemand, aber auch wirklich niemand, den ich kenne, mit dem ich politisch zu tun habe, hat behauptet, dass mit einem Verbot der NPD das Problem des Rechts-extremismus in diesem Land überwunden und erledigt sei.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben. Sicher.)

Das ist ein Totschlagargument.

(Heike Polzin, SPD: Ja.)

Das kann ich schon bald nicht mehr hören.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Ich jedenfalls – und ich glaube, da sind wir uns auch alle einig – gehe davon aus, an dem Tag, wo das mit Erfolg umgesetzt worden ist, beginnt die Arbeit erst mal richtig für uns alle.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

Und ich kann nur jeden Demokraten davor warnen, an dem Tag dann zu glauben, so, jetzt haben wir unsere Pflicht und Schuldigkeit getan, jetzt kann ich mich zurücklehnen, wir haben das Problem abgearbeitet. Davor kann ich wirklich nur dringend warnen.

(Udo Pastörs, NPD: Was wollen Sie darüber hinaus denn tun? Leute erschießen, einsperren?)

Meine Damen und Herren, aber das Verbot der NPD ist dabei ein entscheidender Baustein. Ich sage es noch einmal: Es kann nicht ernsthaft bezweifelt werden, dass die NPD verfassungsfeindliche Ziele verfolgt und die demokratische Grundordnung unseres Staates bekämpft. Ich sage, dazu braucht man keine Erkenntnisse der Verfassungsschützer mehr,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

dazu muss man nur sehen und hören, was die NPD macht und tut.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Genau so.)

Es ist nicht hinnehmbar, aber nicht das originär Entscheidende – auch das will ich hier zur Korrektur hinsichtlich der Wahrnehmung von Medienvertretern mal sagen –, dass die NPD mit staatlichen Geldern aus der Parteien- und Fraktionsfinanzierung Strukturen aufbaut, die nur eins zum Ziel haben, nämlich den Staat zu bekämpfen und diesen zu beseitigen.

Meine Damen und Herren, die NPD arbeitet zielgerichtet und strategisch. Auch wenn ein Verbot allein das Kernproblem nicht beseitigt, so würde es aber dem organisierten Rechtsextremismus einen wichtigen Teil seiner Infrastruktur entziehen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Richtig.)

Die Infrastruktur der NPD würde zerschlagen.

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist alles privat. Da kommen Sie gar nicht ran.)

Und ich will das mal hier aufzählen, damit die Demokraten das auch verinnerlichen.

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist alles privat.)

Das Parteienvermögen und der Immobilienbesitz der NPD würden eingezogen

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist gar nichts.)

und das Erscheinen der Parteizeitung eingestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Udo Pastörs, NPD: Lange vorgesorgt, Herr Schlotmann. – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Herr Andrejewski, Ihre 36 Semester Jura haben anscheinend auch nichts gebracht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der SPD und Udo Pastörs, NPD)

Hören Sie doch einfach mal zu!

(Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

Es gäbe keine Wahlkampfveranstaltung mehr für die NPD, wenn sie verboten ist. Die Finanzierung der NPD-Fraktionen in den Landtagen, ihrer Kommunalabgeordneten und der Öffentlichkeitsarbeit entfielen.

(Stefan Köster, NPD: Jetzt sagen Sie endlich, worum es geht!)

NPD-Gliederungen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

NPD-Gliederungen könnten keine Demonstrationen oder sonstige Veranstaltungen mehr anmelden.

(Raimund Borrmann, NPD: Überlegen Sie mal, wo wir herkommen!)

Räume blieben ihr verschlossen. NPD-Versammlungen könnten nicht mehr legal durchgeführt werden.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD)

Publikationen könnten nicht mehr herausgebracht werden.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist Ihre Diktatur, die Sie wollen.)

Werbespots in Funk und Fernsehen wären futsch für die Herrschaften hier.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist Ihre Diktatur, die Sie wollen. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und die NPD hätte keine Öffentlichkeit mehr durch die Parlamente. Denn nur dies wollen Sie hier im Parlament. Sie wollen ja nichts sachlich oder inhaltlich beitragen, denn Sie wollen das hier als Theater benutzen, um eine öffentliche Bühne zu haben.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD)

Meine Damen und Herren, wer glaubt, all das sei möglich, mit gutem Zureden, allein mit Aufklärungsarbeit, allein mit gezielten Aussteigerprogrammen, allein mit der Stärkung von Antirechtsprogrammen die NPD verhindern zu können, der irrt und verkennt die Realitäten.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr richtig. –
Zuruf von Raimund Borrman, NPD)

Jeder dieser Punkte gehört als weiterer Baustein dazu, ebenso wie das Verbot der NPD. Kaum ein Vertreter der demokratischen Parteien bezweifelt diese Verfassungsfeindlichkeit der NPD.

Gleichwohl kein Verbotsverfahren einzuleiten hieße, sehenden Auges zu akzeptieren, dass eine solche Partei weiter unter dem Deck- und Schutzmantel der Demokratie genau gegen diese Demokratie agiert.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Und, meine Damen und Herren, es ist auch nicht so, als ob wir Demokraten untätig wären. Auch das kann ich schon bald langsam nicht mehr hören. Wir sind doch nicht untätig. Das ist doch Nonsense.

(Heiterkeit bei Raimund Borrman, NPD:
Aber ein bisschen lahm sind Sie schon. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wir haben Landesprogramme auf den Weg gebracht, gemeinsam in der letzten Legislatur „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“, wir haben Geld dafür zur Verfügung gestellt, wir arbeiten und wirken in unseren Parteien dafür, dass wir wieder in der Fläche stärker vorkommen,

(Zurufe von Raimund Borrman, NPD,
und Stefan Köster, NPD)

dass diese Parteiendemokratie nicht von dieser Partei versucht wird zu zerstören, denn das ist doch das Ziel. Das alles läuft. Wir haben Regionalzentren gegründet, die schon kräftig arbeiten,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

die angefeindet werden von dieser Seite – der beste Beweis dafür, dass es eine richtige Entscheidung in diesem Hause war,

(Stefan Köster, NPD: Ich finde die gut. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

diese Regionalzentren zu bilden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Udo Pastörs, NPD: Die machen uns bekannt.)

Mit den Mitteln dieses Parlamentes sind wir dabei, das Strafgesetzbuch zu verschärfen,

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

zumindest sind wir da auf einem richtigen Weg.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Die Lautstärke des Geschreis hier zeigt, auch da liegen wir genau richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Stefan Köster, NPD: Meinungsfreiheit
abschaffen. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

denn sonst würde man hier so nicht schreien.

(Zurufe von Raimund Borrman, NPD,
und Stefan Köster, NPD)

Es gäbe sicherlich noch eine Menge mehr Dinge aufzuzählen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wo ich aber anknüpfen möchte an den Kollegen Jäger, das kommt mir viel zu kurz, auch das begegnet mir nämlich ständig: Wir vier Fraktionen hier – unabhängig, wie man jetzt zu dem Verfahren steht –, wir alle sind, glaube ich, in der verdammten Pflicht und Schuldigkeit, bei jedem Kontakt, den wir im Westen haben, bei jedem Auftritt, den wir im Westen haben, auch den Kolleginnen und Kollegen dort klarzumachen,

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Raimund Borrman, NPD)

das ist kein ostdeutsches Problem,

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das. Richtig.)

sondern das ist ein Problem der Demokratie.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE, FDP
und Udo Pastörs, NPD – Zuruf
von Raimund Borrman, NPD)

Und wir sehen doch hier, einige Herren von der Seite sind ja nun in der Wahlkampforganisation der NPD in Niedersachsen, die arbeiten doch strategisch und zielgerichtet, dass sie das tun.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Die kommen ja auch da her. – Heiterkeit
bei Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Es wäre also fahrlässig für unsere Kolleginnen und Kollegen im Westen,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

so zu tun, als wenn das hier nur Spuk wäre und sich in unsaubere Luft auflösen würde. Nein, meine Damen und Herren, da fordere ich Sie, da fordere ich uns alle auf, lassen Sie uns da ganz aktiv für werben, dass da einige vielleicht mal wachgeküsst werden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion
der NPD – Zurufe von Jörg Heydorn, SPD,
Michael Andrejewski, NPD, und
Raimund Borrman, NPD)

Abschließend möchte ich noch Folgendes unmissverständlich darstellen.

(Beifall Stefan Köster, NPD: Stellen Sie
dar! Ich finde es gut. – Udo Pastörs, NPD:
Sie stellen sich dar. – Zuruf aus dem Plenum:
Sie können nach Hause gehen.)

Es geht doch nicht darum, dass wir die NPD nicht leiden können.

(Raimund Borrman, NPD:
Doch, darum geht es.)

Es geht uns auch nicht vorrangig darum, der NPD die finanziellen Mittel zu entziehen.

(Michael Andrejewski, NPD:
Nein, überhaupt nicht!)

Und es geht uns schon gar nicht darum,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

dass wir uns der politischen Auseinandersetzung mit der NPD nicht gewachsen fühlen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Es geht darum, dass wir der Auffassung sind, dass Demokraten nicht nur das Recht,

(Raimund Borrmann, NPD: Sie müssen noch ein bisschen wachsen. – Heiterkeit bei Raimund Borrmann, NPD, und Stefan Köster, NPD)

sondern auch die Pflicht haben, eine Partei verbieten zu lassen, die die demokratische Grundordnung derart aggressiv bekämpft.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Dr. Armin Jäger, CDU: Genau das.)

Und dann möchte ich – ich habe anscheinend noch Zeit –

(Stefan Köster, NPD: Sie läuft aber bald ab, zumindest im Landtag.)

eine persönliche Anmerkung anschließen, wo ich lange darüber nachgedacht habe, ob ich es tue und, wenn ich es tue, wie ich es tue.

(Udo Pastörs, NPD: Tun Sie es! Sie sind doch ein Held.)

Ich rede mit den Demokraten, nicht mit Ihnen.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, tun Sie's! Mit dem Demokraten Pastörs.)

Schalten Sie doch einfach ab!

(Beifall Stefan Köster, NPD – Udo Pastörs, NPD: Sie sind ein Held. – Raimund Borrmann, NPD: Das ist die inhaltliche Auseinandersetzung. – Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Udo Pastörs, NPD – Heike Polzin, SPD: Das reicht jetzt.)

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion, ich ganz persönlich hätte es als wichtig angesehen, als gut und als konsequent, wenn alle vier demokratischen Fraktionen unter diesem Antrag gestanden hätten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Ich halte auch nichts davon – das wäre der Sache abträglich und es würde sich nur eine Reihe hier freuen –

(Stefan Köster, NPD: Lassen Sie sich von Herrn Jäger ein Taschentuch geben!)

und es geht mir also überhaupt nicht um Schuldzuweisungen. Ich bitte da einfach nur um Verständnis. Sie wissen aus unseren Viererrunden, mit wie viel Herzblut ich gerade bei dem Thema immer versuche, das zusammenzuhalten.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Welche Theatralik! – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Dass dies nicht gelungen ist, dass hier vier Unterschriften drunterstehen, aus welchem Grund auch immer, bedaure ich persönlich zutiefst.

(Michael Andrejewski, NPD: Das wird wohl eine erste Niederlage, nicht?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ...

Das war ja der Grund, warum ich lange überlegt habe,

(Stefan Köster, NPD: 1:0 für die NPD.)

ob ich das hier anspreche,

(Udo Pastörs, NPD: Dann tun Sie es doch endlich!)

weil die Bank auf der Seite versucht, daraus Honig zu schlagen. Aber es wird ja an uns liegen, ob Ihnen das gelingt.

(Stefan Köster, NPD: Honig ist gesund. – Udo Pastörs, NPD: „Honig zu schlagen“! Butter wird geschlagen, aber Honig saugt man.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn es schwerfällt, in der Auseinandersetzung mit dieser Seite, mit der NPD,

(Raimund Borrmann, NPD: Honig schleudert man. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

sage ich Ihnen, dürfen wir uns

(Stefan Köster, NPD: Nicht auseinanderdividieren lassen.)

wirklich keine Befindlichkeiten leisten –

(Udo Pastörs, NPD: Auf keinen Fall. – Stefan Köster, NPD: Sie müssen zusammenhalten.)

und das sage ich hier mit vollem Ernst, unabhängig von dem Gekreische auf der Fensterbank –,

(Raimund Borrmann, NPD: Wir kreischen doch gar nicht. – Heiterkeit bei Stefan Köster, NPD)

sonst haben wir aus der Geschichte nichts gelernt, meine Damen und Herren. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Udo Pastörs, NPD: Das war richtig. Da hat er lange drüber nachgedacht.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender Schlotmann.

Ich fordere die Abgeordneten der NPD auf, hier die Redner, die am Pult stehen, bitte nicht verächtlich zu machen.

(Stefan Köster, NPD: Nein, das machen wir nicht.)

Das ist eine Missachtung des Parlaments und ich gedenke, das auch nicht hinzunehmen, wenn Sie das nicht einstellen.

Das Wort hat jetzt der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

(Stefan Köster, NPD: Der demokratischen Parteien.)

Der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD zur Prüfung eines erneuten NPD-Verbotsverfahrens stößt bei der Landesregierung auf großes Verständnis, denn auch wir,

(Heiterkeit bei Raimund Borrman, NPD –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

denn auch wir sehen die Notwendigkeit,

(Udo Pastörs, NPD: Die sind sie
doch selbst, die Landesregierung.)

denn auch wir sehen die Notwendigkeit, uns mit einer Partei auseinanderzusetzen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die ein nazistisches Weltbild pflegt,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

die in öffentlichen Reden demokratische Politiker als Verbrecher oder etablierte Volksbetrüger bezeichnet,

(Michael Andrejewski, NPD: Als
was bezeichnen Sie uns bitte schön?!)

die unlängst auf der Homepage ihres Landesverbandes Werbung für ein geschichtsklitterndes Werk über die Waffen-SS verbreitet hat,

(Udo Pastörs, NPD: Um Gottes willen!)

und nicht zuletzt wegen ihrer engen personellen und organisatorischen Verflechtung mit der Neonaziszene unseres Landes.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: So ist es.)

Der Rechtsstaat unserer heutigen Demokratie ist wehrhaft.

(Stefan Köster, NPD: Furchtbar!)

Und weil sie das ist, wird es nicht noch einmal einer Organisation wie seinerzeit der NSDAP gelingen,

(Michael Andrejewski, NPD: Oder der SED.)

die Demokratie mithilfe ihres rechtsstaatlichen Instrumentariums zu beseitigen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. –
Zuruf von Raimund Borrman, NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Innenminister, einen Moment.

Herr Abgeordneter Andrejewski, ich erteile Ihnen aufgrund der Äußerung, die Sie eben gemacht haben, indem Sie praktisch „SED“ hier eingeworfen haben und das im Zusammenhang mit der NSDAP getan haben, wodurch eine Gleichsetzung zu vermuten ist, einen Ordnungsruf.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie bereits einen Ordnungsruf erhalten haben, und drohe Ihnen an, dass bei einem weiteren Ordnungsruf Ihnen das Wort entzogen wird.

(Heiterkeit und Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Minister Lorenz Caffier: Vor diesem Hintergrund ist es richtig und wichtig, immer wieder zu prüfen, ob eine Partei, die wir völlig zu Recht als verfassungsfeindlich, fremdenfeindlich, demokratiefeindlich und daher extre-

mistisch wahrnehmen, nach rechtsstaatlichen Prinzipien zu verbieten ist.

(Beifall Heike Polzin, SPD)

Dabei übersehen wir jedoch nicht, dass die Mütter und Väter des Grundgesetzes den politischen Parteien im demokratischen Wettstreit eine zentrale Rolle und damit auch einen besonderen Bestandsschutz zugemessen haben. Das hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss vom 18. März 2003 zum ersten NPD-Verbotsverfahren deutlich erläutert. Ich zitiere aus dem Beschluss: „Politische Parteien haben – im Vergleich zu Vereinigungen im Sinne von Art. 9 Abs. 1 GG – eine hervorgehobene Stellung in der verfassungsrechtlichen Ordnung des Grundgesetzes ... Sie werden in Art. 21 Abs. 1 GG als verfassungsrechtlich notwendig für die politische Willensbildung des Volkes anerkannt und stehen im Rang verfassungsrechtlicher Institutionen“. Ende des Zitats.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier wird deutlich, dass die demokratische Ordnung des Grundgesetzes politische Parteien für unverzichtbar hält. Dementsprechend genießen politische Parteien das sogenannte Parteienprivileg. Das heißt im Wesentlichen, dass über die Frage der Verfassungswidrigkeit einer Partei gemäß Artikel 21 Absatz 2 Grundgesetz ausschließlich das Bundesverfassungsgericht entscheiden darf.

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

Ein Einschreiten anderer staatlicher Stellen gegen den Bestand einer politischen Partei ist damit ausgeschlossen. Aber dieses fordert der hier zur Abstimmung gestellte Antrag der beiden Regierungsfractionen auch nicht. Wir wollen, und wegen des sich häufenden aggressiven kämpferischen Auftretens der NPD gegen unseren Rechtsstaat sind wir verpflichtet, einen neuen Verbotsantrag im Licht der aktuellen Entwicklung zu prüfen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Es gilt dabei vor allem herauszuarbeiten, ob die NPD aus einer aktiv kämpferischen und aggressiven Grundhaltung heraus darauf ausgeht, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beseitigen. Und da gibt es schon Reden und Äußerungen von führenden Köpfen dieser Partei und von Mitgliedern dieses Landtages, die meiner Überzeugung nach geeignet sein können, ein Verbot für die NPD zu begründen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: So sehe ich das auch.)

Ich will dies mit zwei Zitaten aus einer Rede des mecklenburg-vorpommerschen Vorsitzenden der NPD-Landtagsfraktion, die dieser im Juni 2007 im brandenburgischen Rathenow gehalten hat

(Stefan Köster, NPD: Die nicht strafbar ist.)

und die der Norddeutsche Rundfunk dokumentierte, darstellen.

Meine Damen und Herren, erstes Zitat, ich zitiere: „Und ich kann hier nur sagen und das wiederholen, was ich immer gesagt habe, von einer nationalen Opposition geht keine Gefahr für die Polizei aus. Aber von uns, und das ist auch gewollt, geht eine Gefahr für den Parteienstaat.“

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

„dieses Konstrukt amerikanischer Siegermacht aus, und das ist gut so.“ Ende des Zitats.

Meine Damen und Herren, es folgt das zweites Zitat, ich zitiere: „Dann besteht darin auch die Verpflichtung, jene einer gerechten Strafe zuzuführen, die für diese Ausplünderungspolitik unseres deutschen Volkes Verantwortung tragen“

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

„und heute uns noch frech ins Gesicht grinsen.“ Ende des Zitats.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr richtig. –
Volker Schlotmann, SPD:
Was für eine Kleingeistigkeit!)

Meine Damen und Herren, zwei Aussagen einer Rede, mit denen ein Möchtegernführer aus den Reihen der NPD, sich wie ein Hassprediger gebärdend, einmal mehr die wirklichen Ziele dieser Partei offenbart.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Ich möchte noch einmal sehr deutlich das aktiv kämpferische und aggressive Verhalten der NPD gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung herausstellen. Erlauben Sie mir bitte daher, ein weiteres Mal den Vorsitzenden der Fraktion der NPD in diesem Landtag zu zitieren. Diesmal zitiere ich aus einem von diesem unterzeichneten Antwortschreiben an einen Bürger, der sich mit einer Eingabe an die NPD gewandt hatte. Ich zitiere: „Ich sage, wir brauchen einen Volksaufstand gegen die vermeintlichen Anständigen, gegen die Hochverräter, die ihren Auftrag, den Erhalt des deutschen Volkes sicherzustellen, nicht nur sträflich vernachlässigen, sondern gezielt verhindern.“ Ende des Zitats.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr richtig.)

Alle drei Zitate, mit denen die NPD von sich behauptet, dass von ihr eine Gefahr für den deutschen Rechtsstaat ausgeht, sie aktiven Politikern der demokratischen Parteien droht und vom NPD-Fraktionsvorsitzenden offen zum Volksaufstand aufgerufen wird,

(Raimund Borrman, NPD:
Aufstand der Anständigen.)

bilden den Beginn eines Mosaiks.

(Volker Schlotmann, SPD: Ja.)

Wir werden gemeinsam mit Bund und Ländern Steinchen für Steinchen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Argument für Argument,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Zitat für Zitat, Sachverhalt für Sachverhalt dieses Mosaiks zusammentragen und bewerten. Und am Ende, da bin ich mir persönlich sehr sicher, wird ein neuer Verbotsantrag stehen.

Das Zusammentragen der Argumente geschieht nicht allein durch unsere Sicherheitsbehörden. In unserer freiheitlichen Demokratie ist es nämlich üblich, dass die freie, nicht durch den Staat gelenkte Presse sich solcher antidemokratischen Auswüchse annimmt und das rechtsextreme Treiben der NPD und der Neonaziszene nicht nur beobachtet, sondern auch in Bild und Ton dokumentiert.

(Raimund Borrman, NPD: Das ist interessant.)

Wir werden ein neues Verbotsverfahren auch nicht überstürzen,

(Raimund Borrman, NPD: Das ist interessant.)

sondern werden das Mosaik sorgfältig und konsequent zusammenlegen.

(Udo Pastörs, NPD: Wir werden
dieses Mosaik wieder zerlegen.)

Eine wehrhafte Demokratie zeichnet sich unter anderem auch dadurch aus, Hetztiraden extremistischer Parteien wie der NPD und der sie unterstützenden Kameradschaften eine Zeit lang auszuhalten. Diese Geduld ist aber jetzt verbraucht, es ist Zeit zu handeln. Das von der NPD erträumte Staatsgebilde, das einer Diktatur gleichkäme, würde diese Geduld mit ihrer Opposition gar nicht erst aufbringen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sicherlich nicht, ja. –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Nein, die NPD würde eine Opposition gar nicht erst zulassen, geschweige denn eine freie Presse.

(Stefan Köster, NPD: Beweise, Herr Minister. –
Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
und Raimund Borrman, NPD)

Es mag ja angehen, dass die Abgeordneten der NPD hier im Landtag den Biedermann geben und dann außerhalb von Mecklenburg-Vorpommern den Brandstifter spielen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Wenn Sie allerdings glauben, wir durchschauen Sie nicht, haben Sie sich geirrt. Und wir werden alles daransetzen, dass auch die Menschen die Praktiken der NPD durchschauen werden, denen heute mit Hartz-IV-Sprechstunden und Kinderfesten eine Welt vorgegaukelt wird,

(Udo Pastörs, NPD: Die haben Sie durchschaut.
Deswegen laufen die weg, Herr Caffier.)

die die NPD so offensichtlich nie Wirklichkeit werden lassen will.

Meine Damen und Herren, wie die NPD die Geschichte pervertieren will, wurde uns am Montagabend durch den NDR noch mal deutlich vor Augen geführt.

(Stefan Köster, NPD: Schöner Bericht.)

Angesichts der Demonstrationen gegen den rechtsextremistischen Szeneladen in Rostock stellte sich der Vorsitzende der NPD-Landtagsfraktion vor die Mikrofone und erzählte eher beiläufig, ich zitiere: „Das erinnert an böse Zeiten, die es in unserem Land gegeben hat.“ Ende des Zitats.

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Meine Damen und Herren, mit diesem Vergleich wollen sich die NPD und ihre Gefolgsleute auf eine Stufe

(Raimund Borrman, NPD: Welche bösen
Zeiten? Vielleicht war das ja das Mittelalter.)

mit den Opfern ihrer nationalsozialistischen Vorbilder stellen. Sie verhöhnen damit die Millionen Opfer des Holocausts.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Eine dreistere Perverterung der Geschichte habe ich von einem Mitglied eines deutschen Landtages noch nicht erlebt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD – Stefan Köster, NPD: Was haben Sie für eine Fantasie?!)

Ich – und ich glaube, ich kann für alle demokratischen Kollegen sprechen – schäme mich dafür.

(Udo Pastörs, NPD: Na dann tun Sie das mal!)

Eine Entschuldigung für diese Infamie erwarte ich von Ihnen, Herr Pastörs, nicht.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Sie wäre ohnehin nur eine weitere Beleidigung der Millionen Opfer des Nationalsozialismus.

Meine Damen und Herren, spätestens mit einem neuen Verbotsverfahren werden wir Ihnen den Mantel des Bierderrmannes entreißen

(Udo Pastörs, NPD: Schon wieder mal?!)

und jeder wird sehen,

(Stefan Köster, NPD: Die Maske vom Gesicht reißen.)

dass hinter der Fassade des „Kümmerns um die kleinen Leute“ nichts anderes steht als das Bestreben, unseren sozialen Rechtsstaat, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung abzuschaffen und durch eine neue, fremdenfeindliche, rückwärtsgewandte Diktatur zu ersetzen.

(Raimund Borrmann, NPD: Wenn es so sozial wäre, müsste sich keiner drum kümmern. Dann gäbe es keine kleinen Leute, denen es dreckig geht.)

Meine Damen und Herren, selbstverständlich ist vor der Einleitung weiterer Schritte aus Respekt vor der verfassungsrechtlichen Stellung von Parteien in unserem Staat eine sorgfältige Prüfung des Sachverhaltes angezeigt. Zu diesem Zweck habe ich bereits eine entsprechende Arbeitsgruppe eingerichtet, die sowohl eine Stoffsammlung zu den verfassungsfeindlichen Aktivitäten der NPD im Lande erstellen

(Stefan Köster, NPD: Was kostet das wieder dem Steuerzahler?)

als auch die künftig zu beachtenden formalen Voraussetzungen prüfen wird. Auf der Basis dieses Arbeitsergebnisses wird dann über weitere Schritte zu entscheiden sein.

Lassen Sie mich bitte beschließen

(Stefan Köster, NPD: Nicht allein.)

mit einem für heute aus meiner Sicht angepassten Zitat von Simon Wiesenthal. Ich zitiere:

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Ja, das ist der Richtige.)

„Wir haben nicht das Recht, uns ein zweites Mal zu irren und für harmlos zu halten, was in einer Katastrophe münden kann.“ – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Minister Sigrid Keler: Ja.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Innenminister.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion Herr Roof.

Michael Roof, FDP: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einmal Sie, Herr Kollege Schlotmann und Herr Kollege Jäger, ansprechen. Ich bin sehr dankbar für Ihre Ausführungen, weil wir haben damit, glaube ich, die Diskussion, ob es sich um einen Prüfauftrag handelt oder nicht, erledigt. Nach unserer Diskussion und nach unserer Auffassung handelt es sich hier nicht um einen Prüfauftrag, sondern um die klare Maßgabe zum Handeln.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Wie unser Änderungsantrag zum Ausdruck bringt.)

Meine Fraktion hier im Schweriner Landtag ist diejenige, die am intensivsten mit dem Gedankengut der NPD-Fraktion konfrontiert ist. Seit einem Jahr durchleben wir in den Landtagssitzungen oftmals über zehn bis zwölf Stunden nicht nur die verachtenden Beiträge vom Rednerpult, sondern auch die Zwischenrufe und Bemerkungen aus allernächster Nähe.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und das, was Sie zum Teil nur bruchstückhaft mitbekommen, damit werden wir in jeder Sitzung konfrontiert und auseinandergesetzt, und das unter dem Vorzeichen,

(Heiterkeit und Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass wir als FDP-Fraktion gleich zu Beginn der Legislaturperiode einen ersten Anteil zum Beitrag zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern geleistet haben. Ich meine hier speziell unsere Zustimmung zur neuen Fraktionsfinanzierung im Parlament. Und ich nenne auch und ganz ausdrücklich unseren Vorschlag zu einem starken und intensiven Controlling dieser Finanzierungsrahmenbedingungen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Die Abgeordneten meiner Fraktion, aber ich denke, auch die Mehrzahl von Ihnen, meine Damen und Herren,

(Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

stellen sich ständig die Fragen: Wie viel Provokation, wie viel Menschenverachtung muss ertragen werden im Umgang mit der NPD? Wann handeln wir endlich? Was muss getan werden?

Ein Verbot scheint hier die einfachste und klarste Antwort zu sein. Aber es ist nicht genau das, was die NPD-Strategen sich bisher zunutze gemacht haben – einfache Antworten, vermeintlich einfache Antworten auf komplexe Sachverhalte. Das Problem des Rechtsextremismus in Deutschland ist mit einem Verbotsverfahren nach unserer Auffassung nicht in den Griff zu bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Wir glauben nicht, dass es eine Patentlösung gibt,

(Volker Schlotmann, SPD: Richtig.)

um den Rechtsradikalismus in der gesamten Bundesrepublik Deutschland – und auch der Hinweis auf Europa

war an dieser Stelle sehr richtig – zurückzudrängen. Möglicherweise sind der menschenverachtende Irrsinn und das menschenverachtende Gedankengut dieser Herren niemals vollständig aus allen Köpfen rauszubekommen. Wir gehen vielmehr davon aus, dass es eine andauernde politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den radikalen Tendenzen und deren Ursachen geben muss.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Heike Polzin, SPD: Davon gehen wir auch aus.)

Das bedeutet harte und schmerzhaftes Auseinandersetzung mit sich selbst.

(Heike Polzin, SPD: Richtig.)

Diese Auseinandersetzung kann und darf man sich nicht mit einem Verbotungsverfahren ersparen.

(Volker Schlotmann, SPD: Das machen wir auch nicht. – Udo Pastörs, NPD: So, so. – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Ein Verbot ist der Versuch, sich dieser Auseinandersetzung zu entziehen.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr richtig.)

Lassen Sie uns nicht in unbedachten Aktionismus verfallen.

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD: Herr Roof! – Udo Pastörs, NPD: Bravo!)

Wir brauchen zur Lösung des Problems die Auseinandersetzung mit dem Problem.

(Reinhard Dankert, SPD: Das grenzt ja an Zynismus.)

Ein Problem verschwindet nicht, meine Damen und Herren, dadurch, dass man es verbietet.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Die NPD ist hierbei der politische Arm einer verfassungsfeindlichen Struktur für Rechtsextremismus allgemein, den wir gemeinsam bekämpfen müssen. Im Kampf gegen das Unterwühlen der Demokratie müssen wir uns, muss sich die demokratische Gemeinschaft wehrhaft zeigen. Wir als gewählte Abgeordnete müssen dafür Lösungen anbieten. Wir als Volksvertreter, aber auch jeder mündige Bürger, müssen uns kritisch mit den politischen Themen auseinandersetzen. Ein Verbot entbindet niemanden von der Verantwortung – und das unterstelle ich Ihnen auch gar nicht –, täglich aufs Neue zu prüfen und zu entscheiden, was richtig und was falsch ist, und dafür die Verantwortung zu übernehmen.

(Udo Pastörs, NPD: Jeden Tag eine gute Tat.)

Verbote allerdings verhindern oftmals sogar die Lösung des Problems, weil sie uns davon abhalten, darüber nachzudenken, was die Ursache ist, dass Extremismus vermeintlich so attraktiv ist für einige Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, in der Bundesrepublik Deutschland und auch in Europa.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

Statt die Auseinandersetzung durch ein Verbotungsverfahren zu ersticken, müssen wir über die Botschaften der sogenannten nationalen Sozialisten reden.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

Wir müssen reden über simple Antworten zu komplexen Fragen. Wir müssen reden über Ängste der Menschen und wie sie geschürt werden.

(Stefan Köster, NPD: Nicht reden, handeln.)

Wir müssen reden, ob unser Augenmerk vor allem den Starken und Gesunden zu gelten hat. Wir müssen auch darüber reden, ob wir im Auftrag einer höheren Macht Auserwählte unserer Gesellschaft sind, denn genau das, genau das sind die einfachen Botschaften dieser sogenannten nationalen Sozialisten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Über all das müssen wir reden. Das ist richtig.)

Egal ob Gentechnik, ob Globalisierung oder ob Arbeitsmarkt, jedes dieser Themen wissen die Herren von den Nationaldemokraten emotional aufzuheizen und populistisch auszuschlachten. Dabei beteiligen sie sich nur mit hysterischem Gezeter und mit aberwitzigen Verschwörungstheorien. An einer Lösung der Probleme sind die sogenannten nationalen Sozialisten nicht interessiert, denn mit jeder Lösung gesellschaftlicher Probleme würde ihnen Stück für Stück die Existenzgrundlage entzogen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Den demokratischen Parteien allein obliegt es, die Lösung der Probleme aufzuzeigen

(Udo Pastörs, NPD: Dann entziehen Sie uns doch unsere Existenzberechtigung! Dann ist doch alles in Ordnung in Deutschland.)

und damit extremistische Entwicklungen zu bekämpfen. Lassen Sie uns offen und ehrlich darüber diskutieren, wo bisher Fehler gemacht worden sind.

(Raimund Borrmann, NPD: Aber das schafft ihr ja nicht. Das ist ja euer Problem.)

Wir müssen mögliche Fehler eingestehen und gleichzeitig noch mehr Anstrengungen unternehmen, um die Menschen in unserem Land mitzunehmen, das Land gemeinsam zu gestalten. Wir müssen aufhören mit unnützem parteipolitischen Gezänk. Damit meine ich – und das will ich ganz klar und ganz deutlich sagen – nicht die konstruktive Auseinandersetzung zwischen demokratischen Parteien hier im Parlament. Wir sollten im Eifer der Debatte jedoch immer im Auge behalten, dass unsere gemeinsamen Werte und Ziele größer sind als die vermeintlichen Unterschiede in unseren Parteiprogrammen.

Mein Aufruf geht daher an alle demokratischen Parteien und an alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes: Lasst uns die Wut und die Ohnmacht, die in unserem Bauch stecken, nicht mit dem Bauch lösen, lasst uns mit kühlem Kopf entscheiden! Auch wenn wir intensiv spüren, dass hier Grenzen demokratischer Freiräume überschritten werden

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Wir haben auch den Kopf benutzt, Herr Roof.)

und dass wir uns hier mit aller Macht wehren müssen, so müssen wir uns doch selber an diese Grenzen halten.

Wenn es nach den nationalen Sozialisten ginge, soll den Menschen die Ausübung aller demokratischen Rechte

verweigert werden. Für uns Abgeordnete heißt es jetzt aber, wir müssen mehr und bessere Argumente haben, wir müssen überzeugender sein als die Radikalen. Wir müssen mehr Fleiß und mehr Engagement zeigen, wir müssen mehr Glaubwürdigkeit zeigen für alle Menschen im Land und wir müssen – und das habe ich auch oft genug gesagt – dahin gehen, wo es wehtut.

(Beifall Hans Kreher, FDP,
und Gino Leonhard, FDP)

Wir müssen dahin gehen, wo die radikalen Herren von der NPD schon glauben, sie hätten rechtsfreie Räume geschaffen, indem sie alle Menschen mit anderen Meinungen einschüchtern und an den Rand drängen.

(Raimund Borrmann, NPD: Ja, ja.)

Aus diesem Grund, und nur aus diesem Grund, haben wir vorgeschlagen, dass das Parlament als Ganzes, das Parlament als derjenige, der die demokratischen Rechte und auch die Demokratie hier im Land zu schützen hat, sich auf den Weg macht in die Region Vorpommern, dort, wo es am schwierigsten ist, und wir als Parlament uns dort zu präsentieren haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Udo Pastörs, NPD: Warum tun Sie es jetzt erst? –
Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Wir müssen dem System des Rechtsradikalismus – und das möchte ich an dieser Stelle hier deutlich betonen –, dem System des Rechtsradikalismus, bestehend aus NPD, aus DVU und Kameradschaften, ein Netzwerk für Toleranz entgegensetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Die Menschen im Land suchen nach einer Wertegemeinschaft. Wir müssen ihnen zeigen, dass Toleranz und Demokratie eine bessere und stärkere Grundlage für eine Wertegemeinschaft sind als Ausgrenzung und Zwangskollektivierung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Udo Pastörs, NPD: Amen!)

Unsere heutige Ablehnung zu Ihrem Antrag ist nicht – und das möchte ich ganz deutlich sagen – die Abkehr von einem demokratischen Grundkonsens,

(Beifall Hans Kreher, FDP –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Da schauen wir mal.)

sondern vielmehr das ausdrückliche Angebot – schade für diese Zwischenbemerkung, Herr Professor Methling –, sondern vielmehr das ausdrückliche Angebot, gemeinsam die demokratischen Rechte zu schützen.

(Udo Pastörs, NPD: Gemeinsam, natürlich.)

Lassen Sie uns gemeinsam Werbung machen für mehr Toleranz und Demokratie.

(Udo Pastörs, NPD: Bla, bla!)

Lassen Sie uns daran arbeiten, dass die Wahlbeteiligung hier in diesem Land wieder ansteigt. Zeigen wir den Menschen, dass wir für die Werte unserer freien Gesellschaftsordnung gemeinsam einstehen. Schaffen wir gemeinsam Vorbilder und nicht Märtyrer. Denn wie auch immer ein mögliches Verbotungsverfahren ausgeht, Sie erreichen entweder, bei einer Ablehnung eines Verbotsverfahrens erhält die NPD einen Persilschein, bei einem

Verbot machen wir diese Herren nur zu Märtyrern, Märtyrer, die von sich selber behauptet haben, dass das erste Verbotungsverfahren sie motiviert hat, in die Partei einzutreten.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich will an dieser Stelle schließen mit dem Abschlusskommentar aus dem öffentlich-rechtlichen NDR am Montag:

(Udo Pastörs, NPD: Die rote Lampe
brennt schon eine halbe Minute.)

„Die NPD muss nicht verboten werden, sie muss widerlegt und entzaubert werden.“ – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Stefan Köster, NPD: Dann fangen Sie bitte an. –
Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE,
und Minister Dr. Till Backhaus)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender Roof.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In den aktuellen, nicht von der SPD bezahlten Umfragen liegt die SPD in Sachsen bei acht Prozent und die NPD bei neun Prozent. Da muss natürlich etwas passieren, die Konkurrenz muss weg. Dazu hängt man sich dann das Mäntelchen des Kämpfers für das Grundgesetz um, geht dabei aber so dilettantisch vor, dass ein rechtsstaatlich ohnehin unmögliches NPD-Verbot praktisch jetzt schon gescheitert ist.

(Heike Polzin, SPD: Träumen Sie weiter! –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sie träumen doch.)

Das Bundesverfassungsgericht hat 2003 klargestellt, dass die Spitzel, in ihrer Sprache bezeichnenderweise Vertrauensmänner, bereits in der Vorbereitungsphase eines Verbotsverfahrens abzuziehen sind, und die beginnt spätestens mit der öffentlichen Ankündigung, einen Verbotantrag stellen zu wollen.

(Volker Schlotmann, SPD: Ihre juristische
Qualifikation habe ich kommentiert.)

Das haben Sie schon vor einem Monat angekündigt, wobei es besonders ins Gewicht fällt, dass Herr Ringstorff zu dieser Zeit Präsident des antragsberechtigten Verfassungsorgans Bundesrat war. Der Bundesinnenminister Dr. Schäuble hat dieses Vorgehen, hauptsächlich verantwortet von der Landesregierung und Herrn Beck, eine Dummheit genannt. Das Hauptproblem bei den Spitzeln ist nämlich nicht so sehr, dass deren Worte und Taten der NPD zugerechnet werden, was schlimm genug ist, sondern vielmehr, dass sie durch Spitzel in unseren Gremien Einblick in unsere Prozessstrategie erhalten, und die erarbeiten wir jetzt schon. Unmittelbar nach Ihren ersten Ankündigungen haben wir eine Arbeitsgruppe zur Entwicklung einer Verteidigungsstrategie in einem Verbotungsverfahren gegründet,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wenn Sie der Chef
sind, brauchen wir keine Angst zu haben.)

der in Mecklenburg-Vorpommern der ganze Landesvorstand und die Fraktion sowie weitere geeignete Mitglieder angehören und die ihre Tätigkeit schon aufgenommen hat, eine Anti-PKK sozusagen. Wenn Sie da drin einen Spitzel haben,

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

kennen Sie die Grundzüge unserer Verteidigungsstrategie bereits jetzt. Und das wird Ihnen in Karlsruhe keiner abnehmen, dass Sie im ganzen Landesvorstand keinen einzigen Zuträger haben. Die Diskussion, ob Sie Informanten abziehen sollten oder nicht,

(Volker Schlotmann, SPD:
Sind Sie vielleicht auch einer?)

die können Sie sich also sparen. Das hätten Sie längst tun müssen. Sie hätten vertraulich und nichtöffentlich Material und Mehrheiten sammeln, dann den Antrag ankündigen und stellen und sofort die V-Männer oder V-Frauen abziehen müssen.

(Volker Schlotmann, SPD:
Vielleicht sind Sie ja selber einer.)

Das wäre professionell gewesen.

(Volker Schlotmann, SPD:
Vielleicht ist das ja ganz bewusst.)

Was Sie gemacht haben, ist Pfuscharbeit, Pfuscher gegen Rechts.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Es gilt, was der Staatsrechtler Wolfgang Löwer sagte: Wenn Spitzel im Binnenraum der NPD zum Beispiel ausbaldowern, wie die Prozessstrategie der Partei aussieht, dann haben sie im Rechtsstaat ein Problem. Genau, das ist keine Formalie, sondern ein Verstoß gegen das Gebot des fairen Verfahrens, das sich direkt aus dem im Grundgesetz verankerten Rechtsstaatsprinzip ergibt, das Sie hier mit Füßen treten.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das hat Spitzel noch nie interessiert.)

Dieser Dilettantismus ist typisch für Sie. Die CDU hat es nicht einmal geschafft, ihr Mitglied Jan Paulenz, das mit mehreren Parteifreunden an einer NPD-Demo teilgenommen hatte, auszuschließen, obwohl die Herren Caffier und Dr. Jäger dies lauthals forderten. Stattdessen mussten sie sich von Dr. Peter-Michael Diestel, Paulenz' Verteidiger, sagen lassen, die NPD ist eine durch demokratische Wahlen legitimierte Partei

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ändern
wir jetzt. Das ändern wir jetzt.)

und die Angriffe auf Paulenz kommen vor allem von CDU-Mitgliedern, die aus der ehemaligen SED-Blockpartei stammen. Diestel: „Früher sind sie mit der SED Hand in Hand gegangen. Heute wollen sie wieder Leute mit anderen Meinungen ausgrenzen.“

(Volker Schlotmann, SPD: Was ist mit
Ihrem Kollegen Borrmann? Wo war der? –
Dr. Armin Jäger, CDU: Wo war denn
Ihr Kollege Borrmann?)

Das ist wirklich stark,

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

dass jemand wie Herr Caffier,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Borrmann
ist nicht aus der SED gekommen, das weiß ich.)

der Mitglied der Ost-CDU war und damit eines unterstützenden Elementes der SED-Diktatur,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Also ich
musste meinen Namen nicht ändern.)

andere als Verfassungsfeinde jagen möchte.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Dilettantisch gingen auch die Abgeordneten Schlotmann und Bretschneider vor, als sie der NPD-Fraktion den Missbrauch von Fraktionsgeldern wegen der Prozesse

(Volker Schlotmann, SPD:
Das ist noch nicht zu Ende.)

um die untersagte Demonstration in Rostock anhängen wollten

(Volker Schlotmann, SPD: Da sind Sie
auf dem falschen Dampfer. Da müssen
Sie noch eine Kommission gründen.)

und sich deshalb siegessicher an den Bundestagspräsidenten wandten, der sie natürlich abbügelte.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Abgesehen davon, dass wir gar nicht vorhatten, Gerichts- oder Anwaltskosten hinsichtlich dieser Rechtsstreitigkeiten aus der Fraktionskasse zu bezahlen,

(Volker Schlotmann, SPD:
Sehr glaubhaft, sehr glaubhaft.)

aber wenn wir das gewollt hätten, dann hätten Sie natürlich warten müssen, bis die Gelder geflossen wären. Wieder alles verdorben durch verfrühtes Vorpreschen!

(Volker Schlotmann, SPD: Was heißt das?)

Auch wer zu früh kommt, den bestraft das Leben.

(Volker Schlotmann, SPD: Sie hatten es vor?)

Hatten wir nicht.

Ein schwerer Fehler ist auch, was Sie als Hauptmotiv für ein NPD-Verbot nennen, O-Ton Dr. Jäger: „Mir dreht sich der Magen um, wenn ich sehe, dass die NPD-Fraktion in unserem Landtag jährlich 600.000 Euro vom Staat kassiert.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt aber. –
Volker Schlotmann, SPD: Das ist wohl
wahr. Da kann ich nur zustimmen. –
Michael Roof, FDP: Das ist richtig. –
Zurufe von Gabriele Mešťan, DIE LINKE,
und Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Zweitens dreht sich mir eher der Magen um, wenn ich lese, dass die hessische CDU zur Tarnung illegaler schwarzer Kassen jüdische Vermächnisse erfand mit dem Kalkül, bei Juden frage schon keiner nach. Widerlich!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zurufe von Volker Schlotmann, SPD,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Und drittens kann das Motiv für ein Verbot nur sein, dass eine Partei die freiheitlich-demokratische Grundordnung beeinträchtigt oder beseitigen wolle oder den Bestand der BRD gefährde, also eine aggressiv kämpferische Haltung aufweise. Das können Sie bei der NPD nicht ernsthaft behaupten und gleichzeitig die Spitzel abziehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das werden wir sehen.)

Entweder die NPD ist aggressiv kämpferisch und damit objektiv gefährlich, dann können Sie nicht zwei Jahre

lang – so lange dauert ein Verbotsverfahren etwa – die Partei ohne Überwachung durch V-Leute lassen, das wäre unverantwortlich,

(Volker Schlotmann, SPD: Das entscheiden nicht Sie, Gott sei Dank. – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

oder Sie ziehen die V-Leute ab. Das wäre dann die offizielle Harmlosigkeitsbescheinigung. Wie man's macht, macht man's verkehrt. Bei dem, was Sie sagen, müssen Sie schon Widersprüche vermeiden. Die NPD vertreibt die Touristen, aber die Regierung ist erfolgreich, weil dieses Jahr mehr Touristen kommen – das geht nicht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Das Bundesinnenministerium hat auch bezweifelt, dass der Nachweis der aggressiv kämpferischen Haltung gelingt. Nebenbei ist es völlig lächerlich zu behaupten, eine Partei mit 6.000 Mitgliedern, in Mecklenburg-Vorpommern 300, sei eine Gefahr für den Bestand der BRD. Sie müssen sich ja sehr schwach fühlen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Das könnte man vielmehr von der LINKEN sagen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

der das Bundesinnenministerium gerade bescheinigte, ihre Mitarbeit in der parlamentarischen Demokratie sei nur Mittel zur Erreichung des Endziels, der sozialistischen Revolution, wobei sie nach wie vor den taktischen Ratschlägen Lenins und Stalins folge. Bundesinnenministerium! Das ist gefährlich.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Ohne V-Leute hätten Sie auch keinerlei Vorwände für ein NPD-Verbot. Diese Leute sollen doch in Ihrem Auftrag für ein negatives Erscheinungsbild unserer Partei sorgen. Als V-Mann dienten Ihnen Thomas Dienel, der sich dadurch als VS-Mitarbeiter qualifizierte, dass er zwei Schweinsköpfe in den Hof der Synagoge von Erfurt warf,

(Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD: Pfui Teufel! – Volker Schlotmann, SPD: Das ist aber Ihre Qualität. Das kennen wir.)

oder zwei der drei Herausgeber der CD „Noten des Hasses“, in der, finanziert mit Staatsgeldern, zum Mord unter anderem an Herrn Friedman aufgerufen wurde.

(Stefan Köster, NPD: Pfui Teufel! – Volker Schlotmann, SPD: Ihre Scheinheiligkeit ist nicht zu ertragen.)

Interessant ist auch, dass der SPD-Vorsitzende Beck endlich zugab, was die Sicherheitsbehörden nach 2003 im Verbotsverfahren leugneten, dass eingeschleuste Spitzel sehr wohl zu Straftaten anstacheln sollen. Er schlug nämlich vor, die V-Leute einzufrieren, sie sollten zurückhaltender agieren, zum Beispiel nicht als Agent provocateur. Ein erstaunliches Geständnis. Sie wollten uns mit Argumenten erledigen. Damit sind Sie offenbar jämmerlich gescheitert. Die „Schweriner Volkszeitung“ schreibt zu Recht: „Aber der Ruf nach dem Verbot ist wie eine Kapitulation vor der offenbar gescheiterten Auseinandersetzung.“ Nicht mal die Presse haben Sie unter Kontrolle.

(Volker Schlotmann, SPD: Haben wir auch nicht vor im Gegensatz zu Ihnen. – Heike Polzin, SPD: Das haben wir auch nicht vor.)

Und zu Ihrer Information: In Karlsruhe versteht man unter einem fairen Verfahren etwas anderes als hier. Für Sie 130 Minuten Redezeit, für uns 7 Minuten, und eine Geschäftsordnung, die Sie sich nach Gusto zurechtbiegen – so wird das in Karlsruhe nicht laufen. Beten Sie, dass Sie gar nicht erst dahin kommen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Raimund Borrmann, NPD: Bravo! – Udo Pastörs, NPD: Sehr gut! Sehr gut! – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Herr Jäger wollte noch reden.)

Herr Jäger stand nicht drauf auf der Liste. Entschuldigung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich war Einbringer.)

Gut, dann jetzt noch einmal der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Dr. Jäger.

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin, Entschuldigung, wenn das bei uns nicht zusätzlich angemeldet war. Ich habe es aber vorhin gesagt.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, warum wir ein Verbot der NPD brauchen, das hat sowohl der Innenminister als auch mein Kollege Schlotmann so überzeugend ausgeführt, dass ich mir die Begründung noch einmal ersparen möchte.

(Stefan Köster, NPD: Weil wir Gelder bekommen, die Sie gerne hätten. – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Ich wende mich deshalb ganz bewusst sowohl an die Kollegen von der FDP-Fraktion wie von der Fraktion DIE LINKE. Herr Roof, das Argument, das Sie angeführt haben, ist ja nicht falsch. Es wird ja diskutiert. Es macht mir auch im Verhältnis zu anderen in der Bundesrepublik das Leben schwer, aber ich sage Ihnen aus Überzeugung, man muss beides tun.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Richtig.)

Wir wollen uns nicht davor drücken, als Demokraten auch in schwierigen Fragen, die unser Land und diese Republik betreffen, den Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort zu stehen, unsere Überzeugung deutlich zu sagen.

(Udo Pastörs, NPD: Sie hören ja gar nicht mehr zu. 50 Prozent gehen gar nicht mehr zur Wahl, Herr Dr. Jäger. – Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Aber wir müssen feststellen, dass es in einer sehr komplizierten Welt eine rechtsextremistische Gruppierung in,

um und als NPD gibt, die genau diese Schwierigkeiten dazu nutzt, diesen Rechtsstaat zu unterwühlen, ihn unglaubwürdig zu machen.

(Raimund Borrman, NPD:
Der ist doch schon unglaubwürdig.)

Und genau dafür sieht das Grundgesetz etwas vor. Und ich glaube, wenn es in der Weimarer Reichsverfassung diese Möglichkeit, wie sie das Grundgesetz vorgesehen hat, gegeben hätte, hätte es zumindest unter den Demokraten die Diskussion gegeben, die wir heute führen.

(Raimund Borrman, NPD: Die
wären aber in der Minderheit gewesen.)

Wir haben eine Verpflichtung, wie Kollege Schlotmann meines Erachtens vollkommen zu Recht gesagt hat, wir haben nicht ein Recht,

(Udo Pastörs, NPD: Wer über
Weimar redet, muss auch über den
Versailler Vertrag reden, Herr Dr. Jäger. –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

wir sind nicht ermächtigt, darüber zu diskutieren und die Schritte einzuleiten, sondern wir sind verpflichtet, wenn wir die Überzeugung haben, dass hier unsere Verfassung in Gefahr gerät, und das gerät sie dadurch, dass die NPD sie in dieser Art und Weise bekämpft.

Meine Damen und Herren, das ist die eine Seite. Die andere ist, wir werden – und das ist mir ganz wichtig – unser Landesprogramm für Demokratie und Toleranz weiterführen. Wir werden die Regionalzentren, die wir gerade auf den Weg gebracht haben, weiterhin unterstützen. Und das tun wir nicht nur mit Worten, sondern bei einer Haushaltslage, wie wir sie haben, sind 1,4 Millionen Euro viel Geld.

(Udo Pastörs, NPD: Mit
Geldern aus dem Steuersäckel.)

Ja, mit Recht, Herr Pastörs. Diese Demokratie ist mir das wert.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Und wir haben in der Landeszentrale für politische Bildung die Weichen dafür gestellt, dass sie effektiver in diesem Bereich arbeiten wird. Ich bin davon überzeugt, dies wird genauso geschehen. Das L.I.S.A. in der Fort- und Weiterbildung der Lehrer wird dazu einen Anteil leisten. Wir sind auf dem Wege, das zu tun, was Demokraten tun müssen,

(Udo Pastörs, NPD: Demokratie
abschaffen, ja, auf dem Weg sind Sie.)

was wir als Parteien, als Fraktionen in diesem Landtag als Verpflichtung haben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, einer Überlegung möchte ich wirklich entgegentreten: Wenn man die NPD verbiete, dann wandere sie ab in den Untergrund und dann könne man sie ja nicht mehr so gut beobachten.

(Stefan Köster, NPD: Die macht was Neues.)

Also ich habe ja eine sehr lange Entwicklung in solchen Philosophien hinter mir und ich gebe zu, dass ich auch

für dieses Gedankengut mal durchaus anfällig war, dass ich gesagt habe, wenn du sie auf dem Präsentierteller hast, kannst du sie besser beobachten. Meine Damen und Herren, das sage ich auch jetzt in Richtung der NPD, wir brauchen dies nicht.

(Zuruf von Raimund Borrman, NPD)

Sie machen sehr deutlich, Sie sind so, wie Sie sind, Sie machen deutlich, dass Sie dieses Grundgesetz unterhöhlen wollen. Und, meine Damen und Herren, da brauchen wir weniger nachrichtendienstliche Mittel als den Mut der Demokraten, alles das, was öffentlich ist, auch öffentlich zu brandmarken und öffentlich zu kennzeichnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Und ich will auch etwas deutlich machen: Wenn es also ein Hindernis sein sollte, dass es V-Leute in der Szene gibt, die zurückgezogen werden müssen, und wenn dann einige sagen, dann kann man das so nicht tun, lassen Sie uns aufpassen, dass wir nicht Ursache und Wirkung verwechseln. Nach den Gesetzen, die dem Verfassungsschutz vorgegeben sind in Bund und Ländern, darf eine nachrichtendienstliche Überwachung nur stattfinden, um Informationen zu gewinnen von einer Organisation, die verdächtig ist, Bestrebungen zu verfolgen, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richten.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Also, meine Damen und Herren, es gibt nicht V-Leute in der Szene,

(Udo Pastörs, NPD: Sie schicken doch die
Agents provocateurs hier rein, Herr Dr. Jäger.)

weil der Staat Ihre Rechte missachtet, sondern umgekehrt,

(Beifall bei Abgeordneten der
Fraktionen der SPD, CDU und FDP –
Udo Pastörs, NPD: Herr Dr. Jäger,
das ist doch ganz offenkundig.)

weil der Staat sich gegen die Unterwanderung und die Unterwühlung eines freiheitlich-demokratischen Systems wehrt.

Und natürlich ist das richtig, was das Bundesverfassungsgericht gesagt hat, Herr Pastörs, dass selbst Ihre Partei, Ihre Fraktion unter dem Schutz des Grundgesetzes steht. Dazu stehen wir auch.

(Udo Pastörs, NPD:
Oh! Das ist aber verwunderlich.)

Das ist so, selbst Ihre. Aber für Sie gilt insgesamt das Grundgesetz und damit auch der Artikel 21 Absatz 2.

(Stefan Köster, NPD: Für Sie aber auch. –
Udo Pastörs, NPD: Der gilt für uns alle, für alle
Parteien. – Zuruf von Raimund Borrman, NPD)

In dem Augenblick, in dem wir zu der Überzeugung kommen müssen, dass Sie dieses Grundgesetz in der Form bekämpfen, wie dies für ein Parteienverbot im Grundgesetz konstatiert ist, haben wir nicht das Recht, sondern wir haben die Pflicht, ein Verbotsverfahren zu beginnen.

(Udo Pastörs, NPD: Dann legen Sie
Beweise auf den Tisch, machen das
Verbotsverfahren, dann werden wir noch
größeren Zulauf haben nachher, Herr Dr. Jäger.)

Meine Damen und Herren, ich wünsche mir sehr, dass das, was Volker Schlotmann gesagt hat, auch so geht, dass wir bundesweit eine Zustimmung bekommen. Und deswegen wende ich mich an die Kollegen der Fraktion DIE LINKE. Sie sind sauer auf uns.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Ja, richtig. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja,
das kann man so vornehm formulieren.)

Ich sage das jetzt mal so. Ich kann das in einem guten Bereich sogar verstehen.

(Udo Pastörs, NPD: Ach wie niedlich!)

Ich sage Ihnen nur eins, und da bitte ich Sie, mir das jetzt nicht persönlich übel zu nehmen, aber es hat gar keine einheitliche Meinung zur Antragsstellung gegeben. Der Kollege Rooff hat von vornherein gesagt, wir sind nicht mit Antragsteller. Aber ich will auch ehrlich sein und mich nicht dahinter verstecken.

(Michael Rooff, FDP: Das
ist schön, das ist sehr schön.)

Nein, das gehört auch zur Fairness untereinander.

(Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

Es gab und es gibt Gründe in der gesamten Bundesrepublik, die es angezeigt sein lassen, dass ich Sie bitte, dem Antrag zuzustimmen, selbstverständlich, denn die Zusammenarbeit ist mir über die Fraktionsbänke hinweg wichtig.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ja, ich sage jetzt das Aber auch dazu, so schmerzlich das für Sie sein mag, ich muss es hier so ehrlich sagen, sonst glauben Sie mir nicht mehr.

(Udo Pastörs, NPD: Das glaubt Ihnen eh keiner.)

Ich hätte es für die Sache nicht zuträglich gehalten, wenn wir die Zustimmung derjenigen bekommen wollen, die wir dafür brauchen. Wir brauchen eine Mehrheit im Bundesrat, wir brauchen eine Mehrheit im Bundestag oder aber wir brauchen die Bundesregierung.

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Und wenn ich davon ausgehe, wie solche Verfahren laufen, wir brauchen sie alle drei.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ich will jetzt nicht, ich will jetzt wirklich nicht den Spaltpilz in unsere Arbeit bringen,

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

aber einige Äußerungen – Herr Professor Methling, ich muss es so sagen – von Herrn Lafontaine haben mich veranlasst, da zu sagen, besser in der Antragsphase nicht mit Ihnen, mit der LINKEN.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und ich sage Ihnen auch – und das ist ja kein Geheimnis –, es gibt in der Bundesrepublik sehr viele Leute, die sagen, an diesem Punkt gibt es noch Nachholbedarf.

(Irene Müller, DIE LINKE: Dann
könnten Sie ja voranmarschieren,
um das positiv zu begleiten.)

Denn es war nun mal so, dass unter der SED-Herrschaft eine ernsthafte Bekämpfung des Rechtsextremismus nicht stattgefunden hat.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist wirklich der Gipfel, Herr Dr. Jäger.
Das ist wirklich der Gipfel. – Zuruf
von Irene Müller, DIE LINKE)

Da gibt es sehr, sehr klare historische Belege dafür

(Raimund Borrmann, NPD: Es gab schon
mal einen antifaschistischen Schutzwall.)

und das muss man einfach, wenn man ehrlich miteinander umgeht, tut mir leid, so sagen.

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Und ich will jetzt auch nicht gerade jemand als Zeugen zitieren.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

In der Bundesrepublik Deutschland, in dem Zusammenwirken, das wir miteinander haben, das will ich an diesem Pult auch deutlich sagen, habe ich an Energie in diesem Bereich bei Ihnen überhaupt nichts vermisst. Das gebe ich Ihnen ganz offen zu.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Ich denke einfach sehr, sehr praktisch daran, wir brauchen eine breite Zustimmung quer über alle Länder.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Dafür hätten Sie ja was tun können.)

Und, Volker Schlotmann hat es etwas euphemistisch ausgedrückt, das wird noch verdammt schwer.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Wir brauchen
eine gesellschaftliche Mehrheit.)

Wir brauchen auch eine gesellschaftliche Mehrheit.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Und was tun Sie dafür? Nichts!)

Und genau deswegen, Herr Koplín, bitte ich Sie um Verständnis, dass meine Fraktion der Auffassung war,

(Irene Müller, DIE LINKE: Nein,
dafür haben wir kein Verständnis.)

dass wir hier tunlichst als Koalition vorangehen. Und deswegen bitte ich Sie umso herzlicher darum, unserem Antrag dann auch zuzustimmen.

(Irene Müller, DIE LINKE: In der Sache. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Also im Bundesrat bringen ja wohl
die Bundesländer die Anträge ein. –
Zuruf von Michael Rooff, FDP)

In der Sache.

Lieber Herr Professor Methling, ich brauche, wir brauchen – und da beziehe ich Sie jetzt in das Wir gerne ein – eine Mehrheit im Deutschen Bundestag.

(Zuruf von Dr. Marianne Linke, DIE LINKE)

Und da habe ich so meine Probleme, mir das vorzustellen, wenn ich die Diskussion derzeit habe. Und ich habe diese Diskussion, da spreche ich jetzt wirklich aus eigenem Erleben,

(Irene Müller, DIE LINKE: Da sollten Sie aber mal anfangen nachzudenken. Das ist nötig.)

ich habe die geführt. Herr Professor Methling, ich weiß, wovon ich rede. Mir geht es um ein Zusammenwirken und um den Erfolg.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das war kein Beitrag jetzt. –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Also, dass Sie das als Affront verstehen, kann ich verstehen. Ich bitte Sie aber auch um Verständnis.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ja, Herr Ritter, es geht hier um die Sache,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja eben, ja eben.)

es geht nicht um persönliche Empfindlichkeiten,

(Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Ja eben,
ja eben. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

und der Sache hätte es nicht gedient.

(Michael Roof, FDP: Das war aber ehrlich.)

Das muss ich so deutlich sagen und das nehmen Sie mir bitte nicht übel.

(Irene Müller, DIE LINKE: Doch.)

Ich bin bereit, auch da die Wahrheit zu sagen, wo es vielleicht schmerzt.

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Ich will zu Ihrem Änderungsantrag etwas sagen.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ja wunderbar.)

Herr Professor Methling, Sie haben ihn hier begründet.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Dazu gibt es nichts mehr zu sagen. –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Lassen Sie mich doch mal bitte ausreden!

Der Änderungsantrag ist sicher gut gemeint.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Der ist ja auch gut.)

Aber er geht in eine Richtung, die wir genauso nicht anziehen sollten als Land Mecklenburg-Vorpommern. Wir haben anderen nichts vorzuschreiben. Der Bundesrat – das zu Nummer 2 – ist kein Anordnungsorgan. Das heißt also, wir werben bei den anderen Ländern um Zustimmung

(Udo Pastörs, NPD: Sehr richtig.)

und wir werben darum, dass Hindernisse, die 2003 zur Einstellung des Verfahrens geführt haben,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Darauf hinzuwirken,
das schließt werben ein. Man muss es nur
wollen. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

wir werben darum, wo das so ist, die Hindernisse zu beseitigen. Sie können das nicht anordnen.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Das steht doch da drin.)

Und das gilt auch für die Nummer 3.

(Peter Ritter, DIE LINKE:

Da müssen Sie mal lesen. –

Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das steht doch in der Bundesratsinitiative.)

Ich habe ihn gelesen. Ich habe die Ursprungsfassung gelesen und ich habe die unterschriebene gelesen.

Nun seien Sie doch nicht so überempfindlich!

(Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Doch. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Doch,
das bin ich an dieser Stelle.)

Gut, in Ordnung.

Meine herzliche Bitte an Sie ist, dass Sie dem Antrag, den die Koalition vorgelegt hat, zustimmen.

(Raimund Borrmann, NPD: Bringt doch nichts.)

Und ich kann hier auch für meine Fraktion versichern – für mich persönlich kann ich es ganz sicher, aber auch für meine gesamte Fraktion –,

(Udo Pastörs, NPD: Dass Sie zustimmen.)

wir werden die Zusammenarbeit an einem Punkte, wo es notwendig ist,

(Irene Müller, DIE LINKE: Glauben Sie,
dass Sie diese Glaubwürdigkeit haben?)

dass alle die, die Faschismus, die Extremismus bekämpfen wollen, an einem Strang ziehen, auch weiterhin fortsetzen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Es wird weiterhin das geben, was Volker Schlotmann hier eingefordert hat. Ich stehe dazu, auch mit meiner sehr persönlichen Unterstützung. Dennoch, ich bitte um Verständnis,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein.)

den Änderungsantrag werden wir ablehnen, weil er nicht zielführend ist, nicht vor irgendwelchen ideologischen Hintergründen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das ist
unglaublich. Wir schreiben das auf, was das
Bundesverfassungsgericht gesagt hat.)

Nein, lieber Herr Professor, da muss ich Ihnen als Jurist sagen, Sie haben nicht das aufgeschrieben, was das Bundesverfassungsgericht gesagt hat, sondern Sie haben das gesagt, was offenbar ein Missverständnis ist. Der Bundesrat ist ein Organ, das an der Gesetzgebung mitwirkt, er ist nicht ein Organ, das den Ländern Vorschriften zu erteilen hat. Das ist nun mal so

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und das wird sich auch nicht ändern.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist aber formale Fitzelei. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Das nehme ich Ihnen auch nicht übel, aber Sie werden Verständnis haben, dass ich dem nicht zustimmen kann.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Mein Appell am Schluss ist der: Wir haben eine Wegstrecke vor uns, die der Innenminister beschrieben hat.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Die man ehrlich beginnen sollte.)

Ja, wir beginnen, ganz ehrlich. Deswegen habe ich hier so deutlich und so offen gesprochen. Ich hätte das auch bemänteln können. Das tue ich nicht. Dazu bringt mich auch niemand, auch nicht die Herren dort auf dieser Seite. Das wird mit mir niemand machen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Und zur Ehrlichkeit gehört, dass wir das am Anfang auch so sagen, wie es gewesen ist.

Und jetzt kommt meine Bitte, die ist eine sehr persönliche und die gilt für die gesamte Fraktion. Wir bitten ganz herzlich um Zustimmung zu diesem Antrag, und das richte ich noch einmal an die FDP-Fraktion, Herr Roof, bitte, bitte.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktionen der NPD und FDP –
Udo Pastörs, NPD: Ist das peinlich!)

Ich sage es deswegen, wir sind Demokraten, wir müssen auch mal eine Kröte schlucken können,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der
Fraktion der NPD – Udo Pastörs, NPD:
Die FDP schluckt die Kröte.)

wenn wir glauben, dass es im Interesse dieser Verfassung erforderlich ist. Ich sage noch einmal das Beispiel aus dem Drama von Max Frisch, aus „Biedermann und die Brandstifter“, da ist das so deutlich geworden. Ich sage Ihnen, ich hoffe nicht, dass wir in einigen Jahren einmal sagen, hätten wir damals mehr zusammengestanden, hätten wir das eine oder andere, was wir heute beklagen, vermeiden können. Meine Damen und Herren, eine Generation vor meiner hat sich das vorwerfen müssen. Ich möchte uns das ersparen. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Danke, Herr Dr. Jäger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Andrejewski, wenn Sie der Chef der NPD-Anti-PKK sind, brauchen wir nun wirklich keine Angst zu haben. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, so einfach ist es dann eben doch nicht.

Und, Herr Roof, Sie haben natürlich Recht, Aufklärungsarbeit, Überzeugungsarbeit, das müssen wir leisten. Ich bitte aber herzlich darum, dann auch nicht infrage zu stellen, was wir hier schon ein Jahr lang gemeinsam gemacht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der
Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: So ist es. –
Michael Roof, FDP: Das macht ja keiner.
Es reicht nur nicht, es reicht nur nicht.)

Es reicht nicht aus, auch da sind wir uns einig. Wir sollten uns aber nicht immer schlechtreden.

(Stefan Köster, NPD: Machen Sie doch
den ganzen Haushalt gegen Rechts!)

Und eins ist doch allen klar, das braucht man nicht jeden Tag zu betonen: Ein Verbot der NPD ist doch nun wirklich nur ein Punkt, um das braune Mosaik zum Zusammenstürzen zu bringen, und es ist kein Allheilmittel. Da bin ich sehr bei Ihnen. Aber eins ist doch auch völlig klar, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Fraktionen der Rechtsextremisten hier im Landtag und im Sächsischen Landtag sind der organisatorische, sind der inhaltliche und der finanzielle Arm des modernen Faschismus. Und diese Quellen gilt es, konsequent zu verschließen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Dr. Armin Jäger, CDU: Genau. –
Michael Roof, FDP: Das stimmt.)

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalition, ich will hier noch einmal deutlich sagen, die Zeit des Prüfens ist aus meiner Sicht vorbei. Warum brauchen wir noch mal eine neue Arbeitsgruppe, die Material zusammenfasst? Nehmen Sie die Verfassungsschutzberichte der letzten Jahren, dann brauchen Sie keine Arbeitsgruppe, da haben Sie genügend Argumente, die deutlich machen, die Zeit des Prüfens ist vorbei, wir müssen jetzt handeln, und zwar konsequent.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Stefan Köster, NPD: Verbieten, verbieten!)

Lieber Kollege Jäger, Ihre Erklärungsversuche wider des gemeinsamen Handelns, die überzeugen mich überhaupt nicht,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das habe ich nicht erwartet.)

die überzeugen mich überhaupt nicht. Ich will Ihnen aber auch sagen, wäre ich CDU-Politiker, würde ...

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion
der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU:
Nein, bitte nicht. Tun Sie uns das nicht an!)

Da sind wir genau da, Herr Kollege Reinhardt, genau da, wo ich hin will.

(Raimund Borrmann, NPD: Ritter als
CDU-Politiker! Das ist ja mal was Neues.)

Wäre ich CDU-Politiker, würde ich mir auch eine Zusammenarbeit mit der LINKEN überlegen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

denn tue ich das, fällt es mir künftig schwer, das Bild vom rechten und vom linken Rand zu zeichnen in der politischen Auseinandersetzung. Und das ist doch der eigentliche Hintergrund Ihres Tuns, Herr Dr. Jäger.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Angelika Gramkow, DIE LINKE: Das ist es.)

Das aber ist genauso falsch wie die regelmäßig auch von Ihnen in der Vergangenheit stattgefundenen Gleichsetzung meiner Partei mit der NPD.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein. –
Stefan Köster, NPD: Das wollen wir nicht.)

Sie, Herr Kollege Jäger, haben unser Angebot für einen gemeinsamen Antrag abgelehnt.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Sie haben damit dem gemeinsamen Engagement gegen den Rechtsextremismus hier im Haus ein großes Stück Glaubwürdigkeit genommen. Wir werden dennoch auch einem ungeänderten Antrag der Koalition zustimmen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Okay.)

Ich frage Sie aber: Wollen Sie dann in der Bundesrepublik verschweigen, dass die Fraktion DIE LINKE hier im Landtag Ihrem Antrag zugestimmt hat? Ich glaube, das wird so nicht gehen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Danke, Herr Abgeordneter Ritter.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Brodkorb von der Fraktion der SPD.

Mathias Brodkorb, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Man muss dem Abgeordneten Andrejewski durchaus ein Stück weit dankbar dafür sein, dass er durch seinen Redebeitrag noch einmal darauf aufmerksam gemacht hat, worum es in der ganzen Spitzelaffäredebatte eigentlich ging. Es wabert hin und wieder durch die Öffentlichkeit, als wären Spitzel beziehungsweise V-Leute in den Reihen der NPD ein verfassungsrechtliches Problem. Wenn das so wäre, würden wir in einer absurden Situation leben,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, ja.)

denn unsere Verfassung schreibt geradezu die Möglichkeit vor, dass wir uns verfassungsfeindlicher Parteien erwehren können. Und wo sollen die Informationen herkommen, wenn nicht dadurch, dass entsprechende Informanten auch in dieser Szene eingesetzt werden?

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Dies ist also überhaupt nicht der entscheidende Punkt. Der entscheidende Punkt war, und darauf hat Herr Andrejewski richtig hingewiesen, mit Erlaubnis der Präsidentin zitiere ich aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das Minderheitenvotum: „Mitglieder der Führungsebene, die mit einander entgegengesetzten Loyalitätsansprüchen des staatlichen Auftraggebers und der observierten Partei konfrontiert sind, schwächen die Stellung der Partei als Antragsgegnerin vor dem Bundesverfassungsgericht im Kern. Sie verfälschen unausweichlich die rechtsstaatlich notwendige freie und selbstbestimmte Selbstdarstellung der Partei im verfassungsgerichtlichen Prozess.“ Zitatende. Es ging also um eine Verfahrensfrage. Und im Übrigen, das war das Minderheitenvotum, das war nicht die Mehrheitsposition des Bundesverfassungsgerichts.

Herr Andrejewski, wenn Sie sagen, Sie hätten für ein mögliches Verfahren dadurch vorgebaut, dass Sie schon Ihre Anti-PKK gegründet hätten, um im Prinzip wieder so ein Scheitern zu provozieren, dann, glaube ich, kann man sich getrost zurücklehnen und das als juristischen Kindergarten betrachten.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Mit solchen vermeintlichen Tricks wird es selbst denjenigen Verfassungsrichtern, die gegebenenfalls Verfahrenszweifel äußern, sehr, sehr leichtfallen, sie hintanzustellen. Denn ansonsten könnte ja jede Partei mit ihrer Gründung zugleich provisorisch und präventiv eine Kommission ein-

richten, die für alle Fälle in der Zukunft schon mal prüft, was könnte denn passieren, wenn irgendwann mal ein Verbotverfahren eingeleitet wird.

(Stefan Köster, NPD: Das ist
eine gute Idee, Herr Brodkorb. –
Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Auf diese Art und Weise lassen sich gut ausgebildete Juristen nicht an der Nase herumführen.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Stefan Köster, NPD)

Aber der eigentliche Hintergrund für meine Wortmeldung ist der Beitrag von Herrn Jäger. Ich denke, viele hier im Raum verstehen, dass es eine gewisse Differenz gibt, aber ich möchte uns doch alle dazu ermuntern, vielleicht wieder einen Gang zurückzuschalten in der Diskussion, und zwar aus folgendem Grund: Die Linkspartei, so habe ich das verstanden, fühlt sich übergangen, weil an einem Antrag nicht beteiligt, der sich richtet auf die Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und der den Konsens der Demokraten widerspiegeln sollte.

Meine Damen und Herren von der Linkspartei, Sie selbst haben in diesem Parlament mehrfach Anträge alleine eingebracht, ohne mit uns zu sprechen, die sich auf das Problem des Rechtsextremismus bezogen. Ich erinnere an KZ-Gedenkstättenfahrten, ich erinnere an eine Entschleunigung zu Lichtenhagen. Wenn wir ...

(Der Abgeordnete Peter Ritter
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Keine Zwischenfrage.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie kennen
aber den Brief vom 4. September
an Ihren Fraktionsvorsitzenden?)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Moment, Moment! Das geht nicht. Der Redner hat das Wort. Herr Brodkorb hat deutlich gemacht, dass er keine Zwischenfragen zulässt.

Mathias Brodkorb, SPD: Das heißt also, es hat, wenn man es jetzt ganz spitz interpretiert, solche Vorfälle – in Führungszeichen – längst gegeben. Wir sind damit hier im Parlament konstruktiv umgegangen

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

und ich würde vorschlagen, dass wir auch in diesem Fall konstruktiv damit umgehen,

(Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

Die politische Motivation von Herrn Dr. Jäger teile ich nicht,

(Regine Lück, DIE LINKE: Schade, schade!)

weil ich nicht Mitglied der CDU bin. Ich spreche dafür, dass wir nicht mit dem Finger aufeinander zeigen sollten.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Sie zeigen auf uns.)

Nein, lassen Sie uns doch heute einfach Folgendes verabreden, Frau Gramkow, das wäre mein Vorschlag, und dann gehen wir zur Tagesordnung über:

(Irene Müller, DIE LINKE: Wer hat
denn hier mit dem Finger gezeigt,
dass wir nicht mit dabei sein können?)

Immer dann, wenn wir vorhaben, Entschließungen oder Anträge einzubringen, die sich auf das Thema Demokratie beziehen, auf das Thema Umgang mit Rechtsextremismus,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

kann die Fraktion, die die Initiative startet, gerne vorn auf dem Antrag stehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Lassen Sie sich den Brief vom 4. September zeigen!)

Aber wir suchen einfach in jedem Fall, Herr Ritter, auch wenn es um Gedenkstätten geht, KZ-Gedenkstätten,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

im Vorfeld die Gespräche und versuchen, einen gemeinsamen Antrag auf die Beine zu bringen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist ja wohl der Gipfel! Was haben wir denn gemacht?! –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Daran hat es ja wohl nicht gemangelt. Das können Sie doch nicht ignorieren. Das ist doch wirklich eine Unverschämtheit! –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/937 abstimmen. Wer dem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/937 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der FDP und der NPD sowie zwei Stimmenthaltungen aus der Fraktion der SPD abgelehnt.

Herr Schlotmann hatte angezeigt, dass er sich an der Abstimmung zum Änderungsantrag nicht beteiligen wird. Er möchte eine persönliche Erklärung abgeben. Bitte schön.

Volker Schlotmann, SPD: Ich mache es auch ganz kurz. Ich glaube, hier ist vorhin schon zu viel geredet worden zu dem Thema. Einiges davon hätten wir uns sparen können oder müssen. Dazu hat es uns gefehlt an Eigenbeschränkung, wie auch immer. Ich kann Ihnen allen nur eins sagen: Dieser komische Wettbewerb, wer ist denn der bessere Demokrat, der wird einen Sieger haben,

(Raimund Borrmann, NPD: Uns.)

nämlich den, der sich an diesem Rennen nicht beteiligt hat – das sind die da!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und NPD – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/903 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/903 bei Zustimmung der Fraktionen der SPD und CDU, der Fraktion DIE LINKE und Gegenstimmen der Fraktionen der FDP und NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – G8-Gipfel – unverzüglich Konsequenzen ziehen, auf Drucksache 5/912. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/940 vor.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:
G8-Gipfel – unverzüglich Konsequenzen ziehen
– Drucksache 5/912 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP
– Drucksache 5/940 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vertreter der GdP richteten unlängst die Kritik an die Politiker im hiesigen Landtag, dass sie oft nicht wüssten, worüber sie reden.

(Unruhe bei Jörg Heydorn, SPD,
und Harry Glawe, CDU)

Könnten Sie Ihre Koalitionsgespräche bitte auf dem Flur führen, damit ich hier meine Rede halten kann?

(Unruhe bei Jörg Heydorn, SPD,
und Harry Glawe, CDU)

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, offensichtlich sind jetzt die Koalitionsgespräche beendet. Gestatten Sie mir, dass ich noch einmal beginne, und ich hoffe, dass mir das nicht von meiner Redezeit abgezogen wird.

Vertreter der GdP richteten unlängst die Kritik an die Politiker des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, dass sie oft nicht wüssten, worüber sie reden. Das war bezogen auf die Einsatzbedingungen beim G8-Gipfel. Nun, zumindest ich weiß, wenn auch unter anderen Bedingungen und Voraussetzungen, was es heißt, 24 Stunden und länger nicht aus Stiefeln und Uniform herauszukommen. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, sage ich Danke an die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die ihren Dienst rings um den G8-Gipfel ordnungsgemäß versehen haben. Und ich sage deshalb auch, dass wir die Kritiker der GdP ernst und aufnehmen sollten, auch was Unterbringungen und Verpflegung während des Einsatzes angeht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zweitens wird es Sie vielleicht überraschen, aber ich möchte mich zunächst auch recht herzlich beim Innenminister bedanken, der bei dieser wichtigen Debatte nicht anwesend ist.

(Zurufe aus dem Plenum: Doch.)

Wo? – Na ja, er schwatzt nur und hört nicht zu.

Also, Herr Innenminister, ich möchte mich recht herzlich bei Ihnen bedanken, auch wenn es Sie überraschen wird, für die Beantwortung unserer umfangreichen Fragenkataloge. Dennoch ist dieser Antrag unumgänglich, denn

in der Aktuellen Stunde des Landtages am 13. Juni hat der Innenminister dem Landtag zugesagt, den Innenausschuss, ich zitiere, „umfassend, offen, nichts beschönigend und selbstkritisch“ über den Ablauf des G8-Polizeieinsatzes zu unterrichten. Herr Innenminister, der vorliegende Antrag meiner Fraktion gibt Ihnen Gelegenheit, offen und öffentlich dieses Versprechen einzulösen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Innenausschuss hat sich inzwischen, teilweise gemeinsam mit dem Rechts- und Europaausschuss, intensiv mit den Ereignissen, Fragen, Problemen, Verantwortlichkeiten rund um den G8-Gipfel in Heiligendamm beschäftigt. Grundlage waren Aussagen beziehungsweise Berichte von Vertretern des Bundesverteidigungsministeriums beziehungsweise der Bundeswehr, von Anwaltsvereinen, vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, der Gewerkschaft der Polizei des Landes und des Bundes, des Landesdatenschutzbeauftragten und des Innenministers. Dies alles war richtig und nützlich.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin froh darüber, dass meine Fraktion den vorliegenden Antrag in den Landtag eingebracht hat, und zwar verfahrensmäßig einreichen musste, bevor der Innenminister seinen Abschlussbericht im Innenausschuss vortragen konnte. Der Antrag nämlich hat vor dem Hintergrund dieses Abschlussberichtes nichts an Aktualität und Dringlichkeit eingebüßt, im Gegenteil.

Aber, Herr Innenminister, meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor ich zu einzelnen Problemstellungen komme, die notwendigerweise Bestandteil der von uns geforderten Unterrichtung des Landtages sein müssen, gestatten Sie mir drei Anmerkungen zu Ihrem Abschlussbericht vor dem Innenausschuss am 4. Oktober, und zwar zu Stil, Form und Inhalt.

Erstens zeichnete sich Ihr Zwischenbericht, Herr Innenminister, vom 28. Juni durch das Bemühen aus, sachlich aufzuklären und informieren zu wollen, nachzuarbeiten und nachzureichen. So war das Motto des Abschlussberichtes an vielen Stellen: Nachtreten! Herr Innenminister, gegenüber nahezu allen vom Innenausschuss angehörtten Gremien beziehungsweise Institutionen haben Sie sich ausfallend beziehungsweise herablassend geäußert. Das ist nicht nur schlechter Stil, das ist gar kein Stil.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Zweitens. Zu Ihrer Form der Berichterstattung hatte sich auch der Vorsitzende des Innenausschusses bereits deutlich und kritisch geäußert. Dem Synchronschwimmen mag man sportlichen Beifall zollen, ein Synchronlesen hoher Spitzenbeamter im Innenausschuss dagegen ist dreist und frech, zumal die Abgeordneten den schriftlichen Bericht erst eine Woche nach dieser hoch dotierten Lesestunde der Polizeiabteilung erhalten haben. Das Bundesverteidigungsministerium jedenfalls hatte keinen Bammel davor, seinen Bericht dem Ausschuss rechtzeitig zur Verfügung zu stellen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Na, rechtzeitig?)

Drittens, meine Damen und Herren, eine prinzipielle inhaltliche Anmerkung zur Berichterstattung des Innenministers: Wenn der Innenminister meint, seinen Bericht nachträglich als VS-NfD einstufen zu müssen, wird er wissen, warum. Ich weiß es nicht. Herr Innenminister, wenn

Sie die Schwachstellen, Versäumnisse und Ungereimtheiten des Polizeieinsatzes in Ihrem schriftlichen Bericht mit einem Geheimhaltungsgrad überziehen, dann sollten Sie sich gleichzeitig mit öffentlichem Eigenlob zurückhalten. Sie werden sonst ungläubwürdig.

Herr Innenminister, im Zusammenhang mit dem G8-Polizeieinsatz werde ich Ihnen kein verantwortungsloses Handeln vorwerfen. Folgt man allerdings Ihrer eigenen Berichterstattung, dann waren Sie so etwas wie ein Minister ohne Verantwortung. Entweder wurde diese – so Ihre Darstellung – von der Bundesebene oder aber von Kavala getragen. Eine Ministermitverantwortung kennt der Bericht nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Antrag fordert eine Unterrichtung des Landtages und damit auch der Öffentlichkeit, denn ich denke, die Bürgerinnen und Bürger des Landes haben das Recht, nicht nur stolz auf den Gipfel zu sein, sondern auch zu wissen, was der Gipfel gekostet hat und welche Schlussfolgerungen es aus dem Sicherheitskonzept gibt.

Die Auswertung dieses Großereignisses beschäftigt inzwischen die Bundeswehr mit entsprechenden Konsequenzen, sie beschäftigt Gerichte und wird zu entsprechenden Urteilen führen und in Kürze wird sich wohl auch das Bundesverfassungsgericht erneut mit diesem Ereignis befassen. Nur am Ort des Geschehens scheint nichts zu geschehen. Insgesamt sei der Polizeieinsatz trotz kleiner Fehler ordnungsgemäß abgelaufen – Punkt. Alle Kritiken von außen hätten nur das Ziel, Mecklenburg-Vorpommern und die Leistungen der G8-Verantwortlichen ins schlechte Licht zu rücken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine selbstverständliche fachliche Nachbereitung des G8-Gipfels unter polizeitaktischen Aspekten ersetzt keine kritische Gesamtwürdigung durch den Landtag und die Landesregierung und das schrittweise Eingeständnis kleinerer Pannen und Verstöße gegen geltendes Recht ist nicht zu verwechseln mit dem Ziehen notwendiger Konsequenzen, wie in unserem Antrag gefordert. Zu diesen Konsequenzen zählt wohl unstrittig eine Überprüfung der rechtlichen Instrumentarien insbesondere der Polizei und damit wichtiger SOG-Befugnisse, ja, auch der von uns mit beschlossenen SOG-Novelle, aber keinesfalls bejubelten SOG-Änderung.

Vor allem das Verhältnismäßigkeitsprinzip fordert für SOG-Befugnisse nicht allein die Darlegung der Funktionsfähigkeit, sondern die fortlaufende Überprüfung der Tauglichkeit. Der Gesetzgeber ist verpflichtet zu beobachten, wie sich sein gesetzliches Sicherheits- und Ordnungskonzept im Einzelnen in der gesellschaftlichen Wirklichkeit auswirkt. Der G8-Gipfel sollte Prüfanlass sein, ob sich Mängel der Regelungen oder deren praktischen Durchführung offenbaren oder auch, ob vorgenommene Regelungen angemessen und weiterhin notwendig sind. Die Geeignetheit und Notwendigkeit etwa des Automatischen Kfz-Kennzeichenlesesystems, also § 43a SOG, wird durch den G8-Bericht des Innenministers nicht sonderlich unterstrichen – wenige Treffer und daraus resultierend gar keine weiteren praktischen Schritte. Hier erwarte ich eine sachliche Gesamtanalyse des zuständigen Fachministeriums als Bestandteil der Unterrichtung des Landtages.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu den Kosten dieses Großereignisses ist schon häufig etwas und viel

Unterschiedliches gesagt und mehr noch spekuliert worden. Es dürfte sich von selbst verstehen, dass weitgehend erschöpfende Aussagen zu den finanziellen Belastungen Bestandteil der Unterrichtung des Landtages durch die Landesregierung sein werden. Wenn ich berücksichtige, dass statt der geplanten 16.000 Polizisten diese Zahl im laufenden Einsatz auf 17.800, also um mehr als zehn Prozent erhöht werden musste, dann wird diese Unterrichtung eventuell für die Landesregierung selbst sehr aufschlussreich sein, denn eine Kabinettsbefassung gab es offenbar hierzu nicht. Und wenn man in dem Bericht der GdP liest, dass Polizeieinheiten aus ihren Einsatzländern Verpflegung nach Mecklenburg-Vorpommern gebracht haben, sind auch hier zusätzliche Kosten entstanden. Wer hat sie zu bezahlen? Mecklenburg-Vorpommern. Und wenn im GdP-Bericht zu lesen ist, dass Polizeieinheiten mangels Schränken in den Unterkünften Schränke aus ihren Einsatzländern nach Mecklenburg-Vorpommern gebracht haben, entstehen auch hier zusätzliche Kosten. Wer hat sie zu tragen? Mecklenburg-Vorpommern. Auf diese Preisspirale bin ich gespannt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der geforderten Amtshilfe wird höchstwahrscheinlich auch ein verfassungsgerichtliches Nachspiel haben. Dies ist wichtig und richtig, denn ansonsten legitimieren sich Bundeswehreinheiten im Inneren durch sich selbst; vergleichbare Anlässe, die zur Legitimation herangezogen werden, sind dann nicht nur die Fußballweltmeisterschaft, der Besuch des Papstes oder des US-Präsidenten, sondern künftig auch der G8-Gipfel in Heiligendamm.

Aufseiten der Bundeswehr haben diese besonders kostenträchtigen Tornadomissionen, die von Kavala ohne Kenntnis des Bundesverteidigungs- und des Landesinnenministers geordert wurden, über die Amtshilfe hinaus, eine Überprüfung der Meldeverfahren und Befehlswege ausgelöst. Völlig anders verfährt unser Innenminister. Statt wie angekündigt selbstkritisch diese wohl einmaligen Vorgänge aufzuarbeiten, überrascht er den Innenausschuss mit der Mitteilung, gegenüber den militärischen Begehrlichkeiten der Kavala keinerlei Minister vorbehalt formuliert zu haben. Herr Minister, das ist ein sehr gewöhnungsbedürftiges Verständnis von Verantwortung. Zu weiteren Widersprüchen Ihres Berichtes zur Amtshilfe und den jeweiligen Verantwortlichkeiten komme ich in der Diskussion zurück. Auch dazu erwarten wir im Rahmen einer kritischen Gesamtwürdigung Aufklärung, denn bisher widersprechen Erklärungen des Innenministers des Landes Mecklenburg-Vorpommern den Darstellungen des Bundesverteidigungsministeriums.

Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt ausreichend Aufklärungsbedarf. Deshalb bitten wir Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ritter.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Kollegen! Frau Präsidentin!

Lieber Kollege Ritter, ich nehme schon erstaunt zur Kenntnis, dass Sie wieder Halbwahrheiten, die im Ausschuss eindeutig widerlegt worden sind,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aus Ihrer Sicht.)

hier als Äußerung in den Raum stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Es bleibt eine Tatsache, dass von 225.000 ausgegebenen Essenportionen 0,7 Prozent reklamiert worden sind – an der Tatsache können Sie nicht vorbei – und dass von 17.800 Polizisten über 12.000 in Hotels und Pensionen untergebracht waren. Insofern bin ich nicht bereit, die Forderungen, die die Bundesgewerkschaft der Polizei auf dem Rücken von G8 austrägt, nämlich ihre Vorstellungen der Forderungskataloge aus den letzten 15 Jahren, hier auf dem Rücken von G8 auszutragen. Und alle, die im Innenausschuss gewesen sind, haben erlebt, wie die Realität der Ausführungen der Bundesgewerkschaft der Polizei im Innenausschuss gewesen ist im Vergleich zu ihrem Bericht. Da ist man nämlich ganz anders aufgetreten als vorher. Außerdem bin ich nicht bereit zu respektieren, dass der Bericht nachträglich eingestuft worden ist. Wir haben uns in unserer Sitzung im Juni gemeinsam darauf verständigt, dass der Bericht in diese Kategorie eingestuft wird

(Peter Ritter, DIE LINKE:

Der Zwischenbericht wurde eingestuft.)

und damit allen Abgeordneten und Kollegen dieses Hauses zur Verfügung steht. Sie können gerne die Kolleginnen und Kollegen, die Mitglieder, die im Innenausschuss gesessen haben, fragen. Gleiches galt und gilt für den zweiten Bericht. Insofern sehe ich auch kein fehlerhaftes Verhalten. Es tut mir leid.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Insbesondere Sie hatten einen umfangreichen Bericht gefordert, insofern habe ich es für richtig und korrekt gehalten, den Bericht dementsprechend vorzutragen, damit Ihnen dann auch der Bericht zur Verfügung gestellt werden kann und mit den Aussagen, wie sie von mir getroffen worden sind, nachher im Raum steht.

Die letzten Wochen und Monate waren von einer voranschreitenden einsatztaktischen, aber auch politischen Auswertung und Nachbereitung des Großereignisses G8 im Hinblick auf die durchgeführten polizeilichen sowie nichtpolizeilichen Maßnahmen bestimmt.

Nachdem ich dem Innenausschuss in der Sitzung am 28. Juni 2007 einen umfassenden Zwischenbericht zum Ablauf des Einsatzgeschehens abgelegt und mit meinen Ausführungen in der Sitzung des Innenausschusses am 4. Oktober 2007 die letzten noch offenen Fragen und Problemfelder aufgegriffen habe, gehe ich davon aus, dass ich zumindest zum Einsatzgeschehen den Innenausschuss nunmehr ausreichend zum G8-Gipfel informiert habe. Ich habe immer dazugefügt, dass Sie weiter über die Kosten des G8-Gipfels informiert werden, je nach Eingang der Rechnungen, und auch über das eine oder andere Verfahren, was derzeit noch aufgrund von gerichtlichen Entscheidungen in der Klärung ist.

Die einsatztaktische und fachliche Nachbereitung des Polizeieinsatzes anlässlich des G8-Gipfels wird der-

zeit in den polizeilichen Fachgremien, insbesondere im Arbeitskreis Innere Sicherheit der Abteilungsleiter Polizei der Innenministerien und Innensenate der Länder sowie auf der Ebene der Inspektore der Polizeien, dem Unterausschuss Führung, Einsatz, Kriminalitätsbekämpfung, fortgeführt, gleichermaßen in den Gewerkschaften der Länder, sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene, aber auch in der Innenministerkonferenz, um für die einsatztaktische Bewältigung vergleichbarer Einsatzlagen Erkenntnisse zu erlangen. Daraus allein können Sie entnehmen, dass wir nie davon ausgegangen sind, dass ein solch großer Einsatz fehlerfrei abläuft, aber wir die Erkenntnisse, die man aus dem Einsatz gewinnt, für zukünftige Einsätze zur Verfügung stellen.

Der vorliegende Antrag von Ihnen mutet vor diesem Hintergrund ein wenig anachronistisch an. Er beinhaltet eine Unterrichtung des Landtages über die Konsequenzen der Landesregierung in Auswertung des Einsatzes anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels in unserem Land.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich betonen, dass wir uns aus meiner Sicht um eine sehr intensive politische Nachbereitung des Einsatzes anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels bemüht haben, im Übrigen unter meiner politischen Verantwortung, zu der ich auch stehe, genauso wie unter meiner politischen Verantwortung für das gesamte Einsatzgeschehen im Zusammenhang mit G8.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir haben uns mit allen kritischen Punkten auseinandergesetzt und umfassend darüber berichtet. Eine weitergehende Betrachtung des Einsatzes bis hin zu fachlichen Einzelthemen halte ich in diesem Rahmen hier nicht für zielführend. Jedem Abgeordneten steht der umfangreiche Abschlussbericht zur Verfügung.

Dem ersten Spiegelstrich des Antrages zufolge wird die Notwendigkeit gesehen, die Geeignetheit und Erforderlichkeit der im Antrag aufgelisteten Regelungen des SOG Mecklenburg-Vorpommern im Kontext des Polizeieinsatzes anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels zu bewerten. Ich sehe kein Erfordernis, die Eingriffsbefugnisse der Polizei anhand des Polizeieinsatzes anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels gesondert zu beurteilen. Die Evaluierung von polizeilichen Einsatznormen ist keine Besonderheit, die ein einzelner Großeinsatz auszulösen vermag. Grundsätzlich unterliegen alle Eingriffsbefugnisse der Polizei einer ständigen Kontrolle hinsichtlich ihrer Praktikabilität und Rechtmäßigkeit. Es erfolgen daher regelmäßige Anpassungen der Regelungen an die praktischen, aber auch rechtlichen Erfordernisse. Die Erfahrungen der anwendenden Kollegen in der Praxis sowie gesetzliche Neuerungen bilden hierbei die Grundlage.

Für die im letzten Jahr geschaffenen Befugnisse zur Videoüberwachung gemäß Paragraph 32 Absätze 3 und 4 SOG M-V zur präventiven Telekommunikationsüberwachung gemäß Paragraph 34a Sicherheits- und Ordnungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern sowie zum Einsatz des Automatischen Kennzeichenlesesystems (AKLS) gemäß Paragraph 43a Sicherheits- und Ordnungsgesetz wurde zudem eine fünfjährige Befristung gesetzlich geregelt, um nach Evaluierung der Regelungen eine Entscheidung über die Fortdauer zu treffen. Die Befugnis zur präventiven Telekommunikationsüberwachung unterliegt darüber hinaus der gesetzlich geregelten jährlichen Berichtspflicht des Innenministers gegenüber dem SOG-

Gremium des Landtages. Wir sollten meines Erachtens diesem Bericht nicht vorgreifen.

Ich erkenne in Auswertung dieses singulären Einsatzes auch keine Notwendigkeit, die rechtlichen Instrumentarien der Amtshilfe zu überdenken. Der Teil des Antrages zielt offenbar vor allem auf die durch die Bundeswehr geleistete Amtshilfe durch den Einsatz der Bundeswehrtornados zu Aufklärungszwecken ab.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das hat aber der Staatssekretär ganz anders berichtet. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Diesbezüglich wurde in dem von mir vorgelegten Bericht alles gesagt. Wir haben in einem geordneten Verfahren einen Antrag auf Amtshilfe bei der Bundeswehr gestellt, der vom Bundesminister für Verteidigung in eigener Zuständigkeit und eigener Verantwortung verfassungsrechtlich geprüft und anschließend bewilligt worden ist. Ich bin der Auffassung – und ich wiederhole mich da gern –, dass es sich hier letztlich nicht um ein rechtliches Problem, sondern um politische Grundsatzdiskussionen über die Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Inneren handelt, die derzeit leider auf dem Rücken des G8-Einsatzes ausgetragen werden,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

und damit wird versucht, diese auf der falschen Ebene, nämlich der rechtlichen zu führen. Die Diskussion sollte dort geführt werden, wo sie hingehört: auf der politischen Ebene, losgelöst von einem konkreten Einsatz und im Zuständigkeitsbereich des Deutschen Bundestages. Ich bitte daher, sowohl den Antrag gemäß dem ersten Spiegelstrich als auch den Antrag auf Prüfung der Regelungen zur Amtshilfe abzulehnen.

Meine Damen und Herren, hinsichtlich der Kosten, die aus der Durchführung des Weltwirtschaftsgipfels resultieren, bin ich gern bereit, Sie über den gegenwärtigen Stand der angefallenen Kosten zu informieren. Ein abschließendes Ergebnis kann ich jedoch erst nach Vorlage und Prüfung aller Rechnungen vortragen. Für eine Reihe von Ausgaben, insbesondere Personalausgaben wie Mehrarbeitsvergütung und Trennungsgeld für die zum Einsatz gekommenen eigenen Kräfte des Landes Mecklenburg-Vorpommern und einsatzbedingte Mehrausgaben für Polizeikräfte anderer Länder, liegen noch keine beziehungsweise noch keine vollständigen Abrechnungen oder Rechnungen vor. Nach Vorlage weiterer Rechnungen werde ich dem Landtag selbstverständlich unaufgefordert einen weiteren Zwischenbericht beziehungsweise bei Vorlage aller Rechnungen ein abschließendes Ergebnis zu den Kosten des Einsatzes vorlegen. Insoweit ist der Antrag der Fraktion auch in dieser Hinsicht aus meiner Sicht entbehrlich. Es ist allen Kolleginnen und Kollegen im Innenausschuss vorgetragen worden, dass wir nach Eingang weiterer Rechnungen auch hier die Kosten gemäß dem entsprechenden Antrag vortragen. Und wenn es im Landtag gewünscht wird, tun wir dies auch gerne im Landtag.

Zur finanziellen Sicherstellung des Polizeieinsatzes anlässlich des G8-Gipfels hat das Land Mecklenburg-Vorpommern im Einzelplan 04 – Innenministerium – insgesamt 56.789.000 Euro zur Verfügung gestellt. Davon sind bereits 802.000 Euro im Haushaltsjahr 2006 ausgegeben worden. In dem für 2007 vom Land zur Verfügung gestellten Betrag in Höhe von 55,986 Millionen Euro sind unter anderem einsatzbedingte Mehrausgaben für die

zum Einsatz gekommenen Polizeikräfte anderer Länder in Höhe von 34,3 Millionen Euro enthalten. Weitere 22,5 Millionen Euro hat der Bund für den Polizeieinsatz anlässlich des G8-Gipfels bereitgestellt. Mit Stand vom 12.10.2007 beläuft sich die Höhe der bisherigen Istaussgaben 2007 für die vom Land bereitgestellten Haushaltsmittel auf insgesamt 14,8 Millionen Euro. Das sind 26 Prozent des zur Verfügung stehenden Betrages.

Bezüglich der einsatzbedingten Mehrausgaben für die zum Einsatz gekommenen Polizeikräfte anderer Länder befinden sich momentan Abrechnungen in Höhe von 14,8 Millionen Euro in der Prüfung. Es handelt sich hier überwiegend um Teilabrechnungen von bisher zehn Bundesländern.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind 17,5 Millionen Euro, das heißt 78 Prozent der beim Bund bereitstehenden finanziellen Mittel für den Polizeieinsatz Weltwirtschaftsgipfel abgerufen. Der mit dem geplanten Kräfte- und Mitteleinsatz verbundene finanzielle Aufwand im nichtpolizeilichen Bereich, der für die Kommunen eine immense Belastung darstellte, konnte durch eine zusätzliche Vereinbarung zwischen den drei Gebietskörperschaften Bad Doberan, Güstrow und der Hansestadt Rostock sowie dem Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern einer Lösung zugeführt werden. Die geplanten 4,5 Millionen Euro für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr werden nach jetziger Einschätzung und Sichtung eines großen Teils der eingegangenen Rechnungen ausreichen, um die angefallenen Kosten dieses Bereiches zu decken. Diese Bilanz ist jedoch nicht nur der rechtzeitigen und guten finanziellen Planung der drei Gebietskörperschaften geschuldet, sondern eben auch der Tatsache, dass ein nicht unwesentlicher Teil der Helfer – nämlich circa 85 Prozent von ihnen sind ehrenamtlich tätig – ihren Einsatz durch Inanspruchnahme ihres Erholungsurlaubes sicherstellten und dass einige Arbeitgeber durch Verzicht auf Lohnersatzleistungen für die Freistellung ihrer Arbeitnehmer den Einsatz unterstützten. Diese Bereitschaft kann nicht hoch genug gewürdigt werden. Ich sage von dieser Stelle aus noch einmal ganz herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Im Rahmen der öffentlichen Diskussion wurde vereinzelt die Frage diskutiert, wie die Bundesregierung es zulassen konnte, einen Einsatz dieser Komplexität und Dimension in ein so wenig erfahrenes Einsatzland wie Mecklenburg-Vorpommern zu geben. Ich habe bereits im Innenausschuss betont, dass ich diese Diskussion nicht nachvollziehen kann. Allen Kritikern und Besserwissern zum Trotz haben wir letztlich bewiesen, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern sehr wohl in der Lage sind, ein solches Weltereignis wie den G8-Gipfel erfolgreich zu schultern. Kein anderes Bundesland, kein Minister und schon gar nicht die Bundesregierung haben je die Kompetenz unserer Polizei und der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehrkräfte infrage gestellt.

Die überwiegend positive Resonanz des Einsatzes unserer Landespolizei und der Nipo-Kräfte im Rahmen des Weltwirtschaftsgipfels spiegelte sich auch in der Debatte in den bundesdeutschen Parlamenten sowie in der Medienlandschaft wider. Zwischenzeitlich stehen wir

bereits in Gesprächen mit Vertretern von Sicherheitsbehörden aus Japan, die im nächsten Jahr an den erfolgreichen Einsatz der Polizei in unserem Land anknüpfen wollen. Ich kann es nicht oft genug wiederholen: Ich bin stolz auf unsere Polizei und ich bin auch stolz auf die vielen ehrenamtlichen Helfer bei den Feuerwehren und beim THW, auf die Rettungsdienste und auf die Bundeswehr. Mithilfe der tatkräftigen Unterstützung von Kräften aus Bund und Ländern haben sie einen großen Teil zum Erfolg dieses Einsatzes beigetragen. Dafür möchte ich allen Einsatzkräften und freiwilligen Helfern an dieser Stelle nochmals danken.

Abschließend möchte ich mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen des Innenausschusses für die konstruktive Arbeit im Rahmen der politischen Aufarbeitung der Thematik bedanken, die ja noch nicht beendet sein wird, weil uns Kosten und einige offene Fragen weiter begleiten werden. Aus diesem Grund werden wir die notwendigen Fragen auch weiterhin gemeinsam im Innenausschuss diskutieren. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie, den Antrag in der vorliegenden Form abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der SPD.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Lietz hat gestern angesichts der Diskussion zum Thema Kommunalabgabengesetz die Meinung vertreten, die Opposition habe mit dem Kommunalabgabengesetz wohl ein Thema entdeckt, das hier als Dauerbrenner dienen soll. Herr Lietz, ich teile Ihre sehr scharfe Beobachtung, allerdings würde ich sie gerne noch um einen Punkt ergänzen. Es geht nicht nur um das Kommunalabgabengesetz, das hier einige als Dauerbrenner entdeckt haben, sondern auch um das Thema G8, das nach Meinung mancher Mitglieder dieses Hauses offenbar genauso dazu dient, hier eine Sitzung nach der anderen zu füllen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Dieses, meine Damen und Herren, ist meines Erachtens schon bedenklich genug. Aber vielleicht noch bedenklicher ist für mich die Tatsache, wenn ich mir den Antrag der Fraktion DIE LINKE ansehe, dass für die LINKEN ganz offenkundig G8 nur noch aus sicherheitspolitischer Sicht und aus der Sicht der Kosten ein betrachtenswertes Ereignis ist. Für mich greift eine solche Betrachtungsweise wesentlich zu kurz.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, der G8-Gipfel in Heiligendamm war ein Großereignis, wie es unser Bundesland zuvor nicht erlebt hat und, ich nehme an, auch in absehbarer Zeit nicht erleben wird. Es war ein Großereignis, das für unser Land ganz sicher einen Imagegewinn gebracht hat. Es war ein Großereignis, das für unser Land ganz sicher auch touristisch etwas gebracht hat. Aber lassen Sie mich jetzt eine sehr persönliche Anmerkung machen: Wir sollten vielleicht nicht nur auf dieses ganz enge Treffen der Staatsgäste schauen, sondern auch auf das, was sich im Umfeld getan hat. Für mich war das prägendste Ereignis das Konzert „Deine Stimme gegen Armut“, und

zwar die zigtausendfach friedlich dokumentierte Sehnsucht nach einer besseren Welt ohne Krieg, ohne Armut, ohne Hunger, einer Welt der Gerechtigkeit und der Menschenwürde. Das, meine Damen und Herren, war für mich das entscheidende Ereignis im Umfeld von G8.

Aber es ist natürlich legitim und berechtigt, in diesem Zusammenhang auch über das Thema Polizei und polizeiliche Arbeit zu sprechen. Zunächst müssen wir einmal festhalten, dieser G8-Gipfel war ein Großereignis, das auch für die polizeiliche Aufgabenbewältigung ohne Beispiel in unserem Land war, für das es keinen Testlauf gab und das man nicht vorher in einer Art Generalprobe einfach mal durchspielen konnte. Auch der Besuch des amerikanischen Präsidenten hatte bei Weitem nicht die Dimension dieser polizeilichen Aufgabe. Die Grundentscheidung, die polizeiliche Verhaltensweise auf eine Deeskalation auszurichten, meine Damen und Herren, ich glaube, das können wir im Nachhinein uneingeschränkt feststellen, war die richtige Entscheidung, die richtige Ausrichtung unserer Polizei. Diese Ausrichtung war erfolgreich.

Wir als Politiker, meine Damen und Herren, haben nicht nur diese Grundentscheidung, eine Deeskalationsstrategie zu verfolgen, begrüßt, wir haben uns insgesamt mit dem polizeilichen Verhalten in Heiligendamm, in Rostock und in der Umgebung in einer Weise auseinandergesetzt, die ebenfalls beispiellos ist. Der Innenausschuss hat den gesamten Vorgang von Anfang bis Ende in einer Weise begleitet, die sehr, sehr eng war, die sehr, sehr dicht war. Das begann mit einer Besichtigung vor Ort. Wir haben uns das, was die einen technische Sperre und die anderen schlicht und einfach Zaun nennen, vor Ort angesehen. Wir haben uns dann in weiteren Sitzungen mit allen Detailfragen dieses Polizeieinsatzes von vorne bis hinten auseinandergesetzt. Wir haben uns nicht nur mit uns selbst befasst und mit unseren eigenen Eindrücken, sondern wir haben Fachleute der unterschiedlichsten Richtungen – meine beiden Vorredner haben darauf schon hingewiesen – gehört. Ich glaube, wir haben uns ein sehr umfassendes Bild mit sehr kontroversen Positionen machen können. Wir haben feststellen dürfen, dass es selbst innerhalb der Gewerkschaft der Polizei, was völlig legitim ist, teilweise sehr divergierende Einschätzungen über einzelne Sachverhalte gibt.

Wir haben zwei Berichte des Innenministers gehört, wobei mir hier die Bemerkung erlaubt sein darf, dass der Innenminister uns mit der Ausführlichkeit seiner Berichte teilweise auf eine doch recht harte Geduldsprobe gestellt hat. Wenn mir diese Anekdote gestattet sei, meine Damen und Herren: Er selbst hat sein eigenes Redemanuskript verlassen, als es darum ging, darzustellen, was in den Verpflegungsbeuteln im Einzelnen enthalten war, wie viel Brote, wie viel Müsliriegel und wie viel Sonstiges, und hat diese Stelle übersprungen. Aber Sie sehen daran, auf was für eine Konkretionsebene wir eigentlich runtergekommen sind, was wir im Zusammenhang mit diesem Gipfel im Innenausschuss alles diskutiert haben.

In sechs Innenausschusssitzungen haben wir uns mit dem Polizeieinsatz vor, während und nach dem G8-Gipfel auseinandergesetzt. Der Innenminister hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir ja noch nicht am Ende sind. Die Behandlung dieses Themas wird noch weitergehen.

Es gibt also die Möglichkeit, hier noch weitere Dinge aufzuarbeiten. Von daher, meine Damen und Herren, sehe ich für einen Antrag, so, wie ihn die LINKEN hier gestellt haben, dieses Thema jetzt in der geforderten Weise im

Plenum aufzugreifen, überhaupt keinen Grund und überhaupt keinen Anlass. Ich habe vielmehr den Eindruck, dass es einigen bei den LINKEN darum ging, Stoff für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu finden. Kollegin Borchardt hat schon zu einer sehr frühen Phase darauf hingewiesen, dass hier unbedingt ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss hermusse.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Dazu stehe ich auch.)

Nur, meine Damen und Herren, für diesen parlamentarischen Untersuchungsausschuss haben wir auch nicht den Hauch von Stoff gefunden.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Sie nicht,
Sie sind ja auch in der Regierungskoalition.)

Offenbar, liebe Kollegin Borchardt, haben andere diesen Stoff für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss auch nicht gefunden.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Da schauen wir mal!)

Vielleicht ist das auch der Hintergrund, warum hier nun eine Fraktion, wenigstens um ein Trostpflaster zu verteilen, eine parlamentarische Behandlung des Themas anstrebt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Vielleicht ist das ja auch eine Chance für Sie?)

Ich denke aber, dazu sollte dieses Hohe Haus nicht zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, wir haben bei allen Betrachtungen, die wir im Innenausschuss angestellt haben, sehr wohl auch Fehler bei der Polizei festgestellt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach ja?!)

Ich bin davon überzeugt, wir müssen auch sehen, in welchem Umfang diese Fehler bei der Polizei zum Gesamtumfang der Aufgabe, die hier zu bewältigen war, in der Relation stehen. Der Minister hat das gerade beispielhaft an der Frage der Verpflegung gemacht. Wenn wir im Promillebereich Beschwerden über die Verpflegung haben, dann muss man diesen Beschwerden auch nachgehen. Man muss aber bitte schön auch werten, in welchem zahlenmäßigen Verhältnis zur Gesamtaufgabe diese Probleme, diese Beschwerden stehen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Dieses gilt nicht nur für die Verpflegung der Polizei, sondern für den gesamten Polizeieinsatz, den Schutz der Staatsgäste, die freundliche Begleitung – und es war weitgehend eine sehr freundliche Begleitung – der friedlichen und gewaltfreien Proteste, aber auch das entschlossene Einschreiten gegen diejenigen, die nicht gewaltfrei protestieren wollten und nicht gewaltfrei protestiert haben.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist aber nicht
geschehen. Man hat sie gewähren lassen.)

Dieses, meine Damen und Herren, war eine riesige Aufgabe. Und wenn man so eine riesige Aufgabe vor sich hat, sie zu bewältigen hat, dann passieren auch Fehler. Das ist normal, das ist menschlich. Für uns ist es für die Beurteilung wichtig, in welchem Umfang sind sie passiert, um dieses in Relation zur Gesamtaufgabe zu setzen. Die bestehenden und bestandenen Probleme werden aufgearbeitet und sollten hier nicht dramatisiert werden.

Zur Frage der Bundeswehr und ihres Einsatzes haben wir ebenfalls festgestellt, dass hier sicherlich nicht alles so gelaufen ist, wie es hätte laufen sollen. Aber auch hier hat es Konsequenzen gegeben bis hin zu Disziplinarverfahren gegen beteiligte Piloten, die übrigens inzwischen abgeschlossen sind. Sie alle wissen, die Fraktion der Grünen des Deutschen Bundestags hat eine Überprüfung vor dem Bundesverfassungsgericht auf den Weg gebracht. Ich denke, eine solche Überprüfung zu fordern, ist legitim. Es ist nicht der Anlass für uns, hier weiter zu handeln,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

sondern wir sollten in aller Ruhe abwarten.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich den Antrag der Fraktion DIE LINKE genau anschauen, dann werden Sie feststellen, so richtige Forderungen stellen sie eigentlich gar nicht. Sie stellen eigentlich nur die Forderung, die Regierung – ich mache das an einem Beispiel – möge präzisieren, was denn Amtshilfe ist. Und in welche Richtung diese Präzisierung geht – keine Aussage. Sie möge, so hat es der Kollege Ritter hier versucht, noch einmal zu interpretieren, die rechtlichen Instrumente überprüfen. Rechtliche Instrumente gehören eigentlich immer überprüft. Aber wenn wir sie schon überprüfen, dann bitte doch nicht an einem so singulären Ereignis wie diesem G8-Gipfel, sondern vielleicht in ihrer gesamten Breite. Und in welche Richtung wir prüfen wollen, lieber Kollege Ritter, auch das war nicht erkennbar.

Ich werde den Eindruck nicht los, dieser Antrag dient einerseits dem innerfraktionellen Frieden der LINKEN und andererseits dem Ziel, dieses Thema immer weiter zu verlängern, immer weiter darüber zu diskutieren, es – wie man so schön sagt – am Kochen zu halten, ohne dass eigentlich ein ganz konkretes Ziel verfolgt wird. Deshalb, meine Damen und Herren, werden wir Ihren Antrag ablehnen. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Müller.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Leonhard von der Fraktion der FDP.

Gino Leonhard, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Zum wiederholten Male beschäftigen wir uns heute mit dem G8-Gipfel. Um es vorwegzunehmen: Meiner Fraktion und insbesondere mir geht es dabei nicht um Generalkritik und das Schlechtreden des wohl insgesamt als gelungen zu bezeichnenden Gipfels. Wir Liberalen danken ausdrücklich – und da schließe ich mich gerne dem Innenminister an – allen Beteiligten für ihren Einsatz, insbesondere den vielen ehrenamtlichen, die ihren Beitrag zum Ablauf beigetragen haben, und den vielen Tausend eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten für ihren engagierten Einsatz, der oft unter schwierigen Bedingungen mit wenig Schlaf und jeder Menge Stress einherging. Das wollte ich vorwegnehmen, bevor ich zur politischen Bewertung des Ablaufs komme.

Diese fällt offensichtlich, und das ist hier auch deutlich geworden, sehr unterschiedlich aus. Die Koalitionspartner klopfen sich wegen des reibungslosen Ablaufes gegenseitig frenetisch auf die Schultern. Gleichzeitig kommt von anderer Seite teilweise massive Kritik an den organisatorischen Gegebenheiten, am Polizeieinsatz, am Umgang mit festgenommenen Demonstrationsteilneh-

mern, am Einsatz der Bundeswehr und, und, und. Die Liste könnte man jetzt fortsetzen. Ich erinnere hier nur an den Bericht der Gewerkschaft der Polizei. Ich kann aber aus Zeitgründen nicht ins Detail gehen.

In den letzten Wochen gab es zahlreiche Gelegenheiten, sich zu äußern. Meine Fraktion hat dies in unterschiedlichster Art und Weise auch getan und deutlich gemacht, dass wir nicht jede Kritik teilen und wir auch nicht jede Kritik in gleicher Intensität teilen wollen. Aber – und das sage ich für meine Fraktion und auch insbesondere für mich aus voller Überzeugung – es sind Fehler bei der Durchführung gemacht worden, es sind Unstimmigkeiten aufgetreten und es gibt Kritik, die mehr als berechtigt ist. Ein gewisses Maß an Selbstkritik und Einsicht hätte ich mir an dieser Stelle auch von der Regierung, insbesondere aus dem Innenministerium, nicht nur gewünscht, sondern ich hätte es auch erwartet.

Hier wird gemeint, alles sei in Ordnung gewesen. Die Vorgänge, insbesondere am 2. Juni in Rostock, seien nicht auf Fehlplanung oder Fehlverhalten zurückzuführen. Kosten seien in diesem Umfang nicht zu erwarten gewesen. Ich erinnere daran, dass die Regierung im Vorfeld Kosten von circa 10 Millionen Euro eingeplant und verkündet hatte, wir aber nunmehr bei weit über 60 Millionen liegen. Diese 60 Millionen Euro werden ausschließlich auf das Land zukommen. Auch der Bundeswehreininsatz, der im Vorfeld umfassend und sehr heiß diskutiert wurde, habe keine Probleme aufgeworfen. Selbst wenn wir davon ausgingen, dass es am Einsatz der Tornados rechtlich nichts zu deuteln gebe, dann muss die Frage erlaubt sein, warum der Innenminister für alle Erfolge selbst verantwortlich zeichnet, er aber die Entscheidung zu den umstrittenen Tornadoflügen ohne mit der Wimper zu zucken gleich ganz in die Hand einer mittleren Polizeiführungsebene legte.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE –

Barbara Borchardt, DIE LINKE: So war das.)

Politische Verantwortung zu übernehmen, verstehe ich ein wenig anders und muss das so zur Kenntnis nehmen. In zahlreichen Sitzungen des Innenausschusses und in den Anhörungen zum G8-Gipfel haben wir umfassende Stellungnahmen der Beteiligten gehört, denen kann ich mich nur anschließen. Von „alles gut“ – so, wie es Herr Müller hier auch darstellte – bis „alles schlecht“, jegliches war dabei.

(Heinz Müller, SPD: Da haben Sie mir aber nicht zugehört, Herr Leonhard. –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Und wir haben nun die politischen Konsequenzen daraus zu ziehen. Wir sind der Gesetzgeber und somit das Kontrollorgan der Verwaltung. Im Bewusstsein dessen sehen wir uns als Liberale in der Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, dass die Kritik auch unsere Handlungsweisen beeinflussen sollte.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Fraktion DIE LINKE als auch wir sind aufgrund des Gipfelablaufs und der Anhörungen zu dem Ergebnis gekommen,

(Harry Glawe, CDU: Herr Caffier hat ja auch mal ein Lob verdient, auch von Ihnen.
Das sollten Sie ruhig mal machen!)

dass wir einige Kritikpunkte aufnehmen müssen. Wir haben die Punkte bereits erläutert.

(Harry Glawe, CDU: Ja, so ist das. Man kann das ruhig deutlich sagen. Es ist gute Arbeit geleistet worden.)

Meine Fraktion will aus diesem Grund die durchaus unterstützenswerten Punkte der Fraktion der LINKEN ergänzt wissen. Wir haben dazu insgesamt zu sagen, dass wir die Notwendigkeit zur Prüfung einer Fortentwicklung des Personalentwicklungskonzeptes sehen und auch die technische und sachliche Ausstattung der Polizei überprüft haben wollen. Ich bitte Sie aus diesem Grund um Unterstützung unseres Änderungsantrages. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen DIE LINKE und FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Leonhard.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Lietz von der Fraktion der CDU.

Matthias Lietz, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im vorangegangenen Tagesordnungspunkt haben wir gerade, lobenswerterweise auch von Ihnen, Herr Ritter, gehört, wir mögen uns nicht schlechter reden, als wir sind. Diesen Eindruck, den kann ich mir nicht verwehren, wenn ich diese Ergebnisse oder Diskussionen im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel höre.

Eine realistische Auseinandersetzung, und da sind wir uns ja mittlerweile alle einig, wie in den sechs Ausschusssitzungen, die sich mit der Auswertung des Weltwirtschaftsgipfels befasst haben, die ist notwendig und der sollten wir uns stellen. Und da vermisse ich die Konsequenz, die moralische Verantwortung, die wir auch – und das sage ich hier in aller Deutlichkeit – gegenüber den Mitarbeitern in unserem Innenministerium und den in unserem Land eingesetzten Mitarbeitern haben. Ich schließe hier ganz besonders den Dank an den Innenminister mit ein. Es gehört dazu, dass wir dazu stehen, die Aufgaben, die wir hier verteilen, auch in ihrer Ausführung zu beurteilen.

Meine Damen und Herren, ich teile ebenfalls die Meinung: Es kann nicht unsere Aufgabe sein, die Probleme der GdP, die sicher bundesweit bestehen, durch die Vielzahl der Einsätze am Beispiel des G8-Gipfels lösen zu können. Ich bin bereit, und da bin ich mir der Unterstützung vieler hier im Parlament sicher, dass wir diese Probleme sehr ernst nehmen sollten, die die Polizei in unserer Bundesrepublik hat, aber dann müssen wir sie auch dort lösen, wo sie hingehören.

Herr Leonhard, Ihnen möchte ich sagen, und das trifft natürlich für alle, die wir an den Sitzungen teilgenommen haben, zu: Sicher gibt es eine unterschiedliche Wahrnehmung der Darstellungen, aber eins sollten wir uns doch zu Herzen nehmen, dass wir gemeinsam an der Lösung der Probleme arbeiten.

(Udo Pastörs, NPD: Siehste, da war es. Gemeinsam!)

Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, der Antrag der Fraktion DIE LINKE sollte aus folgenden Gründen abgelehnt werden: Zunächst sollte die Geeignetheit und Erforderlichkeit polizeilicher Befugnisse auf der Grundlage des SOG einer kritischen Gesamtwürdigung unterzogen werden. Hier frage ich mich, und das haben wir heute schon mehrfach gehört: Soll ein einziger, wenn

auch einzigartiger Polizeieinsatz über die Geeignetheit und Erforderlichkeit einer Norm entscheiden? Meines Erachtens ist dies ein langfristiger Prozess. Deshalb hat ja gerade der Minister ausgeführt, dass alle Eingriffsbefugnisse der Polizei einer ständigen Kontrolle hinsichtlich ihrer Praktikabilität und Rechtmäßigkeit unterliegen. Eines gesonderten Arbeitsauftrages an die Landesregierung bedarf es aus diesem Grunde nicht.

Meine Damen und Herren, mich erinnert dieser Punkt Ihres Antrages an etwas anderes. Der Landesbeauftragte für den Datenschutz hat auf einem Hearing am 7. Juli 2007, das vom Republikanischen Anwaltsverein Attac Deutschland und dem Verein Rote Hilfe durchgeführt wurde, dargelegt, warum die in Ihrem Antrag bezeichneten Vorschriften seiner Meinung nach verfassungswidrig sind. So kritisierte er, er habe die Rechtmäßigkeit einer Datenerhebung nach Paragraf 29 Absatz 1 Ziffer 2 SOG Mecklenburg-Vorpommern nicht prüfen können, weil die Daten, so, wie es Paragraf 36 SOG verlangt, gelöscht worden seien. Unter diesem Blickwinkel kann man natürlich über die Geeignetheit von Normen streiten. Man muss sich nur fragen, was wiegt mehr, das Interesse der Betroffenen an der Löschung seiner Daten oder das Interesse der Öffentlichkeit an einer Prüfung.

Meine Damen und Herren, als nächsten Punkt verlangen Sie eine kritische Gesamtwürdigung der rechtlichen Regularien der Amtshilfe. Damit wird natürlich auf den Einsatz von Tornados der Bundeswehr Bezug genommen. Wiederholt und auch heute hat der Minister ausgeführt, rechtliche Grundlage der Amtshilfe sei Artikel 35 Absatz 1 Grundgesetz gewesen. Hierbei handelt es sich um die grundsätzliche Regelung der Amtshilfe zwischen den Behörden des Bundes und der Länder. Und die Norm ist bewusst weit gehalten, um alle Fälle der Amtshilfe zu erfassen. Entscheidend für die Gewährung der Amtshilfe ist allein, ob die ersuchende Behörde die beantragte Maßnahme selbst mit vertretbarem Aufwand durchführen kann. Ist dies nicht der Fall, hat die ersuchte Behörde die Amtshilfe zu bewilligen. Während der Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels hat das Innenministerium unseres Landes das Bundesministerium für Verteidigung um Amtshilfe ersucht. Weder die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern noch die Polizeien des Bundes und der anderen Länder waren in der Lage, zur Erkennung möglicher Erddepots sowie zur Erfassung von Manipulationen an wichtigen Straßenzügen Aufklärungsfüge durchzuführen.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Die Bundeswehr erbrachte die Aufklärungsflüge im Rahmen der gewährten Amtshilfe nach Anforderung durch die Einsatzkräfte vor Ort.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Entscheidend für den einzelnen Einsatz ist die konkrete Situation. Diese zu beurteilen, obliegt den spezialisierten Einsatzkräften vor Ort. Der Minister hingegen koordiniert grundsätzliche Fragen. Dabei sollten wir es auch belassen.

Meine Damen und Herren, der letzte Punkt Ihres Antrages kommt zur Unzeit. Sie wissen ebenso gut wie ich – und das hat der Minister hier deutlich ausgeführt –, dass das Ministerium die finanzielle Abwicklung des Gipfels nicht beeinflussen kann und eine Fristsetzung zum 31.12.2007 deswegen keinen Sinn macht. Eine endgültige Abrechnung kann erst erfolgen, wenn alle Länder die Einsätze ihrer Landespolizeien abgerechnet haben. Davon sind

wir momentan weit entfernt, denn wir haben die Ausführungen des Ministers dazu gehört. Ich bin mir sicher, der Innenminister wird das Parlament zu gegebener Zeit über die tatsächlich durch den Weltwirtschaftsgipfel entstandenen Kosten informieren. Bis dahin, und das kann ich auch für unsere Fraktion sagen, muss uns der gegebene Zwischenbericht genügen.

Meine Damen und Herren, um es noch einmal zusammenzufassen: Der Antrag der Fraktion DIE LINKE ist in großen Teilen nicht erforderlich und im Übrigen zur Unzeit gestellt. Wir werden ihn deswegen ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Lietz.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs von der Fraktion der NPD.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Die Landesregierung wird aufgefordert, aus der Durchführung und Auswertung des“ G8-Gipfels „in Heiligendamm unverzüglich die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und den Landtag hierüber ... zu unterrichten“, heißt es im Antrag der links-extremistischen Fraktion.

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Das gibt
es ja wohl nicht! Das gibt es ja wohl nicht!)

Welche notwendigen Konsequenzen meinen Sie, meine Damen und Herren? Und um Himmels willen, ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, ich muss Sie unterbrechen. Ich weise diese Bezeichnung der Fraktion DIE LINKE zurück.

Udo Pastörs, NPD: Und um Himmels willen, was soll sich das Parlament hier unter dem Begriff „Geeignetheit polizeilicher Befugnisse“ vorstellen? Was Sie konkret mit Ihrem Antrag von der Landesregierung wollen, verschwand in der Rede des Genossen Ritter ebenso ins Nebulöse wie das, was wir zum G8-Spektakel von Innenminister Caffier bisher hierzu gehört haben. Aber nachdem ich im Innenausschuss Zeuge wurde, wie der Linksextremist Ritter von der SED-Nachfolgepartei DIE LINKE ...

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Irene Müller, DIE LINKE: Na, was
soll das denn?! – Zuruf aus dem Plenum: Pfui! –
Irene Müller, DIE LINKE: Was ist denn hier los?!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Pastörs! Herr Pastörs, ich erteile Ihnen für die wiederholte Bezeichnung einen Ordnungsruf und mache Sie gleich darauf aufmerksam, da Sie zwei Ordnungsrufe schon erhalten haben, beim dritten Ordnungsruf wird Ihnen das Wort entzogen.

Udo Pastörs, NPD: Worauf bezog sich denn jetzt der zweite? Welches Wort?

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Auf den „Linksextremisten Ritter“.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Auf den „Linksextremisten“. Ich habe das vorhin schon zurückgewiesen und deswegen haben Sie jetzt einen Ordnungsruf erhalten.

Udo Pastörs, NPD: Der Verfassungsschutz bezeichnet diese Herrschaften so! Bitte schön, ich werde darauf verzichten.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

DIE LINKE versuchte, Einsatzkräfte der Polizei pauschal zu kriminalisieren.

(Irene Müller, DIE LINKE: Jetzt
ist er durcheinandergelassen.)

Und was versteht der Herr Ritter denn unter Geeignetheit? Etwa die Forderung, dass linksextremistische Gewalttäter in Polizeiberichten nur noch Störer zu nennen sind? Wir von der NPD würden sogar einem Antrag der Kommunisten zustimmen, wenn dieser wirklich Substanz hätte, zum Beispiel die Forderung härtester Bestrafung der linkschaotischen Gewalttäter von Rostock,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

die Verurteilung Verantwortlicher in der Polizeiführung wegen Strafvereitelung im Amt,

(Reinhard Dankert, SPD: Über was für
einen Antrag reden Sie eigentlich?)

wegen Duldung schwerster Straftaten gegen Personen und Sachen, meine Damen und Herren. Was ist das für eine Polizeiführung, die ihre Kollegen nur als Material ansieht und auf dem Altar des parteipolitischen Opportunismus opfert? Kleine Kostprobe Caffier'scher Deeskalationskrankheit aus dem GdP-Bericht: „Bei dem Hilferuf ‚Wir brauchen Unterstützung‘ wurde“ durch die Deeskalationisten à la PDS Ritter und CDU Caffier „geantwortet: ‚Schlagen Sie sich zum Wasser durch, dort steht ein Seenotkreuzer!‘“. „Steinplatten, Raketen und Brandsätze fliegen auf Polizisten. Autos brennen, Scheiben zerplatzen!“, meldeten die Zeitungen. Das ist das, was in Ihrem Antrag fehlte, Herr Ritter.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Die Redezeit ist beendet.)

Und wenn Sie in dieser Richtung hier Ihren Antrag ausgestaltet hätten, dann hätten Sie sicher sein können, dass die NPD diesem Antrag auch zugestimmt hätte.

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Ein Glück! –
Zuruf von Barbara Borhardt, DIE LINKE)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Pastörs, ich möchte Sie doch noch einmal darauf hinweisen, dass die Würde dieses Hauses auch in den Redebeiträgen zu beachten ist!

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Das Wort hat jetzt der Innenminister Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Um hier keine falschen Vorstellungen aufkommen zu lassen, weil Sie das immer wieder behaupten: DIE LINKE, ehemals PDS, wird in diesem Land nicht durch den Verfassungsschutz beobachtet.

(Udo Pastörs, NPD: Nein, aber im Bund.
Aber im Bund wird sie beobachtet. –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Wir sind
hier in Mecklenburg-Vorpommern.)

Wir sind meines Wissens im Landtag Mecklenburg-Vorpommern und da sind auch die Zuständigkeiten. Das möchte ich gerne geradegerückt haben.

(Udo Pastörs, NPD: Sie werden durch den Verfassungsschutz beobachtet.)

Ich weise aus diesem Grunde auch ausdrücklich die Betrachtung zurück, dass man DIE LINKE in dem Fall jetzt hier als Linksextremisten bezeichnet.

(Udo Pastörs, NPD: Und das sagt der CDU-Innenminister.)

Sie ist bei uns kein Beobachtungsobjekt.

(Udo Pastörs, NPD: Nomen est omen, Herr Caffier.)

Insofern sollen Sie nicht immer mit falschen Behauptungen arbeiten.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Zweitens möchte ich darauf hinweisen, damit das auch alle wissen: Da Sie so umfangreich und aktiv an der Ausschusssitzung teilgenommen haben und diese nach einer Stunde verlassen haben, können Sie auch die gesamte Berichterstattung, die sich die anderen Kolleginnen und Kollegen angehört haben, ausreichend gut beurteilen.

Und drittens verwahre ich mich ausdrücklich dagegen, dass Sie die Polizeikräfte unseres Landes vorverurteilen

(Udo Pastörs, NPD: Sie machen das, nicht DIE LINKE.)

oder in irgendeiner Form den Polizeikräften unterstellen, sie haben ihre Verantwortung nicht wahrgenommen und sie haben Menschen verheizt.

(Udo Pastörs, NPD: Da gibt es Anzeigen in die Richtung.)

Sie sollen mit diesen Unterstellungen aufhören.

(Udo Pastörs, NPD: Da gibt es Anzeigen in die Richtung, Strafanzeigen.)

Ich habe das auch im Parlament gesagt: Sie haben als freier Bürger gerne das Recht, Anzeige dagegen zu erstatten.

(Udo Pastörs, NPD: Die liegen vor, massenhaft.)

Auch darüber habe ich berichtet. Aber Sie sind ja leider so zeitig gegangen und konnten sich das nicht anhören.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: So ist das Interesse an der Parlamentsarbeit.)

Dann lesen Sie es gegebenenfalls nach, denn das können die anderen Kollegen alles bestätigen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Pastörs, Sie haben wieder einmal gezeigt, dass parlamentarische Arbeit nicht jedermanns Sache ist. Denn würden Sie begreifen, was Parlamentsarbeit ist, würden Sie sich aktiv an den Beratungen in den Ausschüssen beteiligen.

(Zurufe von Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Das haben Sie nicht gemacht, Herr Pastörs. Sie haben sich wieder mal einer Flachzangenargumentation bedient, die wir hier nicht brauchen. Ihre Unterstützung brauchen wir deshalb auch nicht.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, natürlich! Ja, natürlich! – Stefan Köster, NPD: Herr Ritter, Sie winden sich nur, wie Sie können.)

Lieber Herr Müller, ich hätte mich natürlich auch gern über die Nichtbeschlüsse des G8-Gipfels zum Beispiel zum Klimaschutz oder zur Armutsbekämpfung hier im Hohen Haus unterhalten, aber zur Debatte steht nun mal der Abschlussbericht des Innenministers, der im Innenausschuss gehalten worden ist, und deswegen auch nur dieses Thema heute hier auf der Tagesordnung.

Und wenn der Innenminister berichtet – wie auch heute wieder –, der G8-Polizeieinsatz sei selbstverständlich nicht nach Drehbuch, aber insgesamt gut abgelaufen, dann ist aus unserer Sicht zu ergänzen: teilweise eben auch aus dem Ruder gelaufen. Das ergibt sich nicht nur aus unseren Einschätzungen, sondern das ergibt sich vor allen Dingen aus den Feststellungen anderer Institutionen. Ich kann nun wirklich nicht behaupten, dass ich dem Bundesverteidigungsministerium sehr nahe stehe,

(Udo Pastörs, NPD: Der NVA standen Sie näher.)

aber gerade das Bundesverteidigungsministerium hat deutliche Kritik zum Beispiel am Amtshilfeersuchen und an der Umsetzung des Amtshilfeersuchens geübt. Ich will das noch einmal an drei konkreten Beispielen verdeutlichen:

Erstens. Zur Unterstützung der Polizei mit Eurofightern und F4-Phantom-Kampfflugzeugen, also weit weg von diesen Tornado-Geschichten, informierte der Innenminister sinngemäß: Sollten sich Eurofighter oder F4-Phantom-Abfangjäger über Heiligendamm und Rostock befunden haben, so geschah dies nicht auf Anforderung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

(Zurufe von Minister Lorenz Caffier, und Ilka Lochner-Borst, CDU)

Das sagt der Innenminister so, wehrte Frau Kollegin Lochner-Borst.

(Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Das Bundesverteidigungsministerium sagt in seinem Bericht auf Seite 3 folgende – nicht NFD –, dort heißt es: „Die Gesamtverantwortung ... lag bei der Innenbehörde des ... Landes“ Mecklenburg-Vorpommern. „Die Luftwaffe wurde auf“ deren „Antrag tätig.“ Die Kerneinsatzzeiten wurden von der Innenbehörde festgelegt. „Insgesamt kamen vier ... Eurofighter und acht ... Phantom zum Einsatz“ mit „ca. 23 Flugstunden.“

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Im Rahmen einer stinknormalen Alarmkontrolle.)

Das ist nun mal die Einschätzung des Bundesverteidigungsministeriums.

(Harry Glawe, CDU: Na und?)

Zweitens. Inhalt des Amtshilfeersuchens

Der Innenminister hat hierzu sinngemäß vor dem Innenausschuss ausgeführt, dass Mecklenburg-Vorpommern in einem geordneten Verfahren den Amtshilfeantrag bei

der Bundeswehr gestellt habe und dieser vom Bundesverteidigungsministerium in eigener Zuständigkeit und Verantwortung verfassungsrechtlich geprüft und anschließend bewilligt wurde.

Sehr geehrter Herr Innenminister, zur Prüfung wurde dem Bundesverteidigungsministerium das Erkennen möglicher Erddepots und Manipulationen an wichtigen Straßenzügen vorgelegt, und zwar unter konkreter Benennung der Streckenabschnitte und Straßen. In dieser Form ist das Amtshilfeersuchen gebilligt worden. Dieser genehmigte Aufklärungsbedarf wurde im Nachhinein einseitig durch die BAO Kavala unter anderem auf die Camps Reddelich und Wichmansdorf ausgedehnt. Das sind nun mal die Fakten. Im Amtshilfeersuchen war nie die Rede davon, dass Flüge über Reddelich und Wichmansdorf stattzufinden haben.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Sehr geehrter Herr Innenminister, ein geordnetes Amtshilfeverfahren sieht deshalb für mich anders aus. Denn es ist nicht bekannt, dass das Bundesverteidigungsministerium die rechtlichen Probleme von Tiefflügen der Streitkräfte über ein mit Menschen besetztes Camp vor Genehmigung der Amtshilfe geprüft hätte. Es hatte überhaupt keine Kenntnis davon, dass diese Flüge über den Camps stattfinden.

(Zuruf von Minister Lorenz Caffier)

Drittens. Schließlich gehört in eine kritische Gesamtwürdigung auch das Beziehungsgeflecht zwischen Innenministerium und der Kavala selbst. Der Innenminister erklärt, dass das Innenministerium Kavala bei grundsätzlichen Fragen kontrolliert beziehungsweise korrigiert hat, etwa bei dem Verbreiten falscher Pressemitteilungen. Sehr geehrter Herr Innenminister, wer hat denn dann wann entschieden, welches Tun oder Unterlassen von grundsätzlicher Bedeutung sein könnte?

Herr Innenminister, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie können natürlich mit parlamentarischer Mehrheit unseren Unterrichtsanspruch ablehnen.

(Harry Glawe, CDU: Machen wir auch.)

Der Antrag und die aufgeworfenen Fragen lassen sich durch die parlamentarische Minderheit,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

lieber Herr Müller, aber problemlos als Untersuchungsauftrag formulieren. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznapel: Danke schön, Herr Ritter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/940. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/940 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion der NPD abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der FDP und der Fraktion DIE LINKE.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/912 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/912 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion der NPD abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der FDP.

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Die Sitzung wird um 13.40 Uhr fortgesetzt. Ich unterbreche die Sitzung.

Unterbrechung: 12.39 Uhr

Wiederbeginn: 13.46 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20:** Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Einrichtung eines Tages behinderter Menschen im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 5/882. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/943 vor.

**Antrag der Fraktion der FDP:
Einrichtung eines Tages behinderter Menschen
im Landtag Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 5/882 –**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 5/943 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Grabow. Bitte, Herr Abgeordneter.

Ralf Grabow, FDP: Ja, irgendwie habe ich immer das Glück. Ich hatte das, glaube ich, schon einmal. Auch meine eigenen Kollegen rufe ich hiermit auf, bitte in den Saal zu kommen. Wenn noch welche hier draußen oder in den Büros sind, würde ich es gut finden, wenn Sie kommen würden, denn ich glaube, das Thema ist zu ernst. Ich würde mich freuen, wenn der Saal sich in den nächsten drei Minuten füllen würde.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Schön langsam reden. Damit alle Zeit haben, wieder reinzukommen. – Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Wenn die Aufregung nicht wäre, würde das ja klappen.

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Chancengleichheit, Teilhabe und Integration sind die Schlagwörter, wenn in der Politik über Menschen mit Behinderung geredet wird. In der Praxis wird aber schnell deutlich, dass diese Schlagwörter nicht wirklich verstanden werden und damit gelebt wird.

Bei den Feierlichkeiten am 3. Oktober in Schwerin durfte ich diese Realität schnell hautnah miterleben. Es waren einige Stände für Rollstuhlfahrer nicht benutzbar, zum Beispiel „MV tut gut.“ oder die Stände vom Deutschen Roten Kreuz. Es fehlten schlichtweg die erforderlichen Rampen. An dieser Stelle muss ich aber auch deutlich sagen: Nach meinem Anruf in der Staatskanzlei sind innerhalb von einer Nacht Rampen gebaut worden. An dieser Stelle möchte ich mich für das zügige Handeln bedanken.

Dem Veranstalter ist dabei keineswegs böse Absicht zu unterstellen. Nein, es ist eine Art von Unachtsamkeit, die vielerorts die Bedürfnisse von behinderten Menschen einfach ausblendet. Aus der Unkenntnis darüber, wie Gebäude, Fahrzeuge, Infrastruktur oder Medien barrierefrei zu planen sind, erwächst eine mangelnde Sensibilität. Das Wissen darüber, was wahrnehmungs- beziehungsweise mobilitätsbehinderte Menschen brauchen, gewinnt man in erster Linie durch direkte Kommunikation. Wir – und damit meine ich zuallererst uns als politische Entscheidungsträger – müssen viel mehr mit behinderten Menschen reden. Ein besonderer Tag für Menschen mit Behinderung und chronischen Erkrankungen bietet diese Gesprächsform. Die Betroffenen bekommen die Chance, ihre Probleme in einer breiten Öffentlichkeit zu kommunizieren, und Probleme haben behinderte Menschen eine ganze Menge.

Das Thema Barrierefreiheit habe ich bereits angerissen. Dabei ist festzustellen, dass gerade in den Städten vieles geschehen ist. In meiner Heimatstadt Rostock ist der Öffentliche Personennahverkehr schon weitestgehend barrierefrei. Die Interessen von blinden und gehörlosen Menschen fanden dabei auch Berücksichtigung in Form besonderer Anzeigesysteme. Und, Frau Müller, Hansa hat sich auch schon darauf eingestellt, auch die Bundesliga ist für blinde Menschen erlebbar.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das stimmt.)

Im ländlichen Raum liegt jedoch manches im Argen. Hier auch mal ein Negativbeispiel: Das Land hat die Brücke in Sassnitz gefördert, die bis zum Hafen heruntergeht. Die ist zum Beispiel nicht barrierefrei. Herr Ebnet ist leider nicht da.

(Reinhard Dankert, SPD:
Der ist entschuldigt für heute.)

Hier sehen wir, wie wichtig auch die Sensibilität bis ins Ministerium ist.

Für Rollstuhlfahrer hat sich zwar eine gewisse Sensibilität entwickelt, wahrnehmungsbehinderte Menschen suchen aber zumeist vergebens nach ansprechenden Hilfsangeboten.

Ein weiterer wichtiger Bereich, der oft vernachlässigt wird, wenn über behinderte Menschen gesprochen wird, sind die Themen Ausbildung und Arbeit. Die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung in Schule, Berufsausbildung und Universität ist kaum entwickelt. An der Universität Rostock habe ich mich gerade für eine junge Rollstuhlfahrerin eingesetzt, die nicht zur Prüfung für die Hochschulberechtigung zugelassen wurde, weil sie nicht die erforderliche Berufserfahrung vorweisen konnte. Dazu muss ich sagen, bis zum heutigen Tage haben wir es mit zwei Anwälten geschafft, dem Mädels zu helfen, die Zulassung zu bekommen. Hier einen Dank an den Rektor, der nach Ansprache auch sensibilisiert war, uns bei so einem Problem zu helfen. Die Zulassungsverordnung war völlig an der Lebensrealität behinderter Menschen vorbeigeplant. Die Arbeitslosigkeit ist zudem immer noch verhältnismäßig hoch bei behinderten Menschen. Zwischen erstem Arbeitsmarkt und Werkstatt gibt es kaum Alternativen. Es gibt zwar schon Integrationsfirmen, aber diese sind relativ schlecht gefördert und stehen oft am Rande der Pleite.

Ein drittes Themenfeld möchte ich noch ansprechen – die Eigenverantwortung. Ab 1. Januar kommenden Jahres können behinderte Menschen ihre unterschiedlichen

sozialen und Sachleistungen in Form eines persönlichen Budgets beantragen. Mit diesem Budget können die Betroffenen selbst entscheiden, wann, wo, wie und von wem die Hilfe in Anspruch genommen werden soll. Die Betroffenen ebenso wie Behörden und Einrichtungen sind in M-V jedoch nur unzureichend über die praktische Umsetzung dieser neuen Leistungsform informiert. Ich stoße bei meiner Arbeit oft auf Ratlosigkeit. Diese vielfältigen Informationsdefizite könnten im Rahmen eines solchen Tages gemeinsam mit behinderten Menschen beraten werden. Mit den Betroffenen kann im Vorfeld eine feste Tagesordnung vereinbart werden, die bestimmte Probleme anspricht. Mir ist dabei wichtig, dass ausdrücklich behinderte Menschen eingeladen werden über die jeweiligen Verbände. Auch ist es für die Organisation des Tages wichtig, die Teilnehmerzahl zu begrenzen, denn einen Tag der offenen Tür wollen wir nicht.

Sicherlich macht es Arbeit und es kostet zusätzlich Geld, diese Art von Veranstaltung auszurichten, aber mir ist es wichtig zu betonen, dass nicht nur die sparsamen Schwaben in ihrem Landtag einen solchen Tag bereits fünfmal durchgeführt haben, sondern viel wichtiger ist, dass die Belange behinderter Menschen keine Minderheitenproblematik sind. Der Anteil an der Bevölkerung, der ein Handicap hat oder von chronischer Erkrankung betroffen ist, ist weiter im Wachsen begriffen. Behinderung wird heute viel weiter gefasst – Behinderung durch Unfall, Alter, Stress.

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ihre Unterstützung für den Antrag meiner Fraktion, einen Tag für behinderte Menschen hier im Landtag Mecklenburg-Vorpommern auszurichten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Eine kleine Sache noch: Ich biete auch der Landtagsverwaltung, weil ich schon mitbekommen habe, dass man vielleicht Angst hat, wenn hier mehr als fünf Rollstuhlfahrer den Landtag benutzen müssen, Hilfe an. Ich habe nach der Wende 1990 in Berlin einen Kongress mit 200 Rollstuhlfahrern organisiert. Ich glaube, so viele kriegen wir nie im Land zusammen. Also wenn die Verwaltung Angst hat, so einen Tag zu organisieren, bin ich auch mit Rat und Tat dabei. Und wer mich kennt, ich war von Anfang an immer für Problemlösungen zu haben, ich würde der Verwaltung helfen. Wenn Herr Tebben Angst hat,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Der hat keine Angst.)

bin ich bereit, ihm dabei zu helfen. – Tschüss.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen DIE LINKE und FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Minister für Soziales und Gesundheit Herr SELLERING. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Erwin SELLERING: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Grabow, das ist sicherlich ein sehr wichtiges Thema, über das wir heute sprechen, nämlich die Integration von behinderten Menschen in unsere Gesellschaft. Alle Menschen haben ein Recht darauf,

in unserer Gemeinschaft an der Gesellschaft gleichberechtigt teilnehmen zu können. Das gilt auch für Menschen mit Behinderung. Es ist sicherlich eine schwierige Aufgabe, bei der wir immer noch nicht annähernd weit genug gekommen sind, das dauerhaft zu garantieren. Das ist eine sehr schwierige und wichtige Aufgabe für unsere Gesellschaft.

Ich freue mich, dass ich sagen kann, dass wir – die Landesregierung, ich als zuständiger Minister, das Parlament, der Sozialausschuss – in diesen Fragen sehr gut zusammenarbeiten. Ich habe auch den Eindruck, dass die Zusammenarbeit der Landesregierung und der Abgeordneten mit den verschiedenen Organisationen hier im Land sehr gut ist, dass wir da deutlich ein offenes Ohr haben, dass der Austausch wirklich gut ist.

Ihr Antrag heute bezieht sich darauf, dass Sie sagen, Sie möchten, dass es einen speziellen Tag gibt hier im Landtag. Sie möchten festlegen, dass die Abgeordneten des Landtages bereit sind zu einem Dialog an einem Tag während der Legislatur, zu einem besonderen Dialog mit Behinderten, mit Vertretungen von behinderten Menschen. Ich habe das so verstanden, dass das eine Entscheidung ist, die in erster Linie das Parlament und die einzelnen Abgeordneten angeht, sodass ich mich gefragt habe, soll ich überhaupt reden, weil ich da keine Entscheidungshilfe geben möchte.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Herr Abgeordneter! – Heiterkeit bei
Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Nein, ich stehe hier nicht als Abgeordneter, sondern als Minister.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Sie
können aber wertvolle Hinweise geben.)

Das ist doch klar.

Die Frage ist einfach, ob es bei der Entscheidung, die das Hohe Haus hier zu treffen hat, hilfreich sein könnte, wenn die Landesregierung ganz kurz mal aufzählt, welche Möglichkeiten wir jetzt schon haben, denn das ist vielleicht etwas, was die Abgeordneten bei ihrer Entscheidung durchaus bedenken und einbeziehen könnten.

Vorgeschlagen ist ein Tag dieser Art des Treffens, des Austausches einmal in fünf Jahren. Wir haben bereits zwei spezielle Tage pro Jahr, an denen wir so etwas veranstalten könnten. Wir haben am 5. Mai den Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Am 3. Dezember haben wir den Internationalen Tag der Behinderungen. Also man könnte sagen, wenn es darum geht, ein Symbol zu setzen mit einem besonderen Tag, den haben wir durchaus schon.

Ich habe Sie so verstanden, Herr Grabow, dass es Ihnen aber darum geht, dass wir mit behinderten Menschen in einen näheren Dialog treten. Sie haben aufgezählt, dass es andere Länder gibt, die so etwas schon tun. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir als Land etwas haben, was andere Länder nicht haben, kein anderes Land. Wir haben einen Integrationsförderrat. Der ist bundesweit der einzige bei einer Landesregierung angesiedelte seiner Art. Er besteht aus Behindertenvertretern, kommunalen Spitzenverbänden, Sozialverbänden, der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und einzelner Ressorts der Landesregierung. Aufgabe des Integrationsförderrates ist es, sehr viel weitgehender, als das an einem solchen Tag geschehen könnte, alles zu begleiten, was die Landesregierung an Gesetzen, Rechtsverord-

nungen, Verwaltungsvorschriften auf den Weg bringt, sozusagen in allen Belangen mitzuhelfen, den Austausch zu organisieren zwischen den Abgeordneten und behinderten Menschen, und auf diese Weise im Grunde alles zu begleiten, was das Hohe Haus hier unternimmt oder was die Landesregierung unternimmt, um Menschen mit Behinderung zu helfen und ihnen entgegenzukommen. Im Sozialausschuss hat der Integrationsförderrat schon des Öfteren berichtet und es ist bei dieser Gelegenheit natürlich auch zu Anhörungen von behinderten Menschen gekommen.

Ich denke, das könnte vielleicht Gegenstand sein, wenn der Antrag jetzt überwiesen und beraten wird, dass man sich noch einmal ganz genau anschaut, was möchten wir denn erreichen mit einem solchen Tag und was ist vielleicht jetzt schon in einer Weise auf den Weg gebracht, dass wir sagen können, da sind wir ziemlich gut. Dass wir in diesen Bereichen besser werden müssen, darüber sind wir uns, glaube ich, einig. Aber man müsste wirklich überlegen, wie viel könnte ein solcher Tag helfen oder kann man andere Dinge definieren, wie man zum Beispiel den Integrationsförderrat noch weiter mit Aufgaben betrauen könnte, die das genauso gut oder vielleicht sogar besser bewerkstelligen könnten.

Das als Hinweis aus der Landesregierung, natürlich verbunden mit dem Angebot, in den Ausschüssen darüber ausführlich zu berichten und auch aus fachlicher Sicht weiter Stellung zu nehmen. – Vielen Dank.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Heydorn. Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Jörg Heydorn, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der Kollege Grabow hat gerade schon darauf aufmerksam gemacht, dass es im Bereich der Behindertenhilfe, im Bereich der Anerkennung von Behinderungen das tägliche Geschäft ist, sehr dicke Bretter zu bohren. Ich finde es ziemlich skandalös, wenn jetzt am Tag der Deutschen Einheit Dinge, die eigentlich selbstverständlich sein sollten, nämlich der barrierefreie Zugang zu Pavillons, nicht gewährleistet sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Ich finde, das ist ein Fauxpas, den kann man sich nicht leisten, vor allem, weil wir ja in der letzten Zeit auch Dinge gemacht haben, um solche Sachen noch zu verbessern. Wir haben in der letzten Legislaturperiode die Landesbauordnung angepackt, wo noch mal der barrierefreie Zugang zum öffentlichen Raum ein Thema gewesen ist. Wir haben das Behindertengleichstellungsgesetz gemacht, wo es auch darum geht, das Thema Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen und Gebäuden zu regeln, zu bestimmen und zu unterstützen. Aber wie man scheinbar erkennen kann, reicht das nicht aus. Und insofern ist uns als SPD-Fraktion diese Initiative der FDP durchaus willkommen. Vor allen Dingen, Herr Grabow, kommt die Initiative aus einer Partei, wo man es nicht unbedingt vermuten würde.

(Michael Roof, FDP: Na, na, na!)

Also, Herr Roof, von Ihnen hätte ich jetzt so was nicht erwartet. Aber das scheint sich hier auch an bestimmten Personen festzumachen, die in diesem Bereich positiv in Erscheinung treten.

(Reinhard Dankert, SPD: Die Sozialliberalen.)

Die gab es ja auch mal.

(Heike Polzin, SPD:

Das ist ja auch gut so. –

Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:

Gucken Sie mich an! Gucken Sie mich an!

Na ja, doch! Weil Sie mich so angucken, Herr Professor Methling.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:

Ach ja? Ich höre Ihnen gern zu.)

Ich denke eben, was will er denn jetzt von mir? Aber er will gar nichts. Er sieht mich nur an.

(Heiterkeit bei Abgeordneten

der Fraktion DIE LINKE –

Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Er wird Sie hören. – Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Also ich habe nur Zweifel, ob wir mit einem solchen Tag der Behinderten hier im Landtag – solche Tage gibt es ja, sage ich mal, auch in anderen Bereichen – wirklich in großem Umfang etwas verändern und verbessern, ob, wenn wir hier einen solchen Tag durchführen, das Thema „Akzeptanz von Behinderten und Berücksichtigung von Belangen von Behinderten“ wirklich Erfolg versprechend ist. Da bin ich mir nicht sicher.

Und weil ich mir nicht sicher bin, plädiere ich dafür, dass wir Ihren Antrag in den Sozialausschuss überweisen. Da haben wir dann Gelegenheit, sage ich mal, uns selbst intensiver damit zu beschäftigen. Und wir haben vielleicht auch die Gelegenheit, den einen oder anderen externen Experten zu dem Thema zu befragen, um uns ein besseres Bild zu machen. Dann haben wir das irgendwann wieder im Hohen Hause, können uns damit auseinandersetzen und uns darüber verständigen, ob wir das machen oder ob wir andere Mittel und Wege suchen, um hier zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten

der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Müller. Bitte, Frau Abgeordnete.

Irene Müller, DIE LINKE: Werter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag, welcher uns heute vorliegt, möchte dazu beitragen, Dinge, die theoretisch immer sehr groß, deutlich, weitschweifend dargestellt werden, praxisnäher zu machen. Seit 2002 beziehungsweise 2001, seit die große Initiative zum Bundesbehindertengleichstellungsgesetz einen Umfang erreicht hatte, dass daran nicht mehr vorbeigegangen werden konnte, dass ein Bundesbehindertengleichstellungsgesetz letztendlich beschlossen wurde durch die damalige Koalition der SPD und der Grünen, gibt es viele, viele Dinge, die immer wieder in den Mündern sind.

Der echte Paradigmenwechsel, der eingefordert wird, das Von-vornherein-Darstellen, was kann der Mensch, was ist der Mensch und zu welchen Leistungen ist er fähig, ist nach wie vor nicht erreicht. Menschen mit Behinderungen, mit chronischen Erkrankungen und ihre Angehörigen haben immer und überall nach wie vor das Problem, dass sie darstellen müssen, warum sie diese und jene Rahmenbedingungen benötigen. Integration hat

sich hier in unserem Deutschland zu einem Unwort entwickelt, zu einem Unwort dahin gehend, dass die meisten unter Integration verstehen, wir nehmen die Menschen, pressen sie in unsere Gesetze, irgendwie werden sie schon reinpassen. Nein! Integration ist das Schaffen von Rahmenbedingungen, dass die Menschen so hineinpassen, wie sie sind. Paradigmenwechsel bedeutet, dass ich einen Menschen frage, welche Talente, welche Leistungen, welche spezifischen Dinge er einbringen kann, zu bringen hat, zu geben hat, in denen er sich bewegt, und nicht als Erstes: Was kannst du denn alles nicht?

Dass der Paradigmenwechsel auch hier in Mecklenburg-Vorpommern nicht durchgesetzt ist, empfinden wir immer in den Momenten, wo es um bestimmte Gesetzlichkeiten geht und uns als Allererstes dargestellt wird: Geht nicht – Finanzen. Wer als Allererstes das Totschlagargument Finanzen nutzt, meint es nicht ehrlich. Er meint es einfach nicht ehrlich, bei ihm ist der Paradigmenwechsel nicht angekommen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

In dem Moment, wo wir stets und ständig erklären müssen, dass, wenn barrierefrei gebaut wird, es für alle Menschen in Ordnung ist – in jeder Lebenslage und nicht nur für Menschen mit Behinderungen –, und trotzdem wieder geredet wird und gebarmt wird, wo kriege ich bloß die Finanzen her für die breitere Tür, sind wir auf dem falschen Weg. Die USA zum Beispiel haben von vornherein die Türen so breit genormt, dass jeder Rollstuhlfahrer bequem durchkann.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Derjenige, der eine schmalere Tür haben will, der muss das Geld bezahlen für diese Extraanfertigung. Wir müssen bei jedem Pflegeheim, bei jeder Einrichtung, in Krankenhäusern immer und überall gucken, ist es nun richtig.

Millionen sind in das moderne Müritzeum geflossen. Am 12. August ist es eröffnet worden. Der dortige Behindertenbeirat, die Arbeitsgemeinschaft Umwelt und Verkehr von Blinden- und Sehbehindertenverein, die Arbeitsgemeinschaft Barrierefreiheit, der Allgemeine Behindertenverband – alle haben sie zusammengearbeitet und zugearbeitet im Vorfeld, um dieses Haus barrierefrei zu gestalten. Als wir wieder reingelassen wurden, sprich, als der Bau praktisch fertig war, nur noch die letzten Innenarbeiten ausgeführt werden mussten, stellten wir fest, nichts ist, nichts. Und da nutzt uns dann auch kein Baugesetz, da nutzt uns überhaupt kein Gesetz, da nutzt uns nur, immer wieder aufmerksam zu machen, hier ist etwas nicht in Ordnung. Es ist ganz einfach so, dass politische Darstellungen, politische Stellungnahmen zu bestimmten Dingen unbedingt notwendig sein müssen und unbedingt notwendig sind, um Dinge allen darzustellen, die wir hier gemeinsam durchsetzen wollen.

Und wir verstehen oder ich verstehe auch den Tag nicht als einen Tag, an dem sich Menschen mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen und ihre Angehörigen hinstellen und rumbarmen, warum was wo nicht gelungen ist. Nein, wir wollen miteinander reden, dass die Hirne und die Gedanken von vornherein immer so offen sind, dass die Probleme der Menschen, die sie im Handhaben ihrer Umwelt haben könnten, von vornherein mit bedacht werden und es nicht notwendig ist, dass Herr Grabow oder ich hier vorn stehen und sagen, wir sind aber auch noch da, ihr habt da was vergessen,

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

und wir wieder darstellen müssen, wie viel behinderte Menschen es im Land Mecklenburg-Vorpommern gibt und damit unterstützen, dass wir das Geld für eine Rampe brauchen. Es geht nicht darum, wie viele behinderte Menschen es gibt. Es geht überhaupt nicht darum, wie viele die Rampe nutzen. Es geht darum, dass die Barrierefreiheit da sein muss, um für die, die es wünschen, barrierefrei ins Haus zu kommen. Wie gesagt: Paradigmenwechsel und im Rahmen dieses Tages die politische Akzeptanz und Unterstützung.

Und wenn Herr Sellering hier angetreten ist und sich verpflichtet fühlte, als Sozialminister zu reden, finde ich das in Ordnung. Aber seit der 3. Legislaturperiode, in der ich hier schon im Landtag war, habe ich immer gesagt: Behindertenpolitik ist nicht ausschließlich Sozialpolitik, Behindertenpolitik ist ressortübergreifend.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sehr richtig.)

Ich hätte es viel lieber gehabt, wenn nicht Herr Sellering hier gestanden hätte, sondern wenn sich auch ein anderer Minister dazu mal ausgedrückt hätte, was er in seinem Ressort in Richtung Behindertenrahmenbedingungen tut oder nicht tut. Und dann hilft uns nämlich letztendlich unser Integrationsförrat auch nicht, wenn zum unzähligen Male heute zu dieser Stunde kein Mitglied, kein berufenes Mitglied aus dem Wirtschaftsministerium im Integrationsförrat anwesend ist – das, obwohl die Integrationsförratssitzungen für das ganze Jahr festgelegt werden, das, obwohl die Mitglieder wissen, wann Integrationsförratssitzungen sind, sie auch die Einladungen dazu bekommen, rechtzeitig vor der Zeit, jeder einen Stellvertreter hat, und trotzdem sind sie einfach nicht da. Das sind Dinge, kleine Dinge gewiss, die aber alle sagen, hier ist es noch nicht durch, wir haben noch viel zu tun.

Und, Herr Sellering, richtig, wir haben den Welttag der Menschen mit Behinderungen, wir haben den Europäischen Tag der Menschen mit Behinderungen. Nutzen wir doch einfach diese Tage, wenn es so der Konsens ist! Und nehmen Sie gerade so einen Tag hier im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, um politisch die Forderungen der Menschen mit Behinderungen zu unterstützen und von hier aus auch ein Signal zu setzen.

Wir als Behindertenverbände und -vereine, die Verbände für chronisch Kranke und Angehörigenverbände haben jedes Jahr versucht, Sie, meine Damen und Herren Abgeordnete, aber auch Vertreterinnen und Vertreter aus den Ministerien zu unseren Veranstaltungen ranzubekommen. Es sieht dürftig aus.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Das stimmt.)

Stimmt, wir haben viel zu tun und die Zeiten sind knapp. Aber wenn wir uns an so einem Tag hier dazu bekennten, jawohl, Menschen mit Behinderungen gehören in unsere Gesellschaft, dann wäre das doch ein Zeichen, was bestimmt vernommen wird und uns als Behindertenverbände und -vereine in der ehrenamtlichen Arbeit unterstützt.

Zum Änderungsantrag: Er ist lediglich etwas weiter gefasst, weil wir in der Behindertenbewegung uns verstehen als Menschen mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen und ihren Angehörigen. Das liegt ganz einfach daran, dass es etliche Menschen mit Schwer-

behindertenausweis gibt, die sich allerdings nicht als behinderte Menschen zählen, sondern als chronisch kranke Menschen. Ich denke, das muss man von der Psyche her sehr wohl akzeptieren. Es ist schon schlimm, sich einzugestehen, etwas zu haben, schlimm, sich einzugestehen, es chronisch zu haben. Da sollte man auch verstehen, wenn jemand dann nicht unbedingt ein behinderter Mensch sein möchte, sondern ein Rheumatiker ist eben ein Rheumatiker – chronisch krank –, braucht unter Umständen die barrierefreie Treppe, sprich die Schräge und das Treppengeländer, um sich ranzuziehen. Die sollen alle mit einbezogen werden. Sie gehören ganz einfach dazu. Und deswegen ist das, denke ich mir, eine kleine Änderung, die aber für die betroffene Klientel sehr wichtig ist, weil sie sich wünschen, gehört zu werden und gesehen zu werden, und da beziehen wir sie von vornherein mit ein, nehmen die richtige Bezeichnung und schon ist es gut. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen DIE LINKE und FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU die Vizepräsidentin Frau Holznagel. Bitte schön, Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Renate Holznagel, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Rund sieben Millionen Menschen in Deutschland sind schwerbehindert. Das sind mehr als acht Prozent der Bevölkerung. Angesichts dieser hohen Zahl ist es umso wichtiger, unsere Solidarität und Unterstützung den Menschen mit Behinderung und ihren Familien zukommen zu lassen. Sie sind zwingend hierauf angewiesen und sie haben auch meiner Meinung nach einen Anspruch auf unsere Hilfe.

Die CDU sieht die Förderung der sozialen und beruflichen Integration der Menschen mit Behinderung hierbei als eine besondere Verpflichtung an. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass es in unserer Gesellschaft von morgen normal ist, verschieden zu sein. Menschen mit Behinderung sollen wie jeder Bürger in unserem Land ein selbstbestimmtes Leben führen können und zur selbstständigen Lebensführung befähigt und ermutigt werden. Ein Schwerpunkt der Politik meiner Partei für Menschen mit Behinderung ist deshalb die Weiterentwicklung, Förderung und finanzielle Absicherung von Konzeptionen und Hilfen, die der Normalisierung der gesamten Lebensverhältnisse und Bedingungen dienen. Ganz besonders vor dem Hintergrund der Beispiele, die Sie genannt haben, Herr Grabow, ist noch mal deutlich geworden, wie wichtig das ist. Dabei kommt der Unterstützung und der Förderung von ambulanten und familienentlastenden Diensten, offenen Wohnformen, integrativen Angeboten in Bildung, Ausbildung und Freizeit sowie von Selbsthilfeaktivitäten besondere Bedeutung zu.

Sich beruflich zu betätigen, ist für Menschen mit Behinderungen eine wesentliche Voraussetzung, um voll am Leben der Gesellschaft teilhaben zu können. Die CDU hat es daher stets als eine besondere Verpflichtung angesehen, die berufliche Integration von Menschen mit Behinderung zu fördern. Hierfür wurden und werden umfangreiche Fördermittel sowohl vom Land als auch vom Bund zur Finanzierung von Werkstätten für Behinderte, Berufsausbildungswerken, Berufsförderungswerken, Eingliederungshilfen et cetera verwandt. Ich möchte hier vielleicht auch noch mal ein Beispiel anführen, und zwar sind das die Peene Werkstätten in meinem Landkreis.

Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Die Verabschiedung des Sozialgesetzbuches IX – Rehabilitation und Teilhabe der Menschen mit Behinderung – kann ebenfalls als wichtiger Schritt auf dem Wege zur vollständigen Integration der Menschen mit Behinderung gesehen werden. Und ich denke, auch das haben wir seit der 3. Legislaturperiode in unserem Landtag doch mit eingebracht. Dass die Umsetzung noch nicht so ist, wie Sie es sich vorstellen, Frau Müller, glaube ich, hängt auch davon ab, wie vielschichtig die Probleme sind. Das haben wir heute auch noch mal in der Fragestunde hören können.

(Irene Müller, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Eine Vereinheitlichung und Vereinfachung des komplexen Systems der Behindertenhilfe war dringend erforderlich. Hinzugekommen ist inzwischen auch das Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Dieses Gesetz setzt die Politik für Menschen mit Behinderung fort, die mit dem SGB IX begonnen wurde.

Auch wenn in der Behindertenpolitik weiterhin Handlungsbedarf besteht, muss jedoch auch klargestellt werden, dass die soziale Integration von Menschen mit Behinderung mit Gesetzen allein nicht zu schaffen ist. Das möchte ich auch noch mal deutlich unterstreichen. Vorurteile müssen abgebaut, Gedankenlosigkeit muss entgegengewirkt werden und Verständigung – das ist mir besonders wichtig – muss gesucht werden.

Die Eingliederung der Menschen mit Behinderung in das gemeinschaftliche Leben ist eine ständige Herausforderung an die gesamte Gesellschaft. Daher begrüßen wir den Vorstoß der FDP, einmal pro Legislaturperiode einen Tag für Menschen mit Behinderung im Landtag durchzuführen. Wenn Sie genau hingehört haben, haben Sie jedoch von mir ganz bewusst eine andere Wortwahl vernehmen können. Ich möchte hier nicht von einem Tag behinderter Menschen sprechen, sondern von einem Tag der Menschen mit Behinderung. Ebenfalls reden wir ja von Menschen mit Behinderung und nicht von den behinderten Menschen.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Der 3. September wird zudem von jedermann als Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung bezeichnet.

(Irene Müller, DIE LINKE: Dezember.)

3. Dezember. Entschuldigung.

Das ist ein wesentlicher Kritikpunkt an Ihrem Antrag, liebe Kollegen der FDP. Ein weiterer betrifft die Frage der praktischen Umsetzung. Hier ist der Antrag etwas dürftig. Wie dies organisatorisch geschehen kann, ist nicht zu ersehen.

Herr Grabow, Sie haben natürlich schon deutlich gemacht, welche Fähigkeiten Sie hier einbringen wollen, aber Ihrem Antrag war das nicht zu entnehmen. Ich schlage daher vor, dass wir uns im Rahmen der Ausschussberatung mit den Fragen der praktischen Umsetzung sowie mit dem sprachlichen Feinschliff noch vertieft befassen. Wir haben überlegt, einen Änderungsantrag zu bringen, haben es aber gelassen, denn es wäre rhetorisch sehr viel zu ändern gewesen.

(Michael Roolf, FDP:
Na, na, na, na! Ein bisschen.)

In der Überschrift fängt es schon an. Und auch deswegen haben wir ihn nicht gestellt. Wir wollen im Ausschuss diese Änderungen dann einbringen. Ich kann die Kol-

legen der Fraktion DIE LINKE nur bitten, dies auch im Ausschuss zu tun, denn sonst hätten wir hier noch mehr Änderungsanträge haben müssen. Deswegen werden wir den Änderungsantrag ablehnen,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sie arbeiten aber präzise, Frau Präsidentin. –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

damit wir im Ausschuss nachher das richtig formulieren und prüfen, das will ich auch noch mal deutlich sagen.

Abschließend bleibt festzustellen, dass die Menschen mit Behinderung in unserem Land mehr Aufmerksamkeit brauchen. Daher halte ich einen solchen Tag im Schweriner Schloss für sehr notwendig. Der Kampf für eine stärkere Integration der Menschen mit Behinderung kann nur erfolgreich geführt werden, wenn in aller Öffentlichkeit und eben nicht nur hinter verschlossenen Türen die Probleme umfassend erörtert und diskutiert werden sowie gemeinsam mit den Bürgern und ihren Angehörigen nach Lösungen gesucht wird.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Für uns als Abgeordnete ist es ebenso wichtig zu fragen, zu lernen und zu verstehen, wie wir mit den Problemen der Menschen mit Behinderung umgehen können. Hier können wir als Abgeordnete nur gemeinsam weiterkommen. Ich sehe es als ein Symbol für unseren Landtag an und ich möchte sagen, es hat auch etwas mit Anerkennung und Achtung zu tun. Deswegen bitte ich um die Überweisung in den Sozialausschuss, damit wir dort genau beraten können, wie man diesen Tag gestalten kann, wo man ihn gestalten kann und in welchem Umfang er dann durchzuführen ist. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der CDU und FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Frau Abgeordnete.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Köster. Bitte, Herr Abgeordneter.

Stefan Köster, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wieder einmal beweist die FDP aus unserer Sicht ihr Gespür für Themen, die die Welt nicht bräuchte, würden Sie endlich Ihrer Verantwortung nachkommen. Und ich spreche mich im Namen der NPD-Fraktion an dieser Stelle natürlich nicht gegen unsere Mecklenburger und Pommern mit Behinderung aus.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Vorpommern bitte.)

Nein, die Kritik an Ihrem Antrag ist, dass Sie Ihre Hilflosigkeit mit diesem Antrag erneut unter Beweis stellen. Die Probleme sind doch allgemein bekannt. Oder etwa nicht? Den unmittelbaren Kontakt zwischen Landespolitiker und Normalbürger, den Sie von der FDP herstellen wollen, gibt es bereits. Es mangelt wohl eher an der Kommunikation mit der Landesregierung.

Ein jeder Bürger unseres Landes, ob behindert oder nicht, hat die Möglichkeit, aktiv und passiv am gesellschaftspolitischen Leben mitzuwirken, wenn es die Politik will. Er hat darüber hinaus natürlich heute schon die Möglichkeit, aufgrund der Transparenz des politischen Systems und auch wegen seiner Einrichtung nach dem Prinzip der kommunizierenden Röhren die Gelegenheit, über den einfachen Weg der Bürgerbüros, des telefonischen und schriftlichen Kontaktes mit den Landtagsabgeord-

neten und ihren Angestellten oder über Petitionen seine Anregungen, Vorschläge und Kritiken einzubringen. Dazu kommt, dass auch Landespolitiker in diesem Hause in den von Ihnen anvisierten Personenkreis einzurechnen sind. Also haben die behinderten Menschen in unserem Land die besten Fürsprecher schon in den Fraktionen sitzen. Es liegt also an Ihnen, meine Damen und Herren, die Belange der Behinderten auf die Tagesordnung zu setzen. Wahrscheinlich mangelt es da bei Ihnen aber am Kommunikationsprozess, der ja bekanntlich als Interaktion zu verstehen ist.

Welche Probleme haben denn Menschen mit Beeinträchtigungen, also Behinderte, in unserem Land? Sie haben das Problem, dass sie im Berufsleben oftmals nicht richtig Fuß fassen können beziehungsweise erst spät ihre berufliche Erfüllung finden. Und hier muss sich auch die Landesregierung Fragen gefallen lassen. Wir haben ja heute Morgen vom Innenminister gehört, dass lieber Ausgleichszahlungen gezahlt werden. Sie stehen vor dem Problem, dass Bus und Bahn und auch die Bahnhöfe vielfach nicht behindertengerecht ausgestattet sind und/oder der viel beschworene Service auf den Bahnhöfen schlichtweg nicht vorhanden ist.

Doch in einem weiteren extra dafür eingerichteten Tag sind die Probleme nicht zu beheben. Dies hätte ja zur Folge, dass wir hier im Landtag weitere Tage wichtiger gesellschaftlicher Gruppen durchführen müssten, um unserer Verpflichtung nachkommen zu können. Also führen wir ein den Tag der Kinder im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Aber einen ähnlichen Vorschlag haben die Regierungsfaktionen ja bereits abgelehnt. Des Weiteren sind natürlich die Frauen, die Männer, Schüler, Studenten, Sportler, die Bürgerinitiativen, die Obdachlosen, die Hartz-IV-Opfer und so weiter und so fort zu berücksichtigen. Nicht zu vergessen die Alleinerziehenden, die von Staat und Gesellschaft vollkommen alleine gelassen werden.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Alle für unser Gemeinwohl wichtigen Organisationen, Institutionen, Gruppen und Bevölkerungsteile und Einzelpersonen haben hier einen Tag im Landtag verdient. Sicherlich können wir dann kaum noch Landtagssitzungen durchführen,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das kennzeichnet Ihre Haltung zu Behinderten.)

aber dafür hat die FDP-Fraktion ja auch schon einen Vorschlag, dass wir dann und wann mal nach außen, außerhalb Schwerins ausweichen.

(Michael Roof, FDP:
Da sollten wir auch hingehen.)

Ein weiteres kosten- und zeitintensives Tamtam ohne verwertbare Ergebnisse hält meine Fraktion für eine vergebliche Liebesmüh.

(Michael Roof, FDP: Gott sei Dank! –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Meine Damen und Herren der FDP, mit Ihrem Ansinnen können Sie sich hier und heute nicht profilieren. Mit der aus unserer Sicht geschmacklosen Aufspielung zum Anwalt der Hilfebedürftigen,

(Reinhard Dankert, SPD:
Ihre Rede ist geschmacklos.)

mit ihrer beabsichtigten, unberechtigt aufgeblähten Punktehascherei hat die FDP wieder einmal ihre sachpolitische Politikunfähigkeit bewiesen. Behinderte müssen sich in der Gesellschaft ernst genommen fühlen.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Dem wird dieser Tag aus unserer Sicht nicht gerecht werden können. Wir werden Ihren unnützen Antrag aufgrund seiner Überflüssigkeit ablehnen. Geben Sie doch bitte die Finanzmittel, die ein solcher Tag kosten würde, direkt den Betroffenen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist ja erschütternd!)

Das würde ihnen mehr nützen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Es hat jetzt noch einmal das Wort für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Herr Grabow. Bitte, Herr Abgeordneter.

Ralf Grabow, FDP: Also zu dem letzten Redner sage ich mal so: Theorie. Praxis sieht leider anders aus.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Und wenn Sie mich kennen würden, wüssten Sie, dass eine ganze Menge aktive Menschen im Lande existieren, aber wir brauchen dafür Unterstützung. Mehr will ich darüber gar nicht sagen.

Herr Minister, das ist ...

(Stefan Köster, NPD: Wo sind denn die
Beschlüsse vom Ältestenparlament
umgesetzt worden? Gar nicht! –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Des Altenparlaments!)

Sie widersprechen sich eben selbst: Einmal sollen die Tage nicht sein, dann zählen Sie mir jetzt so einen Tag auf, wo Beschlüsse gefasst worden sind. Sie müssen sich schon entscheiden, was Sie wollen.

(Stefan Köster, NPD: Sie haben mir nicht
zugehört. Sie müssen mir zuhören!)

Aber ich würde jetzt gerne mit dem Minister reden, und zwar: Herr Minister, es ist so, es gibt sicherlich den 5. Mai, der wird auch gefeiert, und es wird auch den 3. Dezember geben. Aber mich freut, dass viele Abgeordnete, die hier sind, mir eigentlich recht gegeben haben, dass die Sensibilität in den Ministerien fehlt, und da ist Ihr Haus auch nicht ganz ausgeschlossen. Und es gibt ein Argument, warum wollen wir das hier im Hause machen. Das ist einfach und ich will es an einem Beispiel von Rostock sagen: Wir begehen dort jedes Jahr den 5. Mai. Und es ist schwer, die Politik zu diesem Tag zu bekommen, die Presse dazu zu bekommen.

(Minister Henry Tesch: Was?)

Glauben Sie mir das. Ich mache das seit 1990. Es ist wirklich so.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Wir, Herr Grabow. Wir!)

Und wir haben ein Problem mit der Presse. Die kriegen Sie eben meistens nur, wenn, na ja, Sie kennen selbst den Umgang mit der Presse. Wir haben es geschafft, in die Presse zu kommen, wenn wir eine Demo gemacht haben in Rostock. Dann hat es geklappt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber wenn wir mal nichts Spektakuläres gemacht haben, das heißt, wir haben einfach nur zu einer Themenberatung einberufen, dann war keiner da und wir haben es am nächsten Tag auch gar nicht lesen können. Ich glaube, es ist allein schon gut, dass das hier im Hause stattfindet einmal in fünf Jahren, dass es dann eine gewisse, ich sage mal, Präsenz geben wird und das Thema auch ernst genommen wird,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

und das auch in verschiedenen Ministerien und bei Abgeordneten. Ich sage ja gar nicht, dass das böse ist. Ich sage einfach, oft ist es auch so, man muss die Leute darauf bringen und es muss eine Sensibilität entstehen. Ich bin ja nicht derjenige, der immer sagt, du hast das mit Absicht gemacht, sondern ich denke, oft ist es einfach so, und das erlebe ich auch in meiner Fraktion, keine Angst, also Sie sind auch nicht anders wie andere, wo ich sage, wir müssen daran denken. Das haben wir im Wahlkampf häufiger gehabt, wenn Räume mit Treppen verwendet werden, wo ich sage, da kommt kein anderer hin. Also ich will noch mal sagen, was wollen wir.

Und sicherlich, Frau Holznagel, vielleicht sollte ich mich bemühen, meine Anträge noch etwas genauer zu formulieren, aber ich wollte gerade gegenüber der Verwaltung nicht wieder etwas festgeschrieben haben. Sicherlich kann man über einzelne Formulierungen diskutieren, man kann den Tag organisieren und ich hoffe auf interessante Runden im Ausschuss. Ich glaube, das Kind ist auf gutem Wege, und ich glaube, wir bekommen einen Tag für Menschen mit Behinderung. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Abgeordneter.

Es hat noch einmal ums Wort gebeten für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Heydorn.

Jörg Heydorn, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte hier nur auf eines aufmerksam machen: Das, was der Herr Köster von der NPD hier abgeliefert hat, war rethorische Eiertänzerie. Rethorische Eiertänzerie! Auf den Punkt ist er nicht gekommen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD, CDU und FDP)

Die Wahrheit, wie die NPD zu behinderten Menschen steht, hat doch der Fraktionsvorsitzende hier vorgetragen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD, CDU und FDP –
Michael Roof, FDP: Richtig.)

Wir erinnern uns doch alle daran, dass er uns deutlich gemacht hat, wem das Interesse zu gelten hat, nämlich den Starken und Gesunden.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD, CDU und FDP –
Michael Roof, FDP: Genau.)

Hier hat er gestanden an diesem Pult. So sind Sie! Eiern Sie hier nicht rum, kommen Sie auf den Punkt! Geben Sie die Sicht Ihrer Dinge, wie Sie sie sehen. So ist das.

(Udo Pastörs, NPD: Ich habe aber auch angefügt, damit man den Schwachen auch helfen kann.)

Wissen Sie, mit Ihnen will ich mich nicht abgeben, auf Ihrem Niveau nicht.

(Udo Pastörs, NPD: Das tun Sie aber gerade. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Sie gehen intellektuell durch so seichtes Wasser, da werden nicht einmal die Knöchel nass.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion der NPD)

Das ist die Realität. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Michael Andrejewski, NPD: Sollte das
eine Beleidigung gewesen sein?)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Stefan Köster, NPD: Das sind alles
Demokraten, die machen keine Beleidigungen.)

Herr Köster, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf für die Kritik an der Amtsführung des Präsidenten.

(Jörg Heydorn, SPD: Nummer drei. –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Jetzt kann er
gehen. – Udo Pastörs, NPD: Nee, nee, nee!)

Nein, nein. Herr Köster hat damit seinen ersten.

(Michael Roof, FDP: Er sammelt noch.)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Durch die Koalitionsfraktionen ist beantragt worden, den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/943 hier heute abzustimmen. Wer diesem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU und NPD und drei Stimmenthaltungen der Fraktion der SPD abgelehnt.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/882 zur federführenden Beratung an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke schön. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP sowie Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Ausbildungsoffensive statt „Blue-Card“, Drucksache 5/913.

**Antrag der Fraktion der NPD:
Ausbildungsoffensive statt „Blue-Card“
– Drucksache 5/913 –**

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion, der Abgeordnete Herr Pastörs. Bitte, Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Die Bundesregierung sieht schwarz für die ‚Blue-Card‘“ lautete eine Überschrift von „Spiegel online“ vor einigen Wochen. Dem dazugehörigen Artikel

konnte man entnehmen, dass der Vorschlag des Kommissars Frattini, Millionen qualifizierte Einwanderer aus der ganzen Welt nach Europa zu holen, politisch schon tot sei. Grund genug für meine Fraktion, Ihnen hier heute diesen Antrag zur Abstimmung vorzulegen. Denn nicht nur die sich in Zukunft rapide verändernde Ausbildungssituation in Mecklenburg-Vorpommern wie auch im übrigen Deutschland veranlasst uns, hier tätig zu werden, nein, auch die Tatsache, dass über die Argumentationskette, wir bräuchten hoch qualifiziertes Fachpersonal aus aller Herren Länder, ein zusätzlicher Überfremdungsschub losgetreten werden soll.

Ja, es ist richtig, dass in wenigen Jahren aufgrund der von den Blockparteien sträflich vernachlässigten bevölkerungspolitischen Maßnahmen die heimische Wirtschaft händeringend nach erstklassig ausgebildetem Personal Ausschau halten muss. Aber schauen wir uns doch einmal an, wieso es zu dieser Schieflage auch in diesem Bereich kommen konnte. Noch bis vor wenigen Jahren wurde der deutschen Bevölkerung das Lied vom fleißigen Ausländer ins Ohr gesummt, der unsere Rente erarbeiten würde. Mit diesem Argument und den Prophezeiungen des Paradieses einer multikulturellen Gesellschaft öffneten Sie von den Altparteien die Schleusen für Fremdvölker aus der ganzen Welt. Was kam, waren eben nicht die Hochqualifizierten, sondern massenhaft Asylbetrüger und Wirtschaftsflüchtlinge. Diese wanderten unmittelbar in unsere Sozialsysteme ein und haben alles andere im Sinn, als die Rente des vergreisenden deutschen Volkes zu erarbeiten. Schon vor mehreren Jahren musste auch aus Ihren Reihen offen zugegeben werden, dass das Experiment „Multikulti auf deutschem Boden“ gescheitert ist. Wo bleibt Ihr Gegensteuern in Form eines Ausländerstopps oder Rückführungsprogramms, was dringend geboten erscheint?

(Sylvia Bretschneider, SPD:
Das wollen wir gar nicht.)

Nach wie vor werden auf Knochen des deutschen Steuerzahlers jährlich Milliarden für sogenannte Ausländerintegration regelrecht verpulvert, meine Herrschaften.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Sie sind menschenfeindlich.)

Alle drei Jahre verdoppelt sich die Ghettobildung in den Ballungsgebieten unseres Landes und diese mutieren zu sogenannten No-go-areas für Deutsche –

(Sylvia Bretschneider, SPD: Das ist ja unglaublich!
Das ist ja unerhört, was Sie uns hier anbieten!)

Berlin, Hamburg, Frankfurt am Main, um nur einige zu nennen.

Hartmut Esser, ein Soziologe aus Mannheim, sagte bereits am 15. Februar 2006 im Deutschlandfunk: „Jährlich 350 Millionen Euro allein für Sprachintegration sind vollkommen wirkungslos.“

(Sylvia Bretschneider, SPD:
Das stimmt doch gar nicht.)

Und weiter: „Das Opportunitätsprinzip ist bei den Ausländern der Anlass, nach Deutschland zu kommen.“ Die Lösung des Problems lieferte er natürlich politisch korrekt gleich hinterher,

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

indem er forderte, man müsse mehr durchmischen, um Sprache und bessere Aussprache des Deutschen zu vermitteln.

Wie sieht es in Bezug auf Förderung und Ausbildung unserer Jugend in Deutschland aus? Was haben Sie Neunmalklugen dieses Parteienstaates an Ergebnissen vorzuweisen, um auch zukünftig unsere Wirtschaft mit geeignetem Personal zu versorgen und vor allem auch den nicht Hochgebildeten einen menschenwürdigen Arbeitsplatz und damit Zukunftsperspektive zu geben? Trotz massiver Abwanderung unserer jungen Menschen schaffen Sie es nicht einmal, den Verbliebenen hier im Lande eine Perspektive zu geben.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Das stimmt doch nicht! Was erzählen Sie denn hier?)

Nach dem Treppenwitz der Weltgeschichte, der Einführung der „Green Card“, mit der qualifiziertes Fachpersonal aus Indien in die BRD gelockt werden sollte, nun der untaugliche Versuch eines Kommissars – diesmal nicht eines Sowjetkommissars, sondern der EU –, mittels der „Blue Card“ den deutschen Arbeitnehmern den Rest zu geben. Fremde, so hatte sich das Herr Frattini ausgedacht, sollen die gut bezahlten Stellen in Deutschland, Frankreich, Ungarn und Italien besetzen. Es verwundert die NPD schon sehr, wenn Leute wie SPD-Wiefelspütz oder der CSU-Wirtschaftsminister Gloss sich nun plötzlich unsere Argumente zu eigen machen und verlaublich lassen, solange es mehrere Millionen Arbeitslose gebe, hätten die Deutschen am Arbeitsmarkt Vorrang. Wir von der NPD sagen: Natürlich, auch wenn es in Deutschland gar keine Arbeitslosen mehr geben würde, wäre dieses für uns kein Grund, über Scherze wie eine „Blue Card“ auch nur nachzudenken.

(Sylvia Bretschneider, SPD:
Das wundert uns aber nicht.)

Denn unabhängig von den Arbeitsmarktverhältnissen gilt nach wie vor die Pflicht der Identitätswahrung des deutschen Volkes, so das Bundesverfassungsgericht.

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Sylvia Bretschneider, SPD: Es ist
unerträglich, was Sie uns hier anbieten.)

So das Bundesverfassungsgericht, meine Herrschaften.

Und nun schauen wir uns doch einmal die Situation hier in Mecklenburg-Vorpommern an. Der Herr Ringstorff spielt den Ministerpräsidenten

(Sylvia Bretschneider, SPD: Er ist
Ministerpräsident. Hören Sie auf, den
Ministerpräsidenten hier anzugreifen!)

und hinter seiner aufgesetzten staatsmännischen Miene verbirgt er schreckliche Wahrheiten. Über 100.000 versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für Deutsche während seiner Amtszeit sind vernichtet worden. Was hat er für die Ausbildung unserer Jugendlichen getan?

(Sylvia Bretschneider, SPD:
Mehr als Sie auf jeden Fall.)

Von um die 14.000 Lehrern arbeiten über 8.000 mit befristeten Arbeitsverträgen. Noch im Jahre 2005 konnten 5.600 Schüler nicht versetzt werden. Der Handwerksmeister Gerhard Frank, der in Schwartow einen Schlossereibetrieb führt, brachte es jüngst gegenüber dem Herrn Minister Ebnet auf den Punkt als er sagte, das Niveau der Lehrlinge ist katastrophal.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Ihres auch.)

Bundesweit haben wir mittlerweile mehr als vier Millionen Analphabeten, meine Damen und Herren. Auch in diesem Jahr, und das sage ich zum Herrn Ringstorff, werden inklusive Altbewerber weit über 10.000 junge Menschen über keinen Lehrvertrag am ersten Arbeitsmarkt verfügen.

Im Übrigen: Hätte der Ministerpräsident in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, dass 3.500 Abtreibungen pro Jahr, welche, wie wir wissen, hauptsächlich aus wirtschaftlichen oder sozialen Gründen durchgeführt wurden,

(Egbert Liskow, CDU: Wer sagt denn das?)

nicht stattgefunden hätten,

(Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

würden auch in 10 oder 15 Jahren genügend einheimische Arbeitskräfte für unsere Wirtschaft zur Verfügung stehen.

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
und Torsten Koplín, DIE LINKE)

Da es nicht auszuschließen ist, dass durch die sinkende Geburtenrate die Brüsseler Machthaber in wenigen Jahren wieder auf die „Bluecard“-Pläne des EU-Kommissars Frattini zurückkommen, ist es geboten, mit dem hier von uns vorgelegten Antrag solch einem Ansinnen frühzeitig entgegenzutreten.

Wie sagte Ihr Kollege, Herr Dr. Jäger – gerade nicht da –, von der CDU Jürgen Rüttgers vor gar nicht allzu ferner Zeit so schön: Deutsche Kinder statt Import von Indern. Diese Äußerung tat Herr Rüttgers, um dem Ansinnen des Imports von Äthiopiern und Indern mittels „Greencard“ entgegenzutreten. Gut so, Herr Rüttgers! Überdies vermag ich in dem Ansinnen, den Entwicklungsländern die fähigsten Köpfe abspenstig zu machen, weder für uns noch für die Fremden einen Vorteil zu erkennen. Was wir brauchen, ist keine „Greencard“, „Bluecard“, „Yellowcard“, „Blackcard“,

(Sylvia Bretschneider, SPD:
Eine rote Karte für Sie.)

sondern eine solide Grundausbildung und spezialisierte Weiterqualifizierung in Deutschland zuerst für Deutsche und nicht für Einwanderer.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Wir müssen eine weitere Zuwanderung aus fremden Kulturen unterbinden.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Pfui! –
Zuruf von Gabriele Měšťán, DIE LINKE)

„Die Einwanderung von Menschen aus dem Osten Anatoliens“ ...

Nun warten Sie es doch ab, das ist gar nicht von mir.

(Zurufe von Heike Polzin, SPD,
und Torsten Koplín, DIE LINKE)

... „oder aus Schwarzafrika löst unsere Probleme nicht“, sagte der Altkanzler Helmut Schmidt, SPD, in einem „Focus“-Interview im Jahre 2005.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das hat aber nichts mit Einreiseverweigerung zu tun.)

Diesen Worten kann ich gar nichts hinzufügen.

(Heike Polzin, SPD: Das ist alles aus dem Zusammenhang und verdreht.)

Es kann in einem Deutschland von heute nur darum gehen, durch Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, aber auch durch eine klare Politik der Geburtenförderung der Vergreisung

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

und dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken, und das heute und nicht erst, wenn es zu spät ist, meine Herrschaften.

Wenn Sie so weitermachen, ist hoffentlich nicht auszuschließen, dass die Justiz hier tätig wird und die Verantwortlichen eines Tages für ihr Treiben zur Verantwortung ziehen wird. Wie schrieb doch der ehemalige Berliner Staatssekretär und Staatsrechtler Dr. Uhlitz, SPD, schon 1987: „Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der BRD abändern will, während der, der das deutsche Staatsvolk ... abschaffen und durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, strafrei bleibt.“

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Minister Henry Tesch)

„Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf Dauer ignorieren können.“

Dieser Einschätzung schließt sich meine Fraktion uneingeschränkt an. Und wir treten des Weiteren natürlich dafür ein, dass der Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt Sache der nationalen Regierung bleiben muss, meine Herrschaften. Mit unserem Antrag beabsichtigen wir, weiteren Beschneidungsversuchen der Souveränität der europäischen Völker durch das EU-Diktatur-Prinzip entgegenzutreten. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Es hat um das Wort gebeten der Abgeordnete Herr Waldmüller für die Fraktion der CDU. Bitte, Herr Abgeordneter.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident!

Herr Pastörs, Ihnen zuhören zu müssen, ist eine Zumutung, es ist schon fast eine Nötigung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –

Udo Pastörs, NPD: Dann gehen Sie doch raus.)

Was haben Sie eigentlich sachlich zum Thema gesagt,

(Irene Müller, DIE LINKE: Na nichts.)

außer Ihre rassistischen Hassparolen hier loszulassen?

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Stefan Köster, NPD: Ihre Parteikollegen
zitiert. – Udo Pastörs, NPD: Ich habe
Herrn Dr. Uhlitz und Herrn Esser zitiert.)

Es ist einfach furchtbar.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Sache, zur „Bluecard“. Der Antrag liegt Ihnen vor. Worum geht es eigentlich bei dieser „Bluecard“?

(Stefan Köster, NPD:
Sie wollen billige Arbeitskräfte.)

Ausgangspunkt der Diskussion ist der Vorschlag des EU-Justizkommissars Frattini, am 23. Oktober 2007 zwei neue EU-Richtlinien vorzulegen. Demnach sollten ausländischen Arbeitskräften die gleichen sozioökonomischen Rechte wie EU-Bürgern eingeräumt werden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ziel des Ganzen ist die Behebung des in einigen Branchen spürbaren Fachkräftemangels sowie eine Steuerung gegen die Überalterung der Bevölkerung in vielen EU-Mitgliedsstaaten. Qualifizierte Nicht-EU-Bürger sollen nach den Plänen Frattinis einen Zweijahresaufenthalt beantragen können, der entsprechend verlängert werden kann. Nach zwei bis drei Jahren sollen sie in die EU umziehen und nach fünf Jahren langfristig bleiben können. Die Kriterien für die Bewerber sind nach den Plänen nicht allzu streng. Laut Frattini reicht ein Gehalt aus, das deutlich über den existierenden Mindestlöhnen auf nationaler Ebene liegt.

Meine Damen und Herren, aus meiner Sicht muss in dem Zusammenhang betont werden, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt zunächst einmal Sache der nationalen Regierungen ist und entsprechende Regelungen im Europäischen Verfassungsvertrag nur einstimmig vorgenommen werden können. Es ist also nicht beschlossen, sondern es erfolgte erst einmal der Vorschlag, der dann abgestimmt werden muss.

Quer durch alle Parteien der Bundesregierung stößt dieser Vorschlag auf großen Widerstand. Es ging groß durch die gesamte Medienlandschaft mit entsprechend gerichteten Reaktionen, sodass es in der EU ein klares Veto von Deutschland geben wird und der Vorschlag beerdigt wird. Ich widerspreche Ihnen da. Um diese Meinungsbildung in der Bundesregierung zu finden, da wird man mit Sicherheit nicht den NPD-Vorschlag annehmen, sondern da hat man sich mit Sicherheit selbst eine Meinung gebildet. Dazu braucht man die NPD nicht.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Stefan Köster, NPD: Auch Helmut Kohl hat 1982
gesagt, er will die Zahl der Ausländer halbieren.
Hinterher waren es doppelt so viele. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Bei allen positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt, auch in Mecklenburg-Vorpommern, dürften die bestehenden Probleme nicht unter den Teppich gekehrt werden, denn Deutschland verfügt auch weiterhin über ein sehr großes Reservoir an nicht ausgeschöpfter Arbeitskraft.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Auch wenn der Fachkräftemangel, insbesondere in bestimmten Berufsgruppen, nicht zu leugnen ist, ist das leider kein Widerspruch. Zunächst sollte daher alles dafür getan werden, den bestehenden Schatz an ungenutztem Arbeits- und Innovationskräftepotenzial im eigenen Land zu heben.

(Stefan Köster, NPD: Das sind Menschen.)

Dieses kann nur mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung zum Beispiel durch Aus- und Fortbildung gesche-

hen. In einem zweiten Schritt ist es gegebenenfalls sinnvoll, die Freizügigkeit für einzelne Berufsgruppen befristet oder mit Bleibekriterien gekoppelt zu erweitern.

Unabhängig von der Entwicklung der Fachkräfte, meine Damen und Herren, ist die Entwicklung der Demografie aber vorhersehbar gewesen und auch kurzfristig nicht durch Aus- und Weiterbildung abänderbar. Umso mehr ist es notwendig und sinnvoll, eine Auswahl bei Berufsgruppen vorzunehmen, um den Erfordernissen des Arbeitsmarktes Rechnung zu tragen und diesen – in Anführungszeichen – demografiefester zu machen.

(Udo Pastörs, NPD: Mit Fremden!)

Eine Entweder-oder-Haltung ist da aus meiner Sicht nicht zielführend, darum halte ich den sehr weitgehenden Vorschlag von Herrn Frattini auch für den falschen Weg. Ein Abschotten des Arbeitsmarktes gegen den Zuzug qualifizierter Ausländer wäre aber für die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft genauso schädlich, sodass die goldene Mitte aus meiner Sicht der richtige Weg wäre.

Meine Damen und Herren, Schwarz-Weiß-Denken ist in der Arbeitsmarktpolitik nie das richtige Instrument gewesen. Aus diesem Grund habe ich das Für und Wider zur Einführung der „Bluecard“ in meinen Ausführungen dargestellt. Auch wenn dies der zugrunde liegende Antrag gar nicht gefordert hat. Dieser Antrag der NPD zielt jedoch nicht auf eine fachliche oder sachliche Beurteilung ab, sondern hat einzig und allein die Intention, die rassistische Gesinnung der Antragsteller wieder einmal unter Beweis zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Der Antrag wird daher selbstverständlich abgelehnt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Abgeordneter.

Es hat noch einmal das Wort für die Fraktion der NPD der Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs. Bitte, Herr Abgeordneter.

Udo Pastörs, NPD: Herr Waldmüller, ich kann nur sagen, ein untauglicher Versuch, die Realitäten im Lande den Bürgern draußen nicht zur Kenntnis zu geben. Sie nannten den Begriff der Demokratie des demografischen Festschermachens in unserem Land, ich sage Ihnen: Hören Sie doch einmal hin, was Sie versäumt haben.

Wir von der NPD sagen ganz klar: In Deutschland zuerst Arbeitsplätze für Deutsche, bevor wir neben dem gescheiterten Projekt der „Greencard“ jetzt ein Projekt der „Bluecard“ hinterherschoben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Schauen wir uns doch einmal für unsere jungen Menschen hier in Mecklenburg-Vorpommern an, was Sie versäumt haben und deswegen das verteuflern, was wir für die jungen Menschen hier einfordern.

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

1991 hatten wir 252 ausländische Schüler in den Schulen. Mittlerweile haben wir eine Verzehnfachung,

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

2006 2.249. Schulabschlüsse in Mecklenburg-Vorpommern, Ihre Bildungspolitik:

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

ohne Abschluss 2005 ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Pastörs, einen kleinen Moment bitte!

Udo Pastörs, NPD: Bitte schön.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren von der Regierung, von der Regierungsbank, es ist nicht zulässig, Zwischenrufe oder Bemerkungen zu machen, so schwer es fällt.

Udo Pastörs, NPD: Danke, Herr Präsident.

... ohne Abschlüsse 2005: 1.156, 2006: 1.355, Herr Minister.

(Volker Schlotmann, SPD: Aber warum schreit er eigentlich so? – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Schauen wir uns doch einmal an, was bei der Ausbildung los ist. Azubis mit neuem Lehrvertrag 2006: 16.273. Jeder Vierte bricht ab. Abbrecher 2006: 4.535. Und erzählen Sie mir nicht, dass das die alleinige Schuld der jungen Menschen hier im Lande ist. Nein, das sind die Rahmenbedingungen, die Sie den jungen Menschen hier in diesem Land beschert haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Wir von der NPD sagen, die jungen Menschen können sich auf Sie, und das beweist die Historie Ihres Handelns, nicht verlassen.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE –
Heike Polzin, SPD: So kann man das nicht nennen. – Zurufe von Sylvia Bretschneider, SPD, und Egbert Liskow, CDU)

Wir sagen den jungen Menschen, sie können sich auf die NPD verlassen. Deswegen kommen sie auch zu uns und laufen Ihnen in Scharen davon, meine Herrschaften. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Reinhard Dankert, SPD: Schon für Hannover, was? – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/913 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/913 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU, die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion der FDP abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22:** Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Sicherung qualifizierten Personalnachwuchses, Drucksache 5/904.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD:
Sicherung qualifizierten Personalnachwuchses
– Drucksache 5/904 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Reinhardt von der Fraktion der CDU. Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

(Udo Pastörs, NPD: Schlaftablette.)

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach einem sehr populistischen Thema, Herr Pastörs, kommen wir nun zu einem Anliegen der Koalitionsfraktionen,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, machen Sie das mal.)

was der Jugend im Land auch wirklich weiterhilft.

(Reinhard Dankert, SPD: Herr Pastörs hat Sie Schlaftablette genannt.)

Ja, ich habe das gehört und möchte das nicht weiter kommentieren.

(Heike Polzin, SPD: Tut auch nicht not.)

Ich denke, er weiß meistens selbst nicht, was er redet.

(Stefan Köster, NPD: Sind Sie mit Alkohol am Steuer erwischt worden?)

Sehr geehrte Damen und Herren, Jugend ist die Zukunft einer Gesellschaft.

Herr Köster, würden Sie mich ausreden lassen. Sie haben sicherlich noch etwas Redezeit nachher.

Die Jugend ist die Zukunft einer Gesellschaft. – Hören Sie gut zu, vielleicht können Sie etwas lernen. – Dieser Satz klingt von einem jungen Menschen wie mir vielleicht etwas sehr altklug zu Beginn. Meine Jugend erlaubt mir aber auch einen anderen Blick auf die Dinge und eine Mahnung, an die jungen Leute zu denken. Mecklenburg-Vorpommern ist klein. Jemand hat einmal gesagt, von der Einwohnerzahl her betrachtet sei das Land eine Großstadt auf viel zu viel Fläche. Derzeit sind es rund 1,7 Millionen Einwohner.

(Udo Pastörs, NPD: Es werden immer weniger. Die Jugendlichen hauen ab. Sie laufen Ihnen davon.)

Bis zum Jahr 2020 werden es voraussichtlich nur noch 1,5 Millionen Einwohner sein.

Herr Pastörs, ich glaube, auch Dank Ihrer Äußerungen wird keiner zurückkommen. Deshalb sollten Sie sich damit mäßigen und am besten gar nichts mehr sagen.

(Udo Pastörs, NPD: Also Sie schreiben mir nicht vor, was ich zu tun habe. Das kann der Präsident maximal.)

Diese Zahlen müssen wir nicht zur Kenntnis nehmen.

(Udo Pastörs, NPD: Sehen Sie! Sehen Sie!)

Ich schreibe es Ihnen nicht vor. Ich gebe Ihnen einen gut gemeinten Ratschlag. Den können Sie annehmen, aber das werden Sie eh nicht tun.

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

Diese Zahlen müssen wir nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern auch etwas gegen diese negative Entwicklung tun. Man muss sich fragen: Warum sind die Einwohnerzahlen rückläufig?

(Udo Pastörs, NPD: Sie hatten 15 Jahre Zeit dafür.)

Warum verlassen vor allem junge Leute das Land, Herr Pastörs?

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Die Antwort liegt auf der Hand: wegen der Arbeit. Sie finden in anderen Bundesländern leichter sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr richtig.)

Das gilt nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ein Armutzeugnis für Sie.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Koalitionspartner wollen diesem Trend entgegenwirken.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Deshalb haben wir uns im Koalitionsvertrag darauf geeinigt – das sollten Sie mal lesen, Herr Pastörs, da können Sie was lernen –,

(Udo Pastörs, NPD: Habe ich gelesen.)

dass wir frühzeitig Maßnahmen zur Absicherung ...

(Udo Pastörs, NPD: Der ist genauso wie der vorherige. Da gibt es keine Unterschiede, nur graduell.)

Wenn Sie denn bereit sind, mir zuzuhören, dann kann ich Ihnen vielleicht auch einmal glauben, dass Sie etwas zur Kenntnis nehmen. Mir fehlt der Glaube schon seit Langem. Vielen Dank.

(Udo Pastörs, NPD: Ich sage Ihnen das nur, ich habe ihn gelesen.)

... eines qualifizierten Personalnachwuchses ergreifen werden. Allen Absolventen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege des Landes, die ihre Ausbildung zumindest mit der Note „gut“ abgeschlossen haben, soll eine Vollzeitbeschäftigung in der Landesverwaltung angeboten werden.

(Udo Pastörs, NPD: Und die anderen wandern aus.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber nicht nur dem negativen demografischen Trend müssen wir entgegenwirken. Wir können es uns nicht leisten, dass die von uns ausgebildeten Nachwuchskräfte ihr Wissen und Können in anderen Bundesländern einsetzen. Das gilt umso mehr, als dass sowohl in der Landesverwaltung als auch auf der kommunalen Ebene in der nächsten Zeit große Aufgaben bewältigt werden müssen. Ich denke da nur an die vor uns liegende Erarbeitung eines neuen Verwaltungsmodernisierungsgesetzes.

(Udo Pastörs, NPD: Wo Sie 12.000 entlassen müssen.)

Verwaltungen sollen verschlankt werden.

Herr Pastörs, passen Sie gut auf!

(Udo Pastörs, NPD: Ja, verschlankt. Verschlankt, Sie sagen, es muss entlassen werden.)

Sie sollen effektiv arbeiten, gleichzeitig sollen aber alle Aufgaben so bürgernah wie möglich erfüllt werden. Dafür braucht es gut ausgebildete, hoch motivierte und kreative Spezialisten.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, bla, bla, bla, bla.)

Neues braucht auch neue Köpfe und neue Ideen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in den vergangenen Jahren war das Hauptaugenmerk darauf gerichtet, Geld zu sparen. Ich will es hier ganz ehrlich sagen, auch das war richtig und wichtig und hat dazu beigetragen, dass die zukünftige Generation nicht so stark belastet wird. Wir sehen das an dem neuen Doppelhaushalt. Erstmals werden auch Schulden zurückgezahlt

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Nein, das ist falsch, es sind auch im letzten Jahr Schulden zurückgezahlt worden. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

und das ist auch im Sinne ...

Auch im letzten Jahr. Frau Gramkow, ich nehme den Hinweis gerne auf, aber planmäßig werden jetzt das erste Mal Schulden zurückgezahlt,

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Ja, und dass die Sonne lacht, hat die CDU gemacht.)

und das, da sind wir uns sicherlich einig, Frau Gramkow, ist im Sinne der jungen Generation. So viel vielleicht dazu.

Aber durch diese Maßnahmen stieg natürlich auch der Altersdurchschnitt in den Verwaltungen. Er liegt derzeit bei den Beamten in den Landesbehörden bei 43,7 Jahren und bei den Arbeitern und Angestellten sogar bei 46 Lebensjahren. Von den insgesamt circa 41.000 Arbeitnehmern in der Landesverwaltung sind nur 3.400 unter 30 Jahren alt. Hingegen sind 7.700, also mehr als doppelt so viele, 50, 55 und älter. Dieser Trend sollte gebremst werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sicher ist es wichtig, erfahrenes Personal in der Verwaltung einzusetzen. Diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben in ihrem langen Berufsleben schon viele Aufgaben erfolgreich bewältigt. Mindestens genauso wichtig ist es aber auch, junge Leute an komplexe Aufgaben heranzuführen, denn sonst wird es in der Landesverwaltung in absehbarer Zeit einen großen Fachkräftemangel und eine starke Überalterung geben. Deshalb bitte ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen und etwas für die junge Generation in unserem Land zu tun. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Egbert Liskow, CDU: Machen wir gerne.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Abgeordneter.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste hat das Wort für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Oh, oh, Herr Reinhardt, als ich den Antrag Ihrer Koalition in die Hand bekam, da fiel mir ein altes Sprichwort ein.

(Marc Reinhardt, CDU: Na?)

Dieses besagt: Zwischen Traum und Wirklichkeit liegt die Enttäuschung. Ihre Rede hat mich sehr enttäuscht. Es ist enttäuschend, es ist beschämend und eigentlich ist es peinlich,

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

was Sie hier dem Landtag anbieten.

Ich bin ganz ehrlich, für einen Moment habe ich gedacht, dass es ein Witz ist. Bei dem Antrag, den Sie gestellt haben, handelt es sich nach Ihrer Einbringung doch um einen Alibiantrag, den ich für sehr diskussionswürdig halte. Sie täuschen eine parlamentarische Aktivität vor mit Ihrem Antrag, denn es ist Ihnen nicht ernst, was in der Überschrift steht. Sie wollen den Personalnachwuchs sichern. Herr Reinhardt, ich hätte mich gefreut, wenn Sie beantragt hätten, dass wir ab sofort im Land Mecklenburg-Vorpommern die Absolventen unserer Fachhochschule der öffentlichen Verwaltung und der Polizei mit einem Mindestdurchschnitt von „2“ übernehmen sollten. Aber, Herr Reinhardt, das haben Sie nicht beantragt. Sie haben beantragt, dass die Landesregierung regelmäßig einen Bericht geben möchte, wie viele Absolventen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung auf Vollzeitstellen übernommen werden sollen.

Dieser Bericht, Herr Reinhardt, Sie hätten sich erkundigen können, passt nicht einmal auf eine Viertelseite. Und diese braucht man nicht, weil nämlich ein Anruf im Ministerium gereicht hätte.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

So weit uns bekannt ist, werden gegenwärtig Nachwuchskräfte zum Beispiel in der Steuerverwaltung, die Finanzministerin hat es ausgeführt, überhaupt nicht übernommen. Beschäftigte des mittleren Dienstes aus dem sogenannten Überhang werden für den gehobenen Dienst ausgebildet. Die Praxis zeigt, dass ein Nachwuchskorridor für den gehobenen Dienst in der Steuerverwaltung dringend erforderlich ist, damit die strukturellen Probleme – Sie haben berechtigterweise darauf hingewiesen, Altersstrukturen und so weiter – durch eine Personalbedarfsrechnung aufgelöst werden können.

Für die Ausbildung der Nachwuchskräfte der Steuerverwaltung im gehobenen Dienst sollen laut Personalabteilung des Ministeriums jährlich 25 Stellen vorgehalten werden. Es bleibe zu prüfen, ob diese tatsächlich ausreichend sind, um diesen Bereich auszugestalten.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

In der allgemeinen Verwaltung sind es 20 Nachwuchspoolstellen für den mittleren und gehobenen sowie zehn Poolstellen für den höheren Dienst.

(Marc Reinhardt, CDU: Das haben Sie doch alles beschlossen, oder nicht, Frau Gramkow?)

Mit dem Kabinettsbeschluss zur Umsetzung des Personalkonzeptes im Sommer 2005 wurde am 23. August 2005 – richtig, damals noch von unserer Regierung – festgelegt, von den dual Ausgebildeten für die allgemeine Verwaltung insgesamt die drei leistungsstärksten Nachwuchskräfte eines Jahrgangs zu übernehmen. Damit können maximal 33 Nachwuchskräfte pro Jahr in der allgemeinen Verwaltung unbefristet übernommen werden. Im Bereich der Polizei, Herr Reinhardt, das wissen wir beide, bleibt es bei den vereinbarten 80 Absolventinnen und Absolventen der Fachhochschule, die jährlich in den Landesdienst übernommen werden könnten, weil nicht alle, die übernommen werden könnten, auch in unserem Landesdienst bleiben. Hier sollten wir einmal fragen: Warum? Dass das notwendig ist, sehen wir ja an der Altersstruktur.

Ihr Antrag ärgert mich deshalb, meine Damen und Herren, denn um den qualifizierten Personalnachwuchs zu sichern, hätte man sich der Frage Aus- und Weiterbildung im Rahmen der Personalentwicklung des Landes stellen können.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Deshalb, Herr Reinhardt, hat meine Fraktion DIE LINKE im letzten Finanzausschuss einen Antrag eingebracht, die Landesregierung zu bitten, bei der Fortschreibung des Personalkonzeptes des Landes ein Aus- und Weiterbildungskonzept 2010 zu erarbeiten, damit man der demografischen Entwicklung in der Wirtschaft wie auch im öffentlichen Dienst begegnen kann, weil die Altersstruktur so schwierig ist und wir damit rechnen müssen, dass es auch im öffentlichen Dienst Fachkräftemangel geben kann. Deshalb wäre es richtiger gewesen, eine bedarfsgerechte Aus- und Weiterbildung letztendlich in einem Konzept zu entwickeln und gemeinsam darüber zu streiten. Aber leider wollen Sie das mit diesem Antrag nicht. Sie wollen mehrmals im Jahr einen Bericht darüber, wie viel Absolventen der Fachhochschule in den Landesdienst übernommen werden.

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
und Marc Reinhardt, CDU)

Meine Fraktion würde sich wünschen, dass wir hier im Parlament über konkrete Maßnahmen reden, um jungen Leuten, Mädchen, Männern und Frauen, im öffentlichen Dienst auch bei uns eine Perspektive zu geben und ihnen trotz Personalkonzept, trotz Stellenabbau eine Chance zu eröffnen. Und statt die Regierung damit zu beschäftigen, Berichte zu schreiben, würde ich Sie bitten, dass wir gemeinsam nach Lösungen suchen. Überlegen Sie sich doch noch einmal, ob Sie diesen Antrag zurückziehen möchten.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Marc Reinhardt, CDU: Niemals!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke sehr, Frau Abgeordnete.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Borchert. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Fragen Sie doch mal, wo die Regierungsmitglieder sind bei einem Koalitionsantrag? –
Gabriele Měřfan, DIE LINKE:
Es ist keiner mehr da.)

Rudolf Borchert, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Herren! Ich glaube, es gibt sicherlich eine Übereinstimmung, wenn wir sagen, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern ein großes Interesse hat, dass möglichst viele junge Menschen, die bei uns ihre Ausbildung gerade im Verwaltungsdienst absolvieren, anschließend eine Chance bekommen, auch in den Landesdienst übernommen zu werden.

(Egbert Liskow, CDU: Richtig, Rudi.)

Wir haben alle gemeinsam ein Interesse daran, weil wir auf diese Art und Weise jungen Menschen bei uns im Land eine Chance geben, möglicherweise hierzubleiben im schönen Land Mecklenburg-Vorpommern und nicht unser Bundesland verlassen zu müssen. Wir haben natürlich ein großes Interesse daran, dass wir in unserer Verwaltung zu keiner Überalterung kommen beziehungsweise die Überalterung nicht noch weiter fortschreitet.

Wir erwarten natürlich auch von den jungen Landesbediensteten, dass sie aufgrund einer exzellenten Ausbildung anschließend einen Beitrag zur weiteren Qualitätsverbesserung unserer Landesverwaltung leisten. Ich glaube aber, dass es vollkommen klar ist, dass wir grundsätzlich allen jungen Menschen gönnen und wünschen, dass sie nach ihrer Ausbildung eine Chance bekommen im Berufsleben, um sich damit Lebensperspektiven zu eröffnen.

Unabhängig von dieser gemeinsamen Zielsetzung müssen wir aber zur Kenntnis nehmen, und auch das sind Tatsachen, dass wir seit 2004 ein Personalkonzept haben, das uns nur ganz geringe und wenn überhaupt sehr, sehr wenige Spielräume lässt.

(Egbert Liskow, CDU: Und wer hat da mitgewirkt?!)

Das Personalkonzept seit 2004 ist das Kernstück der Haushaltskonsolidierung unseres Landes. Bei einem Abbau des Personals von über 10.000 Stellen innerhalb von sechs bis sieben Jahren, und das sozialverträglich, also ohne betriebsbedingte Kündigungen, unter dem Gesichtspunkt, dass es sich sage und schreibe um 25 Prozent unseres gesamten Personalkörpers handelt, wird deutlich, wie schwer es ist, überhaupt etwas in dem Bereich zu leisten, wenn es darum geht, den Erwartungen und Erfordernissen von jungen Menschen Rechnung zu tragen.

Ich will Ihnen eins sagen, ob es uns gefällt oder nicht, ich betone es jetzt sehr nüchtern: Rein rechnerisch hätten wir bei dem Landeskonzert für Personal, so, wie ich es Ihnen dargestellt habe, eigentlich überhaupt keine Möglichkeit, Nachwuchskräfte einzustellen. Ich betone, rein rechnerisch!

(Egbert Liskow, CDU: Rein rechnerisch. – Angelika Gramkow, DIE LINKE: Das stimmt.)

Dass wir das trotzdem machen, spricht eher für uns. Übrigens nicht erst seit diesem Jahr, sondern seit 2004, also seitdem es das Personalkonzept gibt, gibt es trotz dieser extrem schwierigen Rahmenbedingungen sehr starke Bemühungen, jungen Menschen in unserem Land durch die anschließende Übernahme von Absolventen in der allgemeinen Verwaltung eine Chance zu geben. Ich möchte das auch mit konkreten Zahlen untersetzen: Alle Absolventen der allgemeinen Verwaltung, die sich für eine Beschäftigung in der Landesverwaltung interessiert haben, haben eine vollzeitbeschäftigte Übernahme ermöglicht bekommen, wenn sie denn wollten. Seit 2005 heißt es konkret insgesamt 45, in 2006 34, in 2007 39 und davon in 2005 20, dann 22 und dann 15 2007 auch unbefristet, vollzeitbeschäftigt sowieso. Entscheidend ist natürlich, für einen Teil der Genannten zumindest auch unbefristet. Ich wiederhole: 20, 22 und 15. Und innerhalb der 20, 22 und 15 wurden in den drei Jahren 2005, 2006 und 2007 alle Absolventen übernommen im Bereich der allgemeinen Verwaltung, die einen Abschluss mit „gut“ hatten. Insofern ist zumindest die Vorgabe des Koalitionsvertrages an der Stelle auch jetzt bereits eingehalten worden.

(Egbert Liskow, CDU: Siehste!)

Im Jahre 2007 wurden zum Beispiel alle Absolventen, die mit „gut“ abgeschlossen haben, auch übernommen, vollzeitbeschäftigt und unbefristet.

Wenn wir nach vorne sehen, und damit meine ich die Jahre 2008/2009, ist natürlich klar, dass weitere Heraus-

forderungen auf uns zukommen. Wir müssen insbesondere zwei Aspekte in Betracht nehmen:

Erstens. Es ist so, das ist bekannt, dass wir aufgrund der demografischen Entwicklung generell 2008/2009 einen ersten Bruch auf dem Ausbildungsmarkt bekommen werden. Das heißt, wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass es möglicherweise Schwierigkeiten geben wird, überhaupt genügend interessierte und möglichst gute Bewerber zu haben für die Ausbildungsplätze in der Verwaltung. Das ist das eine.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Kann er auch mal zum Thema reden?)

Zweitens. Wir brauchen ein Personalmanagement, eine PEM, das ist die bekannte berühmte Abkürzung. Wir brauchen eine PEM im Finanzministerium, die ab 2008/2009 vor einer riesigen Herausforderung steht, auch jetzt schon. Aber das wird sich natürlich verstärken, denn es müssen ganz große Feinsteuerungen vorgenommen werden in einer sehr differenzierten Fragestellung. Ich möchte die Fragen einfach noch einmal nennen, die dabei zu berücksichtigen sind:

Erstens muss rechtzeitig, wenigstens mit einem Vorlauf von mindestens zwei Jahren, abgeschätzt werden, welche Abgänge sind überhaupt zu erwarten, um die Frage zu beantworten, über welche Stellen wir überhaupt im Einstellungskorridor reden. Sind es mindestens 20 oder hoffentlich vielleicht 40 oder 50 in diesem Bereich?

(Udo Pastörs, NPD: Warum machen Sie es jetzt nicht?)

Wir machen es bereits. Ich habe es ausgeführt. Wir haben jetzt bereits im Nachwuchskorridor mindestens 30 Stellen und teilweise auch mehr.

Zweite Frage: Wie viele Nachwuchskräfte werden wir haben beziehungsweise wie viel werden ihre Ausbildung in den jeweiligen Bereichen beenden? Und nicht nur extern, das ist noch relativ einfach, also im Bereich der Verwaltungsschule, sondern auch intern, wenn es darum geht, dass aus dem Überhang heraus natürlich auch Qualifikationen erfolgen und dieses ebenso mit dem Nachwuchskorridor zu berücksichtigen ist, der zukünftig allerdings – das habe ich mir sagen lassen – nur noch Einstellungskorridor heißen soll, weil der Unterschied zwischen Nachwuchskorridor und Einstellungskorridor manchmal nicht ganz einfach zu definieren ist.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Warum machen wir eigentlich die Arbeit der Regierung als Parlament?)

Eine weitere Frage, die zu beachten ist: Wie schafft man es, möglichst vielen jungen Menschen eine Chance zu geben im Landesdienst, ohne die Anforderungen des Personalkonzepts zu konterkarieren.

(Marc Reinhardt, CDU: Genau.)

Das ist eine große Herausforderung, die verschärft wird mit den Anforderungen, dass wir nicht irgendwelches Personal irgendwo brauchen. Wir brauchen fachspezifisches Personal, differenziert nach Eingruppierung beziehungsweise nach Besoldungsgruppen, zugeordnet zu den entsprechenden Ressorts, und das noch bedarfsgerecht. Also eine riesige Herausforderung an die PEM. Ich bin mir aber sicher, die PEM hat bisher bewiesen, dass sie diesen Aufgaben gewachsen ist. Ich bin ganz optimistisch, dass wir im Rahmen dieser schwierigen Bedingungen letztendlich das Beste für die Absolventen des Verwaltungsdienstes erreichen.

Als Antragsteller ist es so, dass uns schon bekannt ist, dass es bereits 2005 einen ersten Bericht zum Nachwuchskorridor gab. Zum Nachwuchskorridor hieß es, ...

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Den habe ich doch gerade gegeben, Herr Borchert.)

Ja, ist klar. Das ist doch klar.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Dann ist ja der Antrag erledigt.)

Der ist auch so gut wie erledigt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Genau.)

Wir erwarten in wenigen Wochen, das wissen Sie auch, Frau Gramkow, etwa Ende November, vielleicht Anfang Dezember – und das ist eigentlich spannend – den nächsten Bericht. Vermutlich heißt er dann: Bericht zum Einstellungskorridor für die Jahre, die vor uns liegen, also 2008 und 2009. Ich gehe davon aus, dass wir in diesem Bericht, und darauf zielt unser Antrag ab, erstmals konkrete Aussagen bekommen zu diesen Fragestellungen.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Das ist nicht Teil dieses Antrages.)

Ich könnte mir vorstellen, und das ist im Sinne des Antragstellers, dass wir dann nicht erst wieder zwei Jahre warten – jetzt muss ich erst einmal rechnen – bis zum Jahresende 2009, bis zum nächsten Bericht des Einstellungskorridors, sondern dass wir regelmäßig zum Beispiel im Finanzausschuss gemeinsam dieses Thema auch beraten werden.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Aber geschlechtsspezifisch bitte.)

Ich habe durchaus heute bei dieser Debatte festgestellt, dass wir, auch wenn wir über die Instrumente unterschiedlicher Meinung sind, doch eine große Übereinstimmung haben, Frau Gramkow, in der gemeinsamen Zielsetzung,

(Udo Pastörs, NPD: Gemeinsam.)

möglichst vielen jungen Menschen bei uns im Landesdienst auch eine Chance zu geben für die Zukunft. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Angelika Gramkow, DIE LINKE: Dazu trägt Ihr Antrag aber leider nicht bei. – Egbert Liskow, CDU: Vielen Dank für den ausführlichen Bericht.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP der Vizepräsident und Abgeordnete Herr Kreher. Bitte, Herr Abgeordneter.

Hans Kreher, FDP: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was soll der Antrag eigentlich erreichen?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen DIE LINKE und FDP – Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig. – Zurufe von Gabriele Měšťan, DIE LINKE, und Raimund Borrmann, NPD)

Wem soll die Landesregierung konkret berichten?

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Im Antrag wird dieses auf jeden Fall nicht näher erläutert.

(Marc Reinhardt, CDU: Sehr gut.)

Eine Begründung fehlt, die darüber Aufschluss geben könnte.

Herr Reinhardt und Herr Borchert, Ihre Einbringung und Ihr Beitrag, Herr Borchert, haben mir darüber auch keinen genaueren Überblick gegeben, was Sie eigentlich damit wollen.

(Egbert Liskow, CDU: Aber hat er doch gut gemacht.)

Geht es um die reine Vermittlung von Absolventenzahlen und deren Quote bei der Übernahme in den Staatsdienst? Sollte es nicht vielmehr um diejenigen gehen, die nicht übernommen werden? Dann sollte aber nicht nur über die wenig aussagekräftige Zahl der vom Land übernommenen Absolventen berichtet werden, vielmehr interessieren uns die Zahlen der nicht vom Land übernommenen Absolventen und deren Berufsaussichten.

(Marc Reinhardt, CDU: Da können Sie ja einen Antrag machen.)

Wir interessieren uns für Konzepte beziehungsweise Maßnahmen, wie diesen Absolventen gegebenenfalls geholfen werden kann. So, wie der Antrag aber formuliert ist, sieht er – es tut mir leid, dass ich diesen Ausdruck schon wieder verwenden muss – wie ein typischer Schaufensterantrag der Landesregierung aus.

(Heike Polzin, SPD: Die Landesregierung ist unschuldig.)

Na gut, aber Sie tragen doch die Landesregierung.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Heike Polzin, SPD: Ja, wir schon.)

Ja, ich nicht, das weiß ich.

Sollte hier der Landtag, und das frage ich jetzt die Koalition, nur missbraucht werden, um der Selbstdarstellung der Landesregierung beizuwohnen?

(Ute Schildt, SPD: Das machen wir nicht. Das ist aber dick aufgetragen, Herr Kreher.)

Es sollten hier Zahlen präsentiert werden, die man sich bei Interesse auch selbst besorgen kann.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Ich möchte doch sehr bitten, etwas mehr Wert auf die Zeit der hier Anwesenden zu legen und auf solche Anträge, meine Damen und Herren, zu verzichten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Sollte jedoch der Antrag etwas anderes meinen und hier Bedarf bestehen, mehr über die Absolventen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege zu erfahren, dann bitte ich Sie, den Antrag zurückzuziehen und ihn so zu überarbeiten, dass der Sinn dieses Antrages nachvollziehbar wird, meine Damen und Herren.

(Heike Polzin, SPD: Ich bin jetzt durch diese vernichtende Kritik völlig erschlagen.)

So, wie der Antrag jetzt vor uns liegt, können wir ihm leider nicht zustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Heike Polzin, SPD: Das ist aber schade.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Müller. Bitte, Herr Abgeordneter.

Tino Müller, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem hier zu behandelnden Antrag „Sicherung qualifizierten Personalnachwuchses“ haben Sie uns eine riesige Freude bereitet. Er ist sozusagen ein schönes Muster, eine Vorlage für weitere entsprechende Vorstöße und hoffentlich daraus resultierende Maßnahmen.

Wir sagen, wir von der NPD wünschen uns künftig für weitere Bereiche entsprechende Vorstöße beziehungsweise regelmäßige Unterrichtungen durch die Landesregierung. Gemeint sind all jene Bereiche, die als Landesbetriebe vielmehr privatrechtlich unter öffentlich-rechtlicher Beteiligung des Landes Mecklenburg-Vorpommern geführt werden. Da kommt, wie es den entsprechenden Übersichten zu entnehmen ist, eine ganze Menge zusammen. Denken wir an das DVZ, Datenverarbeitungszentrum Mecklenburg-Vorpommern GmbH Schwerin, die Gut Dummerstorf GmbH, MTW Schiffswerft oder die Landesforstanstalt, um nur einige zu nennen. Sind Sie auch hinsichtlich dieser Unternehmen bereit, dem Hause entsprechende und regelmäßige Informationen zukommen zu lassen, über die Zahlen der Auszubildenden und vor allem die Zahlen der in Vollzeitstellen Übernommenen?

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Ist alles da. Gibt es alles auf Papier.)

Apropos Vollzeitstellen. Irgendwo scheint doch in der Güstrower Fachhochschule für öffentliches Recht, Polizei und Rechtspflege des Landes die Säge zu klemmen. Dieser Eindruck entsteht beim Lesen zwischen den Zeilen. Denn wenn eine Überalterung der Verwaltung nicht akut ist und, um beim Thema zu bleiben, die Übernahme zumindest der Guten ins Töpfchen gesichert beziehungsweise Normalität wäre, bräuchten Sie, meine Damen und Herren von CDU und SPD, den Antrag doch gar nicht zu stellen. Interessanter wäre doch, wo die Probleme und somit die wahren Ursachen liegen. Oder sollte es sich wieder einmal um einen jener Schaufensteranträge handeln, die für dieses Haus langsam, aber sicher typisch zu werden scheinen? Sollte der Antrag in dieser Form durchgehen, muss zwangsläufig der Eindruck entstehen von einem Lieblingsspielzeug. Motto: „Hauptsache in der Verwaltung brummt es“, so sie denn bei der geplanten Entwicklung von Monstercykeln im XL-Format überhaupt noch in der heutigen Form gebraucht wird. Oder wollen Sie gar ein Signal setzen? Dann lautet das Motto: „Seht her, da bleiben welche im Land“. Um das auf wirklich breiter Front zu erreichen, bedarf es schon weit größerer Anstrengungen.

Sie sehen, Fragen sind zur Genüge vorhanden. Eine Ergänzung eingangs genannter Bereiche ist unerlässlich. Wir lehnen Ihren Antrag ab, weil er nur ein weiteres inhaltloses Blättchen unter weiteren Landtagsdrucksachen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Löttge. Bitte, Herr Abgeordneter.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Herr Löttge
wird uns das jetzt erläutern.)

Mathias Löttge, CDU: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, erlauben Sie mir zunächst erst einmal festzustellen, dass ich schon sehr überrascht bin.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wir auch.)

Ich bin wirklich sehr überrascht, wenn ich mir so manche Anträge von Ihnen vor Augen führe, wo Sie regelmäßig eine Berichterstattung von der Landesregierung fordern.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wir sind ja die
Opposition. – Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Sehr schön, aber dann gestehen Sie doch bitte der Koalition zu, dass sie parlamentarische Arbeit leisten und sich zu wichtigen Dingen unterrichten lassen möchte.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sie haben
Kommunikationsschwierigkeiten,
das ist das Problem.)

Und das tut sie auch sehr gut und genau mit diesem Antrag.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Wie wäre
es denn, wenn Sie mal eine Frage im
Finanzausschuss stellen würden?)

Zum anderen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, lassen Sie sich eins gesagt sein: Es gibt nichts auf dieser Welt, was gut ist und was man nicht noch besser machen könnte. Und ob ich eine Unterrichtung des Parlaments in Abständen von zwei Jahren als ausreichend ansehe, lasse ich auch einmal dahingestellt sein.

(Marc Reinhardt, CDU: Genau.)

Lieber Kollege Borchert, Sie haben es gesagt, wir wollen regelmäßig unterrichtet werden zu diesem wichtigen Thema, was, glaube ich, für die Landesverwaltung und auch für die Zukunft in diesem Lande wichtig ist.

(Zurufe von Irene Müller, DIE LINKE,
und Hans Kreher, FDP)

Und so, Herr Kreher, sollten Sie den Antrag auch verstehen.

(Hans Kreher, FDP: Nein, nein.
Sie wissen das auch ganz genau.)

Gut, Sie können es nicht, dann muss ich damit leben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es besteht hier in diesem Hause sicherlich die einhellige Meinung, dass eine funktionierende Landesverwaltung auch ein wichtiger Standortfaktor ist.

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

So kommt es zum Beispiel bei der Ansiedlung von Unternehmen, aber auch in anderen Bereichen ganz besonders darauf an, dass die notwendigen Verwaltungsentscheidungen zügig, korrekt und unter Ausschöpfung aller Ermessensspielräume getroffen werden. Hierzu ist es natürlich notwendig,

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Zum Thema zu reden, ja.)

in der Landesverwaltung motiviertes und gut ausgebildetes Personal zu haben. Auch eine ausgewogene Altersstruktur muss unbedingt gesichert sein, um den gegenseitigen Erfahrungsaustausch zwischen jungen und älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung zu sichern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Beschluss des Personalkonzeptes im Jahre 2004 ist die Lösung der mit der genannten Zielstellung verbundenen Aufgabe noch anspruchsvoller geworden. Unstrittig ist sicherlich die Notwendigkeit einer Reduzierung des Personalbestandes in der öffentlichen Verwaltung. Die bisher mit der Umsetzung des beschlossenen Personalkonzeptes realisierten Einspareffekte im Bereich der Personalkosten können sich meines Erachtens durchaus sehen lassen und verdienen unsere ausdrückliche Anerkennung. Insbesondere wurde damit ein wesentlicher Beitrag zur dringend notwendigen Konsolidierung des Landeshaushaltes geleistet. Möglich wurden die Einsparungen durch eine konsequente Umsetzung der mit dem Personalkonzept getroffenen Festlegungen unter Berücksichtigung aktueller Entwicklungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Perspektivisch ist es trotz notwendiger weiterer Einsparungen notwendig, einen qualifizierten Personalnachwuchs in die Landesverwaltung zu übernehmen. Nur dadurch wird es möglich sein, auch zukünftig eine qualitativ hochwertige Verwaltungsarbeit zu garantieren. Mit dem vorgelegten Antrag der Koalitionsfraktionen soll genau dieser Aufgabenstellung Rechnung getragen werden. Insbesondere geht es darum, Auszubildenden bei der Erfüllung bestimmter Voraussetzungen die Übernahme in den öffentlichen Dienst des Landes zu ermöglichen. Die von den Koalitionspartnern getragene Landesregierung hat deshalb die Zusicherung gegeben, Absolventen mit guten und sehr guten Ergebnissen eine vollzeitbeschäftigte Übernahme zu gewähren. Diese Verfahrensweise wird meines Erachtens dazu beitragen, die Akzeptanz für das Landespersonalkonzept auf allen Ebenen weiter zu erhöhen, was mir durchaus notwendig erscheint.

Meine Damen und Herren, der Kollege Borchert hat schon darauf hingewiesen, in den Jahren 2008/2009 wird sich der Wettbewerb um die jungen Leute verschärfen. Wir werden in allen Bereichen, und das ist mehrfach schon durch den Wirtschaftsminister deutlich gemacht worden, dringend Auszubildende suchen. Das wird eine ganz neue Situation werden.

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Insofern müssen wir den jungen Leuten, die wir ausbilden, auch klare Perspektiven geben. Wenn ich vorhin gesagt habe, wir versuchen, uns aktuellen Entwicklungen anzupassen, hat es genau damit etwas zu tun. Wir müssen uns aktuellen Entwicklungen anpassen. Durch eine regelmäßige Unterrichtung des Parlaments haben wir dazu auch die Chance, und darum geht es.

Liebe Frau Gramkow, das bedeutet doch nicht, dass wir nicht auch über neue Maßnahmen im Zuge der Fortschreibung des Personalkonzeptes zu reden haben werden. Dazu ist es erforderlich, dass wir uns gerade im Parlament regelmäßig unterrichten lassen müssen.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Das ist
wirklich überflüssig mit diesen Berichten.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der Ihnen vorliegende Antrag beweist, dass sich die Koalitionsfraktionen bei aller Notwendigkeit haushaltseitiger Einsparungen ihrer Verantwortung bewusst sind,

(Hans Kreher, FDP: Das habe
ich nicht so empfunden.)

eine leistungsfähige und motivierte Verwaltung unter Berücksichtigung wirtschaftspolitischer Zielstellung zu garantieren. Ich bitte Sie daher, auch namens meiner Fraktion, um Zustimmung zu dem vorgelegten Antragsentwurf. – Recht herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Löttge.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/904. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Wenn
die Berichte kommen, dann schickt sie
bitte auf diese mittleren Plätze hier.)

Stimmhaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/904 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU angenommen gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE, der FDP und der NPD.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Rundfunkgebührenurteil des Bundesverfassungsgerichtes, Drucksache 5/909.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Rundfunkgebührenurteil des
Bundesverfassungsgerichtes
– Drucksache 5/909 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete und Vizepräsident Herr Bluhm von der Fraktion DIE LINKE.

Andreas Bluhm, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! 13 Jahre nach dem ersten großen Rundfunkgebührenurteil, in dem das Bundesverfassungsgericht am 22. Februar 1994 die Staatsfreiheit des Rundfunks und die dynamische Rundfunkfreiheit bekräftigt hatte, nun erneut ein weitreichendes Urteil. Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichtes entschied mit seinem Urteil vom 11. September dieses Jahres, dass die Verfassungsbeschwerden der ARD, des ZDF und des DeutschlandRadios gegen die Festsetzung der Rundfunkgebühr für den Zeitraum 1. April 2005 bis 31. Dezember 2008 berechtigt und damit erfolgreich waren.

Das höchste Gericht stellte fest, dass die Gebührensatzung, mit der die Gesetzgeber um 28 Cent unter der von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs festgestellten Gebühr geblieben waren, die Rundfunkfreiheit verletzt hat.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Richtig.)

Es hat somit festgestellt, dass die Art und Weise, wie sich die Ministerpräsidenten und nachfolgend die Landtage aller 16 Bundesländer im Herbst 2004 über das gutachterliche Fachvotum der auch auf Grundlage eines Verfassungsgerichtsurteils entstandenen Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs, kurz KEF, hinweggesetzt haben, einen Verfassungsbruch darstellt. Insofern geht uns als Landtag dieses Urteil auch unmittelbar an.

Werner Hahn, Justitiar des NDR stellte in diesem Zusammenhang fest, ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin: „Die Entscheidung der Ministerpräsidenten fiel in eine Zeit, in der es unter ihnen als schick galt, eine angebliche Schiefelage im Wettbewerbsverhältnis der Medien untereinander mit Hilfe einer niedrigeren Rundfunkgebühr zugunsten der privaten Medien zu verändern. Das Verfassungsgericht bezieht sich insoweit ausdrücklich auf eine vom damaligen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten und heutigen Bundesfinanzminister Peer Steinbrück ... Mitte 2003 ... gehaltenen Rede zum Thema ‚Mehr Wettbewerb wagen! – Medien zwischen Markt und Staat!‘ sowie auch das von Steinbrück und seinen beiden Ministerpräsidentenkollegen Edmund Stoiber ... und Georg Milbradt ... verfasste Konzeptpapier mit dem Titel ‚Rundfunkstrukturreform‘ vom November desselben Jahres (das sogenannte SMS-Papier). Beiden Konstrukten war der Beifall vieler Medienjournalisten sicher, was vielleicht mit dazu beitrug, dass sich alle Ministerpräsidenten darauf verständigten, diesen Ansatz mit zur Begründung für ihr Abweichen vom KEF-Votum in die offiziellen Begleitpapiere des Staatsvertrages aufzunehmen. Die Karlsruher Richter haben darin eine expressis verbis ‚verfassungswidrige Zwecksetzung‘ erkannt – ein Befund, der sich in der Berichterstattung über das Urteil an so gut wie keiner Stelle wiederfindet.“ Ende des Zitats.

Meine Damen und Herren, ausdrücklich erinnern und verweisen möchte ich an dieser Stelle auch auf unsere damaligen Debatten zur Weiterentwicklung des Rundfunks hier bei uns im Parlament. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Entscheidung vom 11. September 2007 somit deutlich für die Weiterentwicklung des Medienrechts votiert. Deutlich ist formuliert, zwar darf der Gesetzgeber grundsätzlich von den Empfehlungen der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfes abweichen, jedoch nur aus solchen Gründen, die vor der Rundfunkfreiheit Bestand hätten. Dazu zählen im engeren Sinne die Angemessenheit der finanziellen Belastung der Gebührenzahler auf der einen und die Sicherung von deren Informationszugang auf der anderen Seite. Zugleich wurde uns als Landesparlament und dem Ministerpräsidenten eine verfassungswidrige Vermengung von Gebührenentscheidungen einerseits, Medien- und Wettbewerbspolitik sowie Strukturentscheidungen andererseits nachgewiesen, und zwar dann, wenn vage auf die aktuelle Gesamtentwicklung der Aufgaben im dualen Rundfunksystem und im Wettbewerb der Medien insgesamt verwiesen wird.

Im vorliegenden Urteil ist auch explizit von aktuellen Konzentrationsprozessen die Rede. Also auch das Urteil vom 11. September 2007 steht für das duale Rundfunksystem unverändert unter dem Vorbehalt seiner Verfassungskonformität. Sinngemäß kann man das so formulieren: Die Orientierung des privaten Rundfunks am Massengeschmack ist nur so lange rechtens und hinnehmbar, so lange der öffentlich-rechtliche Rundfunk ausgleichend auf die Defizite reagieren kann. Und genau dafür muss

der öffentlich-rechtliche Rundfunk rechtlich, finanziell, technisch und personell in die Lage versetzt werden.

Und auch dies hat Karlsruhe mit Blick auf die Gewährleistungspflicht des Staates festgestellt: Der Staat muss für einen freien Rundfunk sorgen, aber jeglicher Einwirkung auf das Programmangebot, und sei es auch nur strukturell, hat er sich zu enthalten. Die dynamische Bestands- und Entwicklungsgarantie, die das Urteil von 1994 begründete, wird mit dem aktuellen Urteil bekräftigt und an aktuelle Entwicklungen, wie zum Beispiel der Spartenprogramme, und technische Entwicklungen angepasst. Das heißt aber im Umkehrschluss nicht, auch das macht das Urteil deutlich, dass die Politik alle Programm-erweiterungen hinnehmen und die Gebührenzahler den Betrieb aller möglichen Angebote finanzieren müssten.

Für Betätigungen der Sender – und jetzt zitiere ich aus dem Urteil – „über den Rahmen des Funktionsnotwendigen hinaus“, Ende des Zitats aus dem Urteil, dürfen die Länder als Rundfunkgesetzgeber sehr wohl zum Beispiel Programmzahlbegrenzungen einführen. Auch das hat das Gericht klargestellt. Aber was dieser „Rahmen des Funktionsnotwendigen“ ist, das hat das Gericht allerdings offen gelassen. Die Ausfüllung dieses abstrakten Begriffes bleibt der Medienpolitik der Länder überlassen. Hier besteht Handlungsbedarf auch für unser Parlament, will man dieses nicht den Rundfunkreferenten der Staatskanzleien und den Ministerpräsidenten allein überlassen.

Das Gericht hat mit seinem Urteil einerseits den Ländern eine schwere Rüge erteilt, andererseits hat es aber insbesondere die Rolle der Parlamente hervorgehoben. Eine der Folgen daraus wird sein, dass sich der Schwerpunkt der notwendigen Klärungen von der dritten Stufe der Gebührenfestsetzung verlagert auf den eigentlichen Gesetzgebungsprozess, und hier die Konkretisierung des Rundfunkauftrages.

Auch für die Gestaltung von Alternativen zum bisherigen Gebührenfestsetzungsverfahren durch den Gesetzgeber hat das Gericht in Karlsruhe nicht nur einen weiten Spielraum, sondern auch Beispiele vorgegeben, nicht nur zum Beispiel das Indexierungsverfahren, sondern darüber hinaus die Alternativen eines Zustimmungsverfahrens per einfacher Mehrheit oder aber auch eine Delegation der Gebührenfestsetzung auf einem Verordnungsweg. Auch hier ist die Frage medienpolitisch zu beantworten, welchen Weg wir als Parlament bevorzugen. Ich erinnere mich sehr gern an Diskussionen unseres damaligen Landtagspräsidenten, CDU-Abgeordneten und Medienpolitikers Herrn Prachtl, der gesagt hat, die Einbeziehung der Parlamente vor der Verabschiedung von Staatsverträgen wäre sehr angeraten.

Meine Damen und Herren, jetzt, wo wir hier über Medienpolitik und die Auswirkungen des Karlsruher Urteils reden, tagen die Ministerpräsidenten in Wiesbaden auf ihrer diesjährigen Jahrestagung. Es könnte durchaus sein, dass sie sich just parallel zur Medienpolitik verständigen. Es geht auch in Wiesbaden um die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Zukunft, also ab 2013, aber eben nicht nur darum. Denn dass die jetzigen Entscheidungen noch für die kommende Gebührenperiode wirksam werden, glaubt wohl niemand. Und es sieht ganz so aus, als solle die Rundfunkgebühr am 1. Januar 2009 um etwas über 90 Cent je Monat steigen.

Die KEF hat in ihrem Berichtsentwurf eine Erhöhung der Monatsgebühr von derzeit 17,03 Euro auf 17,96 Euro

empfohlen. Damit hat die KEF die finanziellen Mehrbedarfe von ARD, ZDF und DeutschlandRadio, die mit ihren Bedarfsaufstellungen für den Zeitraum von 2009 bis 2012 angemeldet haben, von 1,44 Euro auf zurzeit 0,93 Euro je Monat gedrückt. Ihren endgültigen Gebührevorschlag will die KEF nach Konsultation mit den Intendanten und der Rundfunkkommission der Länder im Januar 2008 vorlegen. Dann wird uns als Parlament wieder ein Zustimmungsgesetz zum Staatsvertrag erteilen. Ob die Ministerpräsidenten vor dem Hintergrund des Verfassungsgerichtsurteils erneut abweichen, müssen die Länder dann wohl sehr gut begründen.

Die jetzt in Wiesbaden zu diskutierenden Vorschläge der Rundfunkkommission – von der Kopfpauschale bis zur Steuerfinanzierung – werden auch einen Klärungsprozess beinhalten müssen, damit sich Planungen dann in eine bestimmte Richtung ergeben können, deren rechtliche Untersetzung im Elften Rundfunkänderungsstaatsvertrag und in einer Novellierung des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages niederschlagen müssen. Ob sich ein weitgehendes Festhalten an der bisherigen Gebührenpraxis mit Änderungen, zum Beispiel im Hinblick auf die Beseitigung von Ungleichbehandlungen, durchsetzen wird, die Haushaltsabgabe, die personenbezogene Abgabe oder ein steuerfinanziertes Modell, alle vier Varianten und die möglichen Mischformen haben ungleich auch eine verfassungsrechtliche Dimension. Zugleich legen die Finanzierungsregelungen die Basis für die technischen Entwicklungen für eine Zeit, die heute nur bruchstückhaft mit dem Begriff der Digitalisierung aufgezeigt wird. Und wer gestern den „Medienspiegel“ aufmerksam gelesen hat, wird festgestellt haben, Handy-TV kommt 2008.

Das bei Zusagen eingestellte Verfahren der Europäischen Kommission wirkt ebenso. Die Ministerpräsidenten liegen im Endspurt zum Zehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag. An dieser Stelle würde mich im Zusammenhang mit der Berichterstattung auch interessieren, was denn aus unserer Beschlusslage des Parlaments zur Neufassung der Gebührenbefreiungstatbestände geworden ist. Aber die meisten Herausforderungen, die mit dem Elften Rundfunkänderungsstaatsvertrag zu lösen sind, ergeben sich aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 11. September dieses Jahres beziehungsweise werden von diesem beeinflusst – Onlineangebote, Programmweiterung, Verschlüsselungen, Spartenprogramme, Mediatheken, Audio und Video Demand, Werbeverbot, Rechteerwerb und -verwertung und so weiter und so weiter.

7,3 Milliarden Euro Rundfunkgebühren sind natürlich eine Menge Geld, aber wenn die Googles dieser Welt auf den deutschen Rundfunkmarkt drängen, dann sind 7 Milliarden Euro eher kleine Beiträge. Von daher ist es wichtig, im Vorfeld von den Verhandlungsoptionen und -positionen unserer Landesregierung zu erfahren und ob zum Beispiel unser Ministerpräsident dafür ist, das Parlament künftig nicht mehr mit Gebührenfestsetzung zu befassen. Insofern wird sich der Landtag, ob nun der Antrag heute beschlossen, für erledigt erklärt oder in den Ausschuss überwiesen wird, in den nächsten zwölf Monaten des Öfteren mit Grundfragen der Medienpolitik in Deutschland befassen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Bluhm.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus in Vertretung für den Ministerpräsidenten. Bitte, Herr Minister Seidel.

Minister Jürgen Seidel: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon richtigerweise angesprochen worden, die Ministerpräsidenten tagen in Wiesbaden. Insofern trage ich jetzt hier die Meinung des Ministerpräsidenten vor.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil vom 11. September 2007 zur Rundfunkgebührenfestsetzung die hervorgehobene Stellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gestärkt. Die Richter legten dabei besonderen Wert auf die Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Systems in der digitalen Welt. Der Gesetzgeber sei verpflichtet, für die notwendigen Bedingungen zu sorgen. Mit dem Urteil weist das Bundesverfassungsgericht der Politik und dem Gesetzgeber einen Weg, der sich anhand nachfolgender Grundaussagen skizzieren lässt:

Erstens. Das Gericht sprach sich ausdrücklich dagegen aus, die Balance zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Anbietern zugunsten der privaten zu verändern.

Zweitens. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Grundrecht der Rundfunkfreiheit bei der Gebührenfestsetzung Priorität eingeräumt.

Drittens. Das im Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag festgelegte dreistufige Verfahren zur Festsetzung der Rundfunkgebühren hat das höchste deutsche Gericht bestätigt. Es hat auch unterstrichen, dass der fachlich ermittelte Finanzbedarf, den die Gebührenkommission, kurz genannt KEF, ein aus Sachverständigen zusammengesetztes, unabhängiges Gremium festgestellt hat. Dies muss die Grundlage bleiben. Der Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag lasse Abweichungen zu. Diese müssten aber intensiver begründet werden, als dies 2004 der Fall war. Die Ministerpräsidenten haben daher künftig das Recht und die Pflicht, die Sozialverträglichkeit einer Gebührenerhöhung zu prüfen.

Meine Damen und Herren, das dreistufige Verfahren sieht daher weiterhin wie folgt aus:

Stufe 1: Bedarfsanmeldung

Auf der Grundlage ihrer Programmentscheidungen melden die Rundfunkanstalten ihren Finanzbedarf an.

Stufe 2: Überprüfung dieser Bedarfsanmeldung

Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs, die von mir schon erwähnte KEF, prüft zum einen, ob sich die Programmentscheidungen im Rahmen des Rundfunkauftrages halten, und zum anderen, ob der darauf abgeleitete Finanzbedarf im Einklang mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit steht. Im Ergebnis erstellt sie alle zwei Jahre einen Bericht an die Landesregierung.

Stufe 3: Gebührenfestsetzung

Auf der Grundlage des Berichtes setzen die Länder die Gebühren fest. Dabei sind Abweichungen von der Bedarfsfeststellung erlaubt, aber nur insoweit, als sie die in Artikel 5 Grundgesetz ausdrücklich geschützte Rundfunkfreiheit nicht unzulässig beeinträchtigen.

Gründe für Abweichungen von der von der KEF geprüften Bedarfsanmeldung werden sich nach der Urteilsbegründung des Bundesverfassungsgerichtes im Wesentlichen auf den Informationszugang und die angemessene Belastung der Rundfunkteilnehmer beschränken. Diese Gründe müssen zudem nachprüfbar sein.

Die von den Länderchefs 2004 als Kompensation genannten Einsparpotenziale infolge veränderter Rahmenbedingungen, also Selbstverpflichtungen oder etwa die Umstellung auf das Digitalfernsehen, konnten nicht Gegenstand der Bedarfsfeststellung im 14. Bericht der KEF vom 5. Januar 2004 sein. Deren rechtliche Grundlage ist erst mit dem Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, der am 1. April 2005 in Kraft getreten ist, geschaffen worden. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes hätte die KEF deshalb Gelegenheit haben müssen, ihre Bedarfsfeststellung noch einmal zu überprüfen, was ihr mangels einer – ich zitiere – „begründeten Vorlage so nicht möglich war.“ Mit dieser Feststellung hat das höchste deutsche Gericht die Arbeit der unabhängigen KEF für die Zukunft deutlich gestärkt.

Über den Weg der Gebührenfestsetzung dürfen die Länder keine der die Programmgestaltung betreffenden oder medienpolitischen Ziele durchsetzen.

Eines muss an dieser Stelle aber auch gesagt werden: Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hindert natürlich Mitglieder der Landesregierung und deren Parlamente nicht daran, sich für medienpolitische Struktur-reformen einzusetzen und ihre gesetzliche oder wie auch immer geartete Umsetzung vorzubereiten. Das Gericht billigt ihnen zudem ausdrücklich zu, dass sie die finanziellen Folgen thematisieren dürfen, wenn zuvor die dafür notwendige gesetzliche Umsetzung stattgefunden hat.

Was sind nun die unmittelbaren Konsequenzen aus dem Urteil? Da die neue Gebührenperiode schon am 1. Januar 2009 beginnt, halten es die Richter für verfassungsrechtlich hinnehmbar, bis dahin von einer Neufestsetzung der Gebühr abzusehen.

Ganz aktuell hat die KEF den Entwurf zum 16. Gebührenbericht vorgelegt und die Rundfunkkommission für den 30. Oktober 2007 zur Erörterung eingeladen. Die Kommission hält eine Anhebung der Rundfunkgebühren um 93 Cent zum 1. Januar 2009 für die Dauer von vier Jahren erforderlich. Von diesen 93 Cent entfallen 56 Cent auf die ARD, 35 Cent auf das ZDF und 2 Cent auf das DeutschlandRadio. Die Rundfunkgebühr würde dann 17,96 Euro pro Monat betragen, zurzeit sind es 17,03 Euro pro Monat. Die Länder werden die Gebührenerhöhung für den Zeitraum 2009 bis 2012 voraussichtlich in einem auf dieses Thema beschränkten Staatsvertrag regeln.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun auf den zweiten Teil des Antrages, auf die grundlegenden Positionen der Landesregierung zur Weiterentwicklung des Rundfunks in Deutschland, eingehen.

Erstens. Wir müssen uns entsprechend des Auftrages der Ministerpräsidentenkonferenz vom Oktober 2006 um eine Neustrukturierung der Rundfunkgebühren bemühen. Entgegen den Erwartungen hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil dazu nicht Stellung genommen. Wegen der dargelegten Vorgaben zum Verfahren können mögliche Struktur-reformen aber erst 2013 greifen. Mecklenburg-Vorpommern wird sich dafür einsetzen, dass das gewählte Modell sozial gerecht ist. Sollte es grundsätzlich beim derzeitigen Gebührenmodell bleiben, werden wir dafür eintreten, dass Vermieter bei ganzjähriger

Rundfunkgebührenpflicht bereits ab der ersten Ferienwohnung 50 Prozent Ermäßigung erhalten.

Zweitens. Bis Mai 2009 muss die im April 2007 ergangene Entscheidung der EU-Kommission im sogenannten Beihilfekompromiss umgesetzt werden. Aus unserer Sicht, würde ich sagen, hat sich das duale Rundfunksystem, also öffentlich-rechtliche und private Rundfunkanstalten, durchaus bewährt. Dass ARD und ZDF an der digitalen Entwicklung teilhaben dürfen, hat nicht nur das Bundesverfassungsgericht, sondern grundsätzlich auch die EU-Kommission anerkannt. Allerdings fordert die EU-Kommission, dass das digitale Angebot den gesellschaftlichen Bedürfnissen zu entsprechen hat, den publizistischen Wettbewerb stärken, aber auch in einem finanziell angemessenen Rahmen bleiben muss. Die Kontrolle darüber obliegt den Rundfunkgremien und den Ländern.

Darüber hinaus soll die Transparenz im Bereich der kommerziellen Aktivitäten, wie beispielsweise der Werbung, erhöht werden. Die Prüfungsrechte von Rechnungshöfen und anderen Kontrollorganen müssen erweitert werden. Angesichts des engen Zeithorizontes ist die Arbeitsebene zu diesem Zweck bereits mit Beratungen und Entwürfen für den Elften Rundfunkänderungsstaatsvertrag befasst. Ziel ist es, die Staatsvertragsverhandlungen bis zur Jahreskonferenz der Ministerpräsidenten im Herbst 2008 abzuschließen, damit ein Inkrafttreten zum 1. Mai 2009 möglich ist. Mecklenburg-Vorpommern wird sich in diesem schwierigen Prozess dafür einsetzen, dass einerseits die Position des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht geschwächt wird, dieser aber gleichzeitig die Vorgaben des Beihilfekompromisses als Chance begreift, seinen Wert und seine Aufgabe in der Gesellschaft den Bürgerinnen und Bürgern näherzubringen.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass ich Sie hiermit im Sinne des Antrages über den aktuellen Sachstand, die Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 11. September 2007 sowie die anstehenden Aufgaben und grundlegenden Positionen der Landesregierung zur Weiterentwicklung des Rundfunks in Deutschland informieren konnte. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Polzin von der Fraktion der SPD.

Heike Polzin, SPD: Ja, mein überraschtes Gesicht ist wahrscheinlich jetzt keinem verborgen geblieben. Ich gehe davon aus, dass sich nach dem umfassenden Bericht des stellvertretenden Ministerpräsidenten für den Ministerpräsidenten der Antrag erledigt hat.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Es kann heute ja mal jemand anfangen, bei einem Thema, zu dem alles gesagt ist, nichts mehr zu sagen. Ich fange damit an. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag selbst ist überflüssig.

Die Berichterstattung über das Urteil hat jeder gelesen. Das Urteil ist öffentlich gemacht worden. Was die Konsequenzen sein werden, das kann sich jeder selber ausrechnen. Die Landesregierung hätte auch ohne diesen Antrag verkündet, was sie für rundfunkpolitische Vorstellungen hat, die uns – nebenbei – nicht besonders interessieren. Unsere Haltung ist, dass diese Interessengruppen und der Parteibuchfunk, der sich öffentlich-rechtlich nennt, endlich weg müssen, denn weder ist er für die Öffentlichkeit von geringstem Nutzen noch hat er allzu oft recht. Vor allem ist er viel zu teuer. Über 7 Milliarden Euro kassieren die Sender an Rundfunkgebühren jährlich, ohne ein Programm zustande zu bringen, das besser wäre als das der Privatsender. Es geht eher noch in Richtung nach unten. Das meiste geht für Personalkosten drauf, ein aufgeblasener Verwaltungsapparat, um ein Vielfaches größer als bei allen Privaten zusammen, den keiner braucht, außer denen, die dort ihre gemütlichen Versorgungsposten gefunden haben.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Herangeschafft wird das Geld von einer Organisation, die eigentlich ideal für ehemalige Stasimitarbeiter gewesen wäre, soweit sie nicht im Staatsdienst gelandet sind, etwa bei der Birthler-Behörde, wo ja einige untergekommen sind. Die GEZ überzieht das Land mit einem Netz der Spitzelai. Die Methoden der Außendienstmitarbeiter werden immer dubioser und führen immer häufiger zu Strafverfahren, etwa wegen Nötigung. Die Sender profitieren von diesen zweifelhaften Machenschaften, aber waschen gleichzeitig ihre Hände in Unschuld, indem sie auf eigene Rechnung auf Provisionsbasis arbeitende Leute verwenden, von denen sie sich jederzeit distanzieren können nach dem Motto: Wir kassieren, aber wir wissen von nichts.

Abstoßend ist auch die Intoleranz, die innerhalb der sogenannten Öffentlich-Rechtlichen immer mehr um sich greift, wie sich am Fall Eva Herman zeigte. Die Frau war ja noch nicht einmal eine erklärte Gegnerin des herrschenden Parteiensystems wie wir. Jahrzehntlang diente sie brav dem Mediensystem und dann leistete sie sich einmal eine Formulierung, die ein wenig neben dem vorgeschriebenen Glaubenskodex lag und die sie noch nicht einmal so gemeint hatte, und die Strafe ist sofortige Existenzvernichtung. Man kam sich vor wie in George Orwells „1984“,

(Udo Pastörs, NPD: Oder in der DDR.)

wo in Ungnade gefallene Parteimitglieder einfach aus der Geschichte gestrichen wurden, als die Talkshow „Herman & Tietjen“ auf einmal nur noch „Tietjen“ hieß. Wo war Herman geblieben? Nach langen Jahren als Nachrichtensprecherin mit umfassenden Kenntnissen über das Innere des Apparates hat sie nun erkannt, dass die veröffentlichte Meinung doch etwas ganz anderes ist als die wahre öffentliche Meinung.

(Vizepräsident Hans Kreher
übernimmt den Vorsitz.)

Dann dieses Tribunal bei Kerner. Hinsetzen, alle gegen einen und raus! Rechte der Angeklagten keine. Für manche mag das Zivilcourage sein. Für manche ist es auch Zivilcourage, für Gewalttäter zu sammeln. Für uns ist das Inquisition.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ui! –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Das wundert uns nicht.)

Uns ist Herr Kerner keinen Pfennig Gebühren wert. Die Öffentlich-Rechtlichen sollen sich genauso am Markt behaupten wie ihre Konkurrenten – ohne Gebühren. Privilegien haben sie nicht verdient. Wenn sie das nicht schaffen, dann gehen sie eben pleite. Keiner wird sie vermissen. Die sollen ruhig mal die freie Marktwirtschaft in ihrer ganzen Schärfe kennenlernen. Allerdings, Gerechtigkeit muss sein. Alles war auch nicht schlecht im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Die NDR-Sendung am Montag,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Die war klasse, ja.)

die hat uns recht gut gefallen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Der reinste Werbefilm. Danke, NDR, weiter so!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Zahlen Sie doch zu Recht Gebühren.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Andrejewski.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende der CDU Herr Dr. Jäger.

(Volker Schlotmann, SPD:
Die haben doch zurückgezogen.)

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Präsident, ich wollte eigentlich zurückziehen und ich hatte mich darauf verlassen, dass der Antragsteller – ich kann das nicht tun – den Antrag für erledigt erklärt, denn wir haben einen umfassenden Bericht gehört.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Dann muss er erst mal drankommen.)

Ich schließe mich dem an, was die Kollegin Polzin gesagt hat. Ich glaube, es sind der Worte genug gewechselt, und das, was Herr Bluhm einfürend gesagt hat, werden wir hier beherzigen. Den Bericht haben wir gehört. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Dr. Jäger.

Es hat jetzt noch einmal das Wort der Abgeordnete und Vizepräsident des Landtages Herr Bluhm von der Fraktion DIE LINKE.

(Harry Glawe, CDU: Da muss wieder einer
gedreht haben von den Schriftführern. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ich war es nicht. –
Harry Glawe, CDU: Dann haben die
Schriftführer das wieder umgedreht.)

Andreas Bluhm, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Andrejewski, eine Vorbemerkung zu Ihnen: Öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland gibt es auf der Grundlage des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

mit einer sehr umfänglichen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes. Und da ist es eine sehr irriige Annahme, die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zumachen zu wollen, wie Sie hier formuliert haben.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine Damen und Herren, aktuelle Überschriften der großen Tageszeitungen: „Das Urteil ist kein Freibrief“, „Großbaustelle Rundfunkpolitik“, „Krieg der Leuchttürme“, „Aus vier macht zwei“, „Mehrheit für Werbefreiheit bei ARD und ZDF“ und so weiter. Neben den Fragen der Weiterentwicklung der Rundfunkgebührenmodelle, wozu mit dem Urteil unisono von allen Beteiligten – sowohl von den Ländern als auch von den Anstalten – die Rechtssicherheit gegeben sei, macht die Umsetzung des Richterspruches eine Menge an Anstrengungen jetzt erst erforderlich, um weitergehende Fragen zu entscheiden, denn die Frage der Reform der Rundfunkgebühr hat zwei Hauptfragen:

Erstens. Wie soll sie künftig erhoben werden?

Zweitens. Wie wird sie künftig überhaupt festgelegt?

Die Frage nach dem Wie des Erhebens der Rundfunkgebühr ist auch nicht losgelöst von Brüssel zu entscheiden – Herr Seidel hat darauf hingewiesen –, auch nicht vor dem Hintergrund technischer Entwicklungen. Denn kehrt man der Gerätebezogenheit der Gebühr den Rücken – Radio, Fernseher und Computer, wobei auch noch nicht so ganz klar ist, was mit Handy-TV ist, werden nun alle Handys gebührenpflichtig, das sind Fragen, die beantwortet werden müssen –,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dann braucht man zum Beispiel die Einführung einer Art Rundfunksteuer, die unabhängig von den im Haushalt vorhandenen Geräten erhoben würde. Dies allerdings wäre eine Beihilfe, die von Brüssel genehmigt werden müsste. Auch die offensichtlich von den Verfassungsrichtern etwas favorisierte sogenannte Indexierung ist bei den Ländern und Experten nicht unumstritten. Dieses Verfahren bedeutet genauso quasi einen automatischen Gebührenanstieg, aber auch hier gibt es rechtliche Bedenken, denn die EU-Kommission könnte hier eine unzulässige Überkompensation sehen.

Der zweite große Themenblock, der sich aus dem Urteil ergibt, ist das Angebot der ARD, des ZDF und DeutschlandRadios. Mit der Ausdehnung der Verbreitungswege und umfänglich werdender Onlineangebote machen die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nicht nur den privaten, sondern auch den Internetausgaben von Zeitungen und Magazinen Konkurrenz. Wohl aber dürfen die Länder, das gesteht auch das Verfassungsgericht zumindest grundsätzlich zu, den Aufgabenbereich für die Anstalten abgrenzen. Und hier toben öffentlich heftige Debatten mit starken Worten, wie zum Beispiel vom Verband der privaten Rundfunk- und Telekommunikationsunternehmen und der Verleger. Die FAZ vom 17.10.2007, Christoph Fiedler: „Wenn ARD und ZDF ihre elektronische Presse mit Text, Bild und Abrufvideos zur dritten Säule ausbauen dürfen, gibt es bald kein einziges Mediensegment mehr, das von öffentlich-rechtlicher Wettbewerbsverzerrung frei ist.“

Und nicht zuletzt auch auf Druck der Brüsseler Wettbewerbskommission gab es hier klare Zusagen der Bundesrepublik, die zur Einstellung des Verfahrens vor der EU geführt haben. Zusätzliche Angebote der Rundfunkanstalten sind ab Frühjahr 2009 einer Bedarfsprüfung zu unterziehen, dem sogenannten Public-Value-Test. Dieser soll sich aber nicht auf die traditionellen Radio- und Fernsehprogramme, sondern nur auf die digitalen Medien, also etwa digitale Sportkanäle, Handyfernsehen oder Onlineangebote beschränken. Ein Schelm, der Böses dabei denkt, wenn ZDF und ARD ihre Mediatheken sogar

schon 2007 auf den Weg gebracht haben beziehungsweise gerade bringen. Hier greift die Selbstverpflichtung der Anstalten wohl nur zum Teil, den Public-Value-Test schon als Probelauf zu vollziehen. Die Politik muss also klären, was unter dem verfassungsrechtlichen Begriff „Funktionsauftrag“ und was unter dem ausgestaltenden, mit Brüssel vereinbarten Begriff „Public Value“ zu verstehen ist. Diese Definition kann und darf Politik nicht, auch Landespolitik nicht, einem rhetorischen Wettbewerb der Anstalten oder ihrer Selbstdefinition überlassen.

Ebenso ist zu entscheiden, ob von dem Urteil die ermöglichte Programmzahlbegrenzung erfolgen soll und ob das nur für die klassischen Übertragungswege UKW und DAB gelten soll oder auch für Programmangebote, die linear im Internet ausgebracht werden. Die Medienpolitik muss dann auch in Folge entscheiden, ob das Bestreben der ARD, ihrer Digitalstrategie zu folgen, den Status quo in der Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen dem nationalen Hörfunk und den Landesrundfunkanstalten verändert. Die Landesrundfunkanstalten der ARD bereiten einen nationalen Wissenskanal, einen nationalen Kinderkanal, einen nationalen Integrationskanal und einen nationalen Informationskanal vor. Das ist eine Absage an das bestehende Gleichgewicht zwischen ZDF, DeutschlandRadio und ARD.

Also von daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, wollte ich mit meinem zweiten Redebeitrag nur deutlich machen, es gibt im Bereich der Rundfunkpolitik, auch vor dem Hintergrund der Ministerpräsidentenkonferenz, Diskussions- und Klärungsbedarf. Das, was sicherlich heute zu sagen war, hat Herr Seidel namens des Ministerpräsidenten hier erklärt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben.)

Es wäre irrig anzunehmen gewesen, dass hier schon Verhandlungsergebnisse hätten verkündet werden können, wenn die Gespräche parallel laufen. Von daher hat sich der Antrag zur Berichterstattung verfahrensmäßig erledigt. Nichtsdestotrotz wird es Aufgabe des Parlaments im Rahmen von Selbstbefassung oder Beratung hier im Plenum sein, sich zu diesen Grundfragen, welches Gebührenmodell, welche Gebührenfestsetzungsmethode und -erhebung und welche programmlichen Ausgestaltungen in Zukunft eine relevante Frage darstellen können, zu verständigen. Von daher ist nach dem Karlsruher Urteil die Medienpolitik in Deutschland wieder richtig spannend.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Bluhm.

Ich habe es so verstanden, dass auch der Antragsteller diesen Antrag für erledigt erklärt hat. Darüber muss ich aber noch abstimmen lassen. Wenn Sie der Meinung sind, dass dieser Antrag erledigt ist, dann bitte ich Sie um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag der Fraktion DIE LINKE für erledigt erklärt worden.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – SGB II ändern und „Job-Nomadentum“ für unzumutbar erklären, Drucksache 5/914.

**Antrag der Fraktion der NPD:
SGB II ändern und „Job-Nomadentum“
für unzumutbar erklären
– Drucksache 5/914 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Andrejewski von der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Viele Empfänger von Arbeitslosengeld II glauben fälschlicherweise, man könne sie nicht gegen ihren Willen zu einem Umzug in eine andere Region oder gar ins Ausland zwingen, damit sie dort einer Beschäftigung nachgehen sollen. Aber das ist falsch, der Paragraf 10 des SGB II, der regelt, welche Tätigkeiten zumutbar sind, erlaubt das durchaus. Eine Arbeit ist nicht allein deshalb unzumutbar, weil der Beschäftigungsort vom Wohnort des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen weiter entfernt ist als ein früherer Beschäftigungs- oder Ausbildungsort.

Es herrscht, wie der Kommentar zum SGB II von Eicher und Spellbrink dies ausdrückt, der grundsätzliche Zwang zum Job-Nomadentum, Spiel ohne Grenzen für das von Ihnen geschaffene Prekariat. Das Kontrastprogramm zur Mauer sozusagen – damals durfte man nicht weggehen, heute muss man, wenn man Pech hat. Für sich betrachtet stellt übermäßige Entfernung keinen Grund dar, wieso eine Stelle nicht angetreten werden sollte. Es ist noch nicht einmal ausdrücklich geregelt, dass das Ausland nicht infrage kommt. Im Gegenteil, es wird gesagt: Das SGB II ist international offen, weltweit. Das gilt nicht nur für reguläre Arbeitsplätze, sondern auch für bloße Trainingsmaßnahmen. Der Zwang zur biografischen Entwurzelung muss eben hingenommen werden, weil der Hilfsbedürftige alles zu tun hat, um einen noch so schlecht bezahlten Job zu bekommen, und auch überall hinzuziehen hat.

Grundsätzlich zumutbar ist Pendeln, wobei die Pendelzeiten gemäß Paragraf 121 SGB III zwar begrenzt sind, aber viel nützt das nicht, weil auch das Umziehen grundsätzlich zumutbar ist ebenso wie das Aufgeben von ehrenamtlichem Engagement, zu dem man sonst ständig aufgerufen wird. Wenn man die Leute auf diese Weise vertreibt, dann muss man sich nicht wundern, wenn die Freiwilligen Feuerwehren immer schwächer werden. Dann helfen auch teure Imagekampagnen nichts. Als unzumutbare Belastung gilt nur, was vom Persönlichkeitsrecht keinen relevanten Realisierungsraum mehr übrig ließe, wie es hochgestochen heißt. Auf Sparflamme darf man ein Minimum an Kontakten zum gewohnten sozialen Umfeld beibehalten.

Dazu wird im genannten Kommentar die Ansicht vertreten, 15 Sonntage im Jahr würden reichen. Könnte man diese in der Heimatregion verbringen, dann sei von Entwurzelung nicht die Rede. Ein Beispiel aus dem Kommentar: „Es muss eine erwerbsfähige hilfsbedürftige Biologin, mit Wohnsitz in Freiburg/Breisgau, eine Tätigkeit auf einer nicht mehr als 37 Sonntage umfassenden Forschungsfahrt in der Antarktis aufnehmen.“ Wohlgemerkt: Das Schiff muss sie ja irgendwo absetzen, von wo aus sie theoretisch nach Hause fliegen könnte, um dort 15 Sonntage zu verbringen – nicht Wochen, sondern Sonntage. Wenn sie zu wenig verdient, um sich diese Reise zu leisten – Billiglöhnerin in der Antarktis –, Pech gehabt, es gibt ja auch Billigakademiker mittlerweile. Die Möglichkeit reicht.

Nun gibt es gesetzlich anerkannte Unzumutbarkeitsgründe, die zusammen mit einer übermäßigen Entfernung einer solchen Verschickung entgegenstehen können, vor allem, wenn die Erziehung von Kindern gefährdet ist oder die Pflege eines Angehörigen nicht mehr gewährleistet werden kann. Aber auch da versuchen die Ämter alles,

um andere Familienmitglieder in die Pflicht zu nehmen, damit der Hartz-IV-Empfänger endlich aus der Statistik verschwindet. Außerdem greifen diese Unzumutbarkeitsgründe ausgerechnet bei der Gruppe nicht, die das Land unbedingt braucht, bei jungen Leuten, von denen schon viele ausgewandert sind, dank der großartigen Familienpolitik von CDU, SPD und der LINKEN, die dieses Bundesland seit mittlerweile 18 Jahren in Grund und Boden regieren. Insgesamt haben seit 1990 auf der Flucht vor Ihrer Politik 1,5 Millionen Menschen die fünf neuen Länder verlassen. Ganze Jahrgänge haben „übergemacht“, wie es früher so schön hieß. Der Jahrgang 1977 zum Beispiel ist größtenteils weg. Die Geburtenzahlen bleiben katastrophal niedrig. Das hat zuletzt der Dreißigjährige Krieg geschafft, was SPD, LINKE und CDU bevölkerungspolitisch als Bilanz vorzuweisen haben. Und der Schwund geht weiter.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Also wenn schon vollständig, dann
müssen Sie auch die FDP mitnehmen.)

Ja, die haben auch mitregiert, stimmt,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, ja.)

auch die FDP in der 1. Legislaturperiode. Okay, das sehe ich ein, auch wenn sie kaum da ist.

1998 lebten im Kreis Uecker-Randow noch 87.000 Menschen, 2003 waren es noch 82.000, heute sind es 76.500 und für das Jahr 2020 erwartet man 55.000. Das Durchschnittsalter stieg insgesamt in Mecklenburg-Vorpommern von 35,8 Jahren 1990 auf 43,8 Jahre heute. Allein im Jahre 2005 verabschiedeten sich 3.098 junge Frauen zwischen 15 und 25 Jahren, weil sie hier keine Perspektiven sahen und vielleicht auch, weil sie die ewige Selbstbeweihräucherung des Herrn Ministerpräsidenten satt hatten. Das allein ist für viele schon ein Grund zum Auswandern.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Warum sind Sie denn hergekommen?)

Und in dieser Situation ist es nicht nur rechtlich möglich, junge Leute zum Umzug in andere Bundesländer, ja, sogar ins Ausland zu zwingen, es wird mittlerweile in der Praxis auch gemacht. Früher haben sich die Hartz-IV-Behörden damit begnügt, die jungen Leute mit allen Mitteln wegzulocken. Nicht nur der Umzug wurde bezahlt, auch die ersten Monatsmieten in der neuen Heimat in Bayern, Österreich oder sonstwo, die Wohnungseinrichtung auch und zusätzlich wurden noch Prämien ausgelobt. So sorgte man für die Abwanderung der Jugend, während man wie immer gleichzeitig eine Rückholagentur gründete mit dem schicken Namen „mv4you“, die die Leute zur Rückwanderung nach Mecklenburg-Vorpommern animieren soll, nachdem man sie weggejagt hat.

(Udo Pastörs, NPD: Das passt in den
angloamerikanischen Wahnsinn.)

So kann man sich auch beschäftigen. Jetzt werden uns Fälle bekannt, wo Druck ausgeübt und nicht nur gelockt wird. Es wird mit Leistungskürzungen gedroht, wenn man sich nicht zum Umzug nach Österreich bereit findet, und zwar jungen Frauen, da haben wir konkrete Fälle, die unbedingt im Land bleiben sollen, wie man sagt. Schriftlich hat das bisher noch keiner bekommen. Man versucht, die Leute in Gesprächen müde zu machen, aber die Einschüchterung beginnt zu funktionieren, und wahrscheinlich nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern. Deshalb muss das SGB II schleunigst geändert wer-

den, etwa mit dem Zusatz in Paragraf 10: „Umzüge zum Zwecke der Arbeitsaufnahme sind unzumutbar“, damit das rechtlich nicht mehr möglich ist. Dann bliebe übrig, was akzeptabel ist, das Pendeln, das machen ja genug.

Es gibt auch genug Bürger, die das Land aus eigenem Entschluss verlassen. Ärzte gehen lieber nach Skandinavien oder England, in einigen Branchen werden schon Facharbeiter knapp. Es wurde ja heute gesagt, dass man sich bald um junge Leute balgen wird, um Lehrlinge, während dieses Verjagungsprogramm aber weitergeht. Da muss der Staat nicht noch Druck machen und nachhelfen, es sei denn, das Ausbluten des Landes ist von einigen politisch gewollt. Wo keine Menschen mehr leben, da liegt das Paradies für Industriezweige, die sonst keiner in seiner Nachbarschaft haben möchte, riesige Schweinemastfabriken, raßende Steinkohlekraftwerke, Atommüllzwischenlager, Rapsölmühlen und keine störenden Bürger.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Was hält Sie eigentlich in Mecklenburg-Vorpommern?)

In Brandenburg werden mittlerweile schon Wegzugsprämien für die letzten Einwohner fast verlassener Dörfer diskutiert. Sie reden davon, die Kümmerkompetenz von der NPD wiedergewinnen zu wollen, aber durch das Hinausekeln der jungen Leute ins Ausland wird Ihnen das kaum gelingen. Das mag zwar zunächst billiger sein als deren Qualifizierung und besser für kurzfristige Statistiken, es dürfte sich jedoch auf die Dauer bitter rächen und es rächt sich jetzt schon. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Heydorn von der SPD.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Jörg Heydorn, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Müller von den neuen Nazis hat uns ja quasi vorgehalten, dass von uns hier immer nur Fensteranträge gestellt werden. Wenn man sich diesen Antrag genau ansieht, ist das der Prototyp eines Fensterantrages.

(Stefan Köster, NPD: Also Sie wollen, dass die jungen Menschen ins Ausland gehen?
Danke schön, Herr Heydorn, das werden wir gut verwenden können.)

Das ist der Prototyp eines Fensterantrages.

Also was wollen Sie von mir? Halten Sie doch einfach den Mund! Hören Sie zu, vielleicht können Sie noch was dazulernen!

(Stefan Köster, NPD: Ja, das werden Ihre Mitbewohner auf dem Dreesch in Kürze lesen können. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ja, so ist es.

Was wird hier versucht, den Leuten zu suggerieren?

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es gibt Arbeitsgemeinschaften, die nötigen die Ein-Euro-Jobber ins Ausland, damit sie Frondienste zu leisten haben für 1 Euro oder weniger. Es wird versucht zu suggerieren, dass eine Abwanderung aus Mecklenburg-Vor-

pommern und unsere demografische Entwicklung darauf zurückzuführen sind, dass Menschen gezwungen werden, das Land zu verlassen.

(Stefan Köster, NPD: Ja, das ist doch so.)

Das sind im Grunde genommen die Dinge, die hier zur Sprache gebracht werden von Herrn Andrejewski.

(Udo Pastörs, NPD: Wenn Sie morgens auf der Pirsch auf Ihrem Hochsitz sitzen, dann fahren die Normalbürger 80, 100, 150 Kilometer zur Arbeit. Das interessiert Sie gar nicht.)

Das ist letztendlich hier allen bekannt und wir wissen, dass es so ist.

(Udo Pastörs, NPD: Sie frönen Ihrer Jagdleidenenschaft, währenddessen der kleine Mann anderthalb Stunden Anreise in Kauf nimmt, und das zurück noch mal. Das ist die Tatsache. – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Die Frage ist doch nur: Was treiben Sie hier? Sie kommen hier nach vorn, machen ein wichtiges Gesicht, legen Ihren Zettel auf den Tisch, lesen vor und hetzen.

(Stefan Köster, NPD:
Wir setzen Sie unter Druck.)

Wir haben hier von Ihnen noch keinen konstruktiven Beitrag gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sie haben hier doch noch nie einen Vorschlag gebracht, Herr Pastörs, wie Sie Hunderttausend Arbeitsplätze in diesem Land schaffen wollen. Sie hetzen doch nur, Sie sind der Prototyp eines Hetzers,

(Udo Pastörs, NPD: Oh, oh!)

der die Leute aufwiegeln will, aber sonst nichts anderes!

(Stefan Köster, NPD: Sie benebeln die Leute. – Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Sie stehen doch nicht hier vorn und bringen sich konstruktiv in eine Debatte ein. Herr Andrejewski macht hier immer ein wichtiges Gesicht, Sie erinnern mich so ein bisschen an Pumuckl. Also am liebsten würde ich lachen, wenn es nicht so traurig wäre.

(Stefan Köster, NPD: Schauen Sie mal in den Spiegel, Herr Heydorn! – Udo Pastörs, NPD: Gartenzwerg. – Zuruf von Tino Müller, NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Abgeordneter Heydorn, einen Augenblick Unterbrechung. Herr Abgeordneter Heydorn,

(Zurufe von Raimund Borrmann, NPD, und Michael Andrejewski, NPD)

auch Sie fordere ich auf, persönliche Verletzungen zu unterlassen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Es gibt schlimmere Beleidigungen. – Michael Andrejewski, NPD: Pumuckl ist in Ordnung, das fand ich lustig. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Jörg Heydorn, SPD: Nun schauen wir uns die Realität mal an. Das Thema Zumutbarkeit in den Arbeitsgesetzen beschäftigt uns seit 1918.

(Udo Pastörs, NPD: Jetzt kommt der Historiker. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Seit 1918, mit den ersten Arbeitsmarktgesetzen, hat man sich darüber Gedanken gemacht, was letztendlich zumutbar ist, wenn es darum geht, Arbeit aufzunehmen. Ich will nicht weiter darauf eingehen. Ich glaube, auch bei den demokratischen Parteien gibt es hinsichtlich der Zumutbarkeitsfrage unterschiedliche Auffassungen.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Auch da gibt es unterschiedliche Auffassungen, was das Thema Zumutbarkeit betrifft.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Aber sich hier hinzustellen und zu sagen, es ist im Grunde nichts mehr zumutbar, ohne dass in irgendeiner Form von Ihnen Alternativen angeboten werden können, Sie hetzen nur, Sie bieten keine Alternativen.

(Udo Pastörs, NPD: Sie wiederholen sich jetzt.
Sagen Sie doch mal was Substanzielles!)

Und ich finde es durchaus sinnvoll, wenn ein Mensch, der hier keine Arbeit findet, sich sagt: Bevor ich hier arbeitslos bin und nichts tue, suche ich mir an anderer Stelle Arbeit.

(Raimund Borrmann, NPD:
Darum geht es doch gar nicht.)

Und ich finde, es ist letztendlich zumutbar, das zu fordern. Ich finde es aber auch richtig ...

(Udo Pastörs, NPD: Ihr habt ihnen
blühende Landschaften versprochen
und jetzt gehen sie aus M-V raus.)

Da müssen Sie mal differenziert hingucken.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, das tue ich. –
Stefan Köster, NPD: Ziehen Sie
lieber wieder ins Ruhrgebiet!)

Ich finde es aber auch richtig, als Land Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen der Agentur „mv4you“ zu versuchen, Menschen hierher zurückzuholen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das ist doch eine völlig klare Sache, so etwas passiert doch. Ich kann Ihnen hier auch einige Beispiele bringen, wo Menschen, die in anderen Bundesländern gearbeitet haben, wieder nach Mecklenburg-Vorpommern zurückgekommen sind. Das ist regional sehr verschieden.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Das, was Sie hier als Antrag einbringen, das SGB II an der Stelle zu verändern, bringt doch für uns gar nichts. Das bringt gar nichts.

(Udo Pastörs, NPD: Aber für die
Menschen draußen bringt es was.
Für die Bedürftigen bringt es was. –
Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Das bringt für Sie nur einen Fensterantrag und deswegen gehört er einfach abgelehnt, so ist das.

(Michael Andrejewski, NPD: Aber
nicht verbrennen, Herr Heydorn. –
Udo Pastörs, NPD: Er ist ja ganz von Sinnen.)

Er gehört abgelehnt, damit passiert nichts. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Heydorn.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Andrejewski von der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zuerst möchte ich zur Substanz im Beitrag von Herrn Pumuckl, ach nein, von Herrn Heydorn etwas sagen. Leider war da keine Substanz drin.

Pumuckl, war das der mit Meister Eder? Der war ganz in Ordnung,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

das finde ich gar nicht so unnützlich. Der war auch intelligent und helle, im Gegensatz zu manchem, der hier sitzt.

Was ich dann noch anfügen wollte: Ein wesentlicher Aspekt Ihrer Politik ist wirklich eine haarsträubende Widersprüchlichkeit. Ich habe es schon angedeutet, einerseits kenne ich Fälle in Ostvorpommern von jungen qualifizierten Leuten, einer aus der IT-Branche, Berufsausbildung, die wirklich massiv von der Sozialagentur bedrängt werden, abzuhalten nach Bayern oder nach sonstwohin, während man aber gleichzeitig diese Agentur hat, „mv4you“. Und wenn die dann umgezogen sind irgendwohin nach Bayern und da einen Job haben, wer ruft dann an und sagt, come back, please, wir haben jetzt einen Job für dich?

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:

Das ist doch zynisch, was Sie vortragen. –

Stefan Köster, NPD: So ist aber die Realität, Herr Professor. – Udo Pastörs, NPD: Die Realität ist zynisch. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.)

Das ist doch der Gipfel des Widersprüchlichen. Aber Sie machen das ja aus Prinzip. Sie haben auch Hunderte von Millionen ausgegeben für die Sanierung von Plattenbauten und während dieses Programm noch lief, haben Sie dann gleichzeitig ein Rückbauprogramm angefangen, wo diese sanierten Plattenbauten wieder abgerissen wurden,

(Stefan Köster, NPD: Sie stehen vor
dem Scherbenhaufen Ihrer Politik.)

wieder für Millionen, parallel. Sie sagen, wir von der NPD wären alle Holzköpfe, doof, Pumuckls und so weiter, aber gleichzeitig sind wir auch die dämonischen genialen Meisterstrategen, die wahnsinnig gefährliche Pläne haben und die in der Lage wären, mit 6.000 Mann mal eben eine 80-Millionen-Gesellschaft einzusacken.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Also was ist denn nun wahr? Sie können doch nicht alles gleichzeitig behaupten. Wie ich schon vorher gesagt habe, bringen Sie den alten Ladenhüter, dass wir die Touristen abschrecken würden, und gleichzeitig steht jeden Tag in der Zeitung: Urlauberrekord, Urlauberrekord, Urlauberrekord, und zwar da, wo wir hauptsächlich stark sind, in Ostvorpommern und auf Usedom.

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

Der Herr Seidel ist erfolgreich mit Touristen und wir vertreiben sie gleichzeitig. Wahrscheinlich habe ich Halluzinationen, wenn ich auf Usedom Touristen sehe.

(Angelika Peters, SPD: Das hat er ja schon mal gesagt. – Zuruf von Tino Müller, NPD)

Um wieder zum Thema zurückzukommen. Einerseits aus Angst vor Oskar Lafontaine und uns – Oskar Lafontaine auch, Ehre, wem Ehre gebührt – denken jetzt SPD und CDU darüber nach, dass man ALG II und ALG I vielleicht doch erleichtern soll, aber andererseits wird in der Praxis der Druck auf die ALG-II-Empfänger immer mehr erhöht. Es gibt in Uecker-Randow einen Laden, eine Abteilung in der dortigen Arbeitsgemeinschaft, die könnte man fast schon verdienstermaßen SED abkürzen, Sozial-Ermittlungs-Dienst. Diese brausen in noblen Karossen durch die Gegend und haben Praktiken, die schon an Polizeimethoden erinnern.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig, richtig.)

Da werden die Leute mit falschem Vorwand reingelockt in die Arbeitsagentur. Da heißt es: Kommen Sie vorbei, wir möchten über Ihre berufliche Zukunft reden. Dann kommen die und es sitzen da zwei Verhörer, anders kann man das nicht nennen, fallen über diese her und sagen: Geben Sie zu, dass Sie in einer Bedarfsgemeinschaft leben, geben Sie dies zu, geben Sie das zu, und halten denen Papiere zum Unterschreiben unter die Nase. Das ist schon am Rande der Nötigung und genau das wird auch gemacht mit dem Verjagen der jungen Leute aus dem Lande. Das ist die Wahrheit, auch wenn Sie noch so sehr herumpumuckeln.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Raimund Borrmann, NPD: Herr Heydorn
hat doch keine Ahnung vom Leben. –
Stefan Köster, NPD: Der
kuschelt immer mit seinem Hund.)

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/914. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/914 bei Zustimmung der NPD, aber Ablehnung aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 25:** Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Managementpläne und Monitoringprogramme in „Natura 2000-Gebieten“ umsetzen, Drucksache 5/905. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/941 vor.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD:
Managementpläne und Monitoringprogramme
in „Natura 2000-Gebieten“ umsetzen
– Drucksache 5/905 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP
– Drucksache 5/941 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete und Vizepräsidentin des Landtages Frau Holznagel von der CDU.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Dieser Antrag wird die Welt verändern.)

Renate Holznagel, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Umsetzung der FFH- und Vogelschutzrichtlinie der Europäischen Union war in den vergangenen Jahren mehrfach Thema in diesem Hohen

Hause. Die Zusagen des ehemaligen Umweltministers klingen mir noch im Ohr. Was er schon damals im Dezember 1999 versprach, waren nicht mehr und nicht weniger als Planungs- und Investitionssicherheit, Bestandsschutz, Ausgleichszahlungen für Nutzungseinschränkungen, finanzielle Unterstützung für die Umsetzung der FFH-Richtlinie aus Brüssel und zusätzliche Strukturfondsmittel.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ein Teil von dem stimmt, Frau Holznagel.)

Es stimmt alles.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Nee.)

Leider ist von den damaligen Zusagen nicht alles, nicht viel umgesetzt worden, sodass die Koalitionsfraktionen heute diesen Antrag einbringen, um zumindest die Planungs- und Investitionssicherheit in den Bereichen der nunmehr gemeldeten Natura-2000-Gebiete sicherzustellen. Denn es ist keinesfalls so, wie es dargestellt wurde, dass mit der Meldung der Natura-2000-Gebiete die Planungs- und Investitionssicherheit einhergeht. Vielmehr werden seitens der Europäischen Kommission heute bei Investitionsvorhaben das Vorlegen der Managementpläne und die Umsetzung des Monitoringprogramms abgefragt. Liegt beides nicht vor, so ist das Investitionsvorhaben kaum umzusetzen. Und das, meine Damen und Herren, ist der eigentlich Kernpunkt unseres Antrages.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist alles im FFH-Erlass geregelt.)

Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Bereits im September 2003 hat meine Fraktion darauf verwiesen, dass mit der Erarbeitung von Managementplänen für die Natura-2000-Gebiete und mit der Durchführung der Monitoringprogramme erhebliche Kosten und auch ein erheblicher Personalaufwand verbunden sein werden. Der damalige Minister hat hierfür finanzielle Unterstützung der Europäischen Kommission angekündigt, leider wird es diese Unterstützung in dem angekündigten Maße nicht geben.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist wieder eine Fehlinterpretation.)

Schauen Sie in die Protokolle! Da steht das genauso drin.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Nee, nee!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, es reicht eben nicht, Natura-2000-Gebiete nur zu melden, vielmehr müssen sie entsprechend der Richtlinie erfasst und entwickelt werden.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Richtig.)

Aus diesem Grund haben sich die Koalitionspartner in der Koalitionsvereinbarung daraufhin geeinigt, dass die Nachmeldung von Vogelschutzgebieten sowie die ausstehende Nachmeldung von Special Protected Areas und marinen FFH-Gebieten nur in dem unabwiesbaren Umfang erfolgen sollten. Die Meldung der Vogelschutzgebiete ist erfolgt. Nunmehr umfasst die Gebietskulisse der Vogelschutzgebiete im Lande eine Landesfläche von 29,1 Prozent. Hiervon sind im terrestrischen Bereich 24,4 Prozent der Landfläche und im marinen Bereich 45,1 Prozent des Küstenmeeres betroffen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, allein bei der Nachmeldung der Vogelschutzgebiete sind mehr als 350 öffentliche Stellungnahmen eingegangen. Diese

Tatsache macht deutlich, wie sensibel das Thema der Ausweisung von Natura-2000-Gebieten in unserem Land ist. Meine Fraktion vertrat schon immer die Auffassung, dass Naturschutz nur mit den Menschen und nicht gegen den Menschen umzusetzen ist. Schutz durch Nutzung hat unserer Ansicht nach den Vorrang vor Restriktion und Reglementierung. Vor diesem Hintergrund muss schnellstmöglich geklärt werden, welche Nutzungsformen in den nunmehr gemeldeten Natura-2000-Gebieten künftig möglich sein werden und wie ein Ausgleich für entsprechende Nutzungseinschränkungen erfolgen kann. Vor diesem Hintergrund müssen die Erarbeitung der Managementpläne und das Monitoring, wie im vorliegenden Antrag gefordert, zeitnah erfolgen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Holznagel.

Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat um das Wort gebeten der Landwirtschafts- und Umweltminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Minister Dr. Backhaus. Herr Backhaus, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 25. September 2005 hat die Landesregierung die Meldung von FFH- und Vogelschutzgebieten beschlossen. Ich will an dieser Stelle noch einmal sagen: Ich bin sehr froh darüber, dass wir diese Etappe erreicht haben. Ich gehe im Übrigen davon aus, dass wir noch in diesem Jahr die Meldung endgültig nach Brüssel absetzen und damit hoffentlich Rechtssicherheit in diesem Bereich erlangen werden. Und ich will auch, nachdem die Sensibilitäten schon ein Stück ausgetauscht worden sind, noch einmal sagen: Die Vorarbeiten, die in den letzten acht Jahren gemacht worden sind, waren richtig, sie waren sinnvoll, sie waren notwendig, aber unter dem Strich haben wir das Ziel jetzt erst erreicht.

Herr Professor Methling ...

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Wollen wir über die Geschichte sprechen?)

Wir wollen nicht über die Geschichte sprechen, aber Fakt ist eins, Sie wissen es auch ganz genau, dass seit 2001 dieses Problem hätte gelöst werden müssen. Aber ich will hier nicht über die Geschichte reden,

(Harry Glawe, CDU: Wir
müssen aber nach vorne gucken.)

sondern wir müssen nach vorn blicken, wir brauchen Rechtssicherheit.

Für mich ist das todernst. Deswegen hoffe und erwarte ich, dass wir uns in diesem Hohen Hause unter den Demokraten einig sind und jetzt alles gemeinsam dafür tun sollten, dass man gegenüber Brüssel und der Bundesregierung hier Einigkeit hat, dass diese Meldung eine sinnvolle ist und wir damit auch für Deutschland unsere Verantwortung insgesamt übernommen haben.

(Beifall Harry Glawe, CDU: Das ist alles richtig. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Da kann ich auch zustimmen.)

Ja. Ich sehe da auch keinen Dissens, das will ich ausdrücklich sagen, und wer den sieht, der muss das hier deutlich artikulieren.

(Harry Glawe, CDU: Ich habe hier geklopft.)

Ich meine, wir sind jetzt wirklich einen ganz entscheidenden Schritt im Sinne des europäischen Naturschutzes in Mecklenburg-Vorpommern und für Deutschland vorgekommen und Mecklenburg-Vorpommern hat damit den höchsten Beitrag in Deutschland geleistet.

Damit ist die Arbeit aber noch längst nicht abgeschlossen, sondern sie fängt jetzt erst an. Das ist ja eben schon von Frau Holznagel gesagt worden. Zukünftig wird es eine Daueraufgabe sein, die gemeldeten FFH-Gebiete in ihrem guten und vor allem in ihrem ökologischen Zustand zu bewahren oder, wo es notwendig ist, sie zu verbessern. Ich hoffe auf Unterstützung dieses Hohen Hauses, wenn es letzten Endes um das Geld geht. Und darum wird es gehen.

Die Erhaltungsmaßnahmen können in eigens dafür aufgestellten Managementplänen oder integriert in anderen Entwicklungsplänen dargestellt werden. Rund 28 Prozent der FFH-Gebietsflächen liegen innerhalb von Naturschutzgebieten oder Nationalparks. 28 Prozent! Aber, und das will ich hier auch sagen, bei diesen Flächen brauchen wir uns, was die Managementpläne angeht, nicht allzu große Gedanken zu machen. Das heißt aber, der überwiegende Teil der Gebietsfläche wird jedoch in mehr oder weniger intensiver Form heute genutzt. Für diese Flächen gilt es, eine praktikable Lösung und damit einen Konsens, nämlich von Schutz und Nutzung oder Nutzung und Schutz, zu finden.

Die Festlegung der Maßnahmen orientiert sich dabei an den Naturschutzziele des Natura-2000-Netzes. Den Anforderungen von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur, man kann es auch anders sagen, den Fragen von Ökologie, sozialer Verantwortung sowie den regionalen und örtlichen Besonderheiten wird damit ebenfalls Rechnung getragen. Das ist jedenfalls mein erklärtes Ziel. Die Managementpläne bestehen daher einerseits aus einem fachlichen Teil, in dem die Schutzobjekte und Ziele näher beschrieben werden, zum anderen erwarte ich konsensorientierte Umsetzungen und Maßnahmen, damit die sozialökonomischen Belange in den Regionen verwirklicht werden können. Meinerseits werden folgende Prämissen gesetzt:

Erstens. Vorrangig erfolgt die Planung in ausgewählten Gebieten mit hoher Konfliktdichte. Das ist in den letzten Jahren, glaube ich, ein Stückchen nicht so gelaufen. Wir müssen hier zu einem Konsens finden, gerade was die Konflikte in der Fläche anbetrifft.

Zweitens. Es müssen klare und plausible Lösungen erarbeitet werden, die damit Rechtssicherheit schaffen, gegebenenfalls gebietsübergreifend beziehungsweise kreisübergreifend, wie wir es ja gerade im Peenetal erkennen müssen. Man kann und darf nicht gegen die Menschen entscheiden, sondern wir müssen die Menschen mit einbeziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Drittens. Die naturvorrangigen Erfordernisse müssen umgesetzt werden. Im Vordergrund steht dabei, konsensorientierte Lösungen mit den betroffenen Nutzern zu erreichen. Es soll möglichst ein Ausgleich der Interessen in der Fläche erreicht werden, denn auch dadurch können wir die Akzeptanz erhöhen.

Fünftens. Gemeinden und Investoren sollen Planungssicherheit erhalten. Damit soll so früh wie möglich deutlich gemacht werden, was geht und was nicht geht. Auch hier brauchen wir klare Aussagen innerhalb der Regionen.

Sechstens. Die Einzelfallprüfung von Vorhaben auf Verträglichkeit soll ausdrücklich erleichtert werden.

Eine zusätzliche Aufgabe betrifft die Darstellung der Anforderungen für die Landwirtschaft im Rahmen von Cross Compliance. Schließlich wird die Gewährung der Agrarförderung an die landwirtschaftlichen Betriebe und unter anderem an die Erhaltung der europäischen Naturschutzvorschriften gebunden. Dennoch sollten wir auch realistisch sein. Im Rahmen der Managementplanung werden nicht alle naturschutzfachlichen Probleme der letzten Jahrzehnte – ich betone, die naturschutzfachlichen Probleme der letzten Jahrzehnte – mal eben so gelöst zwischen den Landnutzern und den Landschaftszüglern. Hier muss Mut zur Lücke bestehen.

Logischerweise wird nicht alles im Einvernehmen zu regeln sein, dafür ist die Materie absolut zu umfassend. Im Rahmen der ELER-Förderung – und ich hoffe, dass wir am Freitag den entscheidenden Schritt nach vorne machen – werden in der Förderperiode 2007 ausdrücklich rund 15 Millionen Euro für die Managementplanung zur Verfügung gestellt. 75 Prozent werden damit von der Europäischen Union bereitgestellt, die anderen 25 Prozent werden wir dazu aus dem Haushalt finanzieren. Unser Ziel ist es, bis 2013 mindestens die Hälfte der notwendigen FFH-Gebiete damit zu bearbeiten. Darüber hinaus werden wir in der Landesforstanstalt für alle Wald-FFH-Gebiete Fachbeiträge für die Betriebsplanung erstellen.

Unser Bundesland weist den höchsten Anteil an Natura-2000-Gebieten in Deutschland auf. Das bedeutet eine hohe Verantwortung für den Erhalt der Natur. Gleichzeitig muss es uns gelingen, die Schutzverpflichtungen in Einklang zu bringen mit den Nutzererfordernissen und den Entwicklungschancen innerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Ich wiederhole es noch einmal: Konsens von Schutz und Nutzung ist es, und ich glaube, ich darf an dieser Stelle auch sagen, das Perspektivpapier „Land hat Zukunft – Mecklenburg-Vorpommern 2020“ formuliert dieses sehr klar und eindeutig, wie unser Haus, das ich zu verantworten habe, dieses auch umsetzen will.

Die zweite Daueraufgabe ist das sogenannte Monitoring. Auch das Monitoring hat die Europäische Union in ihren Richtlinien vorgeschrieben, einschließlich der fälligen Berichte, die nach Brüssel abgesandt werden müssen. Um das tun zu können, müssen zum einen für die Natura-2000-Gebiete der Status quo charakterisiert und zweitens die Entwicklung der Lebensräume und der Arten beobachtet werden. Aber auch außerhalb der Schutzgebiete muss dieses erfolgen. Das setzt qualifiziertes Monitoring voraus und ist weit mehr als eine Ersterfassung der Gebiete. Die ist ja bereits erfolgt.

Um zu verstehen, was damit auf unser Haus zukommt, möchte ich Ihnen den Begriff des Monitorings noch einmal kurz erläutern: Monitoring ist ein Überbegriff für alle Formen der systematischen Erfassung, Beobachtung und Überwachung eines Vorganges oder der Prozesse. Die Funktion des Monitorings besteht darin, in einen beobachteten Ablauf der Prozesse steuernd einzugreifen, sofern dieser nicht den gewünschten Verlauf nimmt beziehungsweise bestimmte Schwellenwerte unter- oder

überschritten werden. Damit liegt es in der Natur der Sache, dass ein Monitoring nicht nur zeitnah umzusetzen ist, sondern es wird und muss ein kontinuierlicher Prozess betrieben werden. Im Falle von den Natura-2000-Gebieten muss das Monitoring die natürliche Entwicklung des Gebietes dokumentieren und den Erfolg der eingeleiteten Maßnahmen auch feststellen. Es müssen daraus Schlussfolgerungen abgeleitet werden. Gleichzeitig bildet das Monitoring die Grundlage für die vorgeschriebenen Berichterstattungen nach Brüssel.

Seit 2001 organisiert das Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie die Bestandserfassung für Arten und Lebensräume in FFH-Gebieten, die zunächst den Status quo anbetrifft. Dazu war auf Landesebene der Bestand von 55 Lebensraumtypen zu erfassen. Daneben erfolgte die Erfassung von 31 Arten, die besonders in den FFH-Gebieten relevant sind. Erschwerend ist, dass die Erfassungsmethode und die damit erzielten Ergebnisse belastbar, gerichtsfest und für die Bewertung des Erhaltungszustandes geeignet sein müssen. Auch hiervon werden wir in den nächsten Jahren einiges hören. Zudem muss die Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der anderen Bundesländer gewährleistet werden. Unter Leitung und Kontrolle des Landesamtes organisierten sogenannte Artkoordinatoren, das können Büros oder Ehrenamtliche sein, die Arbeit von rund 250 ehrenamtlichen Kartierern in Mecklenburg-Vorpommern vor Ort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diesem außerordentlichen bürgerschaftlichen Engagement für den Naturschutz im Land Mecklenburg-Vorpommern gebührt mein ganz besonderer Dank. Ich möchte hier ausdrücklich unterstreichen, die notwendigen Arbeiten wären ohne das ehrenamtliche Engagement dieser 250 tätigen Bürgerinnen und Bürger mit dem hohen Spezialwissen und dem Enthusiasmus innerhalb des Landes nicht möglich gewesen. Dafür nochmals meinen herzlichen Dank.

Da könnte man auch mal klatschen!

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Na ja, ich weiß nicht, ob Sie mit solchen Leuten schon einmal unterwegs waren, wenn sie an Wochenenden ihre Freizeit dazu nutzen, uns im Lande zu helfen. Damit wird deutlich, welchen Artenreichtum wir in unserem Lande haben. Wenn das in Brüssel auch noch akzeptiert wird, dann ist das bürgerschaftliches Engagement so, wie ich es mir wünsche. Das sollte man auch einmal belohnen.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr richtig.)

Ich glaube, an dieser Stelle abschließend sagen zu dürfen, diese zusammengetragenen Daten – es gibt darüber auch ein neues Buch – stellen ebenfalls eine wichtige Grundlage für die Erarbeitung der Managementpläne dar. Alle Daten sind mit den geforderten Bewertungen für den ersten nationalen Bericht Anfang 2007 an den Bund gegangen. Zurzeit wird dort noch die Endabfassung vorgenommen, sodass der nationale Bericht dann Ende des Jahres an die EU weitergeleitet wird. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal betonen, die Ersterfassung in den Jahren zwischen 2000 bis 2006 wurde durchgeführt und erbrachte einen Status quo. Damit haben wir die Datenbasis und diese muss fortgeschrieben werden. Das ist aber kein Monitoring.

Laut Artikel 17 Absatz 1 der FFH-Richtlinie müssen die Mitgliedsstaaten alle sechs Jahre berichten, ich betone das, alle sechs Jahre wird dieses umfassende Werk wei-

ter fortgeschrieben. Für den Berichtszeitraum 2007 bis 2012 müssen die Monitoringsysteme in den Ländern bereits arbeitsfähig sein, sodass dann auch belastbare Aussagen vorgelegt werden. Ich gehe davon aus, dass die methodischen Vorarbeiten dafür eine solide Basis darstellen, aber die Erfassung in der bisherigen Art und Weise, die sich ganz wesentlich auf das Ehrenamt stützt, wird zukünftig nur sehr schwer zu leisten sein, da zunehmend höhere Spezialkenntnisse erforderlich sein werden.

Ich habe den Auftrag erteilt, hier geeignete und alternative Finanzierungsquellen zu entwickeln. An dieser Stelle muss klar sein, über den ELER wird dieses nicht zu fördern sein. Reicht für den Berichtszeitraum 2006 die vorhandene Datenbasis aus, werden in Zukunft noch weitere Anforderungen auf das Land zukommen. Es besteht auch für die kommenden Berichtszeiträume zusätzlich die Verpflichtung, stichprobenartig die Verbreitung und den Erhaltungszustand von weiteren – von den Zahlen habe ich ja bereits gesprochen – 29 streng geschützten Arten der FFH-Gebiete zu berücksichtigen.

Eines muss klar sein: Nicht durch das Monitoring oder die Pläne werden die Ziele zu erreichen sein, sondern durch aktives Handeln. Wie Sie merken, wird uns das Thema sicher nicht zum letzten Mal beschäftigen. Insofern bin ich den Koalitionsfraktionen dankbar,

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Ach ja?)

dass sie mit ihrem Antrag die Bedeutung für die Umsetzung der FFH-Richtlinie unterstrichen haben. Ich gehe davon aus, dass wir von diesem Thema auch weiterhin hören werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das haben Sie doch schon vorher gewusst.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Dr. Backhaus.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schwebs von der Fraktion DIE LINKE.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist ein klasse Antrag.)

Birgit Schwebs, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gebe zu, ich habe lange überlegt, was man zu diesem Antrag überhaupt in die parlamentarische Debatte einbringen kann. Mir fiel dazu wirklich nicht viel ein, denn der vorliegende Antrag, meine Damen und Herren Koalitionäre, ist wahrlich keine Sternstunde in der parlamentarischen Debatte. Man könnte ihn eher, um im stellaren Bilde zu bleiben, als ein schwarzes Loch bezeichnen.

(Renate Holzngel, CDU:
Unterschätzen Sie uns nicht.)

So wie in einem schwarzen Loch alles zu verschwinden scheint und nicht mehr erkennbar ist, so sind hier der politische Inhalt und der Anlass für den Antrag vollkommen verschwunden. Er ist auch nicht begründet. Es ist sehr schwer, sich im Vorfeld zu überlegen, was man dazu sagt. Im Übrigen, die Bemerkung geht jetzt an die Koalitionspartner der CDU-Fraktion: Schwarze Löcher schlucken manchmal auch kleine rosarote Zwerge.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion
der NPD – Zuruf aus dem Plenum:
Das ist aber gemein.)

Da sollte man sich dann schon ein bisschen vorsehen.

Meine Damen und Herren, in der Summe umfassen die FFH-Gebiete 15,2 Prozent der Landesfläche Mecklenburg-Vorpommerns. Dazu gehören beispielsweise das Ribnitzer Große Moor als Lebensraum für den Fischotter, der Galenbecker See als Lebensraum für Steinbeißer, Schlammpeizker und das Sumpfglanzkrout. Im Artikel 17 der FFH-Richtlinie – der Minister hat darauf hingewiesen – ist eine sechsjährige Berichtspflicht über die Umsetzung der Richtlinie durch die Mitgliedsstaaten an die EU vorgeschrieben. Mit der Umsetzung der FFH-Richtlinie im April 1998 in das Bundesnaturschutzgesetz wurde die Richtlinie als nationales Recht übernommen und ist entsprechend der Ländergesetze umzusetzen. Die notwendige Umsetzung in Landesrecht wurde für die FFH-Gebiete in unserem Land erstmals im Jahr 2002 mit dem FFH-Erlass vorgenommen, veröffentlicht im damaligen Amtsblatt Nummer 36. Dem folgten weitere Erlasse aus dem damaligen Umweltministerium, auch der Vertrag mit der Bundeswehr zur Zusammenarbeit auf den Truppenübungsplätzen.

Hat man dies alles im Hinterkopf, dann verwundert doch schon die heutige Eile, mit der die Koalitionsfraktionen hier eine zeitnahe Umsetzung von Managementplanung und Monitoring fordern, zumal es ja nicht in wenigen Natura-2000-Gebieten bereits seit 2006 abgeschlossene Managementpläne gibt – mir fallen da nur die Rostocker Heide oder die Wismarer Bucht ein – oder bereits begonnen wurde, auf dem Darß beispielsweise oder auf den Altwarper Binnendünen.

Was, meine Damen und Herren, wollen Sie mit dieser Anforderung an Ihre Regierung, endlich zügig zu handeln, erreichen? Wenn Sie gewollt hätten, dass die Umsetzung des EU-Umweltrechtes wirklich zügig vorstangeht, dann hätten Sie der Arbeit der entsprechenden Abteilung im Ministerium Priorität eingeräumt, ohne Koalitionsantrag und ohne großes Brimborium, oder eine Zeitbegrenzung für die Erarbeitung der Managementpläne gesetzt, damit wirklich intensiv daran gearbeitet wird und sie umgesetzt werden können. Oder Sie hätten bei der Aufteilung der Schwerpunkte des ELER im Doppelhaushalt die Schwerpunkte 2 und 3 besser ausgestattet, damit Pläne und Monitoring als Schwerpunkte gefördert, spezielle Büros mit Managementplanung und Monitoring beauftragt werden könnten oder die ehrenamtlichen Naturschützer, die ja heute das Monitoring zum großen Teil machen, besser entschädigt werden könnten. Das haben Sie aber alles nicht getan, sondern nur einen Antrag gestellt.

Der Punkt 2 enthält dann die übliche revolutionär-oppositionelle Forderung der Koalitionsfraktionen: Die Landesregierung soll dem Parlament einen Bericht vorlegen, bis Ende 2008. Der Minister hat darauf hingewiesen, der Berichtszeitraum ist eigentlich 2007 bis 2013. Er sagte auch, 2013 will das Land Mecklenburg-Vorpommern die Hälfte aller Gebiete mit einem Managementplan ausgestattet haben. Was, meine Damen und Herren aus den Koalitionsfraktionen, erwarten Sie dann im Bericht im nächsten Jahr – nach einem Jahr –, wenn bis 2013 erst die Hälfte umgesetzt worden sein soll?

Es überrascht mich an dieser Stelle – lassen Sie mich auch das noch sagen –, dass die Koalitionsfraktionen offensichtlich wollen, dass die Landesregierung über ihr Tun oder Nichtstun dem Parlament Rechenschaft ablegen soll. Haben Sie, meine Damen und Herren Koalitionäre, schon vergessen, dass Sie erst auf der letzten Landtagsitzung mit Ihrer Stimmenmehrheit der Regierung freie

Hand gegeben haben, das Landesnaturschutzrecht so zu verändern, wie es die Landesregierung für zweckmäßig hält? Warum soll sie dann darüber berichten, was sie tut? Ein Bericht, wie Sie ihn heute einfordern, in einer öffentlichen parlamentarischen Debatte kann zumindest unbequem werden für die Regierung.

Deshalb, meine Damen und Herren von der FDP, der Antrag, nur im Agrarausschuss zu berichten, der greift zu kurz, denn dort hat die Öffentlichkeit keinen Einblick und wird nicht darüber informiert. Wir sind dafür, wenn Bericht, dann hier im Landtag. Den Tiefpunkt des Antrages bildet aber nichtsdestotrotz der Punkt 1, mit dem Sie Ihre eigene Regierung auffordern, EU-, Bundes- und Landesrecht zeitnah umzusetzen.

Meine Damen und Herren, dieser Antrag ist überflüssig, er ist ein Armutszeugnis doppelter Art. Einmal zeugt er von der Einfallslosigkeit der Koalitionsfraktionen, Politik außerhalb der Koalitionsvereinbarung zu gestalten, und zum Zweiten wird er den politischen Anforderungen an die Umsetzung von Umweltrecht in diesem Land keinesfalls gerecht. Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Schwebs.

Es hat jetzt das Wort die Abgeordnete Frau Schildt von der SPD.

Ute Schildt, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Sehr geehrte Frau Schwebs, Sie mögen ja Märchen von großen schwarzen Löchern mögen. Wir nicht! Wir wollen die großen schwarzen Löcher ausfüllen, und das mit Leben,

(Raimund Borrman, NPD: Mit Leben?!
Das ist astronomisch nicht möglich.)

solange wir Geld dafür zur Verfügung haben. Es ist vollkommen legitim, dass eine Regierung, die gemeinsam mit ihren Koalitionsfraktionen einen Koalitionsvertrag vereinbart hat, sich mit den Fraktionen auch laufend verständigt, wie wir ihn mit Leben erfüllen, wie wir es gemeinsam tun, und dass wir auch Sie mit einbinden, die wir beabsichtigen, das umzusetzen.

Ihnen liegt heute der Antrag „Managementpläne und Monitoringprogramme in ‚Natura 2000-Gebieten‘ umsetzen“ vor. Herr Professor Methling, wir beide haben Veranstaltungen erlebt, als die ersten FFH-Gebiete ausgewiesen wurden, als es große Unsicherheiten gab, als Landwirte nicht wussten, was passiert jetzt mit meinen Flächen, was muss ich künftig beachten, was passiert mit den Flächen in den Gemeinden, die überplant werden müssen. Diese Fragen stehen. Frau Schwebs hat es richtig gesagt, die ersten Gebiete sind inzwischen in Angriff genommen oder abgeschlossen worden, aber viele Aufgaben, sehr viele Aufgaben liegen noch vor uns.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Na klar! Das war doch von Anfang an klar.)

Und viele der Managementplanungen sind neben der Umsetzung der naturschutzfachlichen Erfordernisse aus der Meldung der Gebiete, die Schaffung klarer und plausibler Regelungen, also Rechtssicherheit für alle Beteiligten,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Auch das ist klar.)

konsensorientierte Lösungen mit den betroffenen Landnutzern zu erreichen, also den Ausgleich der Interessen zu verfolgen,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Auch das ist klar.)

Planungssicherheit für die Gemeinden und Vorhabenträger zu ermöglichen, klar zu sagen, was geht, was geht nicht, und die Erleichterung der Durchführung von FFH-Verträglichkeitsprüfungen, alles Zielstellungen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Auch das ist klar.)

Der Minister hat in seinen Ausführungen eins deutlich gesagt: Mit dem jetzt in den nächsten Tagen hoffentlich genehmigten ELER-Programm stehen uns finanzielle Mittel zur Verfügung. Er hat von 15 Millionen Euro für Managementpläne gesprochen. Das ist absolut kein Pappentitel, sondern eine notwendige Größe für diese große Aufgabe. Mittel aus den europäischen Fonds standen auch in der letzten Förderperiode zur Verfügung, aber es wird voraussichtlich die letzte sein, in der wir in dieser Größenordnung Fördermittel haben. Deshalb müssen wir sehr konsequent darauf gucken, wie wir diese Mittel zielgerichtet gemeinsam einsetzen. Es ist unsere Aufgabe als Parlament, den Blick darauf zu richten, ganz gezielt darauf zu richten.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist eine Binsenweisheit.)

Deshalb möchten wir als Koalitionsfraktionen auch den Bericht im nächsten Jahr, um zu erkennen, inwieweit ist es lösbar in dieser Legislatur, in dieser Förderperiode, was müssen wir perspektivisch ins Auge fassen. Wir möchten, dass dieser Bericht im Landtag erfolgt, denn die Betroffenheit ist nicht nur bei Agrariern da, sondern sie ist bei allen Abgeordneten da, denn jeder ist von Planungsfragen betroffen. Deshalb, liebe Kollegen von der FDP, werden wir Ihren Antrag nicht mittragen, sondern bitten Sie, unserem Antrag zuzustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Schildt. Es hat jetzt das Wort die Abgeordnete Frau Reese von der FDP.

Sigrun Reese, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die FFH-Richtlinie ist zusammen mit der Vogelschutzrichtlinie Grundlage eines europäisch-ökonomischen Verbundnetzes mit der Bezeichnung „Natura 2000“, das die biologische Vielfalt durch Schutz der natürlichen Lebensräume für Tiere und Pflanzen in den Mitgliedsstaaten aufrechterhalten soll. FFH-Managementpläne dienen der konkreten Darstellung des Schutzzweckes und der Erhaltung der FFH-Gebiete sowie der konsensorientierten Umsetzung und Lösung von Konflikten mit Betroffenen.

Ein Kernelement der Richtlinie ist die Verpflichtung, und ich wiederhole, die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten zur Überwachung, also zum Monitoring, sowie zur Berichterstattung. Dabei ist das Monitoring zentraler Bestandteil des Schutzkonzeptes, denn ohne wirksame Kontrolle des aktuellen Zustands und der sich ergebenden Veränderungen der Lebensräume und Arten kann nicht überprüft werden, ob die Zielsetzungen erreicht werden. Ein etabliertes Monitoringsystem im Sinne der FFH-Richtlinie trägt somit ganz wesentlich nicht nur zur Beschleunigung einer Vielzahl von Planungs- und Prüfungsverfahren bei,

sondern erhöht auch die Rechtssicherheit von Infrastrukturplanungen und verringert die Planungskosten.

Die Ergebnisse des Monitorings sind, wie bereits angeführt, alle sechs Jahre an die EU-Kommission zu übermitteln. Dieser sechsjährige Berichtszyklus begann gemäß Artikel 23 der FFH-Richtlinie bereits im Jahr 1994. Mit dem Jahr 2006 endete bereits die zweite Berichtsperiode 2001/2006, deren Ergebnisse im Jahr 2007 an die EU-Kommission zu übermitteln wären. So weit die Theorie.

Der inhaltliche Umfang der für diesen Bericht vorzulegenden Daten wurde allerdings erst 2005 in einem Dokument der Generaldirektion Umwelt der EU zusammengestellt. Darum wird bislang in Deutschland noch kein Monitoring durchgeführt, welches diese Vorgaben genau erfüllt. Um die rechtlichen Vorgaben wenigstens im dritten Durchführungsbericht 2007 bis 2012 überhaupt erfüllen zu können, müssen wir zeitnah ein umfassendes Monitoring starten, das zum Ende des Zeitraumes 2007/2012 zu wiederholen und mit den Ergebnissen des ersten Monitorings zu vergleichen ist. Jede zeitliche Verzögerung würde die notwendige Bewertungsbasis unmöglich machen.

Aus diesem Grund werden wir Ihrem Antrag zustimmen, auch wenn dieser wieder einmal dem Muster folgt, etwas zu beschließen, was selbstverständlich und hier sogar rechtlich vorgeschrieben ist. Die Vorstellung der Ergebnisse allerdings sollte im Ausschuss erfolgen, denn dieser wird sich ohnehin mehrfach mit dem Thema beschäftigen müssen. Und wir erachten dies als ausreichend. – Danke.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Dann stimmen Sie diesem Antrag auch noch zu!)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Reese.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Lietz von der CDU.

Matthias Lietz, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin den Vorrednern, vor allem Ihnen, Frau Schildt, Frau Holznagel und auch Ihnen, Herr Minister, sehr dankbar, dass Sie es mir abgenommen haben, noch einmal wesentliche Ausführungen zum Inhalt dieses Antrages zu führen. Ich kann nur deutlich machen, dass auch ich, wie Frau Schildt berichtet hatte, in den vergangenen Jahren zugegen war, wenn es darum ging, den Einwohnern unseres Landes die Probleme des Naturschutzes begreiflich zu machen, um mit Ihnen gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Eines ist immer wieder deutlich geworden. Es muss uns entschieden gelingen, die Einwohner unseres Landes auf diesem Weg mitzunehmen. Insofern, liebe Frau Schwebs, ist es für mich auch kein unbequemer Bericht hier im Landtag, sondern ich erwarte diese Berichte, damit wir dann mit ihnen sehr kritisch umgehen und sie hier auswerten können.

Meine Damen und Herren! Frau Reese, wir sitzen beide im Ausschuss und insofern kann ich dem Hohen Haus auch berichten, dass es für uns selbstverständlich ist, dass wir im Ausschuss die Probleme und den Bericht des Ministers oder der Mitarbeiter entgegennehmen. Insofern betrachte ich diesen Änderungsantrag als überflüssig, denn ich bin der festen Überzeugung, der Bericht gehört hier in dieses Haus. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, dem Antrag unserer Fraktionen zuzustimmen und den Änderungsantrag abzulehnen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke schön.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borrmann von der NPD.

(Irene Müller, DIE LINKE: Bürger des Landes.)

Raimund Borrmann, NPD: Hört, hört, Ihr Edeldemokraten!

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion der CDU)

Es mag noch Bürger des Landes geben, die sich ernsthaft mit Anträgen und Drucksachen dieses so Hohen Hauses zu beschäftigen bemühen. Irgendwann, nachdem sie die Berge von Papier hinter sich gelassen haben, werden sie sich dann auch bis zur Drucksache 5/905 durchgewühlt haben. Dann aber werden sie feststellen, dass die Regierungsfaktionen aus CDU und SPD mit ihrer Mehrheit den Landtag beschließen lassen, was diese Regierung auch ohne Beschlüsse tun müsste.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Vor allen Dingen schon tut.)

Ihr Bürger im Lande mögt denken, Dr. Harald Ringstorff sitzt zu Schwerin im Landesschaukelstuhl und erzählt uns ab und zu, ab und an auch einmal auf Plattdeutsch, wie schön Mecklenburg und das westliche Pommern sind.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist schon wieder so eine Frechheit,
„westliches Pommern“! –
Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Aber von den auf die Menschen wirkenden Umständen und Widrigkeiten mag der Doktor die Ahnung haben wie das berühmte Tier, das ins Uhrwerk schaut. Zitat: „Der Ringstorff ist doch nass im Getriebe, der hat vom Leben der Leute im Lande keinen blassen Schimmer“, schimpfte mich letzte Woche wütend ein Müllmann an, als er erfuhr, dass ich Landtagsabgeordneter sei. Als ich erwiderte, dass ich NPD-Mann bin, raunte er versöhnlich: Dann ist das in Ordnung.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja. –
Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Richtlinien der EU sind geltendes Recht. Beschlüsse über geltendes Recht haben keinen gesetzgebenden Charakter, keinen legislativen Charakter, sondern bloß einen akklamatorisch servilen. Seht her, Ihr Brüsselokraten, wir bekennen uns zu euren Befehlen und befehlen denen, die uns regieren, ebenfalls euren Befehlen Folge zu leisten! So weit die Leistungskraft des Hohen Hauses.

Die Umsetzung von Managementplänen und das Monitoring sollen zeitnah umgesetzt werden.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Wie bitte?

Die Richtlinie stammt vom 21. Mai 1992. Heute haben wir den 18. Oktober 2007. Ganze 15 Jahre und 5 Monate sind ins Land gegangen und Sie wagen es nach mehr als 15 verflorbenen Jahren, in denen Sie sich mit Diäten jenseits von Gut und Böse geradezu gemästet haben, die Landesregierung lediglich aufzufordern, Pläne für ein Management und das Monitoring umzusetzen. Dafür erhält sie dann noch einmal 14 Monate Zeit, um lediglich über den Stand zu berichten. Da reiben sich die Bürger

des Landes die Augen und fragen sich, wie viele Generationen mag es dauern, bis all diese Pläne abgearbeitet sind. So entsteht ein Zerrbild des demokratischen Systems, das unfähig ist, unser Volk, unsere Volkswirtschaft und unsere Natur, kurzum unsere Lebensgrundlagen zu erhalten.

Der Realitätsverlust der politischen Klasse schreitet unaufhaltsam voran. Die Beschlussvorlage, die auffordert, die Managementpläne nach FFH und Monitoring nach der Vogelschutzrichtlinie umzusetzen, soll suggerieren, es tut sich etwas. Es raschelt in den Bürostuben der Regierung, der Landkreise, der Ämter, der Landesbehörden und von ihnen Belehnten und Beauftragten. Das ist dann auch schon alles. Und Till Backhaus verkündet in der Sendung „Kontraste“: „Mecklenburg-Vorpommern hat das sauberste Wasser Deutschlands. Mecklenburg-Vorpommern hat die reinste Luft Deutschlands und Mecklenburg-Vorpommern hat den gesündesten Wald.“

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Kommentar des Senders: „... Postkartenidylle. Sonne, Strand und Meer im Überfluss. ... Doch die Ostsee droht umzukippen“. Ende des Zitats. Pläne und Monitoring für FFH und Vogelschutz. Was sollen die Vögel fressen, wenn die Fische krepieren sind, Papierberichte? Was sollen die Fischer angeln, wenn der Fang erstickt ist, etwa Blaualgenmonitore?

Die Ursache der Misere ist die Gülle, Abfall der Massentierproduktion, die durch Ihre Politik zugelassen wurde. Mehr noch, bald wird der Gewässerabstand der Einbringung von sieben auf einen Meter gesenkt – probeweise, als Experiment auf Risiko von Volk und Natur –, während der Doktor in Schwerin schaukelt. Bürger, lasst euch nicht verschaukeln, lasst euch nicht einlullen mit Papiertigern! Wir Nationaldemokraten werden handeln, entschieden handeln. 16 Jahre – so lange werden wir nicht brauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –

Udo Pastörs, NPD: Sehr schön. –

Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heydorn von der SPD.

(Jörg Heydorn, SPD: Sind wir ein bisschen durcheinandergelassen? –

Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:

Aber die Fliege ist in Ordnung.)

Das steht hier bei mir auf der Liste. Dann ist das eben nicht so. Ich nehme das zurück.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:

Kein Politikfeld ist Herrn Heydorn fremd.)

Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/941 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke.

(Marc Reinhardt, CDU: Oh, das ist wenig.)

Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/941 bei Zustimmung der FDP-Fraktion und Ablehnung aller anderen Fraktionen abgelehnt worden.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/905 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Damit ist dem Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/905 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU und FDP sowie Ablehnung der Fraktionen DIE LINKE und NPD zugestimmt worden.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 26:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Kinderarmut erfassen, analysieren und bekämpfen – Chancengleiche Entwicklung für alle Kinder, auf Drucksache 5/910. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/942 vor.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Kinderarmut erfassen, analysieren
und bekämpfen – Chancengleiche
Entwicklung für alle Kinder
– Drucksache 5/910 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP
– Drucksache 5/942 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Dr. Linke von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Zunächst eine Vorbemerkung: Meine Fraktion hat den vorliegenden Antrag eingebracht, der ausdrücklich alle Familien und alle Kinder, die hier im Lande leben, einschließt.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Am Dienstag wurde in unserem Land der 10. Jahrestag des Kinderschutzbundes Landesverband Mecklenburg-Vorpommern festlich begangen. Ein Grund zur Freude, könnten wir sagen, wenn der Kinderschutzbund seine Existenzberechtigung nicht aus den traurigen Gegebenheiten der gesellschaftlichen Realität herleiten würde. Suppenküche, Kleiderkammer, Kinderhilfsdienste, Nottelefone erleben ein Rollback, wie wir Älteren es noch aus den Nachkriegsjahren kennen und wir es alle gemeinsam vor 20, 30 Jahren nie und nimmer für möglich gehalten hätten. Es ist aber möglich. Genau viereinhalb Jahre ist es her, dass ein Bundeskanzler sein sozialpolitisches Konzept, die Agenda 2010, verkündete. Diese Agenda lastet seitdem auf dem deutschen Sozialstaat und seinen Bürgerinnen und Bürgern „wie eine Grabplatte“. Die bekannten Gegner des Sozialstaates stehen am Grab voller „Genugtuung ...“, spritzen Weihwasser und murmeln heuchlerische Lobesworte, die so klingen wie der alte Satz, wonach es süß sei, für das Vaterland zu sterben“. So nachgelesen in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 07.10.2007.

Die Agenda 2010 brachte dieser Republik inzwischen zwei Gesundheitsreformen in den Jahren 2003 und 2007 mit umfangreichen Privatisierungen medizinischer Leistungen, brachte Rentenreformen mit drastischen Einnahmekerzungen durch Nullrunden und eine Erhöhung des Renteneinstiegsalters auf 67 Jahre, brachte der Wirtschaft Steuervergünstigungen von circa 12 Milliarden Euro pro Jahr, brachte eine Reform des Sozialhilferechts, bei der jeder, der länger als ein Jahr oder in Ausnahmefällen länger als 1,5 Jahre arbeitslos ist, in der Sozialhilfe landet, die seit dem 01.01.2005 allerdings ALG II oder Hartz IV heißt. Der Rutsch in die Armut über Hartz IV ist kurz, steil und in den meisten Fällen eine Einbahnstraße, aus der es für die wenigsten ein Zurück gibt.

Diese Situation wird nicht dadurch gebessert, dass Deutschland und auch Mecklenburg-Vorpommern in diesem Jahr ein gewisses Wirtschaftswachstum aufweisen und sich die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse in minimaler Größenordnung erhöht hat. Nein, der größte Teil der Sozialhilfeempfänger und Geringverdiener bleibt von dieser Entwicklung ausgeschlossen und wird auf ein Abstellgleis geschoben. Das betrifft die Erwachsenen, das betrifft vor allem ihre Kinder. 35 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern leben gegenwärtig in Familien, deren Eltern Hartz-IV-Leistungsempfänger sind.

Wenn wir über die Entwicklung seit Einführung von Hartz IV sprechen, dann geht es auch um den Druck, den diese Gesetze und damit die große Zahl arbeitsloser Sozialhilfeempfänger auf die Gestaltung der Tarifvereinbarungen ausübt. 20 Prozent der Vollzeitbeschäftigten in Deutschland verdienen heute weniger als 1.630 Euro brutto monatlich. Im Osten der Bundesrepublik sind gegenwärtig 60 Prozent der Beschäftigten zu Löhnen beschäftigt, die 75 Prozent unter dem Durchschnittseinkommen liegen. Diese Tatsachen, Hartz IV und geringe Einkommen, prägen die Lebenswirklichkeit unserer Kinder im Land. Deutschlandweit leben 2,7 Millionen Kinder durch Hartz IV in Armut. Weitere 2,5 Millionen Kinder leben an der Grenze zur Armut. In Mecklenburg-Vorpommern leben 59.500 Kinder in Sozialhilfefamilien.

Verehrte Abgeordnete, arme Kinder haben Eltern, die ihre Kinder gern haben, die wollen, dass sich ihre Kinder gut entwickeln, und die ihr Möglichstes dafür tun. Aber Kinder armer Eltern, das zeigt sich gerade auch in unserem dünn besiedelten Flächenland, haben eingeschränkte Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und damit auch zur Selbstverwirklichung, weil die Gesetze der Bundesrepublik sie benachteiligen. Diese Familien sind nicht sozial schwach, nein, sie sind durch Hartz IV, durch Langzeitarbeitslosigkeit und durch geringe Einkommen sozial benachteiligt.

Es ist begrüßenswert, wenn die Landesregierung und vor allem der Sozialminister in wohlgesetzten Reden die Perspektiven Mecklenburg-Vorpommerns als kinder- und familienfreundlichstes Land preisen und sich dabei auf jene Kinder konzentrieren, die in ihrem Elternhaus innerfamiliärer Gewalt ausgesetzt sind. Das ist richtig, denn das sind 2.500 Einzelschicksale im Land, also 1 Prozent unserer Kinder, denen geholfen werden muss. Hier muss der Staat eingreifen, um Eltern anzuleiten, sie zu unterstützen und gegebenenfalls auch Kinder vor ihren Eltern zu schützen. Ich begrüße all diese Maßnahmen, frage Sie aber: Was ist mit den 35 bis 50 Prozent der Kinder unseres Landes, die in Hartz-IV-Familien leben beziehungsweise in Elternhäusern mit Minimaleinkommen aufwachsen und denen durch die Gesetze, also durch staatliches Handeln, Gewalt angetan wird, weil ihr Kindergeld auf die Regelsätze angerechnet wird, weil die Höhe der Regelsätze den Kauf von Schulmaterialien, Büchern, Sportgeräten und PCs unmöglich macht, sie aber andererseits Geldgeschenke, die hier entlastend wirken könnten, soweit sie über 50 Euro im Jahr liegen, für den Unterhalt ihrer Eltern abführen müssen, weil sie bei der Einschulung, bei Wandertagen und vielem anderen mehr mit ihren Alterskameraden nicht mithalten können.

Was ist die praktische Konsequenz hieraus? Die Eltern dieser Kinder sind nicht in der Lage, ihren Kindern den Platz in einer Kindertageseinrichtung mit Vollverpflegung zu finanzieren. Bei einer Teilnahme von etwa 98 Prozent aller drei- bis sechsjährigen Kinder am Kindergar-

ten besuchen hochgerechnet lediglich 51,9 Prozent der Kinder einen Ganztagsplatz. Wir sind einerseits sehr froh, dass die gesetzlichen Regelungen des Landes aus dem Jahr 2004 eine Übernahme von Elternbeiträgen und anteiligen Verpflegungskosten vorsehen. Andererseits zeigt sich aber, dass die Landkreise und kreisfreien Städte aus finanziellen Gründen nur in den seltensten Fällen eine Ganztagsbetreuung absichern können. Die Eltern bleiben auf den anteiligen Verpflegungskosten sitzen. Viele verzichten sogar aus finanziellen Gründen auf den Teilzeitplatz und entscheiden sich nur für einen Halbtagsplatz, um das Kind nicht am Essen teilnehmen zu lassen.

Ich könnte diese Beispiele fortsetzen: Wer finanziert den Sportverein, den Musikschul-, Bibliotheks-, Theater- und Kinobesuch für Kinder, deren Eltern Hartz-IV-Leistungsempfänger oder Geringverdiener sind? Wer finanziert die Bus- oder Bahnfahrt, um Kindern zu ermöglichen, geistig-kulturellen oder sportlichen Aktivitäten regelmäßig nachzugehen? Wir haben vor genau drei Jahren im Land flächendeckend den Rahmenplan für die zielgerichtete Vorbereitung von Kindern in Kindertageseinrichtungen auf die Schule eingeführt, um diese geistig-kulturelle, musisch-ästhetische und sportliche Bildung aller Kinder im Kindergarten verbindlich einzuführen. Jedes Kind sollte von klein an – so war der Grundgedanke – und unabhängig von der beruflichen Situation seiner Eltern gleich gute Startbedingungen erhalten. Damit wurde der eigenständige Bildungsauftrag der Kinder- und Jugendhilfe im Kindergarten herausgehoben und deutlich im Interesse der Kinder gestärkt. Das Land hat dafür jährlich zusätzlich, und ich betone das, weil in einer finanziell außerordentlich schwierigen Phase, 7 Millionen Euro bereitgestellt. Es wurde ein umfangreiches Fortbildungsprogramm für die Erzieherinnen eingeleitet, das in dieser Form einmalig ist für die Bundesrepublik.

Damals, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, war Hartz IV noch nicht eingeführt. Die Ergebnisse dieses Projektes vorschulische Bildung haben überall im Land große Akzeptanz gefunden. Schließlich haben wir eine hervorragende Infrastruktur, gute Einrichtungen, gebildete und engagierte Erzieherinnen und Erzieher und eben auch einen wachsenden Bedarf.

Was machen in dieser Situation die Koalitionäre? Bei der Regierungsbildung trennen sie erst einmal die Inhalte der Kinder- und Jugendhilfe von deren Strukturen. Die Inhalte der vorschulischen Bildung im Kindergarten werden seit einem Jahr vom Bildungsminister und die Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe werden vom Sozialminister verwaltet. Seitdem taucht das Projekt „Vorschulische Bildung“ nirgendwo mehr in den Verlautbarungen der Landesregierung auf.

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

Auf eine entsprechende Kleine Anfrage erfahren wir, dass „der Ausbau der frühkindlichen Bildung und Erziehung als Bestandteil des lebenslangen Lernens“ vorgesehen ist. Ich denke, das ist vernünftig. Weiter heißt es dann aber in Klammern: „(Einführung eines entsprechenden Rahmenplans zum Schuljahresbeginn 2008/2009 – Erprobung)“. Mit dem Doppelhaushaltsentwurf erfährt die Öffentlichkeit weiterhin, dass die gesetzlich festgeschriebenen 7 Millionen Euro für die vorschulische Bildung auf 6 beziehungsweise 5 Millionen Euro gekürzt werden sollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wir als Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE begrüßen,

dass im Doppelhaushalt für den Kita-Bereich die Mittel erhöht werden. Ich darf daran erinnern, dass damit einer Forderung meiner Partei aus den Haushaltsverhandlungen vergangener Jahre entsprochen wird.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Das darf aber nicht zulasten der vorschulischen Bildung gehen. Ein solches Vorgehen der Landesregierung negiert die Erfahrungen im Land bei der Umsetzung des Kindertagesförderungsgesetzes und der vorschulischen Bildung, ebenso wie die Erfordernisse, die sich aus der Realität von Hartz IV seit 2005 ergeben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, Kinder im Land brauchen eine Zukunft, unabhängig von der sozialen Situation ihrer Eltern. Ich stimme vollkommen mit dem Präsidenten des Kinderschutzbundes Deutschland Herrn Professor Hilgers überein, wenn er fordert, es bedarf „mehr Ganztagskindergartenplätze, mehr Plätze für unter Dreijährige und mehr Ganztags Schulen – aber nicht nur aus Gründen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gerade das Kind, das bei zwei arbeitslosen Eltern lebt ..., braucht einen Platz in der Ganztagskrippe oder Ganztagesesschule. Das ist notwendig, damit es am Nachmittag auch in einem anregungsreichen Umfeld weiterkommt und sich entwickeln kann.“

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sehr richtig.)

„Dazu gehört auch, dass die Sportvereine und Musikschulen in diese Ganztagsbetreuung hineingehen. Denn das sind die Dinge, von denen arme Kinder ausgeschlossen sind. Ihre Eltern können sich das nicht leisten. Genau deshalb haben arme Kinder in dem ganzen Bildungsprozess keine Chance. Sie haben keine gleichberechtigte Teilnahme am sportlichen und kulturellen Leben und es wird in den Schulen benachteiligt, weil sie manchmal sogar ohne Frühstück zum Unterricht kommen.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Hartz IV hat die Kinderarmut dramatisch erhöht.

Vizepräsident Hans Kreher: Frau Linke, ich weise Sie darauf hin, dass Ihre Redezeit gleich beendet ist.

Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Diese Situation zu erkennen und durch konkrete Maßnahmen zu verändern, dazu sind wir aufgerufen. Dazu trägt der Antrag bei, den wir Ihnen hier vorgelegt haben. Nahtlos fügt sich auch der Antrag der FDP-Fraktion hier ein. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Dr. Linke.

Um das Wort gebeten hat der Sozialminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Sellering. Herr Sellering, Sie haben das Wort.

Minister Erwin Sellering: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Landtagssitzung am 20. September habe ich ausführlich dargelegt, dass es ein besonderes, ein sehr wichtiges Anliegen der Landesregierung, der Koalition, ist, alles unternommen zu wollen, dass es keine Kinder hier im Land gibt, die wegen der finanziellen Situation in ihrer Familie und wegen der sonstigen Probleme in ihrer Familie Verlierer von Anfang an sind. Das müssen wir verhindern! Es ist ein wichtiger Teil unseres Vorhabens, das wir während der ganzen Legislaturperiode sehr engagiert verfolgen wollen, um dieses Land insgesamt

familienfreundlicher zu machen, also zum Kinderland MV zu machen. Ich freue mich sehr, dass bei der Diskussion im September deutlich geworden ist, dass dieses Ziel in diesem Hohen Hause breite Zustimmung und viel Unterstützung findet.

Darum geht es heute aber nicht bei dem Antrag, den Sie gestellt haben. Es geht allein um den Vorschlag, die Landesregierung aufzufordern, bis zum 29. Februar 2008 eine Analyse vorzulegen. Diesen Vorschlag haben Sie übrigens mit keinem Wort begründet, wenn ich richtig zugehört habe, Frau Dr. Linke.

(Zuruf von Dr. Marianne Linke, DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linkspartei, Sie wissen, dass die Landesregierung, diese Koalition, in dieser Legislatur als Grundlage für Planungen mit dem Ziel der sozialen Nachhaltigkeit einen Bericht zur sozialen Lage in Mecklenburg-Vorpommern vorlegen wird. Dieser Bericht muss und wird mehr sein als der bisher übliche Armuts- und Reichtumsbericht, der letztlich nur eine Ansammlung von Daten ist. Wir brauchen eine genaue und tief gehende Analyse, um daraus gezielte Handlungen ableiten zu können, und zwar durchaus zum Beispiel regional sehr differenziert und genau. Wir sind der Auffassung, dass sich gerade im Bereich der Kinder und Jugendlichen Probleme in bestimmten Sozialräumen besonders häufen, sodass wir dort gezielt stärker und tiefer eingreifen müssen. Deshalb brauchen wir diesen Bericht zur sozialen Lage. Die Mittel sind im Haushalt vorgesehen, 75.000 Euro in 2008 und in 2009. Die Beauftragung wird Anfang des Jahres erfolgen. Daraus wird klar, das können Sie dem Haushaltsplan entnehmen, dass dieser sehr tief gehende und weitgehende Bericht, den wir brauchen, nicht zu dem Zeitpunkt vorliegen kann, an dem Sie das gerne möchten. Deshalb, liebe Kollegen von der LINKEN, rege ich an, gemeinsam mit uns den Bericht abzuwarten und Ihren Antrag zurückzunehmen.

Ich habe aber noch eine weitere Anregung im Zusammenhang mit dieser wichtigen Diskussion. Ich möchte Sie bitten, dass wir die Diskussion, bei der es um das Wohl der Kinder hier im Lande geht, bei der es darum geht, was wir tun können, damit es Kindern besser geht, seriös führen und nicht mit solchen Formulierungen belasten, wie ich sie eben gehört habe, dass das, was wir im Moment als Staat für Kinder tun, Kindern Gewalt antut. Ich denke, das ist eine sehr fahrlässige Vermischung des Gewaltbegriffs, hier sollten wir ein bisschen seriöser miteinander umgehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion
der SPD – Irene Müller, DIE LINKE:
Psychische Gewalt ist Hartz IV. –
Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Tegtmeier von der SPD.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zwar könnte ich jetzt auch sagen – der Minister hat es gerade ausgeführt –, dass das, was Sie in Ihrem Antrag fordern, ja bereits auf gutem Weg ist, sogar haushaltsrechtlich schon abgesichert ist, aber darauf möchte ich mich nicht zurückziehen. Ich werde jetzt auch nicht anfangen, die Inhalte Ihres Antrages oder die Ausführungen zu zerpfücken und hier nachzufragen, was denn mit unseren Großstädten gemeint ist oder solchen Kleinigkeiten. Das liegt mir

in diesem ernststen Zusammenhang vollkommen fern. Wir haben es hier mittlerweile mit einem sehr komplexen Problem und einer sozialen Schieflage zu tun, die dringender Abhilfe bedarf.

Frau Dr. Linke, Sie haben bereits, dokumentiert mit Drucksache 5/791, eine Kleine Anfrage an den Minister gestellt, die umfangreiches Material und Aussagen zur Lage unserer Familien, aber auch zu den Zielvorstellungen des Ministeriums, wie Abhilfe geschaffen werden soll, beinhaltet. Und wenn man die Antwort auf die Kleine Anfrage und die in der Begründung Ihres Antrages erwähnten bereits vorliegenden Studien, Berichte, internationalen Vergleiche und so weiter auf dem Tisch hat, dann ist ja allen klar, dass der Handlungsdruck schon eine ganze Weile besteht und schon gehandelt wird. Minister Sellering hat Ihnen als Antwort auf die Kleine Anfrage bereits die Zielvorstellungen, die die Landesregierung zum Abbau von Kinderarmut in diesem Land verfolgt und welche Maßnahmen sie dafür bereits jetzt vor der Erstellung dieser umfangreichen Analyse, die Herr Sellering eben benannt hat, ergreifen wird, dargestellt. Weitere Anhaltspunkte finden Sie – Frau Dr. Linke führte es ja auch schon aus – in den Haushaltsplänen.

Darüber hinaus gehende Maßnahmen zum jetzigen Zeitpunkt müssen wir hier im Landtag diskutieren und auf den Weg bringen. Ich denke, niemand wird bestreiten, dass ein auskömmliches Einkommen der beste Schutz vor Armut ist. Solange es zu wenig und zu schlecht bezahlte gewerbliche Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern gibt, steht die Gefahr der Verarmung eines viel zu großen Teils der hier lebenden Menschen im Raum.

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Vorrangiges Ziel muss es daher sein, mehr Menschen in Beschäftigungsverhältnisse zu bringen, die dazu noch so bezahlt werden, dass diese Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können – ein, wie Sie alle wissen, mühsamer Prozess. Der Wirtschaftsminister steht hier ganz besonders in der Verantwortung.

Einkommensarmut allein, sehr geehrte Damen und Herren, führt jedoch nicht zwangsläufig zu eingeschränkten Entwicklungsmöglichkeiten des armen Kindes, allein wohl gemerkt. Faktoren, die die potenziell ungünstigen Wirkungen prekärer Lebensverhältnisse besonders in den ersten Lebensjahren abfedern, sind beispielsweise ein gutes Familienklima, ein fördernder Erziehungsstil der Eltern, eine positive Eltern-Kind-Beziehung, ein förderndes Umfeld sowie das Vorhandensein möglichst stabiler familiärer und sozialer Netzwerke. Ein frühzeitiger und dauerhafter Kindergartenbesuch ist für eine spätere schulische Entwicklung ebenfalls unbedingt förderlich.

In der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU unter Ziffer 212 im Kapitel „Soziales und Gleichstellung“ finden Sie unter der Überschrift Familienpolitik den Absatz: „Wichtigstes Ziel der Kinder- und Jugendpolitik der Koalitionspartner ist, dass alle Kinder und Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern in sozialer Sicherheit, emotionaler Geborgenheit, mit gleichen und gerechten Lebenschancen aufwachsen. Kinder als die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft bedürfen des besonderen Schutzes. Störungen der kindgerechten Entwicklung wird insbesondere durch Kindertagesstätten und Schulen möglichst frühzeitig entgegengewirkt. Die Koalitionspartner fördern die Teilnahme von Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Familien am gesellschaftlichen und schulischen Leben.“

Sehr geehrte Damen und Herren, eine ganz bedauerliche Entwicklung nehmen wir zurzeit im Bildungsbereich wahr. Nur jeder dritte Schüler in Mecklenburg-Vorpommern, so die Medien, erreicht die Hochschulreife. Bei einem Bundesdurchschnitt von 43 Prozent ist dies eine denkbar schlechte Quote und sicher auch der finanziellen Situation der Elternhäuser geschuldet, die sich eine solch lange Schulzeit bis zum Abitur ihrer Kinder und die damit entstehenden Kosten schlichtweg nicht leisten können, manchmal auch nicht leisten wollen. Und das ist wirklich eine sehr schlimme Entwicklung.

(Udo Pastörs, NPD: Das liegt nicht immer nur am Geld.)

Eine gute Allgemeinbildung ist unglaublich hilfreich dabei, will man die geistigen Ergüsse, wie wir sie hier zum Beispiel in hoher Zahl über uns ergehen lassen müssen, richtig einschätzen und dorthin packen, wo sie hingehören.

Sehr geehrte Damen und Herren, im Kapitel „Bildung, Wissenschaft und Kultur“, aber nicht nur hier, finden Sie konkrete Vorhaben zur Verwirklichung der Ziele der Koalitionsfraktionen, ich betone es noch einmal, der Chancengleichheit für alle Kinder, die wir uns schon gesetzt haben. Ich sehe die Koalitionsvereinbarung nicht als unverbindliche Empfehlung, wie Herr Holter das gestern schon einmal anklingen ließ, sondern schon als Selbstverpflichtung der Koalitionspartner an. Und wer gestern im Sozialausschuss gewesen ist, wird festgestellt haben, dass wir dies auch ernst meinen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: So hat Herr Holter das nicht gesagt.)

Diese Selbstverpflichtung gilt aber nicht nur für jetzt und heute, sondern für die gesamte Dauer der Legislatur. Aber wer sich die Begründung der Fraktion DIE LINKE genauer anschaut – Frau Dr. Linke hat das ja vorhin noch einmal ganz klar und deutlich herausgestellt –, der hat gemerkt, worum es in diesem Antrag der LINKEN vorrangig geht. Da steht ja im vorletzten Absatz: „Diese Situation“, also Kinderarmut in Mecklenburg-Vorpommern, „und ihre Auswirkungen gilt es zu erfassen und zu analysieren, um geeignete Maßnahmen, wie z. B. die Ermittlung und Gewährung eines bedarfsgerechten, Existenz- und Teilhabe sichernden Regelsatzes für Kinder und Jugendliche ergreifen zu können, die dieser Situation wirksam entgegenwirken.“ Wir sind also wieder bei den Regelsätzen von Hartz IV angelangt.

(Regine Lück, DIE LINKE: Weil ein Existenzminimum mit Hartz IV nicht gewährleistet ist.)

Der Sozialminister hat heute Morgen in der Aktuellen Stunde hierzu schon Stellung bezogen und gesagt, wie er sich den Einfluss unseres Landes an dieser Stelle vorstellt. Bereits in der Vergangenheit hat meine Fraktion die klare Position bezogen, dass die Erhöhung des Regelsatzes allein das Problem im Ansatz nicht lösen kann.

(Regine Lück, DIE LINKE: Nicht allein.)

Die vom Sozialminister angesprochenen Analysen werden dies noch einmal verdeutlichen. Wir werden Ihren Antrag ablehnen. Wir haben uns dafür entschieden, hier im Land Kinder und Jugendliche mit Leistungen zu fördern, die ihnen direkt zugutekommen, wie zum Beispiel – das hatten Sie auch schon gesagt – Senkung der Kita-Beiträge oder Bezuschussung des Mittagessens und viele andere durch den Sozialminister schon häufig angekündigte Maßnahmen, die einen echten Ansatz zur Chancengleichheit für alle Kinder bilden. Dabei bleiben

wir. Ich denke, die Analyse, die bereits geplant und haus-haltsmäßig untersetzt ist, wird uns ein Stück weiterbringen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Tegtmeier.

Aufgestellt hat sich schon der Abgeordnete Herr Grabow von der FDP. Herr Grabow, Sie haben das Wort.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Nur Analysen, die die Koalition fordert, sind gute Analysen. – Zuruf von Minister Erwin Sellering – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Wir scheinen ja gar nicht weiter auseinander.)

Ralf Grabow, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Bekämpfung von Kinderarmut liegt uns allen gleichermaßen am Herzen. Die FDP-Fraktion begrüßt daher den Antrag der Fraktion DIE LINKE, eine umfassende Analyse zur sozialen Struktur von Kindern und Jugendlichen erstellen zu lassen. Meiner Fraktion liegt es sehr am Herzen, effektive Maßnahmen gegen Kinderarmut zu ergreifen. Wir brauchen keine Schaufensteranträge, die schön in der Zeitung aussehen. Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe zu erhöhen ist populär, aber wenig hilfreich, wenn das Geld nicht bei den Kindern ankommt. Stattdessen müssen wir den Menschen im Lande korrekte Hilfestellungen anbieten, die wir als Landtag auch beschließen und umsetzen können.

Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Erfassung der tatsächlichen Lage im Land. Dafür brauchen wir eine solide Datenbasis, die uns über die Lebensverhältnisse unserer Kinder genauestens informiert. Nur so können wir erkennen, wo Probleme bestehen, welche und wie viele Kinder Probleme haben und vor allem, warum. Erst wenn wir das alles wissen, können wir entscheiden, was genau wir auf der Länderebene zu tun haben. Dafür braucht es nicht viel Zeit, denn Handlungsbedarf zur Bekämpfung von Armut allgemein und bei Kindern speziell wurde in diesem Hause nicht das erste Mal beschlossen. Schon in der vergangenen Legislaturperiode beschäftigte man sich mit dem Thema Armut. Die Fraktionen der SPD und der damaligen PDS beantragten im Jahr 2005 einen Armuts- und Reichtumsbericht für Mecklenburg-Vorpommern. Interessanterweise legte man seitens der CDU und nicht etwa der PDS besonders Wert darauf, dass in diesem Bericht auch die Lage von Kindern und Jugendlichen in armutsnahen Lebensverhältnissen erfasst wird.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Erstaunlich, ja.)

Der Sozialausschuss empfahl ausdrücklich, beide Anträge umzusetzen. Ein Armuts- und Reichtumsbericht liegt bis heute jedoch nicht vor. Gleichwohl legt die Landesregierung damit einen ersten Sachstandsbericht vor. Darin enthalten ist eine Gliederung mit den Unterpunkten Kinder und Jugendliche.

Liebe Kolleginnen von der Fraktion DIE LINKE, es haben unter Ihrer Führung erste Vorarbeiten stattgefunden. Ihnen müssten also schon gute Vorkenntnisse zum Thema Kinderarmut vorliegen. Die Fraktion der FDP hält es daher für sehr sinnvoll, Erkenntnisse aus Vorarbeiten zum Armuts- und Reichtumsbericht in die von Ihnen geforderte Analyse mit aufzunehmen. Es ist bedauerlich, dass es seitens der Landesregierung bislang keinen Bericht zur Verteilung von Armut und Reichtum in

unserem Land gibt. Aber wir gehen davon aus, dass die damals begonnene Arbeit an einem solchen Bericht bis heute noch andauert und nicht eingestellt worden ist. In unserem Änderungsantrag fordern wir deshalb, die entsprechenden Vorarbeiten aus der 4. Wahlperiode zu berücksichtigen. Daher wird hier beantragt, die Analyse auf die notwendige breite Datenbasis zu stellen, und wir bitten um Unterstützung für unseren Änderungsantrag.

Und eine Sache persönlich an den Herrn Minister: Hier sind schon sehr oft Versprechen gelaufen. Ich hoffe, dass diesmal auch wirklich Taten folgen und bis Februar dieser Bericht dann vorliegt. Sie wissen, ich habe ein paar Mal hier den Kindergipfel gefordert. Ich lasse es auch nicht sein, denn im Endeffekt könnten sich alle demokratischen Kräfte an dieser Diskussion beteiligen und nicht nur in der SPD-Basis. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Der Minister hat doch gesagt, gut Ding braucht Weile.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Grabow.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Glawe von der CDU.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! DIE LINKE hat wieder einen Berichtsantrag gefordert.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Frau Linke, ich muss Ihnen sagen, viele Dinge, die Sie hier vorgetragen haben, kennen Sie als Ministerin aus dem Armuts- und Reichtumsbericht, und viele Ergebnisse und Zahlen, die Sie hier so genannt haben, scheinen daraus zu sein. Daher ist das Klagen, was Sie hier vortragen, wenig hilfreich. Die statistischen Dinge sind bekannt. 59.500 Kinder sollen nach Ihrer Statistik oder nach Ihren Aussagen in Armut leben.

(Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Paritätischer Wohlfahrtsverband.)

Das will ich hier mal glattweg bezweifeln.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Haben Sie nicht den Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes gelesen? – Zuruf von Dr. Marianne Linke, DIE LINKE)

Für die CDU-Fraktion ist unstrittig, dass wir einen Bericht zur sozialen Lage in Mecklenburg-Vorpommern brauchen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Früher hat er den Verband gerettet und heute kennt er seine Zahlen nicht.)

Wir haben zusammen in Absprache mit der SPD und dem Sozialminister auch Geld für diese Dinge eingestellt.

Also für DIE LINKE noch einmal gesagt: Sie müssen sich in dieser Frage auch ein wenig gedulden, denn andererseits haben Sie ja auch immer in Ihrer Regierungszeit im Armuts- und Reichtumsbericht nicht gerade die besten Noten erhalten. Die Bilanz und das, was wichtig ist für Kinder, eine intakte Familie, sind immer der Bezug. Die Rahmenbedingungen im Land sind weitestgehend in Ordnung.

(Irene Müller, DIE LINKE: Na schön, alles in Ordnung.)

Wir haben zumindest, was Tagesmütter, Krippenlandschaft und Bildungsangebote im Land betrifft, gute Rahmenbedingungen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Aber erst, seit Sie verantwortlich sind.)

Wir müssen in die Qualität hineingehen und da bin ich vor allem dem Bildungsminister sehr dankbar, dass er im Verhältnis zu früher deutlich bessere Ansätze vorbereitet.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: So, so.)

Ja, ja, so ist das, meine Damen und Herren.

Und noch ein Wort zu Ihrer Bilanz, auch, was Arbeitsplätze bedeutet, denn zur sozialen Sicherheit gehört vor allen Dingen ein Arbeitsplatz. In Ihren Spitzenzeiten, als Sie als LINKE in der Regierung waren und den Arbeitsminister gestellt haben, hatten wir teilweise 200.000 Arbeitslose im Land. Wir kommen heute auf knapp 130.000.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Das ist eine Analyse zur Kinderarmut. –
Zurufe von Gabriele Měšťan, DIE LINKE,
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE,
und Michael Roof, FDP)

Ich meine schon, dass es sich lohnt, dass die Christdemokraten mit in der Regierung sind, denn Sie wissen, was die Kanzlerin auch immer sagt: Dort, wo die CDU regiert, geht es den Menschen besser, auch in Mecklenburg-Vorpommern, meine Damen und Herren.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Seit einem Jahr geht es ständig aufwärts. –
Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE –
Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und FDP –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das tut ja wieder weh, Frau Gramkow, das verstehe ich auch. Toben Sie sich mal ein bisschen aus und dann warte ich, bis Sie fertig sind.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion
der FDP – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Bloß die Einkommen gehen abwärts.)

Meine Damen und Herren, wir haben auch bei der Frage nach einem sozialen Netz die Frage zu beantworten, wie wir weiter mit SGB II und SGB XII umgehen. Sagen Sie mir Länder in Europa, die bessere Sozialleistungen für ihre Bürgerinnen und Bürger ausgestaltet haben als die Bundesrepublik Deutschland. Nennen Sie mir mal ein Land, zeigen Sie mir eins

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Das interessiert die Kinder, die nichts zu essen haben, nicht.)

und bringen Sie hier nicht immer das Jammertal, dass es uns so schlecht geht! Sicherlich kann man über einige Dinge reden

(Udo Pastörs, NPD: Sie nicht, wie man sieht. –
Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

und darüber reden wir auch, über ALG I, Hartz IV et cetera. Ich will das nicht weiter vertiefen.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Auch die Frage zu einem kostenlosen Mittagessen sollte man mal etwas tiefgründiger beleuchten. Und ich möchte Sie darauf hinweisen, dass im SGB XII und auch im KiföG geregelt ist,

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

dass gerade Hartz-IV-Empfänger das Essengeld für ihre Kinder bezahlt bekommen,

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

und zwar dergestalt, dass die Kreisverwaltungen oder die örtlichen Träger der Sozialhilfe diese Mittel an die jeweiligen Kitas oder Tagesmütter abtreten und direkt überweisen. Also Sie führen hier teilweise eine hanebüchene Debatte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Ja, und
was machen die, die Arbeit haben?)

Und das ist so. Ich kann Ihnen nur sagen, lesen Sie mal im Gesetz nach und machen Sie sich ein bisschen schlauer, bevor Sie hier laufend solche Debatten führen!

(Irene Müller, DIE LINKE: Haben Sie
schon mal was davon gehört, dass nicht
nur Hartz IV arm macht? – Zuruf von
Angelika Gramkow, DIE LINKE)

Ein letztes Wort zu Ihrem Antrag, Frau Linke von der LINKEN. Dieser Antrag kann nicht unsere Zustimmung finden,

(Irene Müller, DIE LINKE: Wieso wollen Sie
nicht, dass die Zahlen auf den Tisch kommen?)

denn erstens arbeiten wir daran, zweitens brauchen wir diese Ratschläge nicht und drittens können wir diesem Antrag nicht zustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Jetzt ist
alles gut. – Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
und Irene Müller, DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Glawe.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller von der NPD.

Tino Müller, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kinderarmut ist sicher eines der wichtigsten Themen in unserem Land. Wer ist aber schuld daran, dass es so etwas wie Kinderarmut überhaupt gibt? Eines ist sicher, die NPD trägt im Gegensatz zu Ihnen, meine Damen und Herren, daran sowie am Geburtenmangel nachweislich keine Schuld.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Der Zustand, wie wir ihn jetzt haben, ist ein reelles Produkt der katastrophalen Politik der etablierten Parteien und ihrer Helfershelfer.

Die von Liberalisten und ihren marxistischen Brüdern teils mitinitiierte, teils hübsch mitgetragene Politik der Globalisierung ist es dann auch, die hierzulande immer mehr Menschen am Ende der Nahrungskette ankommen lässt, mit immer mehr Arbeit zu immer schlechteren finanziellen Bedingungen, verankert in neoliberalen Projekten des 21. Jahrhunderts, wie in der Lissabon-Strategie und dem Vertrag von Nizza samt ihren Folgepapieren. Einerseits bedeutet das keine Behinderung für den Kapitalverkehr, andererseits entstehen immer mehr prekäre Beschäftigungsverhältnisse oder gar ein Sockel, wie es so schlecht heißt, von Langzeitarbeitslosen.

Auch in dieser Hinsicht sind wir dabei, US-amerikanisches Niveau zu erreichen. In dem Maße, in dem Eltern, Kindern und auch Kindeskindern die Lebensperspektiven entzogen werden, wachsen in der Familie Streitigkeiten und private Verschuldungen. Gleichzeitig erleben wir den Konsum von Drogen aller Art und nicht zuletzt die Leiden bei den Kindern, seelisch und körperlich, was durch eine mangelnde Ernährung noch gefördert wird. Eine traurige Art von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Familienrichter und Fürsorgeeinrichtungen, die das Elend einzig und allein verwalten. Wir leben somit in einer Gesellschaft, deren Lenker gedanklich, damit auch praktisch nichts mit einer Gemeinschaft des deutschen Volkes am Hut haben. Der Einzelne wird faktisch im Stich gelassen. Wer es schafft, sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen, der schafft es, wer nicht, der eben nicht.

Im Gegensatz zur Eiskälte gegenüber einigen Volksgeschwistern wird in punkto Zuwanderung eine Hätschelpolitik betrieben, die einigen auch in diesem Haus immer noch nicht weit genug geht.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Hören Sie auf, über Ausländer zu hetzen! Das ist ja unerträglich!)

Stimmt's, Herr Methling?

Ihre möglicherweise neue Wählerklientel erhält hierzulande eine in Bezug auf die Herkunftsländer fürstliche Alimentierung.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Was meinen Sie denn damit, Herr Müller?)

Jahr für Jahr werden für den Integrationswahnsinn Milliarden ausgegeben, die den Deutschen letztendlich fehlen.

(Udo Pastörs, NPD: Jawohl. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sie sind ja ein ausgesprochener Humanist.)

Ausgehend vom augenblicklichen Zustand fordern wir eine Förderung

(Sylvia Bretschneider, SPD: Das ist
Völkerhetze, was Sie hier betreiben.)

zur Finanzierung eines einmaligen Schulbedarfes für jedes hilfebedürftige deutsche Kind.

(Raimund Borrmann, NPD: Aber nur für
deutsche. – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Warum nicht für jedes Kind, Herr Müller?)

Schluss mit der Praxis, hier und da in Kommunen ausgezahlte Begrüßungsgelder, verschiedene Kostenübernahmen für Hilfebedürftige in einigen Orten sowie Geschenke anlässlich von Jugendweihen, Konfirmationen und Erstkommunionen auf die Zuwendung für die Familien anzurechnen. Ebenso ist es ein Irrsinn, das Angebot einer kostenfreien Speisung für Kinder oder Krankenhausaufenthalte eines Elternteils gegenzurechnen. Und nicht zuletzt zählt zum durchzusetzenden Maßnahmenpaket die Festschreibung eines Mindestlohnes, wie von der NPD auch in diesem Hause gefordert.

Im immer wieder gepriesenen wirtschaftlichen Leuchtturm Rostock beispielsweise sind allein 6.000 Menschen trotz Vollzeitarbeit auf staatliche Leistungen zum Lebensunterhalt angewiesen.

(Marc Reinhardt, CDU: Hört, hört!)

Dies sind Tatsachen, die landauf, landab von neoliberalen Zeitgeistern noch als Standortvorteil gepriesen werden.

Dessen ungeachtet halten wir es für wichtig, einen Überblick über die Lage von Kindern und Jugendlichen aus finanziell schlechter gestellten Elternhäusern, wie im Antrag gefordert, zu erhalten.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Aber nur für deutsche, ja?)

Kinder sind unseres Volkes Zukunft, also kümmern wir uns um sie. Meine Fraktion schließt sich Ihrem Antrag an.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zurufe von Sylvia Bretschneider, SPD,
und Egbert Liskow, CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Müller von der Fraktion DIE LINKE.

Irene Müller, DIE LINKE: Werter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Laufe einer solchen Debatte frage ich mich doch in diesem ganz speziellen Fall, wohin sich manche Abgeordnete in der davoneilenden Zeit reden.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Eigentlich hatte Frau Dr. Linke ganz genau begründet, warum wir diesen Antrag der Erfassung, Analyse und Bekämpfung von Kinderarmut haben möchten. Deswegen hole ich es jetzt noch einmal zurück. Frau Dr. Linke hatte ganz genau erklärt, was wir schon alles für Anträge als die Partei DIE LINKE gestellt haben, um Kinderarmut hier im Land mindestens zu verringern, nicht auszumerzen.

(Egbert Liskow, CDU: Dafür hatten
Sie doch Zeit, acht Jahre lang.)

Unsere Anträge scheiterten immer daran, dass uns erklärt wurde, erstens liegt es daran, dass die Sätze zu niedrig sind, zweitens liegt es daran, dass die Eltern ihre Kinder nicht ordentlich versorgen, drittens liegt es daran, dass die Eltern nicht in der Lage sind, mit dem Geld ordentlich umzugehen, viertens fanden sie nicht das gute Vollkornbrot für 49 Cent im Laden und, und, und.

(Raimund Borrmann, NPD:
Jetzt Biovollkornbrot.)

Gesundes Vollkornbrot.

Diese ganzen Dinge haben uns dazu veranlasst, die Regierung dazu aufzufordern, zu erfassen, welche Kinder, wie viel Kinder hier bei uns in Armut leben, daraus die Analyse zu ziehen, woran das liegt, und dann Maßnahmen zu ergreifen,

(Udo Pastörs, NPD: Gesellschaftssystem.)

um diese Kinderarmut zu beseitigen, mindestens einzudämmen. Es ist unerträglich, wenn in so einem reichen Land wie der Bundesrepublik Deutschland – und Herr Glawe hat es gerade wieder gesagt, den Menschen geht es hier allen richtig gut, seit die CDU wieder regiert –

(Harry Glawe, CDU: Genau. Da
haben Sie wohl mal zugehört.)

es so arme Kinder gibt.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Arme Kinder sind ein Armutszeichen für unsere Regierung. Wir müssen hier anerkennen, dass es Armut gibt. Und dazu brauchen wir diese Analyse.

Die Regelsätze, die einmal für Kinder ausgearbeitet worden sind innerhalb des Arbeitslosengeldes II, sind einfach ausgerechnet worden ohne Grundlage. Und das, verehrter Herr Glawe,

(Harry Glawe, CDU: Ja, ich bin hier.)

verehrter Herr Selling, ist keine Erfindung der Partei DIE LINKE. Die Freie Wohlfahrtspflege hat Ihnen diese Zahlen vorgerechnet,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das hätte er ja gewusst, wenn er da gewesen wäre. – Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Das hat er jetzt nicht gehört. Schade.)

Gewerkschaften haben Ihnen diese Zahlen vorgerechnet, Arbeitsloseninitiativen haben Ihnen diese Zahlen vorge-rechnet, Kirchen, Herr Glawe, haben sie vorgerechnet. Und eine jüngste Analyse der Uni Bonn – und hier wird ja nun bitte keiner behaupten wollen, dass die Uni Bonn eine von der Partei DIE LINKE durchseuchte Institution ist –

(Heiterkeit bei
Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE –
Angelika Gramkow, DIE LINKE: Noch nicht. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Alles durchseucht.)

hat Ihnen das vorgerechnet, dass es das gibt. Sie müssen es hier endlich begreifen, es anerkennen und dem-zufolge handeln. Es nutzt uns überhaupt nichts, Herr Seling, wenn Sie sich hier hinstellen und erklären, wir sind ja schon dabei, wir tun ja schon.

(Harry Glawe, CDU: Kriegen alle was ab.)

Wir haben in den letzten Monaten öfter erklärt, was wir verlangen, worüber Sie nachdenken sollen. Sie haben nicht nachgedacht, Sie haben erklärt, es ist alles in Arbeit. Ihre Parteiprogramme, Ihre Presseerklärungen, überall erklären Sie, dass Sie etwas tun wollen.

(Harry Glawe, CDU: Ja, genau.)

Ja, aber was?

(Harry Glawe, CDU: Gucken Sie in den Haushalt rein, dann wissen Sie Bescheid.)

Wenn Sie etwas tun wollen, erreicht das doch nicht die Kinder. Es erreicht auch nicht die Versorgung der Kinder. Es erreicht auch nicht die Chancengleichheit.

Ich war gestern erst wieder in zwei 7. Klassen und mir wurde bestätigt, dass es keine Chancengleichheit ist, wenn Kinder von ihren Eltern nicht die Schulmaterialien gekauft bekommen können, die die Lehrer verlangen, nur weil das Geld dafür nicht reicht. Aber nein, es gab keine Möglichkeit, gerade für arme, bedürftige Menschen, die Kinder haben, die in Arbeitslosengeld-II-Situation sich befinden und – und das ist wichtig – durch ihrer eigenen Hände Arbeit nicht das Lebensminimum erarbeiten können, hart an der Grenze der Armut liegen, weil die eben nicht ihre Kinder ausstatten können. Das setzt sich fort mit der Ausbildung der Kinder.

Wir brauchen uns doch gar nicht zu wundern, warum so viele Kinder in unserem Land entweder keinen Schulabschluss haben, ihn abrechnen oder andere Dinge dazu führen, dass sie im Leben nicht weiterkommen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Na klar, Geld ist nicht alles und Geld ist nicht das einzige Glück, aber Armut macht überhaupt keinen Spaß und Armut für Kinder macht gleich gar keinen Spaß. Wenn dann hier von Gewalt an Kindern geredet wird, na selbstverständlich, selbstverständlich ist die Tatsache, Kinder in Armut zu halten, psychische Gewalt für Kinder. Was glauben Sie denn, wie die Kinder das ertragen können, wenn sie sehen, dass ihre Eltern erst mal loslaufen müssen, um irgendwo Geld zu beantragen, damit sie an der Klassenfahrt teilnehmen können? Das bemerken Kinder doch.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Da können Sie hier debattieren und erklären, dass Sie tätig sind, wie Sie wollen. Machen Sie bitte die Analyse und machen Sie die zeitnah.

(Egbert Liskow, CDU: Was haben Sie denn acht Jahre lang gemacht? –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Nutzen Sie dazu die Zahlen, die schon zusammengetragen wurden. Das haben wir dazu beigetragen. Sie haben die Zahlen nicht veröffentlicht, denn Sie sind seit September des Jahres 2006 hier in der Regierung und da lagen die Zahlen schon vor, sodass sie in der Restbearbeitung hätten vorgelegt werden können. Nutzen Sie also diese Zahlen und zeigen Sie uns auf, welche Kinder sind hier arm, wie viel Kinder sind arm, aus welchen Gründen sind sie arm

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und wie können wir Maßnahmen ergreifen und welche Maßnahmen können wir ergreifen, um diese Armut zu verhindern beziehungsweise zu beseitigen.

Ich sage ganz offen und ehrlich: Jeder Tag, an dem hier debattiert wird um arme Kinder, nicht arme Kinder, weniger arme und so weiter und so fort, ist ein schlechter Tag für diese Kinder. Es ist ein äußerst schlechter Tag für diese Kinder und im Endeffekt ein schlechter Tag für unser Land Mecklenburg-Vorpommern, weil es einfach blamabel ist, sich hier hinzustellen und zu reden und alles auf die lange Bank zu schieben, ohne irgendwann mal einen Termin zu geben, wann gehandelt wird.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist das Wesen der Demokratie, dass nicht gehandelt wird.)

Ich bitte Sie sehr darum, auch dem Antrag der FDP zuzustimmen, denn genau das, was Sie verlangen, die Zahlen, die schon da sind, sind mit einzuarbeiten in den Bericht. Demzufolge braucht er überhaupt nicht mehr so viel Zeit, wie Sie hier angesagt haben.

Ich teile Ihnen mit, als Marxistin gehe ich davon aus, wenn ich eine Basis habe, eine Grundlage habe aufgrund einer Analyse, bin ich auch in der Lage, weiter nachzudenken, zu überrechnen, zu überdenken, wie weitergearbeitet werden kann. Auch wenn ich Sie nicht dazu animieren will, in keiner Art und Weise, Marxist zu werden,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das können auch Nichtmarxisten.)

könnten Sie vielleicht dieser Logik folgen und sich bereit erklären, diesem Antrag doch zuzustimmen,

(Udo Pastörs, NPD: Das Ergebnis Ihres Marxismus haben die Leute in der DDR bitter erfahren müssen. – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

weil Analyse-Erkennen auch Anerkennen ist. Und an der Anerkennung fehlt es Ihnen nach wie vor, was Ihre manchmal sehr am unteren Niveau grenzenden Zwischenrufe hier zeigen.

(Raimund Borrmann, NPD: Sind Marxisten Linksradikele? Das ist die große Frage.)

Wir stellen diesen Antrag, um eine Grundlage dafür zu legen hier im Land Mecklenburg-Vorpommern, um dafür sorgen zu können, dass Kinder gleichberechtigte Entwicklungschancen haben, so, wie es Frau Dr. Linke schon sagte, unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern, abhängig davon, auf welche Art und Weise ihre Talente gefördert werden, sie in alles mit einbezogen werden und sie sich einbringen können. Geben Sie sich also einen Stoß! Reden Sie nicht nur von Chancengleichheit, Gestaltenwollen, irgendwann mal, wenn Sie es denn erkannt haben. Geben Sie sich einen Stoß, helfen Sie uns allen! Nehmen wir die Zahlen zur Grundlage, arbeiten wir und führen wir nicht unnütze Debatten. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Müller.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/942 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Danke. Damit ist dieser Änderungsantrag bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der FDP und der NPD, aber Ablehnung der Fraktion der SPD und der CDU abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/910 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Damit ist dieser Antrag bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Zustimmung der Fraktion der NPD, aber Ablehnung der Fraktion der SPD, der CDU und der FDP abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 27:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Opfer des DDR-Unrechtsregimes aufklären – Licht in die dunkle Vergangenheit bringen, Drucksache 5/915.

**Antrag der Fraktion der NPD:
Opfer des DDR-Unrechtsregimes aufklären –
Licht in die dunkle Vergangenheit bringen
– Drucksache 5/915 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Borrmann von der NPD.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Raimund Borrmann, NPD: „Voice of the blood“, „Stimme des Blutes“ ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Borrmann, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf, weil Sie zum wiederholten Male die Würde dieses Hohen Hauses verletzen, indem Sie hier keine korrekte Anrede verwenden.

(Toralf Schnur, FDP: So ist es richtig.)

Ich mache Sie darauf aufmerksam, sollten Sie jetzt noch einmal gegen diese Regelung verstoßen, dass ich dann

den entsprechenden Paragrafen in der Geschäftsordnung anwende, weil ich das für eine gröbliche Verletzung der Würde des Hauses halte.

(Toralf Schnur, FDP: Es ist doch ohnehin der dritte. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Raimund Borrmann, NPD: „Stimme des Blutes“ lautet der Titel einer Musik-CD mit Compositionen Hildegard von Bingsens. Blut. Über Jahrtausende hat kaum ein Gegenstand, kaum ein Begriff wie dieser eine solch wichtige Bedeutung im Leben der menschlichen Zivilisation ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Borrmann, ich erteile Ihnen gemäß

(Stefan Köster, NPD: 99.)

Paragraf 99 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung wegen gröblicher Verletzung der Ordnung,

(Michael Andrejewski, NPD:
Einen Rausschmiss.)

oder ich mache Sie darauf aufmerksam, dass ich Sie wegen Paragraf 99 Absatz 1 der Geschäftsordnung von der heutigen Sitzung ausschließe. Bitte verlassen Sie den Saal.

(Michael Andrejewski, NPD:
Eine Begründung, gibt es die? –
Udo Pastörs, NPD: Was war denn? –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich unterbreche die Sitzung und berufe den Ältestenrat ein.

Unterbrechung: 17.56 Uhr

Wiederbeginn: 18.18 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Gemäß Paragraf 99 Absatz 1 der Geschäftsordnung habe ich den Abgeordneten Herrn Borrmann, Fraktion der NPD, wegen gröblicher Verletzung der Ordnung aus der Sitzung ausgeschlossen. Inwieweit das Verhalten und die Äußerungen von Herrn Borrmann weitere Konsequenzen haben, wird gegenwärtig geprüft und gesondert bekannt gegeben.

Ich darf Ihnen mitteilen, dass die Fraktion der NPD eine Auszeit von 30 Minuten beantragt hat. Ich unterbreche die Sitzung zu diesem Zweck.

Unterbrechung: 18.19 Uhr

Wiederbeginn: 18.49 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung zum Tagesordnungspunkt 27: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Opfer des DDR-Unrechtsregimes aufklären – Licht in die dunkle Vergangenheit bringen, Drucksache 5/915, fort.

Da der Abgeordnete Borrmann von der heutigen Sitzung ausgeschlossen ist, frage ich: Wer wird die Begründung des Antrages vornehmen? – Dann hat Herr Köster das Wort.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die NPD-Landtagsfraktion wird, weil sie die

Rechte des vom Volke gewählten Abgeordneten hier im Hause stark beschnitten ...

(Der Abgeordnete Köster spricht bei abgeschaltetem Mikrofon weiter.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Köster, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie während eines Tagesordnungspunktes im Anschluss an eine Ordnungsmaßnahme hier keine Möglichkeit haben, die Entscheidung des Präsidiums zu kommentieren beziehungsweise auch nicht den Sachverhalt zu kommentieren haben, weswegen ein Abgeordneter diese Ordnungsmaßnahme erhalten hat.

Stefan Köster, NPD: Dann will ich mich dafür entschuldigen.

Die NPD-Landtagsfraktion wird, weil Meinungsfreiheit hier im Hause nicht möglich ist, den Antrag zurückziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Michael Andrejewski, NPD: Vorläufig.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich stelle damit fest, dass der Antrag der NPD-Fraktion auf Drucksache 5/915 zurückgezogen wurde.

Ich mache Herrn Köster darauf aufmerksam, dass die von ihm gewählte Begründung eine Unterstellung in Bezug auf die parlamentarische Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern ist. Ich weise dies auf das Entschiedenste zurück.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 28:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Entschließung „Grünbuch – Ein modernes Arbeitsrecht für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – Keine Aufweichung des Kündigungsschutzes“, Drucksache 5/911.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Entschließung „Grünbuch – Ein modernes
Arbeitsrecht für die Herausforderungen
des 21. Jahrhunderts – Keine Aufweichung
des Kündigungsschutzes“
– Drucksache 5/911 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im November 2006 hat die Europäische Kommission das Grünbuch „Ein modernes Arbeitsrecht für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“ veröffentlicht. Mit diesem Grünbuch will die Kommission eine öffentliche Debatte über die Erforderlichkeit und über Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Arbeitsrechts anstoßen.

Nach dem Konsultationsverfahren, zu dem insgesamt 450 Stellungnahmen eingereicht wurden, hat sich das Europäische Parlament mit einer entsprechenden Entschließung zum Grünbuch verständigt. Grund genug, so meinen wir, uns auch im Landtag Mecklenburg-Vorpommern mit diesen Fragen auseinanderzusetzen, denn bekanntermaßen kommen nach dem Grünbuch ein Blaubuch, Weißbuch und dann konkrete Entscheidungen, an die sich alle Länder zu halten haben. In diesem konkreten Fall will sich die Kommission in der nächsten Woche noch einmal verständigen. Und es ist wohl angedacht, einzelne Regelungen wie die Arbeit an der Arbeitszeitrichtlinie, die Leiharbeitsrichtlinie und eventuell die Entsenderichtlinie weiter konkret zu untersetzen.

So weit, so gut, könnte man sagen, dann werden wir mal abwarten, was weiter auf uns zukommt. Und da sagen wir ganz klar: Gerade das sollten wir nicht. Denn wie immer, wenn die Kommission ein Thema konkret anpackt, werden in nächster Zeit Entscheidungen getroffen, die auch in unserem Land umzusetzen sind. Und wie wir gestern gehört haben und unter Beweis gestellt wurde, wenn die abschließenden Ergebnisse auf dem Tisch liegen, die aus Brüssel kommen, wird auf Brüssel gezeigt. Deshalb, meine Damen und Herren, die Entscheidungen in Brüssel werden langfristig vorbereitet, wir sollten uns frühzeitig einmischen.

Zum konkreten Sachverhalt: Die Europäische Kommission hat in Bezug auf den Zweck dieses Grünbuches Folgendes geschrieben. Ich zitiere: „Mit dem“ vorliegenden „Grünbuch“ soll „eine Debatte darüber“ angestoßen werden, wie weit „ein reaktionsfähiger Rechtsrahmen benötigt wird, um die Fähigkeit der Arbeitnehmer zu unterstützen, Veränderungen zu akzeptieren und zu bewältigen, unabhängig davon, ob sie einen unbefristeten Arbeitsvertrag oder einen befristeten Nichtstandardvertrag haben“.

Auch hier könnte man sagen, so weit, so gut, wenn man sich oberflächlich damit befasst. Beim genaueren Hinsehen wird man feststellen: Gegenstand ist nichts weniger als die Veränderung des Arbeits- und Tarifrechtes, bei dem das zu erreichende Ergebnis bereits vorbestimmt ist, wie zum Beispiel die Beratung des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister am 09.10.2007 deutlich beweist. Es wird festgestellt zu den Schlussfolgerungen zu Flexicurity, ich zitiere: „Darin wird wieder einmal die Behauptung aufgestellt, ein höheres Maß an Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt trage zu mehr Beschäftigung bei. Regierung und Sozialpartner und jeder Einzelne seien dafür verantwortlich, sich mit den notwendigen Qualifikationen auszustatten, um in der globalisierten Wirtschaft bestehen zu können. Aktive Arbeitsmarktpolitik sei zwar wichtig, dürfe aber nicht zu höheren Staatsausgaben führen, um die Haushaltsdisziplin nicht zu gefährden.“

Ich bin dem Europäischen Parlament sehr dankbar, dass in seiner Entschließung eine Klarstellung erfolgte. Wir legen auch Wert darauf, dass die Entschließung im Konsens aller demokratischen Fraktionen getragen werden kann. Deswegen haben wir uns in unserem Antrag vornehmlich auf die Entschließung des Europäischen Parlamentes vom Juli dieses Jahres bezogen und erwarten, dass auch der Landtag diese unterstützt und im Wesentlichen beiträgt. Selbstredend werden nicht alle Positionen, die in der Entschließung des Europäischen Parlamentes enthalten sind, von allen hiesigen demokratischen Fraktionen getragen. Auch meine Fraktion beurteilt manche Punkte kritisch. Ich betone jedoch, dass wir die Ihnen vorliegenden Aussagen aus Sicht aller anderen demokratischen Fraktionen in diesem hohen Hause für besonders unterstützenswert halten.

Meine Damen und Herren, ich möchte auf einige Punkte eingehen. Das Europäische Parlament und im Übrigen auch die Bundesregierung haben klargestellt, dass das Arbeitsrecht ein Arbeitnehmerschutzrecht ist, welches die Aufgabe hat, die strukturelle Unterlegenheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Ausgestaltung der Arbeitsvertragsbeziehung auszugleichen. Grundgedanke des Arbeitsrechts muss es demnach sein, einen fairen Interessenausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen. Die EU-Kommission geht davon aus, dass eine Flexibilisierung der Beschäftigungsformen aufgrund des verschärften globalen

Wettbewerbs geboten sei und dass die gegenwärtig im Arbeitsrecht der Mitgliedsstaaten verankerten Flexibilisierungsmöglichkeiten dazu nicht ausreichend seien.

Die Kommission greift dabei auf das Konzept der Flexicurity zurück. Vereinfacht ausgedrückt meint Flexicurity die Balance von Flexibilität und Sicherheit. Auf den europäischen Arbeitsmärkten soll sich also größere Flexibilität mit größtmöglicher Sicherheit für alle verbinden, so der fromme Wunsch der Kommission. An dieser Stelle kann ich nur sagen, vielleicht sollte die Kommission in Bezug auf Flexicurity mehr an eine Fortentwicklung für notwendige Weiterbildungsstrategien denken.

Das Europäische Parlament vertritt „die Auffassung, dass das europäische Arbeitsrecht unbefristete Arbeitsverträge als generelle Form des Arbeitsverhältnisses anerkennen sollte, in denen ein angemessener Sozial- und Gesundheitsschutz vorgesehen sowie die Achtung der Grundrechte gewährleistet ist.“

Die Europäische Kommission hingegen hält die üblichen unbefristeten Arbeitsverträge für überholt. Mit dieser Aussage hat sich das Europäische Parlament in keiner Weise einverstanden erklärt. Diese Feststellung ist von besonderer Bedeutung, zu Recht, denn neue Formen von Nichtstandard-Arbeitsverträgen, von denen viele prekärer Natur sind, nehmen in besorgniserregendem Ausmaß von Jahr zu Jahr zu. Dies betrifft insbesondere Teilzeitverträge, befristete Arbeitsverträge und vor allem Zeitarbeitsverträge, also Leiharbeit.

Meine Damen und Herren, bereits in dem im Jahr 2003 vorgelegten Bericht der Taskforce „Beschäftigung“ wurde festgestellt, dass bald ein doppelter Arbeitsmarkt entstehen könnte, auf dem sogenannte Insider mit fester Beschäftigung Outsider gegenüberstehen, zu denen die Arbeitslosen, aber auch die Menschen in prekären und illegalen Beschäftigungsverhältnissen gehören. Arbeits- und Sozialschutzrecht gelten für die Letzteren nur eingeschränkt oder gar überhaupt nicht. Spätestens vier Jahre nach diesem Bericht müssen wir konstatieren, es gibt sie bereits, die Outsider, und ihre Zahl nimmt trotz des gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs zu. Immer mehr arbeitende Menschen müssen ergänzende Leistungen des Staates in Anspruch nehmen, um über die Runden zu kommen.

Es ist von zentraler Bedeutung, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in prekären Beschäftigungsverhältnissen grundsätzlich die gleichen Rechte haben wie die sogenannten normalen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und deswegen muss uns auch klar sein, verteidigen wir den unbefristeten, und ich füge hinzu, auskömmlichen Vollzeitvertragsvertrag nicht als EU-weite Norm, werden weitere sozial- und arbeitsrechtliche Einschnitte kommen. Dann wird sich die EU weiter von einem europäischen Sozialmodell entfernen. Daher brauchen wir dringend Mindestrechte etwa im Bereich Gesundheitsschutz, Arbeits- und Ruhezeitregelung oder Fortbildung.

Meine Damen und Herren, ich möchte auf ein Zweites eingehen. Die bestehenden Rechtsverhältnisse der Europäischen Union zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter haben ihr Ziel nicht erreicht. Nach wie vor sind es die Frauen, die für gleiche Arbeit weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen erhalten. Nach wie vor sind es die Frauen, die in erster Linie von Teilzeitarbeit betroffen sind. Nach wie vor sind es überwiegend Frauen, die keine andere Wahl haben, irreguläre Arbeitsbeschäftigungsbedingungen akzeptieren müssen. Naturgemäß sind es die

Frauen, die sich in einer dreifachen Bedrängnis befinden, nämlich sich stärker am Arbeitsmarkt zu beteiligen, Kinder zu gebären und Nebenbetreuungsaufgaben in den Familien zu übernehmen. Und in der Regel sind es die Frauen, die Kompromisse schließen müssen. Es wird also höchste Zeit, dass die seit Ewigkeiten bestehenden Ungleichbehandlungen enden.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, letztlich dürfen die Überlegungen zu einem modernen Arbeitsrecht nicht dazu führen, den Kündigungsschutz aufzuweichen. Das Europäische Parlament hat sich dazu eindeutig positioniert. Nach jüngsten Studien der OECD gibt es keinen Beweis für die Behauptung, dass ein Abbau des Kündigungsschutzes und eine Schwächung der Standardarbeitsverhältnisse zu mehr Beschäftigungswachstum führen. Das sind nun wirklich nachweislich neoliberale Märchen, an die bestenfalls vielleicht die FDP glauben mag.

(Toralf Schnur, FDP: Das glauben wir
auch, Frau Borchardt, das glauben wir auch.)

Schauen Sie nach Skandinavien, Sie werden feststellen, dass sich ein hohes Kündigungsschutzniveau und Standardarbeitsverhältnisse sehr wohl mit einem hohen Beschäftigungswachstum vereinbaren lassen. Der Landtag sollte sich daher klar positionieren. Das Arbeitsrecht dient dem Schutz der Beschäftigten, ist eben keine Stellschraube für Mehrbeschäftigung. Schränkt man das Arbeitsrecht weiter ein, führt dies zu mehr unsicherer Beschäftigung, nicht aber zu höherem Arbeitsvolumen. In diesem Zusammenhang unterstützt meine Fraktion ausdrücklich die Auffassung des Europäischen Parlamentes, wonach nicht das Individualarbeitsrecht, so, wie es die Europäische Kommission zum Ziel hat, sondern das kollektive Arbeitsrecht in den Mittelpunkt der Diskussion zu rücken ist. Dies gilt es im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken.

Meine Damen und Herren, ich möchte ausdrücklich betonen, mit der Ihnen vorliegenden Entschließung erteilen wir dem nachvollziehbaren Wunsch der Arbeitgeber nach mehr Flexibilität der Beschäftigten und nach Deregulierung unnötiger Verwaltungshürden keine Absage, aber wir dürfen in der Debatte nicht vergessen, dass es in der Bundesrepublik seit Langem gesetzliche Regelungen gibt, die eine Flexibilisierung ermöglichen. Kleine und mittlere Unternehmen werden bereits vor Überforderungen geschützt. Ich verweise in diesem Zusammenhang nur auf den Kündigungsschutz im Kündigungsschutzgesetz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir gemeinsam die uns vorliegende Entschließung zum weiteren Anlass nehmen sollten, um uns in eine Debatte um modernes Arbeitsrecht im 21. Jahrhundert einzubringen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Borchardt.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Herr Seidel.

Minister Jürgen Seidel: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Überschrift des Antrages der Fraktion DIE LINKE – nebenbei gesagt, das spricht sich immer schwer aus, aber gut –

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist Absicht.)

nimmt Bezug auf das Grünbuch der Europäischen Kommission, das da heißt: „Ein modernes Arbeitsrecht für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“. Dies wird verknüpft mit der Forderung, die übrigens nicht aus dem Grünbuch stammt, zum Beispiel keine Aufweichung des Kündigungsschutzes. Die Europäische Kommission hat im November 2006 mit der Vorlage des Grünbuchs eine breit angelegte öffentliche Debatte über die Modernisierung des Arbeitsrechts und seine Anpassung an die heutige Arbeitswelt eröffnet. Alle Betroffenen waren aufgerufen, ihre Meinung zum Grünbuch während des Konsultationszeitraumes bis zum März 2007 kundzutun.

Die Länder haben im Bundesrat am 9. März diesen Jahres eine Stellungnahme zum Grünbuch beschlossen – konkret ist das übrigens die Bundesratsdrucksache 868/06 – und diese der Bundesregierung und der Kommission übermittelt. Bundesrat und Bundesregierung haben übereinstimmend folgende Kernaussagen zum Grünbuch getroffen:

1. In der EU gelten die Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit. Deswegen ist übrigens das Arbeitsrecht in den Mitgliedsstaaten und nicht in der EU zu gestalten.
2. Der Erfahrungsaustausch zur sogenannten Flexicurity, das ist eine Zusammenführung der Begriffe Flexibilität und Sicherheit, man könnte jetzt darüber streiten, ob es immer schön ist, das Englisch auszu-drücken, aber es ist halt so –

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Englisch ist modern, ja.)

da sehe ich auch kein großes Problem, man müsste es bloß können – also der Erfahrungsaustausch zur Flexicurity ist gleichwohl zu begrüßen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

denn Flexicurity ist ein zentrales Thema im Rahmen der Lissabon-Strategie,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die Europa wettbewerbsfähiger machen soll.

3. Reguläre unbefristete Arbeitsverhältnisse sind unverzichtbar, weil sie Sicherheit geben, die Grundlage der Systeme der sozialen Sicherung bilden und nachhaltig die Wettbewerbsfähigkeit stärken.
4. Flexible Beschäftigungsformen wie Zeitarbeit und befristete Beschäftigung können insbesondere den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt und die Verbindung zum Beispiel auch von Berufstätigkeit mit familiären Verpflichtungen erleichtern. Sie sind für Arbeitgeber als flexible Reaktion auf die wirtschaftlichen Bedingungen und Herausforderungen unerlässlich. Dies muss man schlichtweg so sehen. Und eine wichtige Aussage der Bundesregierung: Der Schutz

in diesen flexiblen Arbeitsverhältnissen ist auch in Deutschland ausreichend.

Meine Damen und Herren, im Anschluss an die Konsultation zum Grünbuch hat die Kommission Anfang Juli eine Mitteilung zur Flexicurity vorgelegt. Der genaue Titel: „Gemeinsame Grundsätze für den Flexicurity-Ansatz herausarbeiten: Mehr und bessere Arbeitsplätze durch Flexibilität und Sicherheit.“ Darin sind auch eine Reihe gemeinsamer Grundsätze aufgestellt, an denen sich die Mitgliedsstaaten bei ihren Reformenbemühungen orientieren können. Ich denke, dies ist der richtige Weg, die Strukturen des Arbeitsmarktes zu verbessern. Dieser von mir genannte Ansatz liefert Möglichkeiten, die trotz durchaus positiver Entwicklungen auch in Mecklenburg-Vorpommern immer noch viel zu hohe Arbeitslosigkeit nachhaltig zu verringern.

Ein immer wieder anzuführendes Beispiel wäre Dänemark. Die Arbeitslosenquote liegt seit Jahren unter fünf Prozent. Dort funktioniert übrigens dieses Flexicurity-Prinzip, in dem schlanke Kündigungsschutzgesetze und intensive Arbeitsmarktmaßnahmen, hohe Ausbildungsinvestitionen und eine Arbeitslosenhilfe unter sehr strengen Bedingungen kombiniert wurden. Die Kommission und die Mitgliedsstaaten haben einen Konsens erreicht, gemäß dem sich Flexicurity-Maßnahmen mithilfe von vier Komponenten umsetzen lassen:

1. flexible und zuverlässige vertragliche Vereinbarungen
2. umfassende Strategien des lebenslangen Lernens, um die Anpassungs- und Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer zu gewährleisten
3. wirksame aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die den Menschen helfen, diesen nun heute normalen raschen Wandel zu bewältigen, die Zeiten der Arbeitslosigkeit zu verkürzen und Übergänge zu neuen Arbeitsverhältnissen zu erleichtern sowie
4. moderne Systeme der sozialen Sicherheit, die eine angemessene Einkommenssicherung bieten, die Beschäftigung fördern und Arbeitsmarktmobilität erleichtern

Meine Damen und Herren, dieser Flexicurity-Leitgedanke sollte bei kommenden Arbeitsmarkt-, Sozialpolitik- und Arbeitsrechtsreformen durchaus Berücksichtigung finden. In dem vorliegenden Antrag der Fraktion DIE LINKE geht es statt um Sicherheit und Flexibilität um mehr Sicherheit und mehr Reglementierung. Ich nehme mal die Forderung nach mehr Kündigungsschutz, die schafft zunächst keinen zusätzlichen Arbeitsplatz. Die Bundesregierung hat sich deshalb auch im Koalitionsvertrag vorgenommen, das Kündigungsschutzrecht weiterzuentwickeln. Das Ziel ist dabei zum einen, mehr Beschäftigung zu ermöglichen, und zum anderen die Schutzfunktion des Kündigungsschutzes für bestehende Arbeitsverhältnisse nachhaltig zu sichern. Ich halte auch diese Linie der Bundesregierung für richtig. Ich weiß, dass das politisch ein schwieriges Feld ist, aber da geht es eben um das Bohren dicker Bretter.

Weiter zum Antrag. Der Landtag, so heißt es Ziffer 1 sinngemäß, sollte sich konstruktiv beteiligen. Es wird nicht gesagt, wie dies geschehen soll. Formal eine Stellungnahme des Landtages und der Landesregierung zum Grünbuch käme eigentlich recht spät, denn das Konsultationsverfahren ist abgelaufen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist ja das generelle Problem.)

Ziffer 2 nimmt Bezug auf die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11.07.2007 zum Grünbuch. Der Landtag soll insbesondere die im Antrag genannten Aussagen der Entschließung unterstützen. Es werden hier acht Punkte herausgenommen, aber nicht zitiert, sondern verkürzt und inhaltlich zugespitzt wiedergegeben.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ich denke, das ist so nicht ganz richtig, um es mal ganz vorsichtig auszudrücken.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sie bringen es auf den Punkt, Herr Minister.)

Interessant ist auch, welche Aussagen der Entschließung des Europäischen Parlamentes nicht aufgeführt sind. So vertritt zum Beispiel das Parlament die Auffassung, dass ein modernes Arbeitsrecht auf die Beschäftigungssicherheit während der gesamten Lebensarbeitszeit setzen muss und weniger auf den Schutz einzelner Arbeitsverhältnisse. Es anerkennt auch die Notwendigkeit von flexiblen Arbeitszeitregelungen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Das Ziel besteht darin, den Bedürfnissen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gerecht zu werden, die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und die Menschen in die Lage zu versetzen, Arbeits- und Familienleben besser miteinander zu vereinbaren.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Dass wir da in Deutschland noch erhebliche Probleme haben, ist unbenommen, aber das ist ein Thema, wie Sie wissen, das mir auch sehr am Herzen liegt. Das alles sind wichtige Aussagen, die in Ihrem Antrag nicht zu finden sind.

In Ziffer 3 des Antrages werden Forderungen des Landtages formuliert. Welche Überraschung, hier taucht dann wieder der Mindestlohn auf.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja, natürlich.)

Na gut, Sie wissen, dass es da unterschiedliche Auffassungen gibt. Man könnte ja auch sagen, keine Landtags-sitzung ohne Mindestlohn-debatte.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist ja richtig.)

Meine Damen und Herren, mein Fazit wäre: Der Flexi-city-Ansatz bietet Chancen sowohl für den Arbeitnehmer als auch für den Arbeitgeber. Maßnahmen flexibler Arbeitszeitgestaltung kombiniert mit Qualifizierung und sozialer Abfederung kommen letztlich auch beiden zugute. Dieser Ansatz sollte bei kommenden Arbeitsmarkt-, Sozialpolitik- und Arbeitsrechtsreformen berücksichtigt werden. Ein Ansatz mehr Reglementierung und weniger Flexibilität bei höheren Sozialleistungen schadet aber der wirtschaftlichen Entwicklung und er führt am Ende zu weniger Beschäftigung und damit auch zu weniger sozialer Sicherheit. Insofern halte ich Ihren Antrag für nicht zielführend. Ich bitte um Verständnis, wenn ich das so klar sage, wir kommen damit nicht weiter. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte von der Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Menschen in Europa brauchen sichere und faire Arbeitsbedingungen. Gute und faire Arbeitsbedingungen sind neben einem angemessenen sozialen Schutz unabdingbar für die Akzeptanz der Europäischen Union bei den Bürgerinnen und Bürgern. In diesem Sinn ist es zu begrüßen, dass die EU-Kommission die Frage aufgreift, inwiefern in einem zusammenwachsenden europäischen Arbeitsmarkt die Unterschiede zwischen den jeweiligen Mitgliedsstaaten in Umfang und Tiefe der arbeitsrechtlichen Bestimmungen Auswirkungen auf die Situation der Beschäftigten und der Unternehmen in Europa haben. Es ist auch zu begrüßen, dass die EU-Kommission bei ihren Überlegungen im Grundsatz sowohl die Belange der Beschäftigten als auch die Belange der Unternehmen in ihre Betrachtungen einbezieht.

Man darf dabei jedoch nicht unberücksichtigt lassen, dass in den unterschiedlichen Mitgliedsstaaten Vorgaben im Bereich der Sozialversicherungssysteme oder etwa kollektivrechtlicher Regelungen in völlig unterschiedlicher Art geregelt und praktiziert werden. So ist zum Beispiel die Tarifautonomie in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur über das Tarifvertragsgesetz einzelgesetzlich geregelt, sondern auch ausdrücklich über Artikel 9 Grundgesetz verfassungsrechtlich geschützt. Allein um die eingangs angeführte Akzeptanz der Europäischen Union bei den Menschen nicht über Gebühr zu belasten, muss daher darauf geachtet werden, dass bei dem Ziel, die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Europäischen Union zu entwickeln, die unterschiedlichen Traditionen in den einzelnen Mitgliedsstaaten Berücksichtigung finden.

Wichtig ist daher, unabhängig von der Verantwortung des einzelnen Mitgliedsstaates für die konkrete Ausgestaltung des Arbeitsrechtes in der Europäischen Union, dort, wo es der Schutz der Beschäftigten erfordert, wo es die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der Europäischen Union gebietet, um damit Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden und die Sicherung eines funktionierenden Binnenmarktes zu gewährleisten, über die Grenzen der einzelnen Mitgliedsstaaten hinweg gemeinsame soziale Mindeststandards zu vereinbaren. Die Unterschiede der einzelnen Mitgliedsstaaten bei den ökonomischen und kulturellen Rahmenbedingungen zeigen, dass ein einziges Modell keine Lösung für alle sein kann. Wir brauchen auf der einen Seite europaweite Mindeststandards, wir brauchen aber auch die Möglichkeit weitergehender nationaler Regelungen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich, die eben gemachten Grundaussagen vorausgeschickt, einige Kernaussagen aus Sicht meiner Fraktion zusammenfassen. Nach Auffassung der SPD-Fraktion ist und bleibt der Schutz der Beschäftigten durch Arbeitsgesetze, Tarifverträge und betriebliche Mitbestimmung das vorrangige Ziel bei der weiteren Ausgestaltung des Arbeitsrechtes.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Das erfolgreiche Wechselspiel aus Vertragsfreiheit und Tarifautonomie eröffnet bereits heute im deutschen Arbeitsrecht die notwendige Flexibilität, um jeweils die notwendigen Anpassungen im Arbeitsverhältnis vorzu-

nehmen. Wir wollen keine Lockerung des Kündigungsschutzes.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Die deutschen Unternehmen sind gut damit gefahren, dass sie Beschäftigung in kündigungsgeschützten Arbeitsverhältnissen anbieten. Zwischen Arbeitsplatzsicherheit einerseits und Arbeitsproduktivität andererseits besteht ein enger, nicht auflösbarer Zusammenhang. Zu einer angemessenen Balance zwischen Flexibilität und Sicherheit gehören auch faire Löhne. Armutslohne sind kein solides Fundament wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sehr richtig.)

Wer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit wirtschaftlichen Sorgen zurücklässt, fördert die Demotivation, mangelnden Zusammenhalt und politische Instabilität. Nach Auffassung meiner Fraktion ist und bleibt auch unter Berücksichtigung aller sinnvollen Abweichungen darüber hinaus das unbefristete Vollzeitverhältnis, aus dem Ansprüche aus der Sozialversicherung bei Arbeitslosigkeit, im Krankheitsfall und zur Existenzsicherung im Ruhestand erworben werden, das Standardarbeitsverhältnis.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Dort, meine Damen und Herren, wo beschäftigte Unternehmen gemeinsam ein Interesse an der flexibleren Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses haben, können und sollen auch andere Beschäftigungsformen ihren Platz finden. Dies ist heute schon der Fall, wie zum Beispiel im Bereich der Teilzeitbeschäftigung zur Vereinbarung von Familie und Beruf.

Letzter Punkt: Die Abgrenzung zwischen selbstständiger Tätigkeit und abhängiger Beschäftigung muss präziser definiert werden. Scheinselbstständigkeit und neue Beschäftigungsformen wie Praktika oder Volontariate dürfen nicht zur Aushebelung von Arbeitnehmerrechten missbraucht werden. Leiharbeit, meine Damen und Herren, soll nach Auffassung der SPD-Fraktion als Brücke in ein reguläres Arbeitsverhältnis dienen und keine Umgehung des Normalarbeitsverhältnisses sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass ich damit einige, aber wesentliche Positionen meiner Fraktion zu diesem Thema verdeutlichen konnte. Aber gestatten Sie mir abschließend noch zwei Sätze zu dem vorliegenden Antrag. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion DIE LINKE, selbstverständlich wird sich meine Fraktion – übrigens nicht nur hier im Landtag, sondern auch außerhalb dieses Hauses – auch zukünftig, wie in Ihrem Antrag angesprochen, konstruktiv und ergebnisoffen an der Debatte über die Weiterentwicklung des Arbeitsrechtes in der Europäischen Union beteiligen. Dazu und um die vorgenannten Positionen zu fixieren, bedarf meine Fraktion keines Antrages der Fraktion DIE LINKE. Weder Europa noch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa brauchen einen jener Anträge, wie den hier vorliegenden, Anträge, die nur für das gute Gefühl da sind, ohne dass sie konkrete Auswirkungen für die Betroffenen haben,

Anträge, die deswegen letztendlich niemandem wehtun, aber auch niemandem wirklich nutzen. Und erlauben Sie mir diesen Vergleich: Wenn wir in der Medizin wären, würde man wahrscheinlich von Placebo sprechen.

(Beifall Marc Reinhardt, CDU)

Herr Reinhardt, ich bin mir ja nicht immer sicher, ob Sie wissen, wann Sie klatschen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das mit dem Placebo, das merke ich mir.
Das merke ich mir mit dem Placebo.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE, dass Ihnen bekannt ist, dass die Normierung des bundesdeutschen Arbeitsrechtes Aufgabe des Bundes und nicht des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern ist, unterstelle ich einfach mal. Ich unterstelle auch weiter zu Ihren Gunsten, dass sich Ihre Bundestagsfraktion wie auch die SPD-Bundestagsfraktion in dem Stellungnahmeprozess des Bundes zum Grünbuch im Rahmen Ihrer zugegebenermaßen anderen Möglichkeiten als seitens der SPD-Bundestagsfraktion eingebracht hat. Die Bundesregierung hat bei der Beantwortung und Kommentierung im Rahmen ihres Konsultationsprozesses Länder und Sozialpartner beteiligt. Gegenüber der Bundesregierung haben der Bundesrat, die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, der Deutsche Gewerkschaftsbund sowie 16 weitere Verbände bis hin zum Deutschen Richterbund Stellungnahmen abgegeben. Meine Damen und Herren, um es abzuschließen: Die SPD-Fraktion wird an dieser Stelle hier heute Ihren Antrag ablehnen. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Das ist ja schade. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ich bin ja fassungslos.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schnur von der Fraktion der FDP.

Toralf Schnur, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Qualität setzt sich durch, Herr Methling.

Zurück zum Antrag. Bei uns in der Fraktion herrscht Harmonie, das kann man ja von der Koalition manchmal nicht sagen,

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE –
Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

wie man heute Vormittag, heute Nachmittag, heute Abend, eigentlich in jeder Landtagssitzung sehen kann. Na gut, da haben Sie ja noch ein bisschen Zeit zu üben.

Das Ziel der Europäischen Kommission, die nationalen Arbeitsmärkte insgesamt flexibler und anpassungsfähiger zu machen, ist vom Ansatz her richtig, um den gestiegenen und weiter steigenden Anforderungen an die Unternehmen durch die Internationalisierung der Wirtschaft gerecht zu werden. Notwendige Umstrukturierungsmaßnahmen müssen planbarer, schneller und

kostengünstiger werden. Bei zum Beispiel unregelmäßigen Produktionszyklen ist es unverzichtbar, zumindest Teile der Belegschaft flexibel einzusetzen.

Der vorliegende Antrag ist in Nummer 1 zwar durchaus begrüßenswert, denn die Weiterentwicklung des Arbeitsrechts vor dem Hintergrund veränderter Rahmenbedingungen ist grundsätzlich sinnvoll beziehungsweise notwendig. Unbestritten ist es auch, nachhaltiges Wachstum mit mehr Arbeitsplätzen zu erzielen. Unbestritten ist ebenso das Ziel des Grünbuchs, auf den europäischen Arbeitsmärkten größere Flexibilität im Hinblick auf die vielfältigen Arbeitsvertragsformen mit größtmöglicher Beschäftigungs- und Einkommenssicherheit zu verbinden.

Der Antrag ist inhaltlich in Nummer 2 aber klar abzulehnen, denn der Antrag der Fraktion DIE LINKE spricht sich letztlich für die vorgesehene Ausweitung des Arbeitnehmerbegriffs und für die Stärkung des kollektiven Arbeitsrechts aus.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Richtig. –
Barbara Borchardt, DIE LINKE: So wie
das Europäische Parlament.)

Es ist eben nicht richtig, dass mehr Flexibilität für Arbeitnehmer in erster Linie über die Aushandlung von Tarifverträgen erreicht wird, wie Sie es in Ihrem Antrag unter Nummer 3 ausführen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Auch richtig. –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE geht hinsichtlich des Verständnisses von Kündigungsschutzregeln von einem falschen Ansatz aus.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Aus Ihrer Sicht, ja?)

Natürlich, aus meiner Sicht. Aber wir sind ja hier in einem Parlament und können miteinander diskutieren.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist gut so.)

In dem Antrag heißt es: „Starke Kündigungsschutzregeln haben keine negativen Auswirkungen auf das Beschäftigungswachstum.“ Dass insbesondere kleinere Unternehmen bei etwaigen Neueinstellungen eher zurückhaltender sind, wird auch die Fraktion DIE LINKE kaum bestreiten können. Ursache ist auch das komplizierte Kündigungsschutzrecht. Im Hinblick auf das Kündigungsschutzrecht ist daher festzuhalten, der Schutz vor etwaigen willkürlichen Kündigungen ist in Deutschland sehr klar geregelt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Die Abgeordnete Barbara Borchardt
meldet sich für eine Anfrage.)

Der darüber hinausgehende besondere Kündigungsschutz ist trotz derzeit vergleichsweise – Frau Borchardt, nein, danke –

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sie sind doch schlagfertig, Sie können
doch jede Frage beantworten.)

erfreulicher Zahlen im Hinblick auf die Zunahme der Beschäftigtenzahlen grundsätzlich ein Einstellungshemmnis und verfehlt damit letztlich seine soziale Schutzfunktion, da er erfahrungsgemäß nur zu einer Vielzahl von Arbeitsgerichtsprozessen führt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Die FDP spricht sich somit für folgende vier Punkte aus:

1. mehr Flexibilität im Arbeitsrecht
2. keine weitere Bürokratie
3. keine Überschneidung beziehungsweise Verwerfung mit dem jeweiligen Sozial- und Steuerrecht der EU
4. keine Ausweitung von Arbeitnehmerschutzrechten auf Selbstständige

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE hat das eigentliche Ziel, das hat ja der Minister auch schon gesagt, dass sich der Landtag wiederum für einen gesetzlichen Mindestlohn einsetzt. Dies geht aus dem letzten Satz Ihres Antrages eindeutig hervor. Sie kennen unsere Auffassung dazu sehr genau, deshalb werden wir, wie auch in anderen Fällen beim Mindestlohn, Ihren Antrag ablehnen. – Recht herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Schnur.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Rühls von der Fraktion der CDU.

Günter Rühls, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! So richtig, meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, bin ich aus Ihrem Antrag nicht schlau geworden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktionen DIE LINKE und FDP –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Lässt die Überschrift noch vermuten, dass es mit dem Antrag um das Grünbuch der EU-Kommission für ein modernes Arbeitsrecht geht, wird das Ganze durch die Verknüpfung mit der Aufweichung des Kündigungsschutzes in ein völlig anderes Licht gestellt, denn davon steht nichts im EU-Papier.

Sehr geehrte Frau Borchardt, gestatten Sie mir den Hinweis, das skandinavische Beispiel war nicht sehr glücklich gewählt, denn gerade in Dänemark gibt es so wie gut keinen Kündigungsschutz,

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Michael Roof, FDP: Genau. –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

und das sage ich aus eigener Erfahrung. Nicht nur, dass wir als Neubrandenburg sehr enge städtepartnerschaftliche Beziehungen sowohl zu Gladsaxe als auch zu Flensburg, was sich unmittelbar an der dänischen Grenze befindet, haben,

(Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

sondern ich habe auch selbst als Unternehmer sehr enge Beziehungen zu dänischen Lieferanten. Ich finde, das funktioniert dort wunderbar, und die Arbeitsmarktzahlen in Dänemark sind so, dass sie uns als Vorbild dienen könnten.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich die Intention der Europäischen Kommission richtig verstehe,

hat sie mit der Vorlage des Grünbuchs im November des vergangenen Jahres eine öffentliche Debatte über die Modernisierung des Arbeitsrechts insgesamt anstoßen wollen. Grob gesagt geht es darum, die Anforderungen der modernen Arbeitswelt, sprich beispielsweise Flexibilität, besser mit den Anforderungen an die Sicherheit der Arbeitnehmer in Einklang zu bringen. Minister Seidel hat in seinen Ausführungen bereits diesen Punkt erwähnt. Es handelt sich um das sogenannte Flexicurity-Konzept.

Sowohl die Mitgliedsstaaten als auch die Sozialpartner sind aufgefordert, sich an der Debatte zum Grünbuch zu beteiligen.

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Anhand von 14 Fragen wird konkretisiert, was die EU mit diesem Anstoß bezweckt. Unter anderem soll es um die Frage von Beschäftigungsübergängen gehen oder geklärt werden, wie lebenszyklusorientierte Ansätze in der Beschäftigungspolitik aussehen könnten. Darüber hinaus sollten die Themen Arbeitszeit, Mobilität und Leiharbeit beleuchtet werden. Der Zeitrahmen für diese öffentliche Konsultation, meine sehr verehrten Damen und Herren der Antrag stellenden Fraktion, lief aber bereits am 31. März dieses Jahres ab. Sie müssen sich also durchaus die Frage gefallen lassen, warum Sie erst heute mit dem entsprechenden Landtag Mecklenburg-Vorpommern kommen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Wir haben auf Sie gewartet.)

Danke.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Bitte.)

Aber nicht nur der gewählte Zeitpunkt macht es den Koalitionsfraktionen leicht, den vorgelegten Antrag abzulehnen, auch wenn einige Anstriche, sehr geehrte Frau Borchardt, wie beispielsweise der dritte durchaus zustimmungsfähig und zustimmungswürdig wären. Denn dass das nationale Arbeitsrechtssystem grundsätzlich unberührt bleiben sollte, ist auch durchaus die Auffassung der Koalition.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das ist doch schon mal was.)

Aber schon ein paar Anstriche weiter verfallen Sie in altes Denken, um nur ein Beispiel zu nennen. Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse per se zu verdammen, kann sicherlich nicht das Ziel einer sinnvollen und nachhaltigen Wirtschaftspolitik sein,

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der CDU und FDP –
Toralf Schnur, FDP: So ist es.)

denn auch diese Beschäftigungsverhältnisse erfüllen nun mal im Wirtschaftsleben eine wichtige Funktion und für viele Menschen sind sie zudem unverzichtbar.

(Hans Kreher, FDP: Genau.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das vorrangige Ziel der Koalitionsfraktionen ist es, den begonnenen Aufschwung am Arbeitsmarkt weiter zu stützen und zu stärken.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, richtig.)

Das sind die Voraussetzungen dafür, dass es zu höheren Löhnen und stabileren Arbeitsbedingungen kommt.

(Egbert Liskow, CDU: Genau das wollen wir.)

Diese staatlich zu verordnen wäre kontraproduktiv.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der CDU und FDP)

Genau das aber fordern Sie in weiten Teilen Ihres Antrages. Mehr Staat, weniger Eigenverantwortung, höhere Sozialleistungen lautet das Credo. Das jedoch, meine sehr verehrten Damen und Herren, schadet nun wirklich nachweislich der wirtschaftlichen Entwicklung und führt im Ergebnis zum genauen Gegenteil dessen, was die Koalitionsfraktionen möchten, nämlich mehr und nicht weniger Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern. Der Antrag Ihrer Fraktion wird daher durch uns abgelehnt. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der CDU und FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Rühls.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der NPD.

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gibt Anträge, für die man einfach dankbar sein muss, zeigen diese doch, wie sich mit irgendwelchen Grünbüchern, die den Charakter von knallig aufgemachten Katalogen tragen, der Blick auf den Kern einer Sache verstellen lässt. Der gesetzliche Rahmen, meine Damen und Herren, ist doch längst festgezurr. 2000 wurde die sogenannte Lissabon-Strategie verabschiedet und ein Jahr später erfolgte mit dem Nizza-Protokoll die Einarbeitung gewisser Paragrafen in den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft. Und hier liegt der Hase im Pfeffer.

(Egbert Liskow, CDU:
Was? In welchem Pfeffer?)

Artikel 56 verbietet demnach die Kontrolle von Kapitalströmen. Im Zweifel können sich die Herrscher über größere Kapitaleinkommen der Speisung von Sozialsystemen durch Kapitalflucht entziehen. Artikel 104 befasst sich mit der Vermeidung übermäßiger öffentlicher Defizite, wodurch über den sozialen Sicherungssystemen von vornherein stets und ständig das Demoklesschwert schwebt,

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der
Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE –
Zurufe aus dem Plenum: Damoklesschwert!)

und Artikel 136 bezeichnet nicht einmal ungeschickt verklausuliert die Nachrangigkeit von Sozialsystemen gegenüber der Wettbewerbsfähigkeit.

(Harry Glawe, CDU: Bla, bla, bla!)

Insofern ist es gerade niedlich, von einem ergebnis-offenen Prozess in Sachen Grünbuch zu sprechen, wie Sie es den Brüssler Eurokraten gleich in dem hier vorliegenden Antrag tun. Da können Sie sich aus den abschließenden Erklärungen des Europäischen Parlaments vom 11. Juli 2007 noch so viele Aussagen herausnehmen, gerade so, als wenn jemand in einen Gemischtwarenladen geht und sich dort die aus seiner Sicht besten Produkte in den Korb legt. Die Mehrheit der Menschen in Europa bevorzugt verlässliche Lebensperspektiven, wozu auch soziale Sicherheit im Beruf, bei Erwerbsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit zählen.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Reden Sie mal zum Thema!)

Die Niederländer und Franzosen setzen mit ihrem Nein zur sogenannten EU-Verfassung ein deutliches Zeichen. Die BRD-Regierung nutzte ihren Vorsitz in der EU-Ratspräsidentschaft dagegen, um die sogenannte völkerfeindliche Verfassung wieder voranzutreiben. Schon das zeugt von einem merkwürdigen Verständnis von Demokratie beziehungsweise einer kritiklosen EU-Gläubigkeit.

(Harry Glawe, CDU: Das ist ja unglaublich, was Sie da wieder ablassen! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Mit anderen Worten: Der Sklave lernt seine Ketten lieben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Oh, oh!)

Anstatt Maßnahmen zur Befreiung regionaler Wirtschaftskreisläufe und der nationalen Binnenmärkte zu erarbeiten, werden weiter die freien Handelsschmären der Globalisierung geritten.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Dieser demokratie- und lebensferne EU-Moloch gehört auf den Müllhaufen der Geschichte.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir werden dem Antrag selbstverständlich nicht zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das war ja klasse!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion DIE LINKE.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Regine Lück, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für DIE LINKE ist der Kündigungsschutz ein erkämpftes Recht, das nicht infrage gestellt werden darf. Daher kann ich mir eine Bemerkung in Richtung CDU und FDP nicht verkneifen.

(Toralf Schnur, FDP: Oh, schade!)

Ihr Argument, weniger Kündigungsschutz oder,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU – Michael Roof, FDP: Bringt mehr Arbeitsplätze.)

wie der Wirtschaftsminister sagt, schlanker Kündigungsschutz – und im Übrigen, Herr Minister, ich finde das Wort „schlank“ ja gut, ich stehe auch dazu,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und FDP)

aber eben nicht in dieser Frage, ja, nicht in dieser Frage –, also weniger Kündigungsschutz gleich Mehrbeschäftigung ist wirklich steinalt, was Sie uns hier präsentieren als Gegenargument,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Michael Roof, FDP: Aber immer noch richtig.)

und hat nichts, aber auch gar nichts mit der Praxis hierzulande zu tun.

(Zurufe von Hans Kreher, FDP, und Toralf Schnur, FDP)

Unser Entschließungsantrag folgt dagegen im wahrsten Sinne des Wortes einem modernen Ansatz.

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU, und Toralf Schnur, FDP)

Kündigungsschutz ist ein Grundrecht. In vielen Ländern der Europäischen Union ist es längst Realität, was wir hier einfordern.

(Zurufe von Hans Kreher, FDP, und Toralf Schnur, FDP)

Daher heißt es in unserem Entschließungsantrag, ich zitiere:

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

„Starke Kündigungsschutzregeln haben keine negativen Auswirkungen auf das Beschäftigungswachstum.“

(Egbert Liskow, CDU: Wer sagt denn das? – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Diese Auffassung teilt im Übrigen auch die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme zum Grünbuch.

(Harry Glawe, CDU: Das glauben Sie doch selbst nicht. – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Und ich zitiere aus dem Grünbuch: „So weit der allgemeine Kündigungsschutz in den Betrieben Anwendung findet, hat er nicht das Ziel, Kündigungen zu verbieten, sondern die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor dem willkürlichen und sozial ungerechtfertigten Verlust des Arbeitsplatzes zu schützen.“

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, was ist daran falsch? Das ist doch nichts Neues. – Toralf Schnur, FDP: Das hat doch damit nichts zu tun. – Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist eine alte Tradition der Bundesrepublik.)

Der Schutz vor willkürlichen Entlassungen ist Voraussetzung für die Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

und setzt Anreize für den Vorrang interner vor externer Flexibilisierung. Statt einfach Entlassungen vorzunehmen, investieren die Unternehmen in Innovation und Qualifizierung.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Und gerade das ist es doch, was alle völlig zu Recht immer wieder fordern: mehr Innovation und mehr Qualifizierung. Motivation und Kreativität der Beschäftigten werden gestärkt, wenn sie nicht ständig Angst um ihren Arbeitsplatz haben müssen. Das hat auch die Bundesregierung verstanden, zumindest in ihrer Stellungnahme zum Grünbuch. Sie stellt fest, ich zitiere wieder: „Stabile Arbeitsverhältnisse sparen dem Unternehmen Kosten“

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

„für Neueinstellungen, Einarbeitungen und Entlassungen. Stabile Arbeitsverhältnisse sind auch im globalen Wettbewerb zukunftsfähig.“ Zitatende.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Dem schließt sich meine Fraktion ausdrücklich an und fordert darüber hinaus,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Kündigungsschutz wieder auszuweiten, unabhängig von der Anzahl der Beschäftigten

(Toralf Schnur, FDP: Ach! O Gott, o Gott!)

und unabhängig von der Dauer der Beschäftigung.

(Michael Roof, FDP: O Gott, o Gott!)

Die Möglichkeit zur sachgrundlosen Befristung eines Arbeitsverhältnisses ist nichts anderes als die Umgehung des Kündigungsschutzes und gehört abgeschafft.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –

Toralf Schnur, FDP: Wer soll's bezahlen,
Frau Lück? Wer soll's bezahlen? –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Zusammengefasst: Eine Modernisierung des Arbeitsrechtes heißt für uns bestmöglicher Schutz der Beschäftigten und eine Eindämmung prekärer Arbeitsverhältnisse.

Meine Damen und Herren, und wie immer das Beste zum Schluss.

(Toralf Schnur, FDP: Herzlich willkommen!)

Ich kann es mir auch in der Diskussion hier nicht sparen: Ein modernes, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts meisterndes Arbeitsrecht braucht auch einen gesetzlichen Mindestlohn.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Michael Roof, FDP: Ja.)

Das ist ein unglaublicher Skandal, dass auf dem Gipfel der Konjunktur und bei enorm steigenden Unternehmensgewinnen die Armut wächst.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wir haben in unserem Bundesland – wir hatten heute das Thema Kinderarmut – mindestens 35 Prozent Kinder, die in Armut leben.

(Toralf Schnur, FDP: Ach, das stimmt doch nicht. Die Zahlen stimmen doch alle nicht. –
Barbara Borhardt, DIE LINKE: Die kann ich Ihnen zeigen, Herr Schnur.)

Die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in prekären Beschäftigungsverhältnissen nicht die Existenz ihrer Familie sichern können, nimmt dramatisch zu.

(Harry Glawe, CDU: Definieren
Sie Armut erst mal richtig! –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Der Rückgang der Arbeitslosenzahlen ist überwiegend der Zunahme, und hören Sie zu, der prekären Beschäftigungsverhältnisse zuzuschreiben. Appelle an das Gewissen der Wirtschaft sind sinnlos, das zeigen alle Erfahrungen.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Toralf Schnur, FDP)

Wie lange wollen Sie eigentlich dabei zusehen, dass Wettbewerb gleichgesetzt wird mit dem Kampf um die niedrigsten Löhne? Der Staat muss eingreifen und nicht wie bisher zusehen, dass manche Arbeit arm macht.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Marc Reinhardt, CDU)

Wie muss man sich fühlen, wenn man Vollzeit arbeitet und Arbeitslosengeld II braucht, um über die Runden zu kommen? Das frage ich Sie hier im Saal. In 20 Staaten der Europäischen Union gibt es bereits einen gesetzlichen Mindestlohn. Fünf weitere Staaten haben zumindest adäquate Regelungen wie beispielsweise den flächendeckenden Tarifvertrag. Deutschland ist das einzige europäische Land, das keinen Schutz vor Armutslöhnen kennt. Die Fraktion DIE LINKE akzeptiert dies nicht. Ich hoffe, die SPD kommt endlich zur Besinnung und schließt sich einer sozial gerechten und ebenso dringenden Sache an. Koalitionsdisziplin interessiert die betroffenen Menschen nicht. Sie erwarten Lösungen für ihre Probleme. Daher stimmen Sie unserem Entschließungsantrag zu!

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE – Zurufe von
Dr. Armin Jäger, CDU, und Toralf Schnur, FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Lück.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/911. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? –

(Toralf Schnur, FDP: Das war ja knapp.)

Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/911 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und der Fraktion der NPD abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 29:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Öffentlichkeit und Opfer des Kommunismus über Opferrente aufklären, Drucksache 5/917.

**Antrag der Fraktion der NPD:
Öffentlichkeit und Opfer des Kommunismus
über Opferrente aufklären
– Drucksache 5/917 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der NPD.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ich glaube, jetzt muss ich aufpassen.)

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 29. August diesen Jahres ist das Dritte Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR in Kraft getreten. Neben der Verlängerung der Antragsfrist für die Rehabilitation bis Ende 2011 ist eine monatliche Opferpension in Höhe von 250 Euro zentraler Bestandteil des Gesetzes. Für einen Teil der Menschen, die aufgrund der Verfolgung Andersdenkender innerhalb des antifaschistischen Schutzwalls zum Opfer des DDR-Regimes wurden, ist immerhin nach 17 Jahren des Untergangs dieses Staates, der sich selbst – wie Sie heute – demokratisch nannte, eine Sonderrente beschlossen worden.

Schätzungsweise 7.500 Betroffene gibt es in unserem Land. Für frühere politische Häftlinge, die diese Demokratie am eigenen Leib verspüren durften und mindestens ein halbes Jahr inhaftiert waren, ist nun eine monat-

liche Opferrente erhältlich. Für uns hat die neue Regelung des Gesetzes lediglich eine gewisse Symbolkraft, da die finanzielle Höhe dieser Rente zum einen unzureichend ist und zum anderen nicht den Anspruch auf eine allgemeine Entschädigung und Wiedergutmachung für die DDR-Opfer erheben kann.

Zu Recht erfährt die Neuregelung herbe Kritik. Viele Opfer der SED-Diktatur verletze es, dass eine Entschädigungsleistung an das Kriterium der Bedürftigkeit gebunden ist. Bei Rentenanhebungen für Stasi- und SED-Kader fragt hingegen niemand nach der wirtschaftlichen Situation. Und, warum kommt dieses Gesetz erst jetzt? Wurde von den Verantwortlichen gewartet, bis sich die Anzahl der Rentenberechtigten durch die Sterberate verringert?

(Sylvia Bretschneider, SPD: Das ist zynisch, was Sie hier machen. – Harry Glawe, CDU: Zynisch hoch dreil – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Aber kommen wir zum eigentlichen Anliegen. Nach Schätzungen werden bundesweit rund 16.000 Opfer von der Neuregelung profitieren können. Opferverbände klagen aber, dass rund 60.000 nicht berücksichtigt werden. Darüber hinaus ist der Leistungsbeginn abhängig vom Eingang des Antrages auf Entschädigung. Wir befürchten, dass aufgrund des Nichtwissens der Anspruchsberechtigten die Frist bis 2011 für einen gewissen Teil zu verstreichen droht.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Bisher haben in Mecklenburg und Vorpommern zum Beispiel nur rund 4.000 politisch Verfolgte einen Antrag auf Sonderrente gestellt,

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

obwohl schätzungsweise doppelt so viele berechtigt wären. In erster Linie können sich die DDR-Opfer mittels des Weltnetzes über die Möglichkeiten hinsichtlich Berechtigung und Fristen informieren. Auch die Antragsformulare stehen dort bereit. Doch betrachtet man das Alter vieler Betroffener, wird einem klar, dass der Umgang mit dem Weltnetz nicht immer zur Normalität gehört.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Wenigstens für die Berechtigten, die bereits einen formlosen Antrag auf Entschädigung gestellt haben, wurde eine unbürokratische Vorgehensweise getroffen.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Toralf Schnur, FDP)

Sie bekommen die Formulare unaufgefordert zugesandt und brauchen sich nicht selbst um die Beschaffung der Formulare zu kümmern.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Doch wie sieht es nun bei den Opfern aus, die aufgrund ihrer Unkenntnis von den neuen Möglichkeiten nicht profitieren können? Was passiert mit deren Ansprüchen, wenn sie sich nicht durch die Presse oder das Weltnetz informieren können? Auch wenn immer mehr Menschen das Weltnetz nutzen, so besteht hier immer noch eine digitale Wissensklüft, sodass auch diese Informationsquelle für viele entfällt. Um nun diese Menschen zu erreichen, fordern wir eine umfassende Aufklärungskampagne. Es fehlt eine Öffentlichkeitsarbeit, die den Kontakt zu Entschädigungsberechtigten herstellt und sie über ihre Möglichkeiten aufklärt. Dieses könnte durch

Werbung auf Plakatwänden, Großanzeigen im Fernsehen und Tageszeitungen, kostenlose Wochenblätter und ebenso durch Kurzfilme im Fernsehen erfolgen. Eine weitere Möglichkeit wären mobile Beratungsmannschaften oder auch direkte Ansprachen oder Fragebögen in Behörden und Ämtern.

Der Effekt wäre beiderseitiger Gewinn. Einmal würden die Opfer des SED-Regimes eine gewisse Genugtuung erhalten, des Weiteren könnte durch die Aufklärung und klare Positionierung ein Baustein zum Auf- und Ausbau von Glaubwürdigkeit und Vertrauen in Staat und Regierung gelegt werden, wenn man bedenkt, dass viele der alten DDR-Kader sich in das neue System hinübergerettet haben und viele DDR-Verfolgte Grund zur Annahme haben, dass heute alter Wein in neuen Schläuchen verabreicht wird. Oder wie erklären Sie sich, dass von den mindestens 600.000 inoffiziellen Mitarbeitern heute sogar noch welche in diesem Haus sitzen? So hoch kann die Würde dieses Hauses ja dann doch nicht sein.

(Harry Glawe, CDU: Das steht Ihnen nicht zu, so etwas zu sagen.)

Torsten Koplín, alias IM Martin, Ihr damaliger Führungsoffizier schätzte die Zusammenarbeit als effektiv ein.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja.)

Wie soll das auch anders sein? Schließlich war Ihre Verrätertätigkeit freiwilliger Art. Noch schlimmer, dass Sie sich dafür auch noch bezahlen ließen. Am 16. November 1988 wurde die Zusammenarbeit vorübergehend beendet, weil IM Martin studieren wollte. Nach Beendigung des Studiums sollte er allerdings weiter inoffiziell genutzt werden. Nicht auszudenken, wäre die Teilwiedervereinigung von immerhin zwei besetzten Zonen, BRD und DDR, nicht vollzogen worden, welche Verbrechen noch auf das Konto von IM Martin gegangen wären.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Vielleicht redet der mal zum Thema! – Birgit Schwebs, DIE LINKE: Was sind denn das für Unterstellungen hier?!)

IM Martin Koplín war hauptamtlich und inoffiziell für das MfS tätig.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das müsste man prüfen, Frau Präsidentin!)

46 Verräterberichte sind von IM Martin in den Statistiken vorhanden.

(Michael Andrejewski, NPD: Das sind offenkundige Tatsachen.)

Unterrichtet wurde hauptsächlich über antisozialistische Umtriebe auf Feiern und in Jugendlagern der FDJ. Ja, meine Damen und Herren, Sie hören richtig: Der heutige Sprecher für Kulturpolitik sowie Mitglied im Bildungsausschuss hat vor gar nicht allzu langer Zeit Jugendliche bespitzelt.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Noch schlimmer ist jedoch, dass IM Martin nicht alleine ist. ISOR beispielsweise, Initiativgemeinschaft zum Schutz sozialer Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR, hat sich zum Ziel gesetzt, üppige Renten für ehemalige DDR-Kader zu erkämpfen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das sind Unterstellungen sondergleichen!)

Durch die Arbeit dieser Schandvereinigung wurde vielen SED-Kadern zu Luxusbezügen verholfen, wovon DDR-Opfer nur träumen könnten. Hubertus Knabe, Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, beschreibt diese bestehende Ungerechtigkeit folgendermaßen. Ich zitiere: „Wir müssen uns immer wieder klarmachen, dass wir mit den Menschen, die für Freiheit und Demokratie gestritten haben, wirklich ziemlich schäbig umgehen. Wenn sie 20 Jahre in Bautzen in Haft waren, bekommen sie weniger Rente, als wenn sie dort zehn Jahre als Wärter tätig waren.“

(Michael Andrejewski, NPD: So ist es. –
Stefan Köster, NPD: Pfui Teufel!)

Der Vorstand der 24.000 Mitglieder starken Vereinigung ISOR besteht zu mehr als der Hälfte aus MfS-Kadern. Der Einfluss ist mittlerweile so groß, dass die Birthler-Behörde nach jahrelanger Verweigerung nun der Vereinigung Material zur Verfügung stellen muss, das dann von dem ehemaligen Stasiprofessor und Vizevorsitzenden Edelmann gesichtet wird. Herr Ritter, leider nicht mehr anwesend, würde sicherlich merken, worauf ich hinaus will. Er ist zum Beispiel Mitglied der nebulösen Vereinigung.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Das ist ein eingetragener Verein und nicht nebulös.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, sprechen Sie bitte zu dem Thema.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Das ist ein ordentlich eingetragener
Verein. Das ist eine Unterstellung! –
Zuruf von Toralf Schnur, FDP –
Udo Pastörs, NPD: Ja, das ist das Thema!)

Tino Müller, NPD: Aber auch das ist kein Einzelfall. Als diese Partei in der Regierung von Mecklenburg und Vorpommern saß, leierte sie eine Bundesratsinitiative zugunsten von ISOR an. Der Verein bedankte sich anschließend bei allen Ministern der Abteilung Ringstorff.

(Zurufe von Sylvia Bretschneider, SPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Und Sie, Frau Gramkow, setzen noch einen obendrauf und wünschen sich öffentlich eine, so wörtlich, zielorientierte Zusammenarbeit mit dem Täterverein. Obwohl die Errungenschaften der SED nicht viel mehr als den Mauerbau, die Erfindung und Pflege der Stasi, den Mord an der Mauer und die Ruinierung Mitteldeutschlands hergaben, flüchten sich gerade die direkten Nachfolger der SED vollständig aus der Verantwortung für das Unrecht.

Dass das Wissen über das Unrecht in der DDR immer mehr in Vergessenheit und in Verklärung gerät, ist Tatsache. Oder kennen Sie eine Straße, die den Namen des Leipziger Studenten Herbert Belter trägt?

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Wer ist das?)

Er verteilte im Oktober 1950 Flugblätter gegen die Diktatur und nur dafür wurde er hingerichtet. Geschwister-Scholl-Straßen gibt es hingegen viele.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Wogegen Sie hoffentlich nichts haben.)

Darum hat der Landtag auch die Bezuschussung von Gedenkstättenfahrten von Schülern zu den Terrorstätten der DDR beschlossen.

(Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Nein.)

Nun fehlt es noch an einer klaren Positionierung zur DDR-Opferrente und Aufklärung darüber. Auch wenn die jetzige Rente gern als Opferrente für Arme bezeichnet wird, sie nicht grundsätzlich entschädigt, so wollen wir zumindest aus dieser Lösung den größtmöglichen Nutzen für die DDR-Opfer zu ziehen wissen. Mit Ihrer Zustimmung zu unserem Antrag kann sich dieser Landtag erstmals eindeutig gegen das DDR-Terrorregime positionieren. Wir dürfen die Opfer nicht länger im Dunkeln lassen, darum stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion der NPD –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Die Opfer werden sich über
diesen Beistand freuen.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Vizepräsident und Abgeordnete der Fraktion der FDP Herr Kreher.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dieses Thema ist leider so wichtig, dass es schlimm ist, wenn es missbraucht wird.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Denn, meine Damen und Herren, wer in der DDR aufgewachsen ist wie ich, hat eben zum Beispiel den 17. Juni erlebt, als Kind, aber auch, was danach kam. Meine Eltern wurden nicht eingesperrt, aber allein, was damals geschehen war, die Angst, die dann umging, hat uns alle über Jahrzehnte geprägt. Das war auch in der Zeit der Zwangskollektivierung. Auch das habe ich als Kind hautnah miterlebt. Und es war wirklich von dieser Zeit ausgehend noch mal wieder die Angst. Dann kam der 13. August, noch nicht einmal mehr die Möglichkeit, ohne Gefahr das Land zu verlassen. Vorher war immerhin noch das Ventil Westberlin da. Dann, auch das habe ich direkt miterlebt, der Prager Frühling, ein Ereignis, wo wir damals alle gehofft haben, dass es zu einer Reform, wie wir damals noch glaubten, des Sozialismus käme. Irrtum – wieder Niederschlagung des Ganzen.

Ich kann Ihnen sagen, mich hat das Ganze sehr geprägt und deshalb war ja gerade diese Erlösung 1989/90,

(Beifall Toralf Schnur, FDP)

wo wir dann endlich wieder den Mut hatten aufzustehen, weil sich die Verhältnisse in Europa, im Westen und im Osten so geändert hatten durch bestimmte Verträge, Helsinki und all das, was Sie schlechtmachen. Dadurch war es möglich, aufzustehen und endlich das zu erreichen, woran wir eigentlich gar nicht mehr glaubten, nämlich, dass wir wieder zu dieser deutschen Einheit kamen. Deshalb lasse ich das nicht gerne kaputt machen.

Wenn Sie jetzt sagen, und deshalb will ich mich auch sachlich damit auseinandersetzen,

(Udo Pastörs, NPD: Das ist sehr begrüßenswert.)

dass wir diese Opfer besser würdigen müssen, dann weiß ich, dass das ein schwieriger Kampf war und dass es da auch innerhalb der Fraktionen im Bundestag unterschiedliche Auffassungen gab über die Möglichkeiten, das zu machen. Das will ich gerne zugestehen. Auch meine Fraktion hatte da im Bundestag eine ganz andere

Auffassung. Und ich weiß, dass ich innerhalb des Bundesvorstandes meiner Partei auch auf diese Probleme immer wieder hingewiesen habe. Das ist nicht die Lösung, die sich viele von uns erhofft haben. Das gebe ich zu.

Aber wenn es jetzt darum geht, zur Information besser beizutragen, dann müssen wir auch sagen, bei der besonderen Zuwendung für Haftopfer, der sogenannten SED-Opferrente, handelt es sich um eine staatliche finanzielle Zuwendung für einen bestimmten Kreis von Berechtigten. Die Zuwendung ist zwar keine Rente im eigentlichen Sinne, sie ist aber mit der Rente und mit anderen Sozialleistungen vergleichbar. Wie bei anderen Sozialleistungen hat der Gesetzgeber auch hier die Zuwendung von einem Antrag des Berechtigten abhängig gemacht. Bei antragsabhängigen staatlichen Leistungen ist es weder rechtlich notwendig und es ist auch nicht üblich, dass der Staat die potenziell Anspruchsberechtigten über den möglichen Anspruch persönlich in Kenntnis setzt,

(Stefan Köster, NPD: Leider.)

und zwar unabhängig davon, an welchen Sachverhalt die finanzielle Zuwendung anknüpft. Wird durch Gesetz eine neue staatliche Leistung begründet, so sind die zuständigen Behörden vielmehr verpflichtet, in allgemeiner unabstrakter Form über die Leistung aufzuklären. Das kann zum Beispiel durch Pressemitteilungen, Broschüren, Internetauftritte und so weiter erfolgen. Und dies, da habe ich mich erkundigt, ist in Pressemitteilungen des Justizministeriums geschehen und auf der Internetseite auch zu sehen.

(Udo Pastörs, NPD: Im Verhältnis zu den Verbrechen doch viel zu wenig, Herr Kreher! – Toralf Schnur, FDP: Nun gehen ihm die Argumente aus. Jetzt wird's schwierig.)

Es ist auch durch Presseerklärungen in die Öffentlichkeit getragen worden. Die SED-Opferrente ist unter anderem vom Einkommen des Betroffenen abhängig.

(Udo Pastörs, NPD: Leider, leider.)

Das, finde ich persönlich, ist auch nicht die Lösung, das habe ich Ihnen vorhin gesagt, die ich mir erhofft hätte. Da die zuständigen Behörden über die Einkommenssituation der möglichen Berechtigten keine Erkenntnis haben können, ist die Zuwendung von deren Antrag abhängig. Es ist daher, weil es ja von dieser Sache abhängig ist, nicht einmal möglich, jeden Berechtigten von Amts wegen zu informieren.

(Toralf Schnur, FDP: So ist es.)

So weit zur sachlichen Debatte. Weil ich nicht einfach nur, weil es von Ihnen kommt, dagegen ...

(Udo Pastörs, NPD: Das stört Sie schon alleine.)

Nein, Sie haben jetzt nicht zugehört.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Deshalb habe ich das sachlich begründet.

(Toralf Schnur, FDP: Erst zuhören, dann reden!)

Deshalb habe ich das sachlich begründet.

(Harry Glawe, CDU: Erst denken, dann reden!)

Aber auch deshalb ist Ihr Antrag sachlich falsch und deshalb ist er abzulehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Aber, meine Damen und Herren, auch gerade an Sie gerichtet, warum bin ich so ein strikter Gegner Ihrer Sache? Warum?

(Udo Pastörs, NPD: Es geht hier um einen Antrag, Herr Kreher!)

Hören Sie zu!

Warum? Weil ich auch jetzt wieder merke, dass zum Beispiel in meiner Gemeinde Leute nachts ängstlich anrufen, weil von unserem Bahnhof ausgehend Ihre Horden durch den Ort gezogen sind

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und FDP – Stefan Köster, NPD: Das weise ich zurück! Das ist ja frech, Herr Kreher! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

mit entsprechenden Liedern, mit entsprechenden Rufen und sie hatten, das ist leider das Schlimme, nicht allein den Mut, die Polizei anzurufen,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja, wir sind schuld. – Toralf Schnur, FDP: So ist es.)

sondern sie riefen bei mir an, Herr Kreher, helfen Sie mir.

(Stefan Köster, NPD: Woher wissen Sie denn, dass das keine Liberalen sind?)

Hiervon geht schon wieder eine Angst aus

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und das möchte ich nicht, diese Einschüchterung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. – Toralf Schnur, FDP: Genau so.)

Das ist das, was ich unterbinden möchte aus den Erfahrungen der Vergangenheit heraus. Deshalb ist das so unmöglich, was Sie machen, weil jetzt wieder so etwas losgeht.

(Toralf Schnur, FDP: Genau. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das möchte ich nicht.

(Michael Andrejewski, NPD: Kümmern Sie sich mal um die Gewalt von Links wie in Rostock!)

Meine Damen und Herren, ich möchte deshalb auch klar sagen, was von Ihrer Seite immer wieder ausgeht: Wir sind diejenigen, die für das Volk, das deutsche Volk eintreten. Meine Güte noch mal, wir sind eine kleine Partei, Sie sind eine noch kleinere Partei.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, aber dann behandeln Sie uns doch gleich! Das ist doch das Problem. Es gibt doch eine ständige Ausgrenzung.)

Sie haben ja gerade heute unsere Debatte gehört. Also lassen Sie das!

(Udo Pastörs, NPD: Ja, die habe ich gehört. Ich habe heute die Präsidentin erlebt. Da kann man nur mit dem Kopf schütteln.)

Lassen Sie das! Sie haben nicht das Recht, totalitär für das Volk zu sprechen.

(Udo Pastörs, NPD: Aus unserer Sicht! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Jeder von uns ist von einem Teil des Volkes gewählt

(Toralf Schnur, FDP: Genau so. –
Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

und Sie werden hoffentlich nicht wieder gewählt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller.

Herr Müller, bevor Sie Ihren Redebeitrag beginnen, möchte ich in Ihrer Einbringungsrede die persönlichen Verletzungen von Abgeordneten zurückweisen und die „Verbrechervereine“ ebenfalls.

Bitte, Sie haben jetzt das Wort.

(Stefan Köster, NPD: Das ist doch die
Wahrheit. Das ist eine Frechheit!)

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Kreher, Ihre Ausführungen sind so nicht richtig. Jedes Mal, wenn mein Bürgerbüro geöffnet hat, kommen Menschen in mein Bürgerbüro,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die Betroffene sind, die uns bitten um Hilfe beim Ausfüllen dieser Anträge oder uns bitten, wo diese Anträge herzubekommen sind, die einfach mit ihren Sorgen an uns herantreten. Darum haben wir diesen Tagesordnungspunkt heute hier raufgesetzt auf die Tagesordnung und aus keinem anderen Grund.

(Sylvia Bretschneider, SPD:
Wie edel von Ihnen! – Zuruf von
Michael Andrejewski, NPD)

Ja, finde ich auch.

(Stefan Köster, NPD: Sie verhöhn
ja die Opfer, Frau Bretschneider!)

Und des Weiteren, nur kurz angemerkt, wurde auch von einigen gesagt, sofern sie Rente erhalten, werden sie die NPD damit finanziell unterstützen.

(Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD,
und Michael Andrejewski, NPD)

Doch ich möchte noch einmal Fakten sprechen lassen. Über 200.000 unschuldige Menschen saßen in der DDR in politischer Kerkerhaft. Allein zwischen 1960 und 1990 wurden 230.000 Menschen wegen Delikten wie staatsfeindlicher Hetze, ungesetzlicher Grenzübertritte oder asozialen Verhaltens verurteilt. In Millionen von Fällen wurde das Grundrecht auf Post- und Telefongeheimnis gebrochen. In den 80ern beispielsweise wurden täglich durchschnittlich 90.000 Briefe geöffnet.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Insgesamt 227-mal wurde die Todesstrafe in 40 Jahren DDR verhängt. Und in mehr als zwei Dritteln dieser Fälle wurde sie auch vollzogen. Bei Weitem nicht alle Hingerichteten waren Kinderschänder. Per Galgen, Fallbeil oder Genickschuss wurden auch Agenten oder sogenannte Saboteure, die den SED-Obernen aus politischen Gründen missliebig waren, hingerichtet.

(Zurufe von Heike Polzin, SPD,
Volker Schlotmann, SPD, und

Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Auf insgesamt 20 Delikte stand in der DDR der Tod.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Selbst im Kaiserreich im 19. Jahrhundert waren es gerade mal 3 gewesen.

(Heike Polzin, SPD: Von
'33 bis '45 waren es aber mehr! –
Zurufe von Sylvia Bretschneider, SPD,
und Dr. Margret Seemann, SPD)

Werner Teske wurde zum letzten politischen Todeskandidaten in der DDR. Weil er Mitte der 70er Jahre mit dem Gedanken gespielt hatte, sich in die Bundesrepublik abzusetzen, wurde Teske 1981 zum Tode verurteilt und kurz darauf erschossen. Für all diese Verbrechen mussten nur 19 DDR-Verantwortliche ins Gefängnis und kamen schon kurz darauf wieder frei. Wir können heute für dieses maßlose Unrecht nicht mit einem kurzen Gesetzestext oder mit einer Minirede entschädigen, während ein Großteil weiterer Verbrecher heute wieder an den Schalthebeln in unserem Lande sitzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion
der NPD – Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Was soll das denn wieder? –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Was war das denn, Herr Müller? –
Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Der erste Schritt, den Verfolgten der DDR gerecht zu werden, ist Aufklärung über die gegenwärtigen Rechte und Möglichkeiten. Dafür fordern wir Ihre Unterstützung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion
der NPD – Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das kann ja wohl nicht wahr sein!)

Vizepräsidentin Rente Holznagel: Herr Abgeordneter Müller!

Tino Müller, NPD: Der nächste Schritt wäre eine Nachbesserung der Rentenerhöhung, ...

Vizepräsidentin Rente Holznagel: Herr Abgeordneter Müller!

Tino Müller, NPD: ... da die Renten zu niedrig angesetzt sind und einen eindeutigen diskriminierenden ...

(Volker Schlotmann, SPD: Stellen
Sie ihm doch den Saft ab!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter Müller, ich bitte, ich unterbreche Sie jetzt und das waren gröbliche Verletzungen. Ich entziehe Ihnen jetzt das Wort.

(Stefan Köster, NPD: Herr Müller sagt doch nur
die Wahrheit! – Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Sie haben das nicht zu kommentieren! –
Zuruf von Tino Müller, NPD)

Herr Köster, Sie erhalten jetzt den zweiten Ordnungsruf.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Ich empfinde das als Kritik gegen meine Amtsführung und mache Sie darauf aufmerksam, dass ich Ihnen beim dritten Ordnungsruf das Wort entziehe.

(Michael Andrejewski, NPD: Die Sitzung ist
sowieso vorbei. Machen Sie das doch! –
Stefan Köster, NPD: Unglaublich!)

Herr Pastörs, ich möchte auch Ihre Bemerkung zur Landtagspräsidentin hier energisch zurückweisen.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/917. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/917 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der FDP abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der NPD.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 14. November 2007, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 20.03 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Kerstin Fiedler-Wilhelm, Vincent Kokert, Dr. Norbert Nieszery, Sebastian Ratjen, Wolf-Dieter Ringguth, Dr. Harald Ringstorff, Peter Stein und Jörg Vierkant.

**Schriftliche Beantwortung
zur Frage 17
der
Fragestunde**

– Drucksache 5/926(neu) –

Geschäftsbereich des Ministers für Verkehr, Bau und Landesentwicklung

„Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

für die Fragestunde der 27. Sitzung des Landtages am 18. Oktober 2007 wurde durch den Abgeordneten Sebastian Ratjen, Fraktion der FDP, die Frage gestellt, wie die Landesregierung zu den neuen Bußgeldplänen des Bundesministers Tiefensee steht.

Da der Abgeordnete Ratjen in der Fragestunde nicht anwesend war, übermittle ich Ihnen hiermit die Beantwortung der Frage, verbunden mit der Bitte, dem Abgeordneten meine Antwort zu kommen zu lassen. Ich beantworte die o. g. Frage für die Landesregierung wie folgt:

Der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und die Verkehrsminister der Länder haben sich auf der Verkehrsministerkonferenz am 9./10. Oktober 2007 gemeinsam darauf verständigt, dass es einer differenzierten Anhebung der Geldbußen für schwere Verkehrsverstöße bedarf. Darüber hinaus wurde klar herausgestellt, dass diese Überlegungen mit weiteren Konzepten zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, insbesondere zur Verkehrsüberwachung, zusammengeführt werden sollen.

Die Verkehrsministerkonferenz sieht in der differenzierten Erhöhung des Sanktionsniveaus für schwere Verkehrsverstöße eine Möglichkeit, die Abschreckungswirkung zu erhöhen, auf diese Weise das Unfallgeschehen weiter positiv zu beeinflussen und somit einen Beitrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit zu leisten.

Das Bundesverkehrsministerium wird den Gesetzentwurf erarbeiten. Dazu wird sich dann die Landesregierung positionieren.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Otto Ebnet“